

Das Programm für Stabilität und Erneuerung.

GEMEINSAM FÜR EIN MODERNES DEUTSCHLAND.

1 Einleitung

2
3 Deutschland ist ein starkes Land. Das ist vor allem ein Verdienst der Bürgerinnen und Bürger, die jeden Tag anpacken, damit es bei uns auch morgen gut läuft. Wir haben starke Betriebe, innovative Startups und Weltmarktführer, herausragende Forscherinnen und Forscher und eines der besten Gesundheits- und Sozialsysteme der Welt. Wir sind ein weltoffenes und sicheres Land; ein Land, das Verantwortung für Sicherheit und Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa und weltweit übernimmt.

9 Die Corona-Krise hat unser Land und besonders Staat und Verwaltung herausgefordert und offengelegt, dass wir in einigen Bereichen schneller, besser und mutiger werden müssen. Wir brauchen einen kraftvollen Neustart nach der Krise. Wir wollen die 20er Jahre zu einem Modernisierungsjahrzehnt für unser Land machen. Dabei wollen wir das Gute besser machen. Denn klar ist: Wir können nicht zaubern, aber wir können und wir wollen arbeiten und gestalten.

15 Wir haben in der unionsgeführten Bundesregierung vieles erreicht. Unsere Politik für Wachstum und solide Finanzen hat die Grundlage dafür geschaffen, dass wir in der Pandemie umfassend handeln konnten: zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Virus, für die Impfstoffrevolution und umfassende Hilfen für Betriebe und Beschäftigte. Das ist nicht selbstverständlich und nicht garantiert. Erfolg ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis harter Arbeit.

21 Unsere Richtung ist klar: Wir wollen den Wandel gestalten, damit Deutschland an der Spitze bleibt. Aber unsere Vorstellung ist: Sicherheit im Wandel. Wir wollen stark aus der Krise kommen und eine neue Dynamik schaffen. Eine Dynamik, die Wirtschaft und Klimaschutz voranbringt, Arbeitsplätze sichert und neue schafft, Familien unterstützt und eine moderne Arbeitswelt gestaltet. Dabei stürmen wir nicht blind ins Morgen, sondern halten Maß und Mitte.

27 Das bedeutet auch: Wir werden nichts versprechen, was wir nicht einhalten können. Durch die hohen Ausgaben zur Bekämpfung der Pandemie sind die finanziellen Spielräume des Staates deutlich eingeschränkt. Neue Schulden oder Steuererhöhungen wären aber der falsche Weg. Wir setzen auf wirtschaftliches Wachstum, das unserem Staat finanzielle Spielräume eröffnet. Diese Spielräume wollen wir für die finanzwirksamen Vorhaben dieses Programms nutzen.

33 Wir brauchen auch einen Neustart im Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Der Staat muss sich nach der Pandemie wieder deutlich zurückziehen und den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen mehr Freiraum lassen. Wir müssen aufhören, jedes Problem bis ins Detail zu regeln oder mit mehr Geld lösen zu wollen. Wir wollen einen verlässlichen und modernen Staat.

38 Unser Ziel ist, so schnell wie möglich wieder zurück zu einer Normalität zu gelangen, die uns Liebgewonnenes und Vermisstes zurückgibt und in der wir klug das Morgen gestalten. Wir wollen, dass Deutschland eine starke Heimat bleibt, in der möglichst viele Menschen

41 nach ihrem persönlichen Glück streben können. Wir wollen eine Gesellschaft, die zusam-
42 menhält und Einsatz belohnt, Aufstieg ermöglicht und die diejenigen schützt, die sich nicht
43 selbst helfen können. Wir wollen ein modernes Deutschland, das an morgen denkt, heute
44 handelt und gemeinsam ganz Großes weiterwachsen lässt: wirtschaftliche Stärke, konse-
45 quenten Klimaschutz und soziale Sicherheit. Deshalb soll Deutschland deutlich vor Mitte
46 des Jahrhunderts eine klimaneutrale Industrienation werden. Und gemeinsam mit unseren
47 europäischen Freunden wollen wir dafür sorgen, dass Deutschland und die EU weltpolitik-
48 fähiger werden.

49 Wir haben für diese Aufgabe die richtigen Werte und Prinzipien: Vernunft statt Ideologie,
50 Innovationen statt Verbote, Soziale Marktwirtschaft statt sozialistischer Umverteilung,
51 Chancen statt Ängste, Respekt statt Bevormundung für Familien, christliches Menschenbild
52 und gesellschaftliche Vielfalt statt vorgefertigter Lebensentwürfe für jeden Einzelnen. Wir
53 spielen vermeintliche Gegensätze und unterschiedliche Gruppen nicht gegeneinander aus.
54 Wir verbinden sie. Weil wir wissen: Gerade in einer individualisierten Gesellschaft ist es
55 wichtig, dass wir bei den großen Fragen in eine gemeinsame Richtung gehen, dass jeder die
56 Gewissheit hat, Teil eines Ganzen zu sein – ob jung oder alt, ob auf dem Land oder in der
57 Stadt, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber. Zusammenhalt ist für uns Ausdruck von Verant-
58 wortung – gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ebenso wie gegenüber
59 unserer Umwelt und den zukünftigen Generationen. Jeder von uns ist Teil dieser Verant-
60 wortungsgemeinschaft, Teil einer Nation und einer Europäischen Union mit gemeinsamer
61 Kultur, gemeinsamer Geschichte, gemeinsamen Werten, gemeinsamen Zielen und einer ge-
62 meinsamen Zukunft.

63

1. Neue Verantwortung Deutschlands in der Welt – aus Überzeugung für Frieden, Freiheit und Menschenrechte

Unser Unions-Versprechen: Wir arbeiten für ein weltoffenes Deutschland, das in einem Bündnis von Demokratien gemeinsam mit unseren transatlantischen und europäischen Partnern die globalen Herausforderungen gestaltet. Unser Ziel heißt: Sicherheit und Frieden, Freiheit und Wohlstand für die Menschen in Deutschland. Das Modernisierungsjahrzehnt, mit dem wir Deutschland weltpolitikfähig machen, kann nur mit neuer außenpolitischer Stärke gelingen.

Die Pandemie hat uns erneut gezeigt, wie vernetzt unsere Welt ist. Weder das Coronavirus noch der Klimawandel oder die digitale Transformation machen an Grenzen halt. Wir können die großen weltweiten Menschheitsaufgaben nur lösen, wenn wir sie gemeinsam global anpacken. Es ist in unserem eigenen Interesse, dass wir international mehr Verantwortung übernehmen.

Die Bedingungen dafür haben sich gravierend verändert: Wir befinden uns inmitten eines weltweiten Epochenwechsels. Die große wirtschaftliche Dynamik in Asien und der Aufstieg Chinas verändern das internationale Machtgefüge. Wir erleben die Missachtung des Völkerrechts und Regelbrüche durch bedeutende Staaten des internationalen Systems, und wir sehen, dass sich weltweit populistische Strömungen ausbreiten, auch in demokratischen Staaten. Hinzu kommt: Neue Technologien bestimmen nicht nur unseren Alltag, sondern sind auch ein relevanter Faktor der internationalen Politik.

Es reicht nicht, auf Krisen nur zu reagieren. Daher werden wir eine Sicherheitsarchitektur schaffen, die bessere Koordinierung und einen vorausschauenden strategischen Ansatz möglich macht. Die Grundlage unseres weltweiten politischen Handelns ist und bleibt dabei das christliche Menschenbild. Wir bekennen uns dazu, dass Deutschland aktiv zur internationalen Krisenbewältigung und zur Gestaltung der Weltordnung beiträgt - in der Europäischen Union, der NATO, den Vereinten Nationen und weiteren internationalen Organisationen.

1.1. Stärkung der werte- und regelbasierten internationalen Ordnung

Bündnis der Demokratien schmieden

Demokratien und autoritäre Staaten ringen um den globalen Gestaltungsanspruch im 21. Jahrhundert. Es geht um den Fortbestand unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung, die autoritäre Staaten in Frage stellen und zu destabilisieren versuchen. Aus dieser Systemrivalität ergeben sich für uns die Verpflichtung und der Anspruch, die internationale regel- und wertebasierte Ordnung wieder zu stärken. Denn sie ist Voraussetzung dafür, dass wir in Sicherheit und Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Wir wollen, dass Deutschland und Europa gestärkt aus dieser Herausforderung hervorgehen – gemeinsam mit den USA und zugleich auf eigene Fähigkeiten bedacht.

- Dafür müssen wir gemeinsam die Zusammenarbeit mit unseren transatlantischen Partnern wieder ausbauen und neue handlungsfähige Strukturen mit unseren weltweiten de-

102 demokratischen Partnern entwickeln, gerade im indo-pazifischen Raum und in Lateiname-
103 rika. Dieses Bündnis der Demokratien muss prägenden Einfluss auf die globale Ordnung
104 nehmen, insbesondere in der Klima-, Handels-, Digital- und Sicherheitspolitik.

- 105 • Dabei leitet uns der Gedanke der Freiheit und der unantastbaren Würde des Menschen.
106 Deshalb setzen wir uns für Frieden, Freiheit und Sicherheit, für die Wahrung der Men-
107 schenrechte, für die Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, für nachhal-
108 tige Entwicklung sowie den freien und fairen Welthandel ein.

- 109 • In unserem außenpolitischen Handeln suchen wir stets die internationale Partnerschaft
110 und den multilateralen Ansatz. Die Vereinten Nationen (VN) und ihre Organisationen
111 alleine können die universelle Gültigkeit ihrer Grundsätze und Ziele beanspruchen. Die
112 Vereinten Nationen sind und bleiben daher grundlegend für die internationale Ordnung
113 und die Bewältigung internationaler Herausforderungen. Sie müssen daher entschei-
114 dungs- und handlungsfähiger werden.

116 ***Universelle Geltung der Menschenrechte durchsetzen***

117 Die Menschenrechte gelten universell, sind unteilbar und unveräußerlich. Dem Versuch au-
118 toritärer Staaten, diesen Konsens aufzuweichen, treten wir entschieden entgegen.

- 119 • Hierfür wollen wir die Menschenrechtsmechanismen stärken. Kinder, Menschen mit Be-
120 hinderungen oder Flüchtlinge sind dabei besonders schutzbedürftig.
- 121 • Wir wollen auch dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit weltweit Geltung verschaffen
122 und die kritische Lage religiöser Minderheiten verbessern. Insbesondere werden wir uns
123 weiterhin beharrlich für verfolgte Christen einsetzen.

125 **1.2. Deutschland als Stabilitätsanker in der globalen Welt**

126 Deutschland muss als stärkste Wirtschaftsnation Europas eine führende außen- und sicher-
127 heitspolitische Rolle einnehmen. Wir müssen mehr als bisher bereit sein, zusammen mit
128 unseren Verbündeten und Partnern unter Wahrung der völkerrechtlichen und unserer ver-
129 fassungsrechtlichen Vorgaben alle Instrumente unserer Außen-, Verteidigungs- und Ent-
130 wicklungspolitik anzuwenden – auch militärische, wenn dies nötig ist.

- 131 • Wir wollen einen stärkeren strategischen Ansatz in der Außen- und Sicherheitspolitik in
132 einer regelmäßig vorzulegenden nationalen Sicherheitsstrategie bündeln, die parlamen-
133 tarisch erörtert wird.
- 134 • Wir müssen die Vernetzung der Sicherheit auch in unserer Regierung abbilden. Daher
135 wollen wir im Bundeskanzleramt einen Nationalen Sicherheitsrat schaffen, der außen-
136 und sicherheitspolitische Koordinierung, strategische Vorausschau und nachrichten-
137 dienstliche Erkenntnisse des Bundes und der Länder zusammenführt.
- 138 • Wir werden die politischen Stiftungen weiterhin angemessen finanziell ausstatten. Sie
139 leisten einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung, zur Studienförderung und zur

wissenschaftlichen Forschung sowie im internationalen Bereich zur Stärkung der Demokratie, der Zivilgesellschaft und der Entwicklungszusammenarbeit.

1.3. Aufbruch für die transatlantische Partnerschaft

Beziehungen zu Amerika stärken

Die USA sind unser wichtigster weltpolitischer Partner. Mit Präsident Joe Biden verbinden wir die Chance eines neuen Aufbruchs für die transatlantische Partnerschaft. Nur in enger Abstimmung werden wir gestaltende Impulse in der Klima-, Handels-, Wissenschafts- und Technologiepolitik setzen können. Unser Ziel muss sein, gemeinsam den Gegnern der Freiheit zu trotzen, globale Standards zu setzen und unseren technologischen Vorsprung zu wahren und auszubauen. Hierzu ist eine weitere Vertiefung unserer Handels- und Wissenschaftsbeziehungen unabdingbar.

- Unser Ziel ist ein umfassender transatlantischer Wirtschafts-, Handels- und Zukunftsraum. Um die Technologieführerschaft des wertegebundenen Westens zu bewahren, müssen wir unsere Spitzenforschung und Produktanwendung eng abstimmen.
- Wir wollen zudem die gemeinsame Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus intensivieren sowie klimaaußenpolitisch mit den USA eng zusammenarbeiten.
- Auch mit Kanada sowie den demokratisch gefestigten Staaten Lateinamerikas und der Karibik wollen wir enger kooperieren.
- Den Austausch mit den USA auf gesellschaftlicher Ebene wollen wir deutlich ausbauen. Wir wissen: Völkerverständigung beginnt bei persönlichen Freundschaften und muss immer wieder neu wachsen in jeder Generation. Deshalb wollen wir ein deutsch-amerikanisches Jugendwerk einrichten und das erfolgreiche Jugendaustauschprogramm (Parlamentarisches Patenschaftsprogramm) des Bundestages mehr als verdoppeln.

Die NATO als Wertegemeinschaft und Sicherheitsbündnis begreifen

Die NATO ist das Rückgrat der euroatlantischen Sicherheit. Garantiert wird diese Sicherheit durch die nukleare Teilhabe, die Beistandsklausel für den Bündnisfall und die Präsenz amerikanischer Soldaten in Europa.

- Solange es Staaten mit Atomwaffen gibt, die unsere Wertegemeinschaft aktiv herausfordern, braucht Europa weiterhin den nuklearen Schutzschirm der USA und bleibt die deutsche Beteiligung an der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO ein wichtiger Bestandteil einer glaubwürdigen Abschreckung im Bündnis. Wir stehen dafür, dass Deutschland sich entschlossen zur Fortsetzung seiner nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO bekennt und die notwendigen Mittel dafür bereitstellt.
- Es muss Europas Anspruch sein, als gleichberechtigter Partner gemeinsam mit den USA für Freiheit, Frieden und Demokratie in der Welt einzustehen. Dazu gehört, dass wir mehr Verantwortung im Verbund mit unseren Bündnispartnern übernehmen müssen –

sowohl bei robusten Einsätzen als auch bei Friedensmissionen und der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort.

- Wir wollen den europäischen Pfeiler in der NATO stärken. Deutschland wird im Modernisierungsjahrzehnt einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Konzeptes „NATO 2030“ und zur Ausrichtung der NATO für die nächste Generation leisten. Wir Europäer müssen stärker als bisher für Stabilität in unserer Nachbarschaft Sorge tragen und für eine faire Lastenverteilung eintreten. Wir bekennen uns explizit zum 2%-Ziel der NATO.

Rüstungskontrolle und Abrüstung voranbringen

Unsere langfristige Vision ist eine Welt, in der nukleare Waffen als Abschreckung nicht mehr nötig sind. Wir drängen daher auf mehr Dynamik in der Rüstungskontrolle und Abrüstung und unterstützen neue Initiativen, die zu mehr Sicherheit beitragen.

- Unser langfristiges Ziel bleibt die vollständige Abrüstung aller nuklearen Mittelstreckentraketen und Marschflugkörper in Europa. Bestehende Abkommen müssen eingehalten werden.
- Wir unterstützen Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und die dazugehörigen Raketentechnologien sowie die Ächtung autonom-tötender Waffensysteme.
- Die Bundeswehr muss über alle modernen Technologien verfügen, die zur Verteidigung nötig sind. Dazu zählen auch unbemannte und KI-integrierende Systeme.

1.4. Stabilität in ganz Europa

Östliche Partner der EU stärken

Wir wollen die Unabhängigkeit der östlichen Partner der EU stärken sowie ihre politische und wirtschaftliche Modernisierung zu europäischen Rechtsstaaten tatkräftig fördern. Unser Ziel bleibt, die europäische Friedensordnung wiederherzustellen, die durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland außer Kraft gesetzt wurde.

- Wir werden uns weiterhin für ein Ende des Konflikts in der Ostukraine und für eine Rückkehr zum legitimen völkerrechtlichen Status der Krim einsetzen. Solange die russische Regierung dazu nicht bereit ist, müssen die Sanktionen bestehen bleiben.
- Wir stehen an der Seite der Menschen in Belarus, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzen. Das Regime muss den Weg zu einem friedlichen Übergang freimachen oder andernfalls die Härte unserer Sanktionen zu spüren bekommen.

Russland konstruktiv und entschlossen begegnen

Russland fordert unsere Werte heraus. Wir wollen nicht, dass daraus wieder eine ernsthafte militärische Bedrohung für uns in Europa wird. Um eigene Interessen durchzusetzen, greift die russische Regierung mittlerweile zu offenen Drohungen gegen NATO-Verbündete, zu Cyberangriffen, zu Desinformation und Propaganda.

• Wir brauchen in der EU und NATO zum einen mehr politische Geschlossenheit und zum anderen die Fähigkeit zur glaubhaften Abschreckung und Resilienz, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

• Wir suchen zugleich weiter den Dialog und die Zusammenarbeit mit Russland dort, wo gemeinsame Interessen bestehen. So ist beispielsweise weltweiter Klimaschutz ohne Russland nicht wirkungsvoll und wirtschaftliche Zusammenarbeit im allseitigen Interesse.

Lebensbedingungen im Südlichen Mittelmeerraum verbessern

Die Sicherheit Deutschlands und Europas hängt mit der Stabilität der Staaten im südlichen Mittelmeerraum sowie im Nahen und Mittleren Osten zusammen. Wenn dort Terror und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit herrschen, werden viele Menschen versuchen, nach Europa zu fliehen.

• Deutschland und Europa müssen mittels Prävention und Vermittlung mehr Verantwortung in der Region übernehmen. Durch humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Programme wie die Beschäftigungsoffensive „Cash for Work“ verbessern wir die Lebensperspektiven der Menschen vor Ort. Zugleich unterstützen wir die Staaten der Region im Kampf gegen den Terrorismus.

• Gerade mit den Anrainerstaaten im Mittelmeerraum bieten sich auch neue Chancen der Zusammenarbeit – etwa auf dem Feld des grünen Wasserstoffs – die der europäischen Nachbarschaftspolitik neue Impulse verleihen und unsere Nachbarn enger an unsere Wertegemeinschaft binden können.

1.5. Besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel

Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind Teil der deutschen Staatsräson. Die Menschen in Israel haben ein Anrecht darauf, frei von Angst, Terror und Gewalt leben zu können. Deshalb stehen wir zum Selbstverteidigungsrecht von Israel.

• Wir treten dafür ein, dass der Iran seine Verpflichtungen aus der Wiener Nuklearvereinbarung von 2015 (JCPOA) strikt einhält und sein ballistisches Raketenprogramm und seine aggressive Rolle in der Region beendet.

• Wir unterstützen alles, was ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern fördert und eine Zweistaatenlösung ermöglicht.

• Wir wollen auf dieser festen Basis unsere enge und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Israel in allen Politikbereichen weiter ausbauen, insbesondere beim Jugendaustausch, in der Hochtechnologie und bei der Förderung von Startups.

1.6. Neue Aufmerksamkeit für den asiatisch-pazifischen Raum

Asiatisch-pazifische Demokratien als Partner begreifen

Das 21. Jahrhundert wird wesentlich von den Ländern Asiens und des Pazifiks geprägt werden. Wir setzen uns daher für enge Partnerschaften mit ihnen ein. Demokratien wie Australien, Neuseeland, Japan, Indien und Südkorea, die für die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung eintreten, sind unsere natürlichen Kooperations- und Wertepartner. Mit der Entsendung einer deutschen Fregatte in den asiatisch-pazifischen Raum zeigen wir Präsenz und setzen das richtige Signal in Abstimmung mit unseren Partnern.

China auf Augenhöhe begegnen

Die größte außen- und sicherheitspolitische Herausforderung geht heute von der Volksrepublik China aus. Sie ist Wettbewerber, Kooperationspartner, aber auch systemischer Rivale. China hat den Willen und zusehends auch den Machtanspruch, die internationale Ordnung nach eigenen Vorstellungen zu prägen und zu verändern – und tut dies mit allen Mitteln. China nimmt durch Technologie- und Infrastrukturinvestitionen Einfluss auf andere Staaten und schafft geostrategische Abhängigkeiten. Wir brauchen daher einen zweifachen Ansatz:

- Einerseits müssen wir dort, wo es nötig ist, Chinas Machtwillen in enger Abstimmung mit unseren transatlantischen Partnern und anderen gleichgesinnten Demokratien mit Stärke und Geschlossenheit entgegentreten. Das gilt insbesondere beim Schutz des geistigen Eigentums, unserer Hochtechnologie und unserer Daten, damit wir nicht in gefährliche Abhängigkeiten geraten.
- Andererseits wollen wir dort, wo es möglich ist, eine Zusammenarbeit mit China anstreben. Eine echte Partnerschaft ist nur im Rahmen eines fairen Wettbewerbs unter gleichen Bedingungen und bei Wahrung des Prinzips der Gegenseitigkeit möglich.
- Damit diese Balance auf europäischer Ebene gelingt, setzen wir uns für eine europäische China-Strategie und ein gemeinsames Vorgehen des Westens ein.

1.7. Moderne und voll einsatzbereite Bundeswehr

Glaubwürdige Sicherheitsvorsorge leisten

Der Schutz von Frieden und Freiheit ist die vornehmste Aufgabe des Staates. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen sich auf eine glaubwürdige Sicherheitsvorsorge verlassen können. CDU und CSU sind Garanten dafür, dass Deutschland dies nicht zu Lasten unserer Kinder und Enkel vernachlässigt. Wir verstehen uns als Parteien der Bundeswehr. Wer wie unsere Soldatinnen und Soldaten Verantwortung in schwierigen Einsätzen übernimmt, hat Anspruch auf die beste Ausrüstung.

- Wir werden allen unseren militärischen Verpflichtungen nachkommen und die Vollaussstattung der Bundeswehr erreichen. Deshalb werden wir die Zahl der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gemäß Personalstrukturmodell auf 203 000 aufstocken. Wir

294 stehen zu unseren Zusagen im Rahmen der NATO und der EU, den Verteidigungshaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts weiter zu erhöhen. Damit erhält auch
295 die Bundeswehr Planungssicherheit.
296

297 • Spätestens bis 2030 wollen wir die Bundeswehr dazu befähigen, mindestens zehn Prozent der militärischen Fähigkeiten des Bündnisses bereitzustellen. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag für eine faire Lastenteilung und für den Zusammenhalt in
298 der NATO. Dieser Beitrag ist Voraussetzung für unsere Bündnisfähigkeit – und damit in
299 unserem eigenen Interesse.
300
301

302 • Landesverteidigung ist heute Bündnisverteidigung. Deutschland kann dies nur gemeinsam mit seinen Partnern leisten. Deswegen muss die Bundeswehr den Weg der Kooperation und Integration mit den Streitkräften in Europa und von Verbündeten weiter beschreiten und dabei auf eine gemeinsame strategische Kultur hinarbeiten. An Auslandseinsätzen werden wir uns immer dann mit Bündnispartnern beteiligen, wenn deutsche Sicherheitsinteressen gefährdet sind.
303
304
305
306
307
308

309 ***Bundeswehr als Teil der Gesellschaft begreifen***

310 Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr arbeiten tagtäglich dafür, dass wir in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können. Zugleich stehen sie bereit, um in Not- und Katastrophenfällen auch im Inland zu helfen.
311
312

313 • Soldatinnen und Soldaten verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

314 • Die Bundeswehr hat einen festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft. Damit gehört sie auch ganz selbstverständlich in unsere Schulen. Die Jugendoffiziere leisten hier eine wertvolle Arbeit. Wir wollen sie ausbauen und dafür sorgen, dass der Besuch der Jugendoffiziere einen festen Platz in der Schullaufbahn hat.
315
316
317

318 • Das kostenlose Bahnfahren für unsere Soldatinnen und Soldaten ist ein voller Erfolg, den wir fortsetzen und perspektivisch auf den öffentlichen Personennahverkehr ausweiten wollen.
319
320

321 • Der Eid auf unser Land gehört in die Mitte unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir, dass Gelöbnisse grundsätzlich in der Öffentlichkeit stattfinden.
322

323 • Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, braucht die Bundeswehr eine einsatzbereite Reserve. Wir wollen den freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz fortführen. Damit geben wir jungen Menschen die Chance, eine Zeit lang in der Bundeswehr zu dienen und danach die Reserve zu stärken.
324
325
326

327 • Für Extremisten ist in der Bundeswehr kein Platz.
328

329 ***Beste Ausrüstung für die Bundeswehr gewährleisten***

330 Die Bundeswehr muss optimal ausgerüstet und organisiert sein. Die Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft dienen dafür als Leitfaden. Wir werden das Beschaffungswesen erneuern, damit sie ihr Material zügig erhält.
331
332

- 333 • Wir müssen neue Fähigkeiten im Cyber- und Informationsraum sowie im Weltraum auf-
334 bauen und streben eine rechtliche Regelung der militärischen Nutzung von KI, Cyber-
335 und Weltraumfähigkeiten an.
- 336 • Zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten und im Einsatz setzen wir uns für die mi-
337 litärisch heute selbstverständliche Bewaffnung von Drohnen ein. Die jüngsten Kämpfe
338 um die Region Bergkarabach haben deutlich gemacht, wie stark kriegerische Auseinan-
339 dersetzen von Drohnen geprägt werden. Wir müssen unsere Soldatinnen und Solda-
340 ten in die Lage versetzen, diese Gefahren zu ihrem Schutz wirksam abwehren zu können.
341 Wir wollen deshalb wirksame Fähigkeiten der Bundeswehr zur Drohnenabwehr, Luftver-
342 teidigung und zum elektronischen Kampf deutlich stärken.
- 343 • Die Kosten für militärische Beschaffungen wollen wir durch die Entwicklung und Umset-
344 zung gemeinsamer Rüstungsprojekte mit europäischen Partnern begrenzen. Dabei wol-
345 len wir eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie in Deutschland erhalten. Wir wol-
346 len die für die europäische Verteidigungspolitik zentralen Schlüsselprojekte engagiert
347 vorantreiben. Rüstungsexporte sind dabei ein gestaltendes Element der Sicherheitspoli-
348 tik. Deswegen setzen wir uns für einheitliche europäische Richtlinien ein.
- 349 • Wir wollen mit einem Bundeswehrplanungsgesetz dazu beitragen, dass Sicherheit unab-
350 hängig von konjunkturellen Schwankungen und kurzfristigen Änderungen politischer
351 Stimmungsbilder als Kernaufgabe des Staates verlässlich finanziell gesichert bleibt.
352

353 **1.8. Für eine nachhaltige Entwicklung in der Einen Welt**

354 ***Entwicklungszusammenarbeit stärken***

355 Die Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, das
356 Pariser Klimaschutzabkommen und die Menschenrechte sind unser Leitbild für eine ge-
357 rechte Globalisierung, für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung in der Welt. Dabei
358 sind folgende Ziele und Ansätze für uns vorrangig:

- 359 • Wir können eine Welt ohne Hunger erreichen. Sie ist möglich, wenn Konflikte gelöst,
360 steigende Beträge in Ernährungshilfen geleistet und die Erträge der Landwirtschaft welt-
361 weit gesteigert werden.
- 362 • Im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit unterstützen wir Menschen in den am we-
363 nigsten entwickelten Ländern, damit sie Zugang zu staatlicher Grundversorgung wie Bil-
364 dung, Wasser, Ernährung und Gesundheit bekommen.
- 365 • Um künftigen Pandemien vorzubeugen, werden wir im Rahmen der globalen Gesund-
366 heitspolitik die Wechselbeziehungen von Mensch, Tier und Umwelt (One-Health-An-
367 satz) stärker als bisher beachten.
- 368 • Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit und strategische Außenwirtschaftsförde-
369 rung stärker verknüpfen. So erleichtern wir es Unternehmen, in moderne und digitale
370 Arbeitsplätze in Entwicklungsländern zu investieren und so den Wohlstand für alle zu
371 fördern.

- Wenn Staat und Wirtschaft enger kooperieren, können zudem Menschenrechte sowie soziale und ökologische Mindeststandards besser sichergestellt werden. Außerdem wollen wir gemeinsam das berufliche duale Ausbildungssystem auf die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort anpassen und noch stärker fördern.

- Bei all unseren Ansätzen wollen wir insbesondere Frauen und Mädchen stärken. Wir setzen uns für ihr Recht auf Selbstbestimmung und Familienplanung ein.

Entwicklungszusammenarbeit verlässlich finanzieren

Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die in den vergangenen beiden Jahren 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausgeben haben, wie es weltweit als Ziel vereinbart wurde.

- Wir wollen auch in Zukunft 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ausgeben. Damit wollen wir dazu beitragen, die durch die Pandemie ausgelösten Entwicklungsrückschritte in vielen Ländern der Welt rasch wieder umzukehren. Das ist auch im Interesse Deutschlands.

- Um die vorhandenen Mittel bestmöglich einsetzen zu können, ist eine noch intensivere Abstimmung und Arbeitsteilung – vor allem im Rahmen der Europäischen Union – nötig. Darüber hinaus wollen wir neue Geber von Entwicklungsgeldern wie China auf gemeinsame Standards verpflichten. Auch in Zukunft wollen wir eng mit den Kirchen und Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit kooperieren.

- Wir erwarten von den Partnerländern bei der Entwicklungszusammenarbeit auch eine enge Kooperation bei der Bekämpfung von Fluchtursachen und illegaler Migration (zum Beispiel Rücknahme eigener Staatsangehöriger).

1.9. Für eine Entwicklungspartnerschaft mit Afrika

Eine friedliche, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung unseres Nachbarkontinents Afrika ist im deutschen und europäischen Interesse. Unsere Afrikapolitik gestalten wir auf Basis eines modernen und differenzierten Afrikabildes. Afrika ist für uns auch ein Kontinent mit einer ehrgeizigen jungen Generation, großer wirtschaftlicher Dynamik und hoher Innovationskraft.

- Wir wollen den Marshallplan mit Afrika zu einer vertieften institutionellen Partnerschaft in Form eines EU-Afrikarats weiterentwickeln. Die EU muss attraktive Angebote der Zusammenarbeit unterbreiten, die auf Transparenz und finanzieller Nachhaltigkeit beruhen und das lokale Potenzial ausschöpfen. Die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone bietet die Chance für weitere Öffnungsschritte des EU-Binnenmarkts, für den Klimaschutz und für die Kooperation in Zukunftstechnologien.

- Nachhaltige Entwicklung in Afrika ist ohne Investitionen privater Unternehmen nicht möglich. Daher setzen wir bei der Zusammenarbeit mit Afrika auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Besondere Bedeutung dabei haben der Zugang zu Kapital sowie

staatliche Garantien zur Risikoabsicherung bei Handel, Investitionen und Projekten. Unverzichtbar sind Anstrengungen bei der Korruptionsbekämpfung und für Rechtsstaatlichkeit, die wir fordern und fördern. Wir wollen dazu beitragen, die Chancen der Digitalisierung, der Erneuerbaren Energien oder nachhaltiger Mobilität zu nutzen. In Partnerschaft mit der deutschen Wirtschaft und im Rahmen unserer europäischen Klimaaußenpolitik treiben wir so die Energiewende in Afrika voran.

- Afrika ist für die langfristige Sicherheit Europas von zentraler Bedeutung. Dies zeigt nicht zuletzt die anhaltende Migration in Richtung Europa. Wir wollen die Staaten und Gesellschaften Afrikas im Laufe des Jahrzehnts dazu befähigen, selbst und mithilfe der Afrikanischen Union den Terrorismus zu bekämpfen und für ihre eigene Sicherheit zu sorgen.

1.10. Internationaler Klimaschutz zur Bewahrung der Schöpfung

Überlebensfragen der gesamten Menschheit und deshalb Schwerpunkte unserer Klima-Außenpolitik sind das Erreichen der Klimaziele sowie die Bewahrung der Artenvielfalt und der Wälder. Wir setzen uns für ein Bündnis zur Stärkung innovativer klimafreundlicher Technologien weltweit ein. Wo der Klimawandel die Sicherheit gefährdet, muss die internationale Gemeinschaft präventiv handeln.

- Dafür wollen wir die Schlichtungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen verstärken.
- Wir wollen im Rahmen der internationalen Klimafinanzierung die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel und beim Umweltschutz durch den Transfer von technischem Wissen unterstützen. Daher streben wir im Rahmen unserer europäischen Clean-Tech-Initiative eine enge Klimapartnerschaft mit Ländern in Asien, in der arabischen Welt und in Lateinamerika an.
- Die Herausforderungen der Erderwärmung sind global. Deshalb wollen wir, dass Deutschland als weltweit führendes und modernes Industrieland hier im Rahmen der Internationalen Gemeinschaft einen übergeordneten Beitrag leistet. So wollen wir beispielsweise den Aufbau und die Finanzierung von Abfallsammel- und Sortiersystemen unterstützen sowie die Zusammenarbeit gegen die Meeres- und Umweltverschmutzung intensivieren.
- Wir setzen uns dafür ein, dass internationale Kohlenstoffsinken wie Regenwälder geschützt werden und ihre Leistung honoriert wird. Unser Ziel ist, dass langfristig ein globaler Emissionshandel etabliert wird.
- Wir wollen moderne Handelspolitik auch als Instrument dazu nutzen, hohe Standards und wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz global durchzusetzen.
- Zur Eindämmung der Erderwärmung ist entscheidend, dass Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufbauen. Wir wollen, dass internationale Erfolge beim Klimaschutz auch in nationalen Klimabilanzen berücksichtigt werden – zusätzlich zu den eigenen Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland. Denn jede

450 eingesparte Tonne CO₂ zählt – egal, wo sie eingespart wird. Wir wollen uns deshalb dafür
451 einsetzen, dass sich die nächste Klimakonferenz in Glasgow darauf verständigt, neben
452 den ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene
453 auch Emissionsminderungen durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern auf nationale Klimaziele anteilig anzurechnen. Dabei müssen Doppelanrechnungen wirksam ausgeschlossen werden.
456

2. Neue Weltpolitikfähigkeit – mit Leidenschaft für ein starkes Europa

Unser Unions-Versprechen: Wir arbeiten für ein modernes Europa, das weltpolitikfähig ist, um die globalen Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Dafür muss Europa handlungsfähiger, mutiger und entschlossener werden. Denn nur wenn es Europa gut geht, geht es auch Deutschland gut.

Europa wird herausgefordert – von innen und von außen. Innerhalb Europas setzen Populisten von links und rechts die europäische Demokratie unter Druck. Zusätzlich erschweren Nationalismus und Eigeninteressen einiger EU-Mitgliedsstaaten immer wieder gemeinsame europäische Lösungen oder verhindern ein Auftreten der EU mit einer Stimme. Und schließlich ist die EU in zentralen Bereichen, wie etwa der Verteidigungspolitik, nicht so handlungsfähig, wie wir uns das wünschen.

Auch von außen sehen wir den europäisch-abendländischen Leitgedanken der Demokratie wie auch der Sozialen Marktwirtschaft unter Druck und im Wettbewerb mit konkurrierenden Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen. Freier Welthandel mit offenen Märkten, der uns Wohlstand gebracht hat, ist keine Selbstverständlichkeit mehr.

Unsere Antwort auf diese Herausforderung lautet: Mehr Europa! Denn nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die Herausforderungen meistern. Dafür brauchen wir schnellere und dynamischere Entscheidungen dort, wo es europäische Lösungen und entschlossenes Handeln auf internationaler Ebene braucht. Dabei gilt die Formel: Nicht jedes Problem in Europa ist ein Problem für Europa. Gleichzeitig werden wir das Modernisierungsjahrzehnt auch auf Europa erstrecken: Wir investieren in Technologien und Innovationen, damit Europas Wirtschaft auch in Zukunft Garant für Wohlstand, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit bleibt. Wir investieren in Europas Sicherheit, ob nach innen oder außen, damit auch unsere Kinder und Enkel in Europa in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können.

2.1. Ein starkes Deutschland in einem starken Europa

Europa wollen – Europa machen

Die Europäische Union ist und bleibt das größte politische Erfolgsprojekt unserer Zeit. Sie hat den Menschen in Deutschland und Europa Frieden, Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand gebracht. Auch wenn nicht immer alles perfekt läuft: Die Menschen in unserem Land profitieren tagtäglich von Europa.

- Deshalb haben wir von Anfang an den Prozess der europäischen Einigung leidenschaftlich vorangetrieben und Brücken zwischen Ost und West gebaut.
- Wir wollen europäische Kooperation und Integration statt nationalistischer Abschottung. Nur so werden wir Deutschland und Europa widerstandsfähiger machen: bei Pandemien, ökonomischen Krisen, terroristischen Bedrohungslagen und Cyberangriffen.

495 ***Deutsch-französischer Motor der europäischen Einigung sein***

496 Mit überzeugten Europäern wie Konrad Adenauer, Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Theo
497 Waigel und Angela Merkel haben wir die europäische Einigung geprägt. Unsere unverrück-
498 baren Prinzipien und europäischen Grundwerte der offenen Gesellschaft, der repräsentati-
499 ven Demokratie, der Sozialen Marktwirtschaft, der Rechtsstaatlichkeit, der Subsidiarität,
500 der friedlichen Konfliktlösung und Konsensfindung in Europa leiten uns.

501 • Die enge deutsch-französische Freundschaft ist für uns elementar und hat durch den
502 Aachener Vertrag eine neue Dynamik bekommen, die jetzt mit Leben gefüllt werden
503 muss. Das gilt insbesondere etwa bei den großen Herausforderungen wie der Künstli-
504 chen Intelligenz, der Wasserstofftechnologie und der Batteriezellforschung sowie bei
505 der sicherheits- und außenpolitischen Zusammenarbeit. Die deutsch-französische
506 Freundschaft ist und bleibt Motor für die europäische Einigung und Fortentwicklung –
507 aber nicht exklusiv, sondern als Initialzündung für mutige Schritte mit anderen.

508 • Wir wollen enge Abstimmungen und Austausch zu konkreten Problemlösungen. Unser
509 europäischer Ansatz achtet die berechtigten Interessen aller Mitgliedstaaten unabhän-
510 gig von ihrer Größe. Die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und Freunden im Bene-
511 lux-Raum sowie unseren östlichen Nachbarstaaten, wie zum Beispiel Tschechien, hat
512 sich vor allem in der Pandemie bewährt.

513 • Für uns bleibt die enge Zusammenarbeit und die Pflege der Freundschaft mit Polen eine
514 zentrale Aufgabe deutscher Außenpolitik.

515

516 **2.2. Mehr Europa in der Weltpolitik**

517 ***Europa für den globalen Systemwettbewerb fit machen***

518 Eine größere deutsche und europäische Unabhängigkeit und Sicherheit sind Grundvoraus-
519 setzungen, um im globalen Systemwettbewerb bestehen zu können. Deswegen muss Eu-
520 ropa mit einer Stimme sprechen, um weltpolitikfähig zu werden. In einer geopolitisch im-
521 mer unsichereren und komplexeren Welt muss Europa im eigenen Interesse mehr außen-
522 und sicherheitspolitische Verantwortung für sich und die Welt übernehmen.

523 • Wir wollen in der Außen- und Sicherheitspolitik Mehrheitsentscheidungen. Mehr Selbst-
524 bewusstsein nach außen erreichen wir durch mehr Geschlossenheit nach innen. Dafür
525 müssen wir in der Europäischen Union schneller als bisher zu gemeinsamen Positionen
526 kommen und bereit sein, diese wirkungsvoll umzusetzen.

527 • Wir wollen eine verbesserte und flexible Sicherheitsarchitektur, die auch das Vereinigte
528 Königreich einbezieht, um unsere Positionen stärker einzubringen und mit unseren Part-
529 nern zu koordinieren.

530 • Wir setzen uns für einen zusätzlichen, gemeinsamen ständigen Sitz der EU im Sicher-
531 heitsrat der Vereinten Nationen ein.

- 532 • Wir werden mit einem Bündnis der Gestaltungswilligen die Initiative ergreifen, um die
533 außen- und sicherheitspolitische Koordinierung zu verbessern und die Wirksamkeit der
534 europäischen Verteidigung zu erhöhen.
- 535 • Wir wollen ein solches außen- und sicherheitspolitisches Kerneuropa nicht exklusiv ge-
536 stalten. Es muss gerade auch jene Staaten miteinbeziehen, deren Sicherheitsinteressen
537 in besonderer Weise betroffen sind, etwa an der Ostflanke der NATO.
- 538 • Wir wollen im Rahmen der Europäischen Verteidigungsunion und PESCO langfristig ge-
539 meinsame europäische Streitkräfte aufstellen. Dafür wollen wir die militärische Zusam-
540 menarbeit der nationalen Streitkräfte weiter verbessern, noch stärker vernetzen und ge-
541 meinsame europäische Einsatzfähigkeiten innerhalb und außerhalb der NATO ausbauen.
- 542 • Wir setzen auf intensivere verteidigungspolitische Zusammenarbeit im Sinne der ver-
543 netzten Sicherheitspolitik. Nur so kann die Stärke der Europäischen Union – die Bündelung
544 diplomatischer, militärischer und entwicklungspolitischer Mittel – voll zur Geltung
545 kommen.
- 546 • Wir bekennen uns uneingeschränkt zur NATO.
- 547 • Wir wollen die eigene Führungsfähigkeit für EU-Missionen durch die Errichtung eines
548 Europäischen Hauptquartiers realisieren.
- 549 • Wir wollen mithilfe der Europäischen Rüstungsagentur und des Europäischen Verteidi-
550 gungsfonds gemeinsame Rüstungsprojekte und -beschaffung fördern. Die EU-Mitglied-
551 staaten vermeiden so unnötige Ausgaben, erlangen bessere Verteidigungsfähigkeit und
552 entwickeln Schritt für Schritt eine gemeinsame Sicherheitskultur sowie gemeinsame eu-
553 ropäische Rüstungsexportrichtlinien.
- 554 • Wir bauen die europäische Cyber-Brigade aus, um Cyberattacken, Terrorismus, Bedro-
555 hung kritischer Infrastruktur und Desinformation europaweit erfolgreich abwehren und
556 selbst offensive Fähigkeiten entwickeln zu können.

557

558 ***Europa vertiefen vor erweitern***

559 Es liegt in unserem Interesse, mit den Ländern in unmittelbarer Nachbarschaft zur EU mög-
560 lichst enge und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Dabei gilt für uns der Grundsatz:
561 Vertiefung vor Erweiterung.

- 562 • Wir stehen dazu, die Bindung der Westbalkanstaaten an die Europäische Union weiter
563 zu intensivieren, denn Sicherheit und Stabilität in unserer unmittelbaren Nachbarschaft
564 sind vom größten Interesse. Der innere Zusammenhalt der Europäischen Union darf je-
565 doch durch die Aufnahme neuer Mitglieder nicht geschwächt werden. Kandidatenländer
566 müssen alle Beitrittskriterien voll und ganz erfüllen.
- 567 • Das Vereinigte Königreich bleibt auch nach dem Austritt aus der Europäischen Union
568 unser enger Partner. Wir werden darauf achten, dass die vertraglichen Zusicherungen

für einen fairen Handel durch Einhaltung von vergleichbaren Sozial- und Umweltstandards sowie zur Wahrung des Friedens durch das Karfreitagsabkommen in Irland und Nordirland eingehalten werden. Wir streben auch eine enge Zusammenarbeit bei der inneren und äußeren Sicherheit und im Bereich der Wissenschaft an.

- Wir werden einen Großbritannien-Koordinator der Bundesregierung einsetzen, der die vielfältigen bilateralen Beziehungen bündelt.
- Wir setzen uns dafür ein, die UK-German Connection zu einem Deutsch-Britischen Jugendwerk auszubauen und ein neues Parlamentarisches Patenschaftsprogramm des Bundestages für ein Schüler-Austauschjahr in Großbritannien einzurichten.

Beziehungen zur Türkei neu ordnen

Die Türkei ist von großer strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung für Deutschland und die Europäische Union. Zudem sind unsere Länder vor allem durch Kontakte der Menschen eng miteinander verbunden. Wir wollen deshalb weiter eng mit der Türkei zusammenarbeiten und setzen auf einen offenen, kritischen und konstruktiven Dialog mit der türkischen Führung. Wir wollen, dass Deutschland weiter die bilateralen Beziehungen und die zivilgesellschaftliche Vielfalt in der Türkei stärkt.

Wir beobachten aber auch, dass sich die Türkei von dem Ziel entfernt, die politischen EU-Beitrittskriterien - Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte - zu verwirklichen. Unsere Beziehungen zur Türkei brauchen neue Perspektiven. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU wird es mit uns nicht geben. Stattdessen werden wir eine enge Partnerschaft vereinbaren.

- In einem ersten Schritt der Wiederannäherung sollen gemeinsame Interessen definiert und vertragliche Vereinbarungen zur Umsetzung beschlossen werden.
- Die NATO ist eine Wertegemeinschaft. Ihre Mitglieder müssen sich zur Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit verpflichten. Die Türkei muss als NATO-Partner ihren Beitrag zur kollektiven Sicherheit leisten und die Verpflichtung zu sicherheitspolitischen Konsultationen erfüllen.

2.3. Nachhaltiges Europa

European Green Deal zu einer europäischen Wachstumsgeschichte machen

Der European Green Deal ist eine umfassende und ambitionierte Nachhaltigkeitsstrategie in den Bereichen Energie, Industrie, Kreislaufwirtschaft, Verkehr, Gebäude, Umweltschutz und Biodiversität, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft. Wir unterstützen seine ambitionierte Zielsetzung der Transformation unseres heutigen Lebens und Wirtschaftens hin zu einer nachhaltigeren und ökologischeren Gesellschaft.

- Mit dem Green Deal machen wir Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt.

- 606 • Wir wollen einen EU-Klimaaußenbeauftragten zur Stärkung und Bündelung der EU-
607 Klimaaußenpolitik, der Europa als globalen Akteur im Einsatz für den Klimaschutz posi-
608 tioniert. Er soll eine Europäische Clean-Tech-Initiative voranbringen, die Partnerschaften
609 bei modernsten Umwelttechnologien aufbaut.
- 610 • Wir werden den Green Deal zu einer echten Wachstumsstrategie, einem neuen nachhal-
611 tigen Wachstumsmotor der EU, entwickeln. Dazu setzen wir auf marktwirtschaftliche In-
612 strumente, auf Anreize statt auf Verbote, auf Innovationen und Wettbewerb und auf die
613 Zusammenarbeit mit Industrie und Landwirtschaft.
- 614 • Wir werden den europäischen Emissionshandel auf den Verkehr- und Wärmesektor aus-
615 weiten. Mit mehr Ehrgeiz wird der Emissionshandel in allen Bereichen sicherstellen, dass
616 sich ein stabiler, fairer und transparenter Preis für Treibhausgase bildet.
- 617 • Wir wollen in Verbindung mit nachhaltiger Entwicklungshilfe Europa im globalen Roh-
618 stoffwettbewerb stärken und eine europäische Alternative zur chinesischen Seiden-
619 straße bieten.
- 620 • Wir wollen einen Green Deal, der mehr Arbeitsplätze schafft und mehr Wertschöpfung
621 in die Regionen Europas bringt. Deshalb müssen alle Strategien des Green Deals mit ei-
622 ner Folgenabschätzung und mit Maßnahmen zur Begleitung des Übergangs verbunden
623 werden.

624

625 **2.4. Wettbewerbsfähiges und stabiles Europa**

626 ***Stabilitätskriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion durchsetzen***

627 Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Einführung des Euro sind Meilen-
628 steine der europäischen Integration. Wir treten ein für eine echte Stabilitäts- und Wachs-
629 tumsunion.

- 630 • Wir wollen die Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalvertrags
631 nach der Corona-Pandemie zügig wieder in Kraft setzen und sie weiterentwickeln, ohne
632 sie aufzuweichen.
- 633 • Wir wollen Ermessensspielräume beim Defizitverfahren einschränken und das Prinzip
634 der Konditionalität stärken. Verstöße gegen die Stabilitätskriterien müssen konsequent
635 sanktioniert werden.
- 636 • Die Europäische Union hat mit dem Aufbauinstrument „Next Generation EU“ in Verbin-
637 dung mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 angemessen und solidarisch
638 auf die Corona-Krise reagiert. Europa kann nur gemeinsam stark sein. Daher haben wir
639 uns für die Unterstützung der von der Krise besonders betroffenen Länder im Süden Eu-
640 ropas eingesetzt.

641 • Die damit verbundene europäische Schuldenaufnahme ist befristet und einmalig. Sie ist
642 kein Einstieg in eine Schuldenunion – und darf es nie werden. Denn für eine verantwort-
643 liche Finanz- und Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten müssen Haftung und Verant-
644 wortung in einer Hand bleiben.

645 • Die Verträge sprechen eine klare Sprache: Jeder Mitgliedstaat haftet für seine eigenen
646 Schulden. Wir lehnen es weiterhin ab, mitgliedstaatliche Schulden oder Risiken zu ver-
647 gemeinschaften. Denn wir wollen eine echte Stabilitätsunion und keine Schulden- und
648 Haftungsunion.

649 • Unser Europa steht für eine solide Haushaltspolitik. Haushaltsmittel müssen vor allem
650 für Maßnahmen eingesetzt werden, die einen europäischen Mehrwert schaffen. Sie müs-
651 sen noch stärker auf europäische Zukunftsaufgaben konzentriert werden.

652

653 ***Europäische Wirtschaftspolitik besser abstimmen, Währungsunion stärken***

654 Um die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken, müssen die nationalen Wirtschaftspo-
655 litiken besser koordiniert und aufeinander abgestimmt werden.

656 • Wir wollen eine stärkere Rolle für den EU-Wirtschafts- und Währungskommissar, insbe-
657 sondere zur Durchsetzung der Stabilitätskriterien. Die länderspezifischen Empfehlungen
658 sollten auf Schlüsselbereiche zielen – vor allem auf Strukturreformen und Haushaltskon-
659 solidierung. Die Strukturfonds sollen dafür eingesetzt werden, Reformprozesse und In-
660 novationen zu unterstützen.

661 • Europäische Finanzmarktregulierung (Taxonomie), Nachhaltigkeitsberichterstattung
662 und Lieferkettengesetzgebung bedürfen gerade für mittelständische Firmen präziser
663 globaler Wettbewerbsanalysen.

664 • Wir setzen uns für eine EU-Regelung für Lieferketten ein. Diese muss die Standards des
665 deutschen Lieferkettensorgfaltsgesetzes im EU-Binnenmarkt europaweit durchsetzen,
666 aber nicht verschärfen. So verhindern wir unterschiedliche und damit unpraktikable Re-
667 gelwerke und schaffen faire Wettbewerbsbedingungen.

668 • Bei der A1-Bescheinigung für die Entsendung von Arbeitnehmern ins EU-Ausland setzen
669 wir uns für eine praxistaugliche Lösung ein, die vor Missbrauch schützt und gleichzeitig
670 unbürokratisch und möglichst digital handhabbar ist.

671 • Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB). Geld- und
672 Finanzpolitik müssen getrennt bleiben. Wir lehnen deshalb eine monetäre Staatsfinan-
673 zierung ab. Das übergeordnete Ziel der EZB bleibt die Wahrung der Geldwert- und Fi-
674 nanzstabilität.

675 • Unsere Währung muss für das digitale Zeitalter gut gerüstet sein. Wir befürworten einen
676 digitalen Euro als schnelles, einfaches und sicheres Zahlungsmittel. Er darf Bargeld nur
677 ergänzen und die Preis- und Finanzstabilität nicht gefährden. Denn Bargeld ist gelebte
678 Freiheit. Daher halten wir am Bargeld als Zahlungsmittel weiterhin fest.

679

680 **Europäische Finanzarchitektur krisensicher machen**

681 Europa muss auf Wirtschafts- oder Finanzkrisen besser vorbereitet sein, damit diese schnell-
682 ler und besser überwunden werden können. Dafür braucht es mehr Stabilität in ganz Eu-
683 ropa.

684 • Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), die Bankenunion und die
685 Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln und vollenden.

686 • Für den Umgang mit Staaten, die von einer Wirtschafts- und/oder Finanzkrise betroffen
687 sind, benötigen wir geordnete Verfahren bis hin zu einem Insolvenzverfahren für Staa-
688 ten.

689 • Zur Vollendung der Bankenunion müssen bestehende Risiken im Bankensystem zwin-
690 gend reduziert werden. Bankenrettungen aus Steuermitteln und eine Vergemeinschaft-
691 ung der Haftungsübernahme im Rahmen der europäischen Einlagensicherung lehnen
692 wir ab.

693 • Bei allen Änderungen auf europäischer Ebene müssen die Besonderheiten unseres be-
694 währten Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Ge-
695 nossenschaftsbanken erhalten bleiben. Insbesondere dürfen die Kreditversorgung des
696 Mittelstands und die Finanzierung von Wohneigentum nicht aufgrund überzogener re-
697 gulatorischer Anforderungen unnötig eingeschränkt werden. So sorgen wir dafür, dass
698 Krisen schnell und besser überwunden werden können.

699

700 **Fairen Welthandel stärken**

701 In Deutschland hängt jeder vierte Arbeitsplatz vom Export ab, in der deutschen Industrie
702 sogar mehr als jeder Zweite. Wir setzen auf einen freien Welthandel mit fairen internatio-
703 nalen Wettbewerbsbedingungen statt auf Protektionismus und Abschottung.

704 • Wir wollen gemeinsam mit unseren Partnern den Multilateralismus durch eine Reform
705 der Welthandelsorganisation stärken und den Abschluss von Freihandelsabkommen
706 durch die Europäische Union vorantreiben. Insgesamt brauchen wir eine Verzahnung
707 von Handelsschutzmaßnahmen mit wettbewerbsrechtlichen Instrumenten.

708 • Wir wollen, dass europäische Handelspolitik konsequent auf Verbesserungen beim
709 Marktzugang für Güter und Dienstleistungen hinarbeitet, um Hemmnisse für europäi-
710 sche Unternehmen auf Drittmärkten abzubauen. Dabei müssen Marktöffnungen gegen-
711 seitig im gleichen Maß gewährt und Markenpiraterie eingedämmt werden.

712 • Wir wollen Anreize schaffen, dass unsere hohen Standards, zum Beispiel beim Umwelt-,
713 Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz, international zum Standard werden. Denn unser
714 Ziel ist multilateraler, fairer und regelbasierter Handel, der Wohlstandsperspektiven für
715 alle eröffnet, den Kampf gegen den Klimawandel verstärkt, Kinderarbeit ächtet und auf
716 eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in anderen Ländern hinwirkt.

717 • Wir wollen Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen Nachhaltigkeits- und Klima-
718 schutzaspekte etablieren und weiter stärken.

- Wir wollen besonders mit unseren transatlantischen Partnern in der Handelspolitik weltweit unsere gemeinsamen Grundwerte und gemeinsame Standards etablieren.
- Wir machen uns für die überfällige Ratifizierung des Wirtschaftsabkommens der Europäischen Union mit Kanada (CETA) stark. Wir plädieren auch für die vollständige Umsetzung des Handelsabkommens der EU mit dem Mercosur-Raum, sofern sichergestellt werden kann, dass gerade in der Landwirtschaft Produktions- und Produktstandards unseren Maßstäben entsprechen.
- Wir streben einen raschen Neustart der Verhandlungen zwischen der EU und den USA an: Wir wollen ein transatlantisches Handels-, Wirtschafts- und Investitionsabkommen mit den USA, das auch ökologisch weltweit Maßstäbe setzt.

Für eine moderne europäische Industriepolitik eintreten

Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist angesichts der Verschärfung der globalen Rahmenbedingungen und der Rolle Chinas wichtiger denn je. Unser Ziel ist es, dass Europa in den wichtigen industriellen Zukunftsfeldern wie Künstlicher Intelligenz, Quantentechnologie, Halbleiter, Wasserstoff oder Blockchain weltweit einen Spitzenplatz einnimmt.

- Wir brauchen dafür eine ambitionierte europäische Technologie- und Industriestrategie. Wir wollen in Europa die Fähigkeiten weiter fördern, Schlüsseltechnologien zu entwickeln und herzustellen. Strategische Förderprojekte der EU müssen die vorhandenen Stärken an europäischen Standorten, etwa der Mikroelektronik oder der Luft- und Raumfahrt, im Sinne der globalen Wettbewerbsfähigkeit weiter ausbauen.
- Wir wollen das europäische Wettbewerbs- und Beihilferecht anpassen, um Verzerrungen beim Handel und im Wettbewerb infolge von Staatssubventionen und Interventionen in anderen Teilen der Welt auszugleichen. Hierfür muss die Europäische Union die Verhandlungen mit anderen großen Industriestaaten vorantreiben.
- Wir müssen Wertschöpfungsketten innerhalb von Europa schließen und uns so unabhängiger von anderen Teilen der Welt machen. Wir brauchen neue Souveränität für Europa in allen systemrelevanten Wirtschaftsbereichen.
- Wir wollen das EU-Vergaberecht im Sinne des Bürokratieabbaus modernisieren.

2.5. Unser Europa der Ordnung und Sicherheit

Europas Grenzen schützen

Was wir in Europa brauchen, ist eine Sicherheitsunion. Mehr Sicherheit in und durch Europa bedeutet auch mehr Sicherheit für Deutschland. Offene Grenzen in Europa sind ein Gewinn für uns alle. Doch auch bei offenen Binnengrenzen und Reisefreiheit im Schengen-Raum muss die innere Sicherheit in der Europäischen Union gewährleistet bleiben. Dafür müssen die europäischen Außengrenzen wirksam geschützt werden. Nur gemeinsam als Europäi-

sche Union können wir Drogenschmuggler, Menschenhändler, international agierende Banden, Gefährder und Terroristen wirksam bekämpfen. Um Europa als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts garantieren zu können, bedarf es auch einer effektiven Polizeiarbeit innerhalb der Grenzen Europas.

- Wir wollen die Europäische Grenzschutzagentur FRONTEX zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache mit hoheitlichen Befugnissen ausbauen. Ihre personellen Kapazitäten werden wir deutlich aufstocken.

- Wir wollen die relevanten, für die Grenzpolizei zugänglichen Datenbanken wie das Schengen-Informationssystem und EURODAC so gestalten, dass alle Informationen abrufbar zur Verfügung stehen.

- Wir wollen, dass die Einreise an den Außengrenzen umfassend elektronisch überwacht wird. Die bereits beschlossene Einrichtung des Ein- und Ausreiseregisters für Drittstaatsangehörige EES werden wir daher ebenso vorantreiben wie das Reiseinformations- und Genehmigungssystem ETIAS.

- Angesichts der weiterhin akuten terroristischen Bedrohungen wollen wir die enge Zusammenarbeit der Polizeien und Nachrichtendienste weiter intensivieren.

- Wir wollen, dass die in unterschiedlichen Informationssystemen vorhandenen Daten so verknüpft werden können, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden auf die von ihnen benötigten Informationen schnell zugreifen können – zur Prävention von Anschlägen ebenso wie zur Strafverfolgung nach terroristischen Taten.

- Wir wollen auch, dass die relevanten Daten zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden so umfassend ausgetauscht werden können, dass schnelle polizeiliche Reaktionen möglich sind.

- Wir brauchen ein europaweites Tracking von Gefährdern, eine gemeinsame Gefährderbewertung und nationale Gefährderlisten, die europaweit automatisch zusammengeführt werden, ohne dass eine konkrete Abfrage des jeweiligen Täters erfolgen muss.

- Wir wollen EUROPOL als europäische Verbindungs- und Koordinierungsstelle so ausstatten und weiterentwickeln, dass es in wichtigen Bereichen zu einer Art europäischem FBI wird. Das gilt insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität und im Kampf gegen Terrorismus. Die operativen polizeilichen Befugnisse verbleiben bei den Mitgliedstaaten.

Menschen in Not helfen, Migration wirksam ordnen und steuern

Die Europäische Union und Deutschland helfen Menschen, die in große Not kommen, weil sie politisch verfolgt werden oder aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention. Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und den rechtlichen und humanitären Verpflichtungen Deutschlands und Europas. Gezielte Zuwanderung ist dann ein Gewinn und eine Chance für unser Land, wenn sie von gelungener Integration begleitet ist – in unseren Arbeitsmarkt ebenso wie in unsere Gesellschaft. Das erwarten wir von Zuwanderern und darin wollen wir

sie unterstützen. Wie erfolgreiche Einwanderungsgeschichten aussehen, zeigen die BioN-Tech-Gründer auf eindrucksvolle Weise. Sie sind nur eines von vielen Beispielen, die zeigen, wie wir von den klügsten Köpfen aus aller Welt profitieren können. Das gilt auch für die gesteuerte und gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Migration ist aber nur dann eine Chance, wenn sie geordnet erfolgt und sich an klaren Regeln orientiert. Das gilt für die Einwanderung von Fachkräften ebenso wie für die Aufnahme von Schutzsuchenden und Geflüchteten. Eine Zuwanderung in die Sozialsysteme lehnen wir ab.

Unsere Politik steht daher im Zeichen einer wirksamen Ordnung und Steuerung von Migration. Das bedeutet: Wir wollen keine illegale Migration und Ausreisepflichten durchsetzen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir notleidenden Menschen dauerhaft helfen können. Wir vereinen Weltoffenheit und Konsequenz, Humanität und Ordnung.

- Wir haben Asylverfahren und Rückführungen gerechter, strukturierter und effizienter gestaltet. Wir setzen unsere Anstrengungen fort, damit die Zahl der nach Deutschland und Europa flüchtenden Menschen nicht nur dauerhaft niedrig bleibt, sondern sich weiter reduziert. Hierfür ist klar zwischen Menschen in Not und denen zu unterscheiden, die unser Land wieder verlassen müssen, weil sie nicht schutzbedürftig sind.

- Wir wollen weitere sichere Herkunftsstaaten festlegen. Mit der Einstufung als sicherer Herkunftsstaat können Bürgerinnen und Bürger aus einem solchen Staat, die in Deutschland Asyl beantragen, leichter und schneller in ihre Heimat zurückgeführt werden. Anreize würden abgebaut, damit sich diese Menschen ohne Aussicht auf Asyl nicht auf den Weg nach Deutschland machen. Gleichwohl scheiterte die Einstufung weiterer Staaten mit verschwindend geringen Anerkennungsquoten bei Asylanträgen im Bundesrat am Widerstand einiger Länder, obgleich der Bundestag eine Ausweitung bereits beschlossen hatte. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten des europäischen Asylrechts nutzen, um ein neues Konzept der sicheren Herkunftsstaaten, den „kleinen“ sicheren Herkunftsstaat, zu schaffen. In einem gewöhnlichen Gesetzgebungsverfahren zur Einstufung eines Staates wird der Staat sowohl im Sinne des Grundgesetzes als auch im Sinne der europäischen Asylverfahrensrichtlinie als sicherer Herkunftsstaat eingestuft. Eine Einstufung als „kleiner“ sicherer Herkunftsstaat im Sinne der Asylverfahrensrichtlinie wäre hingegen ohne Zustimmung des Bundesrats und damit ohne Mitwirkung der Länder möglich. Davon unberührt bleibt die im Grundgesetz garantierte Prüfung auf Asyl nach Art. 16 a.

- Wir lehnen eine Ausweitung des Familiennachzugs über die heute bestehenden Regelungen hinaus ab.

- Bleiberechtsmöglichkeiten Ausreisepflichtiger wollen wir stärker einschränken, um die Anreize für illegale Zuwanderung weiter zu senken; insbesondere sollen Aufenthaltserlaubnisse bei Geduldeten an echte Integrationsvoraussetzungen geknüpft werden.

- Wir wollen Ausreisepflichten besser durchsetzen und dafür unter anderem Gewahrsamseinrichtungen an den Verkehrsflughäfen schaffen, um Sammelabschiebungen zu erleichtern. Auf Verstöße gegen eine Wiedereinreisesperre folgt unmittelbar die Abschiebehaft.

- 836 • Wir wollen Straftäter konsequent abschieben. Wer in Deutschland straffällig wird, hat
837 sein Gastrecht verwirkt.
- 838 • Den Druck auf Identitätstäuscher und Mitwirkungsverweigerer werden wir noch einmal
839 deutlich erhöhen. Dazu werden wir die rechtlichen Möglichkeiten ausbauen und verfüg-
840 bare technische Mittel nutzen.
- 841 • Falschangaben im Asylverfahren müssen künftig auch strafbar sein, wenn sie gegenüber
842 dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolgen.
- 843 • Zudem müssen Datenträger und insbesondere Mobiltelefone auch zur Klärung von Si-
844 cherheitsbedenken ausgelesen werden dürfen. Wer den Staat über seine Identität
845 täuscht und seine Abschiebung verhindert, kann keinen Anspruch auf eine Duldung er-
846 halten.
- 847 • Auch werden wir die Regelungen des Ausreisegewahrsams und der Abschiebungshaft
848 praxistauglicher ausgestalten.

849

850 ***Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik grundlegend reformieren***

851 Die Versorgung von Schutzsuchenden ist weder eine alleinige Herausforderung Deutsch-
852 lands noch der Staaten an den EU-Außengrenzen. Sie ist eine gemeinsame europäische Her-
853 ausforderung. Vorrangiges Ziel muss es sein, Menschen in ihrer Heimat oder in deren Nähe
854 Lebensperspektiven zu eröffnen.

- 855 • Die Europäische Union muss mit den Hauptherkunftsländern die Zusammenarbeit wei-
856 ter intensivieren und Fluchtursachen – wie etwa Armut – bekämpfen. Dazu ist insbeson-
857 dere eine umfassende Partnerschaft mit unserem Nachbarkontinent Afrika und eine ak-
858 tive Stabilisierungspolitik im Nahen und Mittleren Osten notwendig.
- 859 • Das Gemeinsame Europäische Asylsystem muss grundlegend reformiert werden. Der
860 Vorschlag der Europäischen Kommission einer fairen und solidarischen Verteilung der
861 Kosten und Lasten innerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union geht in die
862 richtige Richtung.
- 863 • Wir sprechen uns für die Einrichtung von europäisch verwalteten Entscheidungszentren
864 an den EU-Außengrenzen aus, in denen geprüft werden soll, ob ein Asylanspruch vorliegt
865 oder nicht. Perspektivisch kann sich daraus eine europäische Behörde entwickeln, die
866 auch die Mitgliedstaaten unterstützt und Koordinationsaufgaben übernimmt.
- 867 • Wir brauchen gemeinsame Standards im europäischen Asylrecht und eine europaweite
868 Harmonisierung der Aufnahmebedingungen – hinsichtlich Verfahren, Unterbringung
869 und Versorgung. Dies senkt die Anreize, die manche Mitgliedstaaten für Asylsuchende
870 attraktiver machen als andere.

871

872 ***In Europa das schützen, was uns wichtig ist***

873 Im Rahmen der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ sollen die Mitgliedstaaten dabei un-
874 terstützt werden, insbesondere global agierende Konzerne stärker in die soziale Verantwor-
875 tung zu nehmen und Strukturen von Sozialpartnerschaften zu schaffen und auszubauen.
876 Denn gerechte Löhne entstehen nur durch Tarifverträge, die von den Sozialpartnern der
877 Mitgliedstaaten ausgehandelt werden.

878 • Wir stehen dafür, dass sich die EU auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie
879 Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards konzentriert. Eine europäische
880 Arbeitslosen-, Renten- oder Gesundheitsversicherung lehnen wir ab. Die sozialen Siche-
881 rungssysteme sind in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

882 • Wir wollen die Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinfachen und die Portabilität
883 von betrieblicher Altersvorsorge zwischen EU-Mitgliedstaaten verbessern, um die Ar-
884 beitnehmermobilität weiter zu fördern.

885

886 **2.6. Für ein modernes, innovatives und digitales Europa**

887 ***Europa digital an die Spitze führen***

888 Auch für Europa brauchen wir ein Modernisierungsjahrzehnt. Denn nur, wenn wir vereint in
889 nachhaltige europäische Zukunftsprojekte und -technologien investieren, sichern wir Wett-
890 bewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze von morgen hier bei uns in Europa.

891 • Wir wollen eine echte Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht
892 auf Basis der Sozialen Marktwirtschaft, hochklassiger digitaler Infrastruktur, europäi-
893 scher Speicher- und Rechenkapazitäten und eines einheitlichen Datenschutzrechts.

894 • Wir wollen als weltweiter Vorreiter für einen fairen und gerechten Wettbewerb in der
895 Digitalwirtschaft eine europäische digitale Marktordnung entwickeln und einführen –
896 mit einem modernisierten Wettbewerbsrecht und gleichen Regeln für alle. Zu einer
897 Marktordnung gehört auch eine faire und angemessene „Standgebühr“.

898 • Wir wollen, dass digitale Ökosysteme, in denen Politik, Wissenschaft, Forschung und
899 Wirtschaft für die Entwicklung und Finanzierung neuer digitaler Produkte zusammenar-
900 beiten, auch in Europa etabliert werden. Wir setzen uns für einen deutlichen Ausbau der
901 Rahmenbedingungen für solche gemeinsamen Initiativen auf europäischer Ebene ein,
902 zum Beispiel bei Künstlicher Intelligenz oder Quantencomputern.

903

904 ***Innovationskraft Europas bündeln***

905 Wir wollen das Ziel der Lissabon-Strategie mit Leben füllen: Europa soll zum innovativsten
906 Wirtschaftsraum der Welt werden. Europa und der gemeinsame Binnenmarkt tragen ganz
907 wesentlich zu unserem Wohlstand bei. Sie bilden das Rückgrat unserer global handelnden
908 Wirtschaft und vieler gut bezahlter Arbeitsplätze in Deutschland.

- 909 • Wir wollen den Binnenmarkt in allen Bereichen mit besonderem Blick auf Digitales, Ener-
910 gie und Kapital weiter stärken und vertiefen. Zudem muss sich auch auf europäischer
911 Ebene eine strategische Außenwirtschaftspolitik etablieren.
- 912 • Wir brauchen Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit und private Investitio-
913 nen, die Wachstum, Beschäftigung und Innovation schaffen.
- 914 • Wir wollen die anwendungsnahe Forschung und globale Wasserstoffstrategien aus-
915 bauen, eine europäische Plattformwirtschaft etablieren und europäische Industriestan-
916 dards weltweit durchsetzen.
- 917 • In der Personalisierten Medizin wollen wir auf den Forschungserfolgen der Corona-Impf-
918 forschung aufbauend alle Ressourcen im Kampf gegen Krebs und Alzheimer bündeln und
919 eine europäische Gesundheitsunion gründen. Sie soll europäische Spitzenforschung
920 bündeln und intensivieren.
- 921 • Künstliche Intelligenz wollen wir für den Alltag nutzen: Menschen sollen innerhalb Euro-
922 pas ohne Sprachbarrieren miteinander kommunizieren und gleichzeitig die Vielfalt ge-
923 nießen können. Wir wollen die Forschung und Entwicklung der automatisierten Sprach-
924 erkennung und -übersetzung in den kommenden Jahren zum Durchbruch verhelfen und
925 gleichzeitig ein Leitprojekt für die künstliche Intelligenz auf den Weg bringen.

926

927 ***Europäische Forschung und Bildung stärken***

928 Forschung und Bildung der jüngeren Generationen werden europaweit über unseren zu-
929 künftigen Wohlstand entscheidend sein. Die Hochschulen sind ein wichtiges Bindeglied
930 zwischen dem Europäischen Bildungs- und dem Europäischen Forschungsraum.

- 931 • Auf europäischer Ebene wollen wir einen einheitlichen, gemeinsamen Rechtsrahmen für
932 bestehende sowie zukünftige Europäische Hochschulen schaffen. Dadurch können die
933 Anerkennung der Abschlüsse und der Wissenschaftsaustausch deutlich verbessert wer-
934 den.

- 935 • Wir wollen das Rahmenprogramm für „Horizont Europa“ zusammen mit dem öffentli-
936 chen und privaten Sektor so umsetzen, dass die weltweit besten und innovativsten For-
937 schenden ihre Projekte in Europa verwirklichen können. „Horizont Europa“ ist das größte
938 und ambitionierteste Forschungsprogramm der europäischen Geschichte. Damit wur-
939 den die besten Voraussetzungen geschaffen, um exzellente Grundlagenforschung des
940 Europäischen Forschungsrats zu unterstützen, europaweite Karrierepfade weiter zu öff-
941 nen und Forschungseinrichtungen europaweit besser zu vernetzen.

942

943 ***Schnelle und emissionsarme Mobilität voranbringen***

944 Von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land und die Stär-
945 kung Europas ist eine leistungsfähige Infrastruktur: Straßen, Zugverbindungen, aber bei-
946 spielsweise auch leistungsfähige Stromtrassen sind die Grundlage für die Begegnung von
947 Menschen, den Austausch von Gütern und die Vernetzung unserer Länder. Deutschland

948 und Europa brauchen eine entschlossene und kraftvolle Antwort auf globale Herausforde-
949 rungen wie die Initiative Chinas zur Entwicklung einer neuen Seidenstraße.

950 • Deshalb wollen wir dieses Jahrzehnt nutzen, um mit unseren mittel- und osteuropäi-
951 schen Nachbarn eine so enge infrastrukturelle Vernetzung zu erreichen, wie wir sie zum
952 Beispiel zwischen Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten in den letzten Jahr-
953 zehnten zum Wohle unserer Länder und ganz Europas entwickelt haben. Dazu werden
954 wir uns mit europäischer Unterstützung für ein Programm „grenzüberschreitende Ver-
955 netzung und Infrastrukturausbau“ einsetzen, das verkehrs- und klimapolitisch neue Ak-
956 zente setzt und auch die militärische Mobilität verbessert.

957 • Europa hat die Chance, der erste Kontinent CO₂-neutraler Mobilität zu werden. Wir wol-
958 len ihr zum Durchbruch verhelfen und damit weltweites Vorbild sein. Dafür wollen wir
959 den Wettbewerb der besten Ideen technologieoffen befördern.

960 • Wir setzen uns für einen besseren europäischen Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr
961 als bequemen, sicheren, flexiblen und ökologisch nachhaltigen Verkehrsträger ein.
962 Schnelle, aufeinander abgestimmte Verbindungen nach Warschau und Prag sollen zu-
963 künftig genauso selbstverständlich sein wie die stark genutzte Verbindung zwischen Pa-
964 ris und den deutschen Metropolen. Hier kommt auch Nachtzügen eine besondere Be-
965 deutung zu.

966

967 **2.7. Ein handlungsfähiges und bürgernahes Europa**

968 ***Europa institutionell fortentwickeln***

969 Um den Herausforderungen der Zeit gewachsen zu sein, muss Europa das richtige Rüstzeug
970 zur Hand bekommen. Nur mit besser funktionierenden Institutionen und Abläufen kann
971 Europa die Zukunft gestalten.

972 • Wir wollen unser Europa gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für die Heraus-
973 forderungen der Zukunft stärken. Deshalb ist die Konferenz zur Zukunft Europas für uns
974 ein Aufbruch zu grundlegenden Reformen der EU. Wir wollen sie für eine europäische
975 Souveränitätsoffensive nutzen. Vertragsänderungen sind dabei kein Ziel an sich, aber ein
976 mögliches Instrument, um Europa handlungsfähiger zu machen.

977 • Wir wollen mehr Mehrheitsentscheidungen in Europa unter verstärkter Nutzung der
978 Brückenklauseln für schnellere Entscheidungen und entschlossenes Handeln. Wo keine
979 gemeinsame Lösung möglich ist, sollen Mitgliedstaaten die Möglichkeit öfter nutzen, im
980 Rahmen der Verträge voranzugehen und enger zusammenzuarbeiten.

981 • Wir wollen Europa stark und verantwortlich machen, wo Europa gemeinsam mehr errei-
982 chen kann. Europäische Gesetzgebung ist gut, wenn grenzüberschreitender oder ge-
983 samteuropäischer Mehrwert entsteht.

984 • In manchen Bereichen sind wir noch nicht so weit: So hat die Pandemiebekämpfung das
985 Fehlen von gemeinsam abgestimmten Maßnahmen auf europäischer Ebene aufgezeigt.

986 Gleichzeitig muss das, was in den Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten besser ge-
987 leistet werden kann, auch dort verantwortet werden. Subsidiarität ist unser Leitgedanke
988 für Europa.

989 • Wir wollen gemeinsam mit unseren Europäischen Partnern die Pandemievorsorge und -
990 bereitschaft in der Europäischen Union weiter verbessern. Deshalb setzen wir uns dafür
991 ein, die Arbeiten an der Gesundheitsunion zügig abzuschließen. Durch die nachhaltige
992 Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten
993 sowie der Europäischen Arzneimittelagentur, in guter Zusammenarbeit mit unseren na-
994 tionalen Strukturen, wollen wir einen klaren EU-Mehrwert schaffen. Ein wesentlicher
995 Baustein wird die Sicherstellung der Versorgung mit Impfstoffen und krisenrelevanten
996 Arzneimitteln und Medizinprodukten sein. Daher werden wir den geplanten Aufbau ei-
997 ner Europäischen Gesundheitskrisenagentur (HERA) konstruktiv begleiten und uns mit
998 unseren Partnern dafür einsetzen, die Abhängigkeit der EU von Drittstaaten zu reduzie-
999 ren.

1000

1001 ***Europäische Demokratie stärken***

1002 Die Achtung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Werte der liberalen Demo-
1003 kratie gehören zu den Grundfesten der Europäischen Union. Hierzu gehört auch die Trans-
1004parenz der europäischen Gesetzgebung für die Bürgerinnen und Bürger, die demokrati-
1005scher und insgesamt bürgernäher werden muss.

1006 • Wir setzen uns für neue Dialogformate zur Rechtsstaatlichkeit und zur konsequenten
1007 Ahndung von Verstößen ein – bis hin zur Streichung von EU-Mitteln und dem Entzug des
1008 Stimmrechts.

1009 • Wie die nationalen Parlamente muss auch das Europäische Parlament das Recht haben,
1010 eigene Gesetzentwürfe einzubringen. So werden wir das Herzstück der europäischen
1011 Demokratie, das gemeinsam gewählte Europäische Parlament, weiter stärken.

1012 • Wir setzen uns für die Einführung eines europäischen Wahlrechts mit einer Sperrklausel
1013 zur nächsten Europawahl ein. Für ein arbeitsfähiges Parlament darf es keine Zersplitte-
1014 rung des Parlaments durch Kleinstparteien geben.

1015 • Um Exekutive und Parlament enger zu verbinden, drängen wir auf eine Stärkung des
1016 Spitzenkandidatenprinzips bei der Besetzung der Kommissionsspitze.

1017 • Wir setzen uns darüber hinaus für eine Verkleinerung der Europäischen Kommission ein.
1018 Europäische Handlungsfähigkeit muss das entscheidende Leitprinzip sein.

1019 • Wir werden die europapolitische Koordinierung der Bundesregierung weiter ausbauen,
1020 vereinfachen und stärken. Denn Deutschlands Stärke ist fest mit Europas Handlungsfä-
1021 higkeit verbunden. Deshalb wollen wir damit die Positionen Deutschlands zum Wohle
1022 Europas klar formulieren und wirksam vertreten.

1023 • Für eine bessere Rechtssetzung und den Abbau von Bürokratiekosten weiten wir die Fol-
1024 genabschätzung auf europäischer Ebene aus.

1025

1026 ***Europa für die Jugend erlebbar machen***

1027 Wir setzen uns dafür ein, dass die Jugend Europas die Vorteile der Europäischen Union un-
1028 mittelbar erleben kann.

1029 • Austauschprogramme wollen wir ausbauen.

1030 • Das Interrail-Ticket im Rahmen des „DiscoverEU“-Programms soll es künftig für jeden
1031 18-Jährigen kostenlos geben.

1032 • Wir wollen den Mitteleinsatz für ErasmusPlus verdoppeln. Denn der europäische Bil-
1033 dungsraum und der Aktionsplan für digitale Bildung sind für die wirtschaftliche Erholung
1034 Europas und für künftiges Wachstum von entscheidender Bedeutung. Das Programm
1035 ErasmusPlus leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

1036 • Damit Europa im Großen und im Kleinen erlebbarer wird, fördern wir die grenzüber-
1037 schreitende Zusammenarbeit. So können mehr persönliche Begegnungen ermöglicht
1038 werden – in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf.

1039 • Zur Stärkung der europäischen Öffentlichkeit wollen wir zudem die Rechtsform eines
1040 europäischen Vereins einführen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Zivil-
1041 gesellschaft, Kultur und Sport voranzutreiben.

1042

3. Neuer Wohlstand – mit nachhaltigem Wachstum zum klimaneutralen Industrieland

Unser Unions-Versprechen: Wir werden unsere Wirtschaft wieder in Schwung bringen und für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze sorgen. Dabei verbinden wir nachhaltiges Wachstum, Klimaschutz und soziale Sicherheit miteinander. Wir wollen Interessen zusammenführen und nicht gegeneinander ausspielen. Mehr denn je wird dieser Grundsatz unsere Politik, unser Handeln und Entscheiden leiten.

Die Corona-Pandemie hat auch in Deutschland zu einem massiven Wirtschaftseinbruch geführt. Wir konnten die Wirtschaft stabilisieren und Arbeitsplätze sichern, weil wir in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung schnell und entschlossen gehandelt haben. Gleichzeitig hat die Pandemie gezeigt, dass unser Land in einigen Bereichen nicht schnell, nicht agil und nicht mutig genug ist. Zu oft stellen wir den Fleißigen, den Tüchtigen und den Mutigen – im Handwerk, im Mittelstand und in den freien Berufen sowie in der Kultur- und Kreativszene – unnötige Hürden in den Weg, anstatt ihnen den Weg frei zu machen und ihrem Können und ihren Ideen zu vertrauen. Der Weg vom Problem zur Lösung führt zu oft und zu lange durch ein Dickicht voller Vorschriften und Bedenken.

Es reicht nicht aus, nur an ein paar Stellschrauben zu drehen. Wir brauchen ein Modernisierungsjahrzehnt in Deutschland. Wir müssen die Weichen neu stellen. Dabei werden wir noch stärker auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft setzen. Sie verbindet Freiheit mit Sicherheit, Eigenverantwortung mit Gemeinwohl, wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Ausgleich. Sie setzt auf Machen statt Meckern, auf Offenheit statt Abschottung, auf Erwirtschaften statt Verteilen, auf Ideen statt Verbote.

Auf diese Prinzipien setzen wir auch im Kampf gegen den Klimawandel. Wir wollen jetzt, in diesem Jahrzehnt, die entscheidenden Schritte gehen, damit Deutschland bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland wird. Unser christliches Menschenbild verpflichtet uns zur Bewahrung der Schöpfung und zum verantwortlichen Handeln gegenüber unseren Mitmenschen, gegenüber der Umwelt und gegenüber den zukünftigen Generationen. Wir wollen weiter Industrieland bleiben und hochqualifizierte industrielle Arbeitsplätze erhalten – gemeinsam mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern und ohne Überforderung der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Soziale Marktwirtschaft als Erfolgsmodell fortschreiben

Die Soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung unserer freiheitlichen Demokratie. Sie ist Fundament unseres Erfolgs als innovative, leistungsfähige und nachhaltige Volkswirtschaft. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit sozialer Sicherheit in unserer Gesellschaft. Sie ist die Ordnung, die wie keine andere Ökonomie, Ökologie und Soziales in Einklang bringt. Auf ihrer Grundlage haben Generationen von Frauen und Männern mit Bildung, Fleiß und Leistung, Verantwortungsbereitschaft und Engagement Deutschland zu einer der wohlhabendsten Nationen der Welt gemacht; zu einem weltweit bewunderten ökonomischen und ökologischen Vorbild; zur Heimat hunderttausender Unternehmen, die mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft zum gesellschaftlichen Wohlstand und

1084 zur sozialen Sicherheit beitragen. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortschreiben und die
1085 Leitplanken der Sozialen Marktwirtschaft erneuern.

- 1086 • Auch in Zukunft werden wir Wirtschaftskompetenz mit praktizierter Solidarität und ef-
1087 fizientem Schutz der Umwelt und des Klimas verbinden.
- 1088 • Die nachhaltige, soziale, ökologische und digitale Marktwirtschaft ist unsere Soziale
1089 Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts.
- 1090 • Wir setzen auf Vertrauen in die Menschen, auf Freiheit statt Bevormundung, auf Frei-
1091 räume statt Gängelung.
- 1092 • Wir setzen auf funktionierenden Wettbewerb, der Menschen die Chance gibt, das Beste
1093 aus ihren Fähigkeiten zu machen.
- 1094 • Gerade auch im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung setzen wir auf die Ord-
1095 nung des Marktes durch den Staat. Ein starker Staat ordnet die Wirtschaft und bestimmt
1096 die Regeln, nimmt aber selbst nicht am Geschehen teil.

1097

1098 **3.1. Unser Entfesselungspaket für die Wirtschaft**

1099 Ganz gleich, ob Selbstständige und kleine, mittlere oder große Unternehmen: In unserem
1100 Modernisierungsjahrzehnt müssen wir es schaffen, dass sie sich mehr auf ihr Kerngeschäft
1101 konzentrieren und neue Ideen umsetzen können. Ein modernes Deutschland ist auch eines,
1102 das Erfinderreichtum und Unternehmertum mehr Freiräume lässt.

1103 Wir werden daher ein umfangreiches Entfesselungspaket auf den Weg bringen, das Unter-
1104 nehmen von Steuern und Bürokratie entlastet sowie Planungs- und Genehmigungsverfah-
1105 ren beschleunigt. Unser Ziel: Die Macherinnen und Macher sollen ihre Tatkraft zuallererst
1106 dafür einsetzen, erfolgreich zu wirtschaften und nicht für die Erfüllung bürokratischer
1107 Pflichten. Denn das bringt unser Land voran.

1108

1109 ***Neue Belastungen verhindern***

1110 Für uns ist klar: Damit die Wirtschaft wieder in Schwung kommt und wir gemeinsam neuen
1111 Wohlstand schaffen können, dürfen Unternehmen keine neuen Belastungen auferlegt wer-
1112 den.

- 1113 • Wir wollen die Lohnzusatzkosten auf einem stabilen Niveau von maximal 40 Prozent hal-
1114 ten.

- 1115 • Wir bleiben auch in Zukunft beim Grundsatz „Entlasten statt Belasten“. Gerade nach der
1116 Pandemie sind Steuererhöhungen der falsche Weg. Sie stehen dem notwendigen Auf-
1117 schwung unserer Wirtschaft entgegen.

- 1118 • Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig
1119 kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten.

- 1120 • Wir treten entschieden allen Überlegungen zur Einführung neuer Substanzsteuern wie
1121 der Vermögensteuer oder der Erhöhung der Erbschaftssteuer entgegen. Beides würde

1122 vor allem auch die wirtschaftliche Substanz Deutschlands gefährden und Arbeitsplätze
1123 kosten.

1124

1125 ***Unternehmensbesteuerung wettbewerbsfähig gestalten***

1126 Deutschland droht mit einer der höchsten Unternehmensbelastung der Welt zurückzufal-
1127 len. Weltspitze bei der Steuerbelastung und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit – das
1128 passt auf Dauer nicht zusammen. Wir werden daher mit einer Unternehmenssteuerreform
1129 die Besteuerung modernisieren und wettbewerbsfähig machen.

1130 • Unser Ziel ist eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung. Wir wollen die Steu-
1131 erlast für Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, perspektivisch auf 25 Prozent de-
1132 ckeln. Das schafft Investitions- und Innovationskraft für die anstehenden Herausforde-
1133 rungen. Dabei wollen wir Rechtsformneutralität herstellen, ob für Einzelunternehmer,
1134 Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft.

1135 • Wir wollen die Thesaurierungsbegünstigung und die Anrechnung der Gewerbesteuer
1136 verbessern und die Niedrigbesteuerungsgrenze im Außensteuerrecht reduzieren.

1137 • Wir verbessern die steuerliche Verlustverrechnung. Dazu erhöhen wir die Höchstbe-
1138 tragsgrenzen beim Verlustrücktrag und beim Verlustvortrag deutlich.

1139 • Wir verbessern die Abschreibungsregeln. Dazu wollen wir die degressive Abschreibung
1140 für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens wiedereinführen und die Ab-
1141 schreibungsregeln für digitale Zukunftstechnologien verbessern, wie zum Beispiel Inves-
1142 titionen in Serveranlagen, Künstliche Intelligenz, 3D-Druck oder die Fabrik 4.0.

1143

1144 ***Überflüssige Bürokratie abbauen***

1145 Wir werden Unternehmen von Bürokratiekosten in Milliardenhöhe entlasten. Der Abbau
1146 überflüssiger Bürokratie wirkt wie ein Konjunkturprogramm und stärkt den Standort
1147 Deutschland.

1148 • Wir werden die Schwellenwerte für die Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen er-
1149 höhen, die Ist-Versteuerung ausweiten und die Informations- und Statistikpflichten be-
1150 grenzen. Bei den Ausfuhrkontrollen wollen wir eine feste Bearbeitungsfrist von 30 Tagen
1151 einführen. Im Arbeits- und Sozialrecht wollen wir die Schwellenwerte, die sich an der
1152 Betriebsgröße orientieren, so weit wie möglich vereinheitlichen und vereinfachen.

1153 • Wir werden ein bürokratiefreies Jahr nach Gründung einrichten und im zweiten Grün-
1154 dungsjahr bürokratische Belastungen auf ein Minimum reduzieren. Die Ausnahmen sol-
1155 len vor allem für ausgewählte steuerrechtliche Regeln und Dokumentationspflichten gel-
1156 ten. Damit schaffen wir mehr Freiraum für Gründerinnen und Gründer.

1157 • Wir werden die steuerlichen Betriebsprüfungen beschleunigen und modernisieren, da-
1158 mit sie zeitnah, effizient und unbürokratisch erfolgen. Dies entlastet die Steuerpflichti-
1159 gen, deren steuerliche Berater sowie die Finanzverwaltung und schafft umfassende
1160 Rechtssicherheit.

- 1161 • Wir werden die steuer- und sozialabgabenfreien Sachzuwendungen für Arbeitnehmer
1162 ausweiten und vereinfachen, um auch hier bürokratische Pflichten abzubauen.
- 1163 • Um vor allem Mittelstand und Familienunternehmen zu entlasten, sollen Erfolgskon-
1164 trolle, Praktikabilität und Erfüllungsaufwände von Gesetzen durch einen Praxis-Check –
1165 bei frühzeitiger Beteiligung der Wirtschaft – geprüft werden. Innovative und weniger
1166 stark beschränkende Regelungen sollten in begrenzten Testräumen zunächst erprobt
1167 werden können.
- 1168 • Die von uns eingeführte Bürokratiebremse, das „One in, one out“-Prinzip, ist erfolgreich.
1169 Danach müssen neue Bürokratiekosten, die sich auf die Wirtschaft auswirken, an anderer
1170 Stelle wieder eingespart werden. Mit der Ausweitung zu einer „One in, two out“-Regel
1171 sorgen wir für einen Entfesselungsschub.
- 1172 • Wir wollen Meldepflichten für die amtliche Statistik reduzieren. Für Unternehmen be-
1173 deuten umfangreiche Statistikmeldungen einen hohen regelmäßigen Zeitaufwand, der
1174 zahlreiche Ressourcen bindet. Der Meldeaufwand beträgt für die betroffenen Unterneh-
1175 men insgesamt mehrere Millionen Stunden. Gerade für viele Kleinst- und Kleinunterneh-
1176 men sind die Meldepflichten eine überproportionale Belastung. Wir wollen daher die Be-
1177 richtspflichten für die amtliche Statistik um 25 Prozent reduzieren.
- 1178 • Wir wollen auch EU-Vorgaben entbürokratisieren und diese grundsätzlich eins-zu-eins,
1179 das heißt, ohne zusätzliche Verschärfungen, umsetzen
- 1180 • Wir brauchen mehr Mut zu Pragmatismus als immer auf die 120-Prozent-Lösung zu set-
1181 zen – auch bei der Definition von Standards sowie bei Verordnungen und Richtlinien. Zu
1182 hohe Anforderungen – bei öffentlichen Apps, beim digitalen Stromzähler oder bei Infra-
1183 strukturvorhaben – führen dazu, dass Lösungen in Deutschland zunehmend teuer und
1184 kompliziert sind, zu lange dauern und sich damit am Ende nicht durchsetzen.

1185

1186 ***Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen***

1187 Planungs- und Genehmigungsverfahren ziehen sich oft über Jahre hin und sind ein Hinder-
1188 nis für neue Investitionen in Betrieben und Infrastrukturen. Wir werden sie beschleunigen
1189 und so für einen Modernisierungsschub sorgen.

- 1190 • Sämtliche Akten und Urkunden bei Planungsprozessen müssen digitalisiert werden. Wir
1191 wollen dabei die Chancen der Blockchain-Technologie nutzen.

- 1192 • Wir werden eine neue Beteiligungskultur schaffen, die mehr Transparenz in die Planung
1193 großer Bauprojekte bringt und alle Akteure früh einbindet.

- 1194 • Den Verwaltungsrechtsweg von Planungsverfahren werden wir verkürzen und das Ver-
1195 bandsklagerecht straffen sowie zeitlich bündeln. Zugleich treiben wir unsere Initiative
1196 zur Entschlackung des EU-Planungs- und Umweltrechts weiter voran.

- 1197 • Wir setzen uns für einheitliche Standards bei umweltfachlichen und technischen Fragen
1198 sowie für eine bessere Vernetzung der Behörden untereinander ein, damit die fachlichen

1199 Maßstäbe nicht erst in einem langwierigen Verfahren entwickelt werden. Zudem sollten
1200 Änderungen nach einem bestimmten Stichtag nicht mehr berücksichtigt werden müs-
1201 sen. Dies würde die Planbarkeit von Infrastrukturprojekten verbessern und die Zeit vom
1202 Planungsbeginn bis zum Bau verkürzen.

- 1203 • Wir werden auf EU-Ebene für eine Beschleunigung der Planungsverfahren eintreten und
1204 uns im Rahmen der Aarhus-Konvention dafür einsetzen, schnelle Planungsverfahren zu
1205 ermöglichen.

1206

1207 ***Vergaberecht modernisieren***

1208 Wir müssen es im Modernisierungsjahrzehnt schaffen, dass öffentliche Aufträge schneller,
1209 effizienter und einfacher vergeben werden.

- 1210 • Wir werden eine bundesweit einheitliche vergaberechtliche Regelung schaffen. Die un-
1211 terschiedlichen Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen, freihändige Vergaben
1212 und Verhandlungsvergaben und Direktaufträge in den Ländern müssen vereinheitlicht
1213 und auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden.

- 1214 • Betriebe müssen sich schnell und einfach auf öffentliche Aufträge bewerben können.
1215 Deshalb werden wir die E-Vergabe vereinheitlichen und die Vergabe öffentlicher Auf-
1216 träge für Liefer-, Bau- und Dienstleistungen auf elektronischem Weg stärker vorantrei-
1217 ben.

1218

1219 **3.2. Sichere Arbeit mit Zukunft**

1220 Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich trotz der Corona-Pandemie als sehr robust erwiesen.
1221 Wir haben insbesondere mithilfe des Kurzarbeitergelds hunderttausende Arbeitsplätze ge-
1222 sichert. Nun müssen wir diejenigen, die trotzdem ihren Job verloren haben, schnell wieder
1223 in Beschäftigung bringen. Dabei spielt nicht nur die Arbeitsvermittlung, sondern auch das
1224 lebensbegleitende Lernen eine entscheidende Rolle. Fort- und Weiterbildung sind der
1225 Schlüssel, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu meistern. Unser Ziel bleibt die
1226 Vollbeschäftigung.

1227

1228 ***Sozialpartnerschaft stärken***

1229 Die Sozialpartnerschaft, die Tarifautonomie und die Mitbestimmung haben wesentlich dazu
1230 beigetragen, dass Deutschland eine weltweit führende Industrienation geworden ist. Wir
1231 vertrauen auch in Zukunft auf die Sozialpartnerschaft.

- 1232 • Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine verlässliche Mitbe-
1233 stimmung setzen können und möglichst viele Beschäftigte durch Betriebs- und Perso-
1234 nalaräte vertreten werden. Hier sind zuallererst die Tarifpartner in der Pflicht. Ihre Auf-
1235 gabe ist es, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen und tragfähige Lösungen
1236 für den Wandel der Arbeitswelt zu finden.

1237 • Wir werden den Tarifpartnern möglichst großen Spielraum in der Gestaltung von Ar-
1238 beitsregelungen lassen. Regelungen auf tariflicher, betrieblicher und vertraglicher Ebene
1239 werden den differenzierten Bedürfnissen eher gerecht. Wir werden die Tarifpartner da-
1240 bei flankierend unterstützen und dort, wo es nötig ist, auch gesetzgeberisch eingreifen.

1241 • Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen leistet einen wichtigen Bei-
1242 trag zur Erhöhung der Tarifgeltung in Branchen mit geringer Tarifbindung. Dieses Instru-
1243 ment werden wir stärken.

1244

1245 ***Betriebsräte stärken***

1246 Betriebsräte leben von der Legitimation durch die Belegschaft. Gerade wegen des digitalen
1247 Wandels und der Zunahme ortsungebundener Arbeitsplätze ist es wichtig, Betriebsräte
1248 durch elektronische Verfahren online wählen zu lassen.

1249 • Wir werden die Möglichkeit von Online-Wahlen schaffen, wenn der Wahlvorstand diese
1250 befürwortet – auch um die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

1251 • Wie mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz begonnen, werden wir auch in den
1252 kommenden Jahren in einer digitalen Arbeitswelt unsere Mitbestimmungskultur erhal-
1253 ten und Mitbestimmungsrechte sichern.

1254

1255 ***Vielfalt des deutschen Arbeitsmarktes sichern***

1256 Beschäftigte und Unternehmen brauchen möglichst viele Gestaltungsspielräume, um ge-
1257 meinsam gute Lösungen zu finden.

1258 • Werk- und Dienstverträge sind ein elementarer Bestandteil unseres funktionierenden
1259 Arbeitsmarkts. Sie unterstützen Spezialisierung, Aufgabenverteilung, Innovation, Quali-
1260 tät, Selbstständigkeit und Arbeitsverhältnisse. Ihrer missbräuchlichen Anwendungen
1261 treten wir durch wirksame Arbeitsschutzkontrollen entschieden entgegen.

1262 • Wir werden die Zeitarbeit erhalten. Besonders für Geringqualifizierte und Langzeitar-
1263 beitslose ist sie eine wichtige Brücke zur Arbeit, und auch für hochprofessionelle Fach-
1264 kräfte immer häufiger eine frei gewählte Art der Arbeit. Konjunkturelle Schwankungen
1265 machen die Zeitarbeit zu einem wichtigen Flexibilisierungselement auf dem Arbeits-
1266 markt, das nahezu vollständig tarifvertraglich geregelt ist.

1267 • Befristete Arbeitsverhältnisse sollen die Ausnahme sein. Wir lehnen die Ausweitung von
1268 Kettenbefristungen ab. Die sachgrundlose Befristung soll auch weiterhin in den Unter-
1269 nehmen die Ausnahme bleiben und darf für den Beschäftigten grundsätzlich zwei Jahre
1270 nicht überschreiten. Missbrauch werden wir verhindern.

1271 • Minijobs bedeuten Flexibilität für Arbeitgeber und Arbeitnehmer vieler mittelständi-
1272 scher Betriebe. Wir werden die Minijobgrenze von 450 Euro auf 550 Euro pro Monat er-
1273 höhen und diese Grenze mit Blick auf die Entwicklung des Mindestlohns regelmäßig
1274 überprüfen.

1275

1276 **Arbeitswelt der Zukunft gestalten**

1277 Die Arbeitswelt ist im Wandel, insbesondere wegen der fortschreitenden Digitalisierung.
1278 Dies stellt neue Anforderungen an ein modernes Arbeitsrecht. Wir wissen zudem aus Erfah-
1279 rung, wie wichtig es ist, dass Unternehmen ihre Beschäftigten auch in schwierigen Zeiten
1280 halten und auf Auftragsspitzen schnell reagieren können.

1281 • Wir wollen das Arbeitszeitgesetz reformieren und die Spielräume des EU-Rechts nutzen.
1282 Anstelle der täglichen soll eine wöchentliche Höchstarbeitszeit treten. Die Gesundheit
1283 und Sicherheit der Beschäftigten müssen dabei im Sinne des Arbeitnehmerschutzes ge-
1284 währleistet bleiben. Dabei werden wir Missbrauch und Entgrenzung verhindern. Eine Ab-
1285 weichung von der bisherigen Tageshöchstarbeitszeit kommt deshalb nur für nicht ge-
1286 fahrgeneigte Berufe in Betracht.

1287 • Wir werden Personalpartnerschaften erleichtern und rechtssicherer machen. So können
1288 sich zwei Unternehmen im Rahmen einer Kooperation freie Personalkapazitäten mit Zu-
1289 stimmung der Betriebsräte untereinander zur Verfügung stellen.

1290 • Wir werden Scheinselbstständigkeit verhindern und gleichzeitig mehr Rechtssicherheit
1291 für Selbstständige und ihre Auftraggeber schaffen. Daher haben wir in einem ersten
1292 Schritt noch 2021 das Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige vereinfacht und
1293 beschleunigt. Die Auswirkungen werden wir genau beobachten und falls nötig Anpas-
1294 sungen vornehmen. Die personelle Ausstattung der Clearingstelle wollen wir verbessern.

1295 • Neue Arbeitsformen (wie zum Beispiel Gig-, Click- und Crowdfunding) sind in einer sich
1296 rasant verändernden Arbeitswelt auf dem Vormarsch. Wir werden die Entwicklungen in
1297 diesem Bereich aufmerksam begleiten und bei möglichen Fehlentwicklungen gesetzge-
1298 berisch eingreifen.

1299 • Wir werden die Schaffung von Co-Working-Spaces gerade im ländlichen Raum unterstüt-
1300 zen, um digitales Arbeiten nachhaltig, dezentral und zukunftsfähig zu organisieren.

1301 • Wir werden in den Jobcentern eine persönliche Begleitung mit niedrigem Betreuungs-
1302 schlüssel ermöglichen und eine Offensive im Bereich der beruflichen Aus- und Weiter-
1303 bildung starten. So können die Stärken und Fähigkeiten von Langzeitarbeitslosen besser
1304 erkannt und gefördert werden. Qualifizierungsmaßnahmen sind dabei einer schnellen
1305 Vermittlung in eine Helfertätigkeit vorzuziehen.

1306

1307 **Fachkräfte sichern**

1308 Damit wir auch in Zukunft die Fachkräfte haben, die unser Land braucht, setzen wir unter
1309 anderem auf gute berufliche Ausbildung, die zunehmende Beschäftigung von Frauen, Älte-
1310 ren und Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die Qualifizierung von
1311 Langzeitarbeitslosen sowie den gesteuerten Zuzug gut ausgebildeter und leistungsbereiter
1312 Menschen aus den Mitgliedstaaten der EU und aus außereuropäischen Staaten. Deutsch-
1313 land ist noch zu wenig Zielland für die klugen Köpfe der Welt.

- 1314 • Wir wollen die Potenziale der Binnenmarktmigration heben mit gezielten Sprach- und
1315 Qualifizierungsangeboten in ihren EU-Heimatländern.
- 1316 • Wir wollen unsere Auslandsinstitutionen stärker zu aktiven Botschaftern unseres Landes
1317 machen. Deutsche Unternehmen, Außenhandelskammern, deutsche Botschaften und
1318 Generalkonsulate, Goethe-Institute, Schulen im Ausland und den Deutschen Akademi-
1319 schen Austauschdienst wollen wir dazu ermutigen, überall für Deutschland zu werben
1320 und über Möglichkeiten des Studiums und der Ausbildung in unserem Land zu informie-
1321 ren.
- 1322 • Im Rahmen eines Pilotprojekts sollen „Fachkräfteeinwanderungs-Attachés“ an ausge-
1323 wählten deutschen Botschaften in Drittstaaten ernannt werden. Sie sollen intensiv über
1324 die qualifizierte Zuwanderung nach Deutschland informieren und zuwanderungswillige
1325 Fachkräfte, beispielsweise im IT-Bereich, unterstützen.
- 1326 • Wir werden Möglichkeiten fördern, damit Schüler der Deutschen Auslandsschulen, die
1327 keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, für ein Jahr nach Deutschland kommen und
1328 hier bei uns die Schule besuchen können („Deutschland-Jahr-Stipendium“).
- 1329 • Damit das Fachkräfteeinwanderungsgesetz seine volle Wirkung entfalten kann, werden
1330 wir die Anerkennung von Abschlüssen und die Zertifizierung von Qualifikationen ver-
1331 bessern und das Antragsverfahren digitalisieren. Informationen zum Anerkennungsver-
1332 fahren wollen wir frühzeitig vermitteln.
- 1333 • Für eine gezielte und gesteuerte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt setzen wir weiterhin
1334 am Fachkräftebedarf von Mittelstand und Industrie an und berücksichtigen Qualifika-
1335 tion, Alter, Sprachkenntnisse, den Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzangebotes und
1336 die Sicherung des Lebensunterhaltes. Davon zu trennen ist die Hilfe für Menschen in
1337 Not. Das Asylrecht ist ein individuelles Schutzrecht und kein Ersatzeinwanderungsrecht.

1338

1339 **3.3. Deutschland als klimaneutrales Industrieland bis 2045**

1340 Die Pariser Klimaziele sind die Grundlage für unsere internationale Verantwortung als In-
1341 dustrieland. Zum Erreichen brauchen wir innovative Technologien, wirtschaftliche Investi-
1342 tionen und ein koordiniertes Handeln von Politik, Industrie und Gesellschaft. Nur wenn
1343 Technologien, Investitionen und Projekte in die Dekarbonisierung sich letztlich als wirt-
1344 schaftlich erweisen, wird die Jahrhundert-Transformation gelingen. Nur wenn Investitionen
1345 in die Dekarbonisierung zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen, werden neue Arbeitsplätze
1346 und Wertschöpfungsketten entstehen.

- 1347 • Wir setzen verbindlich die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 um. So schaf-
1348 fen wir unseren deutschen Beitrag, um international den 1,5 Grad-Pfad zu beschreiten.
1349 Dabei setzen wir auf neue Technologien und Innovationen. Zusätzlich streben wir zum
1350 Erreichen der Pariser Klimaziele internationale Klimakooperationen an, um den Anstieg
1351 der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen.

1352 • Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegen-
1353 über dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen
1354 Pfad im Jahr 2040 88 Prozent Minderung und im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu
1355 erreichen. Deutschland wird hier als Industrieland eine große Verantwortung überneh-
1356 men, damit bis 2050 weltweit CO₂-Neutralität erreicht wird.

1357 • In bestimmten Bereichen können Prozessemissionen kontinuierlich gesenkt, jedoch
1358 nicht vollständig vermieden werden. Wir werden Forschung, Entwicklung und Pilotpro-
1359 jekte unterstützen, um sicherzustellen, dass sie über sogenannte negative Emissionen in
1360 anderen Bereichen ausgeglichen werden können.

1361

1362 ***Emissionshandel ausbauen – Verbraucherinnen und Verbraucher entlasten***

1363 Auf dem Weg zur Klimaneutralität setzen wir auf effiziente marktwirtschaftliche Instru-
1364 mente als Leitinstrumente innerhalb eines Instrumentenmixes. Heute schon und in Zu-
1365 kunft.

1366 • Wir setzen auf das Instrument des Emissionshandels und kompensieren entstehende
1367 Mehrbelastungen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität.
1368 Aufbauend auf dem europäischen Emissionshandel für Energie und Industrie wollen wir
1369 den europäischen Emissionshandel im Luftverkehr stärken und in weiteren Sektoren wie
1370 Mobilität und Wärme sowie dem Schiffverkehr so schnell wie möglich etablieren.

1371 • Davon ausgehend streben wir einen umfassenden europäischen Emissionshandel mit
1372 einheitlichem Preis und globaler Anschlussfähigkeit an.

1373 • Wir wollen den Aufwuchspfad der CO₂-Bepreisung straffen und so schnell wie möglich
1374 zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen.

1375 • Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerin-
1376 nen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes
1377 schaffen wir die EEG-Umlage ab.

1378 • Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden. Investitionen
1379 in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig steuerlich
1380 besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimaeffizienzreform wollen wir auf
1381 das Klimapaket aufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker
1382 auf CO₂-Ausstoß ausrichten.

1383

1384 ***Nachhaltigkeit wettbewerbsfähig machen***

1385 Für uns ist klar: Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen nicht an unseren Grenzen haltma-
1386 chen.

1387 • Bei allen Maßnahmen werden wir darauf achten, dass Produktionsprozesse nicht in
1388 Drittstaaten mit geringeren Klimaschutzstandards verlagert und Emissionen dort wei-
1389 terhin ausgestoßen werden (Carbon-Leakage-Schutz).

- 1390 • Um unsere Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb vor Wettbewerbsverzerrungen zu
1391 schützen, streben wir international höhere Standards und angepasste Preise an. Zudem
1392 wollen wir in internationalen Klimakooperationen mit großen Volkswirtschaften ambi-
1393 onierte Standards etablieren. Ergänzend dazu wollen wir gemeinsam mit unseren euro-
1394 päischen Partnern einen WTO-konformen CO₂-Grenzausgleich (Carbon Border Adjust-
1395 ment Mechanism) einführen.
- 1396 • Wir sehen zudem in Carbon Contracts for Difference ein wichtiges Instrument, um un-
1397 sere Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen.
1398

1399 ***Klimaschutz mit Innovationen und neuen Technologien vorantreiben***

1400 Wir werden beim Klimaschutz entscheidend weiterkommen, wenn wir auf Innovationen
1401 und neue Technologien setzen. Dabei wollen wir sowohl Unternehmen als auch Verbrau-
1402 cherinnen und Verbraucher unterstützen.

- 1403 • Wir werden Verbraucherinnen und Verbraucher bei Investitionen in besonders ressour-
1404 censchonenden digitalen Technologien unterstützen. Sie müssen bei Konsum- und Pro-
1405 duktionsentscheidungen auf einen Blick nachvollziehen können, welche CO₂-Bilanz ein
1406 Produkt hat.

- 1407 • Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir die Möglichkeiten zur Ab-
1408 scheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) sichern und fördern. Hierfür sind intakte
1409 Kohlenstoffkreisläufe (CCU) und damit die Technologien zur feststofflichen Speicherung
1410 (CCUS) ebenso wie der Aufbau einer CO₂-Infrastruktur erforderlich.

- 1411 • Wir werden die Digitalisierung nutzen, um kosteneffizienter CO₂ zu verringern und Star-
1412 tups sowie kleine und mittlere Unternehmen fördern, die digitale Lösungen für Energie-
1413 und Ressourceneffizienz entwickeln. Wir wollen insbesondere die Clean-Tech-Forschung
1414 fördern.
1415

1416 **3.4. Unser Energiekonzept für die Zukunft**

1417 Eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung ist für unser Industrie-
1418 land Pflicht, nicht Kür.
1419

1420 ***Für einen intelligenten Energiemix sorgen***

1421 Wir werden den Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend voranbringen und daher
1422 deutlich schneller ausbauen, damit der stark steigende Energiebedarf gedeckt wird. Nur so
1423 wird die Energiewende in allen Bereichen gelingen, und nur so werden die Pariser Klimaziele
1424 erreicht werden. Wir setzen auf einen intelligenten und diversifizierten Energiemix, der
1425 nachhaltig und sicher ist. Dazu gehört die Energiegewinnung aus Sonne und Wind genauso
1426 wie nachhaltige Biomasse, Wasserkraft und Geothermie im ländlichen Raum. Hierbei wird
1427 die Akzeptanz der Bevölkerung ebenso entscheidend für den Ausbau der Erneuerbaren
1428 Energien sein wie Planungssicherheit und wenig Bürokratie.

- 1429 • Mit einem Sonnenpaket werden wir den Ausbau der Photovoltaik fördern. Genehmi-
1430 gungsverfahren für Photovoltaikanlagen wollen wir möglichst einfach über eine Online-
1431 plattform gestalten. Wir wollen, dass beim Bau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen der
1432 Landwirtschaft keine zusätzlichen Flächen für naturschutzrechtlichen Ausgleich entzo-
1433 gen werden, wenn Mindestkriterien für Naturschutz und biologische Vielfalt auf der An-
1434 lagenfläche erfüllt werden.
- 1435 • Wir fördern den naturverträglichen Ausbau von Wind onshore und offshore sowie das
1436 Repowering von Anlagen. Wir wollen im Rahmen der Europäischen Offshore-Strategie
1437 und des nationalen Wind-See-Gesetzes auch grenzüberschreitende Energiekooperatio-
1438 nen eingehen. Hierzu streben wir an, dass Flächen explizit für Erneuerbare Energien aus-
1439 gewiesen werden. Dazu wollen wir prüfen, ob vermehrt Flächen entlang von Verkehrs-
1440 wege im Rahmen von Vorrangflächen für die Nutzung durch Erneuerbare Energien ein-
1441 gerichtet werden können.
- 1442 • Wir brauchen Energiespeicher, um die Schwankungen der Erneuerbaren Energie in wind-
1443 und sonnenschwachen Zeiten auszugleichen. Wir werden die dafür notwendige Techno-
1444 logieentwicklung und -umsetzung weiter fördern und prüfen, inwieweit wir den gespei-
1445 cherten Strom von allen Umlagen und Entgelten befreien können.
- 1446 • Besonders unsere Handwerksbetriebe sind mit ihrer Expertise für die Energiewende ent-
1447 scheidend. Wir werden sie dabei unterstützen, genügend Fachkräfte auszubilden und zu
1448 gewinnen. Hier kommt es besonders auf Aus- und Weiterbildung im Bereich neuer Tech-
1449 nologien an.
- 1450 • Stromnetze sind die Lebensadern der Energiewende. Sie sind Garanten für die Versor-
1451 gungssicherheit Deutschlands. Wir wollen prüfen, wie wir im Bereich der Übertragungs-
1452 netze für mehr Kostenwettbewerb und beschleunigte Investitionen sorgen können. Wir
1453 wollen den Bau der notwendigen Stromleitungen beschleunigen. Wo immer möglich, sol-
1454 len Trassen klug gebündelt und anwohnerverträglich realisiert werden.
- 1455 • Wir wollen die Forschung und Entwicklung von neuen Energieerzeugungsverfahren tech-
1456 nologieoffen unterstützen. Wir müssen zu große Stromimportabhängigkeiten vermei-
1457 den.
- 1458 • Wir müssen für bezahlbaren Strom sorgen. Deshalb werden wir die regulatorischen Kos-
1459 ten senken. Mit Blick auf die Wettbewerbssituation unserer Industrie brauchen wir einen
1460 wettbewerbsfähigen Industriestrompreis.
- 1461 • Unser Marktstammdatenregister wollen wir zu einem digitalen, öffentlichen Echtzeit-
1462 Energiekataster weiterentwickeln. So wollen wir Investitionssicherheit schaffen und Ge-
1463 nehmigungen vereinfachen. Angelehnt an das Prinzip des Grundbuches wird transpa-
1464 rent, welche Energieprojekte aktuell am Netz sind und welche wann und wo zukünftig
1465 entstehen.
1466

1467 **Energieeffizienz fördern**

1468 Zur Effizienzgewinnung setzen wir vor allem auf technologische Weiterentwicklung und In-
1469 novationen – bei Produkten ebenso wie bei Verfahren. Hierzu gehören Quartiersansätze,
1470 die Wärmeeffizienz, der Ausbau und die Modernisierung der Wärme- und Stromnetze, die
1471 Digitalisierung und Betriebsoptimierungen ebenso wie der Ausbau von Speicherkapazitä-
1472 ten und energetische Baustandards.

1473 • Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu för-
1474 dern, werden wir die KfW-Programme attraktiver gestalten.

1475 • Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen wir auf vermietete Immobilien und
1476 auf Gewerbeimmobilien ausdehnen.

1477 • Wir werden gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zur Energieeffizienz und CO₂-
1478 Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen.

1479

1480 **Deutschland zum Wasserstoff-Land Nr. 1 machen**

1481 Viele der für die Transformation notwendigen Technologien existieren bereits. Eine wich-
1482 tige Rolle spielt dabei CO₂-neutraler Wasserstoff – als vielseitiger Energieträger, flexibler
1483 Energiespeicher und wichtiger Grundstoff für chemische Prozesse. Wasserstoff ermöglicht
1484 eine Dekarbonisierung auch da, wo Erneuerbare Energie nicht direkt eingesetzt werden
1485 kann. Bedeutende industrielle Prozesse, etwa in der Stahl- und Zementindustrie, lassen sich
1486 nur mit Wasserstoff klimaneutral gestalten. Und auch im Bereich der Mobilität, kurz- und
1487 mittelfristig für den Lkw- und Schiffsverkehr, können wir durch den Einsatz von Wasserstoff
1488 erheblich zur Reduzierung von CO₂ beitragen. Deshalb gilt es nun, die umfassende Wert-
1489 schöpfungskette zur Wasserstofferzeugung inklusive der erforderlichen Netzinfrastruktur
1490 aufzubauen.

1491 • Wir werden die nationale Wasserstoff-Agentur stärken, um die Wasserstoffstrategie um-
1492 zusetzen und internationale Kooperationen zum Import von Wasserstoff, den Infrastruk-
1493 turausbau sowie die Umnutzung bestehender Systeme voranzutreiben.

1494 • Wir wollen Innovationszyklen beschleunigen, Power-to-X-Technologien zielgerichtet
1495 fördern und einen Marktrahmen für klimaneutrale Gase mit der hierfür nötigen Infra-
1496 struktur auf Basis der vorhandenen Gasleitungen und -speicher sowie CO₂-Transparenz
1497 in Europa schaffen.

1498 • Wir werden Deutschlands Position mit Forschung zur Serienfertigung von Elektrolyseu-
1499 ren, Brennstoffzellen und durch die Einrichtung von Wasserstoff-Technologie- und Inno-
1500 vationszentren ausbauen.

1501 • Mit dem Aufbau eines Europäischen Wasserstoffnetzwerks wollen wir sicherstellen, dass
1502 die zukünftige Nachfrage auf dem europäischen und globalen Wasserstoffmarkt bedient
1503 werden kann. Dazu wollen wir das Förderkonzept „H₂ Global“ weiterentwickeln.

1504 • Wir werden Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien gewinnen. Neben diesem sogenann-
1505 ten grünen Wasserstoff werden wir in der Übergangszeit auch den blauen Wasserstoff

1506 akzeptieren. Mit dem Aufbau eines starken europäischen Heimatmarktes für nachhal-
1507 tige Wasserstofftechnologien fördern wir Deutschland nicht nur als Industriestandort.
1508 Wir tragen auch dazu bei, für Wasserstofftechnologien international große Anwen-
1509 dungsmöglichkeiten zu schaffen, sodass ein globaler Wasserstoffmarkt entstehen kann.

- 1510 • Wir werden die Gasnetze in Deutschland schneller ausbauen und für die Einspeisung von
1511 Wasserstoff ertüchtigen.

1512

1513 **3.5. Nachhaltiges Wirtschaften zum Schutz unserer Ressourcen**

1514 Nachhaltiges Wachstum heißt, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch
1515 zu entkoppeln. Die Schließung von Stoffkreisläufen sorgt für neue wirtschaftliche Potenzi-
1516 ale und schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

1517

1518 ***Wegwerfgesellschaft beenden, Kreislaufwirtschaft stärken***

1519 Kreislaufwirtschaft muss sich lohnen. Sie schont natürliche Ressourcen, spart Energie und
1520 Emissionen, schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit unse-
1521 rer Wirtschaft. Unser Ziel sind Rohstoffe „Made in Germany“. Wir wollen die Rohstoffe, die
1522 unsere Industrie benötigt, vorrangig im eigenen Land gewinnen und Recyclingrohstoffe
1523 einsetzen. Das hilft dem Klimaschutz und macht uns unabhängiger von Importen aus dem
1524 Ausland.

- 1525 • Wir werden Anreize setzen, weniger Abfall zu produzieren, abfallarme Produkte zu ent-
1526 wickeln und die Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen
1527 zu verbessern.

- 1528 • Mit der Förderung von Innovationen in Sortiertechnologien werden nutzbare Rezyklate,
1529 also aus Recyclingprozessen gewonnene Produkte entstehen, die am Markt gegenüber
1530 Primärmaterialien bestehen. Wir werden uns dafür einsetzen, den Einsatz von Rezykla-
1531 ten in der EU wie auch in Deutschland zu fördern. Um die Nutzung von Rezyklaten, ins-
1532 besondere im Kunststoffbereich deutlich zu verbessern, wollen wir auch verbindliche
1533 Ziele für ihren Einsatz in bestimmten Bereichen prüfen.

- 1534 • Wir wollen Recycling maximieren und Rohstoffsicherheit garantieren. In immer mehr
1535 Branchen werden Engpässe bei Rohstoffen – von seltenen Erden bis hin zu Holz oder
1536 Vorleistungsprodukten wie Chips – zu einem Hemmnis für unsere wirtschaftliche Ent-
1537 wicklung und Versorgungssicherheit. Deshalb entwickeln wir eine Rohstoffsicherungs-
1538 strategie für Deutschland.

- 1539 • Wir setzen uns für einen Einsatz von nachhaltig abgebauten Rohstoffen ein, die mög-
1540 lichst lange genutzt werden können. Damit leisten wir einen wichtigen weltweiten Bei-
1541 trag für den Ressourcen- und Klimaschutz. Wir wollen vor allem das Batterierecycling im
1542 Hinblick auf seltene Erden fördern und da, wo sie ökologische Vorteile bringen, Mehr-
1543 wegprodukte fördern.

1544 • Wir wollen Doppelregulierungen und Inkonsistenzen, die Stoffkreisläufen entgegenste-
1545 hen, abbauen und vermeiden – in Deutschland und in der EU. Dazu gehört ein Deponie-
1546 verbot für unbehandelte Siedlungsabfälle und vor allem kunststoffhaltige Abfälle. Zu-
1547 dem wollen wir die Forschung zu Re-Oil-Verfahren unterstützen und auch das chemische
1548 Recycling fördern.

1549 • Wir wollen Abfälle wiederverwerten und Exporte von Abfällen – insbesondere von Plas-
1550 tik- und Kunststoffabfällen – zur bloßen Entsorgung verbieten. Es ist uns wichtig, dass
1551 wir ebenfalls zu Kunststoffalternativen weiterforschen, auch um die Vermeidung von
1552 Mikroplastik weiter voranzutreiben.

1553

1554 ***Dem Wald von Morgen neue starke Wurzeln geben***

1555 Deutschland ist Waldland Nummer 1 in Europa. Unsere Wälder sind die grüne Lunge unse-
1556 res Landes und unser wichtigster Klimaschützer. Sie produzieren Sauerstoff und speichern
1557 große Mengen von CO₂. Ebenso sind sie wichtiger Wirtschaftsfaktor, sorgen für Wert-
1558 schöpfung und Arbeitsplätze vor allem in ländlichen Regionen und sind unverzichtbar für
1559 die Biodiversität und unsere Erholung. Durch die Klimaveränderung ist der Wald geschädigt
1560 und bedroht. Wir haben in der Dürre der vergangenen Jahre und durch die nachfolgende
1561 Borkenkäferplage sehr viele wertvolle Wälder verloren.

1562 • Bund und Länder haben ein 1,5-Milliarden-Euro-Paket für die Wiederbewaldung, die An-
1563 passung der Wälder an den Klimawandel und für die Unterstützung der nachhaltigen
1564 Forstwirtschaft geschnürt. Dieses Paket muss auch den Kleinwaldbesitzern zugänglich
1565 sein. Damit helfen wir den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern beim Aufbau
1566 klimastabiler Mischwälder mit standortangepassten Baumarten.

1567 • „Schützen durch Nützen“ ist unser Grundsatz für eine nachhaltige Bewirtschaftung un-
1568 serer wertvollen Wälder. Wir stehen zu unserer multifunktionalen Forstwirtschaft, denn
1569 nur sie sichert Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion der Wälder gleichermaßen. Nach-
1570 haltig bewirtschaftete Wälder und besonders die Verwendung von Holzprodukten mit
1571 langen Lebenszyklen verlängern die CO₂-Speicherleistung des Waldes.

1572 • Damit wir die Klimaschutzziele erreichen, müssen wir neben der wichtigen Verringerung
1573 der Emissionen die CO₂-Minderung von Wald und Holz stärken. Deshalb werden wir die
1574 Klimaschutzleistungen des Waldes unter Einbezug der Holzprodukte finanziell honorie-
1575 ren und eine CO₂-Bindungsprämie einführen. So kann die Klimaleistung des Waldes dau-
1576 erhaft und verlässlich abgegolten werden und ein zentraler Baustein zur Honorierung
1577 weiterer Ökosystemleistungen des Waldes sein, die wir voranbringen wollen. Auch wer-
1578 den wir den Einsatz von Holz als Bau-, Werk- und Brennstoff voranbringen und Hemm-
1579 nisse abbauen. Dazu werden wir eine Holzbauoffensive starten.

1580 • In der Europäischen Union setzen wir uns dafür ein, dass der Waldschutz ein wichtiger
1581 Bestandteil des Green Deals wird und überall in Europa mehr für die Wälder getan wird.

- 1582 • Wir engagieren uns beim Schutz der internationalen Wälder und gegen illegalen Holz-
1583 einschlag. Der Erhalt des Regenwaldes und weiterer wertvoller Naturwälder von welt-
1584 weiter Bedeutung ist uns ein großes Anliegen.

1585

1586 ***Wasser als Ursprung allen Lebens und Wirtschaftens schützen***

1587 Der Kampf gegen den Klimawandel ist auch ein Kampf für ausreichend Wasser. Wir müssen
1588 sicherstellen, dass für alle in unserem Land – Privathaushalte, Landwirte und Unternehmen
1589 – ausreichend Wasser vorhanden ist.

- 1590 • Wir werden ein Förderprogramm auflegen, das regionale Wasserkreisläufe stärkt.

- 1591 • Über Aufklärungskampagnen und modernes Wassermanagement werden wir das Allge-
1592 meingut Wasser schützen. Das Wasser muss stärker in der Fläche gehalten werden, um
1593 unsere Böden, die Land- und Forstwirtschaft und die Ökosysteme widerstandsfähiger für
1594 Dürrezeiten zu machen.

- 1595 • Der Nutzung von Regenwasser wollen wir eine deutlich größere Aufmerksamkeit schen-
1596 ken und hierzu das Konzept von Schwammstädten, etwa durch Anpassungen bei Stra-
1597 ßenrändern zur Versickerung im Zuge von Modernisierungen, in Beispielkommunen tes-
1598 ten.

- 1599 • Wir werden die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie umsetzen. Wir stre-
1600 ben an, freifließende Flüsse mit natürlichen Flussläufen als naturnahe Referenzflüsse
1601 auszuweisen. Hochwasserprävention an Flüssen und Küsten dient dem Schutz unseres
1602 Lebens und unserer Lebensgrundlagen. Daher werden wir uns für naturnahen Binnen-
1603 und Außendeichbau und den Schutz unserer Auen einsetzen.

- 1604 • Wir werden noch stärker gegen die Verunreinigung unserer Gewässer mit Spurenstoffen
1605 und Medikamenten vorgehen. Wir werden die Strategie zur Prävention von Gewässer-
1606 verunreinigung und den Dialog zu Spurenstoffen, Mikroplastik und Medikamentenver-
1607 unreinigungen fortführen. Wir werden die Vorkommen an Trink-, Mineral-, Heil- und
1608 Grundwasser weiterhin besonders schützen.

- 1609 • Im Sinne des ganzheitlichen Meeres-, Küsten- und Gewässerschutzes unterstützen wir
1610 auch künftig die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Altlastenbeseitigung.

1611

1612 **3.6. Vorfahrt für intelligente Mobilität**

1613 Mobilität ist ein Ausdruck individueller Freiheit. Für uns als Wirtschaftsnation ist sie von
1614 großer Bedeutung und ein wichtiges Kapitel unseres Modernisierungsjahrzehnts. Wir wer-
1615 den die Rekordinvestitionen in die Infrastruktur verstetigen.

1616

1617 ***Schiene ausbauen***

1618 Eine starke Schiene und der Öffentliche Personennahverkehr sind ein bedeutender Faktor
1619 für die Dekarbonisierung des Verkehrs.

- 1620 • Wir werden den Schienenverkehr mit dem Deutschlandtakt stärken. Mit einem attrakti-
 1621 ven Angebot der Deutschen Bahn wollen wir maximale Synergien bei Güter- und Perso-
 1622 nenverkehr in unserem Schienensystem nutzen.
- 1623 • Deutschland muss weiterhin ein Mobilitäts- und Logistikdrehkreuz in Europa sein. Um
 1624 das Schienennetz zukunftsfest zu machen, Lücken zu schließen, Strecken zu elektrifizie-
 1625 ren und mehr Kapazitäten zu schaffen, werden wir mehr in den bedarfsgerechten Infra-
 1626 strukturausbau investieren – insbesondere in die Digitalisierung von Schiene und Fahr-
 1627 zeugen (ETCS-Ausbau).
- 1628 • Wir werden dafür sorgen, dass Deutschland europaweite Verbindungen zu Tages- und
 1629 Nachtzeiten unterstützt und hierfür den Bahnverkehrswegebau massiv beschleunigen.
 1630 Nachtzüge gehören für uns zum Mobilitätsmix der Zukunft. In diesem Zusammenhang
 1631 werden wir weiter in den Lärmschutz investieren.
- 1632 • Um das Stauaufkommen auf den Autobahnen zu reduzieren und Klimaziele zu erreichen,
 1633 wollen wir mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraße
 1634 verlagern. Dazu werden wir in saubere Fahrzeuge und leistungsfähige Infrastruktur in-
 1635 vestieren, auch in neue Ladestationen für Binnenschiffe in Häfen (Landverstromung).
- 1636 • Wir werden den kombinierten Verkehr mit multi-modalen Terminals ausbauen und das
 1637 Bundesprogramm „Zukunft Schienengüterverkehr“ ausweiten. Wir müssen hier auch die
 1638 Steuern und Abgaben in den Blick nehmen. Dazu werden wir die Mittel für Maßnahmen
 1639 zur Verbesserung des Schienengüterverkehrs des vordringlichen Bedarfs im Bedarfsplan
 1640 Schiene erhöhen und weiterhin die Trassenpreise reduzieren.
- 1641 • Für den nächsten Bedarfsplan und bei der standardisierten Bewertung wollen wir stärker
 1642 als bisher auch längerfristige Prognosen, Umstiegseffekte und Anwohnerinteressen ge-
 1643 wichten.

1644

1645 ***Automobilstandort Deutschland sichern***

1646 Unsere Automobilindustrie ist weltweit führend, auch bei der Erforschung und Entwicklung
 1647 innovativer Technologien, um ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Mobilitätsan-
 1648 gebote zu entwickeln. Wir wollen, dass in Deutschland weiterhin die besten Autos der Welt
 1649 produziert werden – und zwar mit allen Antriebsformen.

- 1650 • Wir stehen vor einem Modernisierungsjahrzehnt für die Automobilindustrie. Immer
 1651 mehr deutsche Automobilhersteller kündigen an, aus der Herstellung von Verbrenner-
 1652 motoren auszusteigen. Wir werden den Umstieg in emissionsfreie Mobilität für alle at-
 1653 traktiv gestalten und dazu einen Fahrplan vorlegen. Damit sorgen wir dafür, dass alle
 1654 Interessen berücksichtigt werden – von Verbraucherinnen und Verbrauchern, Unterneh-
 1655 men inklusive der Zuliefererindustrie, von Beschäftigten und im Sinne eines nachhalti-
 1656 gen Einsatzes von Rohstoffen und Ressourcen.

- 1657 • Wir setzen dabei neben der Elektromobilität auch auf synthetische Kraftstoffe im Stra-
1658 ßenverkehr und wollen sie – wie auch Wasserstoff – perspektivisch auch im Schwerlast-
1659 verkehr einsetzen. Nutzfahrzeuge und schwere LKW könnten andere Antriebstechnolo-
1660 gien erfordern. Hier müssen wir technologieoffen bleiben. Ein zusätzlicher Baustein soll
1661 die Verlängerung des Flottenerneuerungsprogramms für LKW sein.
- 1662 • Taxiunternehmen, Fahr- und Lieferdienste wollen wir bei der Umstellung auf Null-Emis-
1663 sions-PKW durch Sonderabschreibungen, auch bei Ladesäulen, unterstützen.
- 1664 • Ein Dieselfahrverbot lehnen wir ebenso ab wie ein generelles Tempolimit auf Autobah-
1665 nen. Stattdessen setzen wir auf innovative, moderne Verkehrssteuerung.
- 1666 • Für den weiteren Ausbau des elektrifizierten Verkehrs ist der Ausbau der Ladeinfrastruk-
1667 tur entscheidend. Zur weiteren Beschleunigung wollen wir sie künftig in alle gewerbli-
1668 chen und öffentlichen Neubauimmobilien integrieren und diese auch in Parkhäusern ver-
1669 bessern. Unser Ziel ist es, das Ladesäulennetz so auszubauen, dass die Lademöglichkei-
1670 ten ein Grund für den Wechsel auf Elektromobilität sind. Wir wollen, dass Schnelllade-
1671 säulen bundesweit im Fernverkehr möglichst innerhalb von zehn Minuten erreicht wer-
1672 den können und zudem das Bezahlungssystem sowie die Anschlüsse vereinfacht und standar-
1673 disiert werden.

1674

1675 ***Luft- und Schifffahrt zukunftsfit machen***

1676 Die deutsche Luftverkehrswirtschaft verbindet uns mit der Welt. Sie soll zum Technologie-
1677 führer für das klimaneutrale Fliegen werden. Zudem werden wir unsere Schifffahrt stärken
1678 und zukunftsfit machen.

- 1679 • Wir wollen, dass die Luftfahrt ein preislich wettbewerbsfähiger Verkehrsträger ist und
1680 der Luftverkehrsstandort Deutschland erhalten bleibt. Wir werden die Verbindungen auf
1681 der Schiene zu den Drehkreuzflughäfen bzw. internationalen Flügen ausbauen und das
1682 Umsteigen zwischen Flug und Zug für Kunden verbessern. Die Verkehrsträger sollen so
1683 vernetzt werden, dass ihre jeweiligen verkehrlichen, ökonomischen und ökologischen
1684 Vorteile optimal genutzt werden können.
- 1685 • Wir werden das Luftfahrtforschungsprogramm ausbauen und ein Technologie-Demonst-
1686 rator-Programm einrichten.
- 1687 • Uns ist wichtig, dafür zu sorgen, dass am Standort Deutschland synthetische Kraftstoffe
1688 (SAF) entwickelt und produziert werden. Flüge, bei denen alternative Kraftstoffe einge-
1689 setzt werden, wollen wir von der Luftverkehrssteuer befreien.
- 1690 • Ebenso wollen wir die positiven Aspekte des Fliegens und die Innovationskraft der Luft-
1691 fahrt wieder stärker herausstellen und als Schlüsseltechnologie gezielt fördern. Die Ent-
1692 wicklung von Flugtaxen ist zwar noch eine Vision für die Zukunft, aber sie wird zuneh-
1693 mend realistischer.

1694 • Wir werden die maritime Wirtschaft und den Werftenstandort Deutschland stärken. Die
1695 deutsche Schiffbauindustrie, Schifffahrt und Häfen müssen international wettbewerbs-
1696 fähig bleiben.

1697 • In der Binnenschifffahrt übernehmen wir mit einer stärkeren Förderung von alternativen
1698 Kraftstoffen wie E-Fuels und Wasserstoff die Technologieführerschaft. Wir werden die
1699 Nutzung von Ammoniak oder Methanol zur Marktreife bringen und in der Schifffahrt
1700 anwenden. Zudem werden wir die LNG-Technik ausbauen und ein Importterminal für
1701 verflüssigte Gase realisieren.

1702

1703 **3.7. Eine Landwirtschaft, die stark und nachhaltig ist**

1704 Eine starke und nachhaltige Landwirtschaft einschließlich Obst-, Gemüse-, Garten-, Wein-
1705 bau sowie Imkerei und Fischerei ist in einem lebenswerten Deutschland unverzichtbar. Un-
1706 sere Bäuerinnen und Bauern sichern nicht nur unsere Ernährung, sondern gestalten unsere
1707 Kulturlandschaft und sind die Grundlage unserer starken Lebensmittelwirtschaft. Ohne
1708 Landwirtschaft gibt es kein klimaneutrales Deutschland und keine Artenvielfalt.

1709

1710 ***Landwirtschaft stärken***

1711 Wir stehen an der Seite unserer Bäuerinnen und Bauern. Unsere Landwirtschaft verdient
1712 mehr Wertschätzung und braucht mehr Wertschöpfung. Wir wollen sie aus dem Hamster-
1713 rad der permanenten Effizienzsteigerung unter Industriebedingungen befreien. In unserem
1714 Modernisierungsjahrzehnt setzen wir auf Nachhaltigkeit und eröffnen allen Sparten der
1715 Landwirtschaft neue Wege, Perspektiven und Chancen.

1716 • Wir begleiten die Landwirtschaft verlässlich beim ökologischen Wandel.

1717 • Für Bäuerinnen und Bauern – und insbesondere die künftige Generation – schaffen wir
1718 attraktive und vielseitige Einkommensmöglichkeiten.

1719 • Für uns gehört Landwirtschaft unverzichtbar zu unserem Land, in die Mitte der Gesell-
1720 schaft. Wir wenden uns strikt gegen ungerechtfertigte Feindseligkeit, pauschale Verur-
1721 teilungen und Mobbing von Landwirtinnen, Landwirten und deren Kindern.

1722 • Wir setzen weiterhin auf realistische Darstellungen und Aufklärung über die Leistungen
1723 der Landwirtschaft schon in der Schule sowie den Dialog zwischen Landwirtschaft und
1724 Gesellschaft.

1725

1726 ***Mehr Tierwohl mit finanzieller Wertschätzung verknüpfen***

1727 Unsere Tierhaltung gehört – im Hinblick auf die Qualität und Sicherheit ihrer Erzeugnisse,
1728 die Tierwohlstandards sowie die ressourcenschonende Produktion – zu den besten der
1729 Welt. Daran müssen wir festhalten und sie weiter umbauen – für noch mehr Tierwohl.

- 1730 • Wir werden Innovationen schnell umsetzen und Investitionen in Tierwohl fördern. Wir
1731 werden ein Tierwohlstall-Förderungsgesetz erlassen, emissionsarme Modellställe entwi-
1732 ckeln und unsere Landwirte beim Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Emp-
1733 fehlungen der Borchert-Kommission unterstützen.
- 1734 • Mit den Ergebnissen der Borchert-Kommission ist mehr Tierschutz zu haben. Damit wird
1735 der Umbau möglich. Wir werden das Finanzierungsmodell über staatliche Verträge absi-
1736 chern und den Landwirten Planungssicherheit gewährleisten.
- 1737 • Wir werden die Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft stärken und wollen mit ei-
1738 nem Bestandsschutz von 15 Jahren bei neuen Stallbauinvestitionen für Verlässlichkeit
1739 und Sicherheit sorgen.
- 1740 • Wir verbessern kontinuierlich den Tierschutz und gehen mit dem Ausstieg aus dem Kü-
1741 kentöten voran.
- 1742 • Wir brauchen verlässlichere Regelungen für Tiertransporte. Unser Ziel ist, Fleisch statt
1743 lebende Tiere zu transportieren. Auch bei Zuchttieren muss sichergestellt sein, dass aus
1744 der EU kein langer Tiertransport in Drittstaaten genehmigt wird, bei dem die Einhaltung
1745 der Tierschutzvorgaben nicht absolut sichergestellt ist. Wir wollen Zuchttiertransporte
1746 so schnell wie möglich ganz durch den Export von Zuchtmaterial ersetzen. Tierschutz
1747 darf nicht an EU-Grenzen Halt machen.
- 1748 • Um unsere Weidetierhaltung zu sichern, setzen wir uns dafür ein, dass der strenge
1749 Schutzstatus des Wolfs im europäischen Naturschutzrecht überprüft und angepasst
1750 wird, da der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation in einer Reihe von Bundes-
1751 ländern schon erreicht ist. In diesen Bundesländern soll die Option für ein aktives Wolfs-
1752 management eröffnet werden, das die Wolfspopulation langfristig sichert, aber das An-
1753 wachsen der Population auf ein insgesamt akzeptables Niveau einreguliert.
- 1754
- 1755 ***Mit neuen Techniken ökologisch produktiver wirtschaften***
- 1756 Digitalisierung und neue molekularbiologische Züchtungstechnologien können die Land-
1757 wirtschaft umweltfreundlicher und wettbewerbsfähiger machen, Ernten stabil halten bei
1758 weniger Pflanzenschutzmitteleinsatz und geringerem Wasserverbrauch im Klimawandel. Es
1759 geht auch um unsere Verantwortung in der Welt.
- 1760 • Wir wollen einen verantwortungsvollen, auf klaren Regeln basierenden Einsatz der
1761 neuen Züchtungstechnologien ermöglichen. Wir setzen uns deshalb für eine Moderni-
1762 sierung des europäischen Rechtsrahmens ein.
- 1763 • Die Digitalisierung der Landwirtschaft werden wir weiter fördern und dabei sicherstel-
1764 len, dass Betriebe aller Größen davon profitieren können. Die Forschungsergebnisse aus
1765 den Experimentierfeldern „Smart Farming“ sollen schnell und breit in der Praxis ankom-
1766 men.
- 1767 • Wir arbeiten mit Nachdruck an einer leistungsfähigen Dateninfrastruktur auf der gesam-
1768 ten Fläche, werden Open-Data-Lösungen schaffen und eine staatliche digitale Plattform

1769 für öffentliche Agrardaten aufbauen, um der Landwirtschaft Zugang zu den von ihnen
1770 benötigten öffentlichen Daten zu gewährleisten.

1771 • Auch werden wir den Agrardatenraum in GAIA-X entwickeln. Ziel ist es, die Interopera-
1772 bilität von Daten der Landmaschinen herstellerübergreifend zu ermöglichen, damit
1773 Landwirte ihre Prozesse optimieren können. Wir wollen außerdem sicherstellen, dass die
1774 Hoheit über die Daten, die auf den Höfen und Betrieben erhoben werden („digitale Feld-
1775 früchte“), beim Landwirt verbleibt.

1776

1777 ***Nachhaltige Landwirtschaft ermöglichen und honorieren***

1778 Unser Ziel ist, den Landbau ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig weiterzuent-
1779 wickeln – in Kooperation mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie. Auf mehr als 10 Pro-
1780 zent der Agrarflächen führen Bäuerinnen und Bauern schon heute spezielle Maßnahmen
1781 zum Schutz der Biodiversität aus. Die Landwirtschaft hat zwischen 1990 und 2020 ihren
1782 Ausstoß klimarelevanter Gase um rund 23 Prozent reduziert und damit das Etappenziel für
1783 2020 erfüllt. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft – zusammen mit der Forstwirtschaft – der
1784 einzige Sektor, der eine Senke für Treibhausgase sein kann. Die Klimaleistungen und die
1785 Beiträge der Landwirtschaft zum Natur- und Artenschutz müssen bei zukünftigen politi-
1786 schen Entscheidungen berücksichtigt und auch honoriert werden. Dabei müssen alle For-
1787 men des nachhaltigen Landbaus profitieren – ökologisch wie konventionell.

1788 • Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ist ein Systemwechsel erfolgt hin zu
1789 mehr ökologischer Nachhaltigkeit. Uns ist wichtig, dass die GAP gleichzeitig einkom-
1790 menswirksam bleibt. Wir werden kleine und mittlere Betriebe mit höheren Direktzahlun-
1791 gen für die ersten Hektare angemessen fördern und die Umweltmaßnahmen (Eco-
1792 Schemes und Agrarumweltprogramme) attraktiv ausgestalten.

1793 • Den Ökolandbau werden wir weiter verlässlich fördern und die Forschungsförderung
1794 verstärken, insbesondere um die Ertragsunterschiede zum konventionellen Landbau zu
1795 verringern. Die wachsende Nachfrage der Verbraucher soll möglichst mit heimischer
1796 Ware gedeckt werden können, weshalb wir auch die regionalen ökologischen Lebensmit-
1797 telhersteller bei der Entwicklung der ländlichen Räume berücksichtigen.

1798 • Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit in der Land- und Forstwirtschaft sichtbar, messbar und
1799 bezahlbar zu machen. So können Landwirte mit Kohlenstoffspeicherung im Boden und
1800 besonders nachhaltigen Bewirtschaftungsformen wie zum Beispiel Agroforstsystemen,
1801 Agri-Photovoltaik, moorverträglicher Landwirtschaft wie Anbau von Torfmoosen und
1802 Paludikulturen auf renaturierten Feuchtflächen, mit heimischen Eiweißpflanzen als Al-
1803 ternative zu Importsoja für das Tierfutter oder Rohstoffen für die Bioökonomie, Geld
1804 verdienen.

1805 • Natur-, Klima-, Arten- und Moorschutzleistungen werden wir durch Kooperationen und
1806 Anreize fördern.

- 1807 • Wichtig ist uns auch der Schutz der Bienen und Insekten, denn sie sind als Bestäuber
1808 systemrelevant für die Landwirtschaft und die Sicherung unserer Ernährung. Alle gesell-
1809 schaftlichen Bereiche, nicht nur die Landwirtschaft, müssen einen Beitrag zum Insekten-
1810 schutz leisten.

1811

1812 ***Anpassung der Landwirtschaft im Klimawandel und Risikoabsicherung unterstützen***

1813 Die Landwirtschaft, der Garten- und Weinbau sowie die Fischerei sind genauso wie der
1814 Wald vom Klimawandel betroffen. Immer stärker ist sein Einfluss auf die Ernten zu erken-
1815 nen. Trockenheit, Spätfröste und Starkregenereignisse nehmen zu. Wir werden die Bran-
1816 chen bei der Anpassung begleiten und die Betriebe unterstützen, sich gegen Risiken abzu-
1817 sichern.

- 1818 • Wir werden die Entwicklung angepasster Anbaumethoden im Rahmen der Ackerbaustra-
1819 tegie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, ressourcenschonende
1820 Bewässerungstechnologien und ein verbessertes Wassermanagement fördern.

- 1821 • Mit Zuschüssen zu Mehrgefahrenversicherungen werden wir die Betriebe in ihrer Fähig-
1822 keit stärken, sich selbst gegen Dürre und andere Klimarisiken abzusichern. Das gilt als
1823 Erstes für unsere Obst-, Gemüse- und Weinbaubetriebe.

- 1824 • Die Gartenbaubetriebe unterstützen wir insbesondere bei der CO₂-Einsparung und bei
1825 der Entwicklung klimafreundlicher Torfersatzprodukte. Marktverzerrungen im Rahmen
1826 der CO₂-Bepreisung wollen wir vermeiden.

- 1827 • Auch die Anpassung der Fischerei im Klimawandel werden wir aktiv begleiten, ihre Wett-
1828 bewerbsfähigkeit wie ökologische Nachhaltigkeit stärken und die regionale Erzeugung
1829 von Fisch als klimafreundliches und hochwertiges Nahrungsmittel sichern.

1830

1831 ***Das Unternehmertum Landwirtschaft stärken***

1832 Wir wollen einen neuen Aufbruch in der Landwirtschaft. Landwirtinnen und Landwirte sol-
1833 len ermutigt werden, junge Menschen ihre Chance in grünen Berufen sehen.

- 1834 • Wir werden die Junglandwirte-Prämie erhöhen und die Vielfalt der Landwirtschaft als
1835 Berufsfeld in einem Ideenwettbewerb sichtbar machen. Dazu gehören verschiedene For-
1836 men des Landbaus, über Landtourismus, die Erzeugung und Vermarktung regionaler
1837 Spezialitäten bis hin zu neuen Herstellungsverfahren, wie Insektenfarming.

- 1838 • Wir werden günstige Rahmenbedingungen für Agrar-Startups schaffen und streben die
1839 Einrichtung eines Agri-FoodTech-Wagniskapitalfonds an.

- 1840 • Bei neuen Anforderungen an die Landwirtschaft wollen wir dafür sorgen, dass an anderer
1841 Stelle bestehende Anforderungen überprüft werden.

1842

1843 ***Gute Ernährung einfach machen***

1844 Essen und Trinken sind Grundbedürfnisse und zugleich ein wichtiges gesellschaftliches Ele-
1845 ment in unserem täglichen Miteinander. Wir wollen, dass allen auch in der heutigen Arbeits-
1846 , Medien- und Konsumwelt ein möglichst gesundes und nachhaltiges Leben gelingt. Dafür
1847 braucht es Ernährungskompetenz und Motivation sowie gut zugängliche, passende Ange-
1848 bote.

1849 • Wir werden gute Rahmenbedingungen für eine gesundheitsförderliche, ausgewogene
1850 und nachhaltige Ernährung schaffen. Es soll für Jede und Jeden beim Einkauf und beim
1851 Essen außer Haus einfach möglich sein, eine gesunde Wahl zu treffen.

1852 • Kinder bedürfen eines besonderen Schutzes. Die Weichen für das Essverhalten werden
1853 in frühen Jahren gelegt. Ernährungsbildung, Sport sowie Zugang zu gutem Kita- und
1854 Schulessen sollen für jedes Kind gewährleistet sein.

1855 • Es sind uns schon – auch im Dialog mit der Wirtschaft – wichtige Schritte gelungen, um
1856 eine gesündere Ernährung einfacher zu machen. So werden zum Beispiel Zucker, Fett
1857 und Salz in verarbeiteten Lebensmitteln reduziert. Das gilt insbesondere für an Kinder
1858 gerichtete Produkte.

1859 • Mit dem Nutri-Score wurde eine erweiterte visuelle Nährwertkennzeichnung in
1860 Deutschland eingeführt. Das national Erreichte wollen wir nun auch auf europäischer
1861 Ebene umsetzen.

1862 • Unsere in Deutschland breit aufgestellte ernährungswissenschaftliche Forschung wer-
1863 den wir weiter ausbauen. Sie soll noch aktiver Ernährungswissen aufarbeiten und in die
1864 Breite kommunizieren. Unser Ziel ist, ernährungsmitbedingten Volkskrankheiten wie
1865 starkes Übergewicht, Diabetes oder Krebs noch besser vorbeugen zu können.

1866

1867 ***Mehr Transparenz für nachhaltige Erzeugung beim Lebensmittelkauf herstellen***

1868 Wir wollen mehr Transparenz beim Lebensmitteleinkauf. Die Verbraucherinnen und Ver-
1869 braucher sollen klar erkennen können, was in den Lebensmitteln steckt, woher sie kommen
1870 und wie sie erzeugt wurden. So bringen wir sie auch wieder näher mit der Landwirtschaft
1871 zusammen.

1872 • Unser Ziel ist eine verpflichtende europäische Haltungs-/Tierwohlkennzeichnung und
1873 auch auf EU-Ebene eine aussagekräftige, für die Verbraucherinnen und Verbraucher bes-
1874 ser erkennbare Herkunftskennzeichnung für mehr Lebensmittel.

1875 • Immer mehr Menschen legen Wert auf regionale Lebensmittel. Sie sind für viele ein
1876 Stück Heimat. Wer sich mit regionalen, saisonalen Lebensmitteln ernährt, tut nicht nur
1877 etwas für die Umwelt, sondern unterstützt auch die heimische Landwirtschaft und stärkt
1878 regionale Wirtschaftskreisläufe. Wir wollen deshalb, dass Regionalität besser sichtbar
1879 wird. Wir werden das sogenannte Regionalfenster als Kennzeichnung weiterentwickeln
1880 und mehr Klarheit bei regionalen Lebensmitteln schaffen.

- 1881 • Zudem wollen wir ergänzend zum Öko-Siegel ein Nachhaltigkeitssiegel für konventio-
1882 nelle Agrarprodukte entwickeln.
1883

1884 ***Unsere nachhaltige Lebensmittelerzeugung sichtbarer machen und international absichern***

- 1885 • Zusammen mit der Branche werden wir eine Nationale Lebensmittel-Agentur auf den
1886 Weg bringen. Sie soll für heimische regionale Produkte, unsere hohen Standards und un-
1887 sere Art zu produzieren, im In- und Ausland werben. So wollen wir mehr Wertschätzung
1888 für unsere Lebensmittel und unsere Landwirtschaft erreichen.

- 1889 • Marktpreise müssen fair sein und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen ermög-
1890 lichen. Die Markt- und Produktionsrisiken dürfen nicht beim Erzeuger alleine liegen. Wir
1891 wollen eine faire Lieferkette mit Marktverantwortung von Verarbeitungsebene und Han-
1892 del fördern.

- 1893 • Begleitend brauchen wir faire Handelsabkommen, die die hohen Standards der EU-Land-
1894 wirtschaft respektieren und schützen. Für Importe in den Binnenmarkt müssen die glei-
1895 chen Produktstandards gelten wie für heimische Lebensmittel. In Handelsabkommen
1896 soll zunehmend die Prozessqualität einbezogen werden: das heißt, die Umwelt-, Tier-
1897 wohl- und Arbeitsschutzstandards bei der Lebensmittelerzeugung.
1898

1899 ***Lebensmittelverschwendung bekämpfen***

1900 Unsere Nahrungsmittel sind unsere Lebensgrundlage. Sie dürfen aus ethischen, ökologi-
1901 schen und auch wirtschaftlichen Gründen nicht achtlos verschwendet werden. 12 Millionen
1902 Tonnen weggeworfene Lebensmittel pro Jahr – 75 Kilogramm pro Person sind entschieden
1903 zu viel.

- 1904 • Unser klares Ziel ist die Halbierung bzw. deutliche Reduzierung der Lebensmittelver-
1905 schwendung bis 2030.

- 1906 • Der Nationalen Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung werden wir
1907 noch mehr Nachdruck verleihen und alle Beteiligten, insbesondere auch junge Men-
1908 schen, sensibilisieren.

- 1909 • Wir werden Lebensmittelspenden an die Tafeln, soziale Einrichtungen und Organisatio-
1910 nen, die Lebensmittel retten, vereinfachen – soweit nötig auch durch gesetzliche Ände-
1911 rungen.

- 1912 • Wir werden die Anpassung des Mindesthaltbarkeitsdatums prüfen und die Entwicklung
1913 von Apps und anderen digitalen Hilfsmitteln, zum Beispiel zur automatischen Preissen-
1914 kung für Produkte nahe am Ablaufdatum, und innovative Verpackungslösungen, die zum
1915 Beispiel die Genießbarkeit anzeigen, fördern.

1916

1917 **3.8. Modernes Recht für mündige Verbraucherinnen und Verbraucher**

1918 Unser Leitbild für das Verbraucherschutzrecht sind mündige Verbraucherinnen und Ver-
1919 braucher. Wir wollen nicht, dass sie bevormundet werden, sondern trauen ihnen zu, eigen-
1920 verantwortlich und mündig zu entscheiden. Aufklärung und Information stehen für uns da-
1921 bei im Vordergrund. Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe. Wir schaffen einen
1922 klaren Rechtsrahmen und faire Regelungen: ob es um das Bauen und Wohnen, um das Rei-
1923 sen, um Geldanlagen, Gesundheitsdienstleistungen oder um die Ernährung geht. So stärken
1924 wir das Verbrauchervertrauen und erreichen mehr Übersichtlichkeit bei Regulierung und
1925 Normklarheit.

1926

1927 ***Verbraucherrecht vereinfachen***

1928 Verbraucherinnen und Verbraucher müssen auf einfachem Wege zu ihrem guten Recht
1929 kommen – auch mithilfe der Verbraucherschutzorganisationen. Daher werden wir die Ver-
1930 braucherzentrale Bundesverband und die Stiftung Warentest weiter verlässlich fördern.

1931 • Im Verbraucherrecht sind Regelungen oft zu kompliziert, sodass sie ihre Wirkung verfeh-
1932 len. Die Datenschutz-Grundverordnung zum Beispiel ermöglicht zwar einen souveränen
1933 Umgang mit persönlichen Daten, der einzelne Bürger kann dies jedoch nur mit viel Auf-
1934 wand nutzen – etwa bei Einverständniserklärungen für die Daten- oder Cookie-Nutzung.
1935 Deshalb werden wir das gesamte bürgerliche Vertragsrecht, insbesondere den elektro-
1936 nischen Rechtsverkehr, modernisieren.

1937 • Wir werden die Verbraucherschlichtung auf weitere Branchen mit passgenauen bran-
1938 chenspezifischen Lösungen ausweiten. Sie ist ein geeignetes Instrument, um Rechts-
1939 streitigkeiten zu vermeiden.

1940 • Verbraucherinnen und Verbraucher sollen Schäden mit sehr geringer Schadenshöhe
1941 (sog. Streuschäden) ersetzt bekommen, deren gerichtliche Verfolgung sich nicht lohnt.

1942 • Bei stornierten Flügen und Reisen kommen Verbraucherinnen und Verbraucher nur
1943 schwer an ihr Geld. Wir wollen deshalb im Reisevertragsrecht die Zahlungsfristen und
1944 insbesondere die Vorausleistungen neu regeln.

1945

1946 ***Digitale Instrumente für Verbraucherrechte nutzen***

1947 Die Digitalisierung soll Verbraucherinnen und Verbrauchern das Leben einfacher machen:
1948 sei es bei Entschädigungen für Verspätungen, bei Vertragskündigungen oder Rückerstat-
1949 tungen.

1950 • Nach dem Vorbild der Fluggastrechte-App wollen wir für viele Bereiche bundesweit ein-
1951 setzbare Apps und digitale Hilfsmittel entwickeln lassen. Damit können sie schnell rele-
1952 vante Informationen und Serviceleistungen erhalten, um ihre Rechte durchzusetzen.

- 1953 • Wir wollen einen Rechtsrahmen für sogenannte smart contracts schaffen. Beim Eintritt
1954 eines Schadensfalls, zum Beispiel bei einer Flugverspätung, wird automatisiert die Ent-
1955 schädigung auf das Kundenkonto überwiesen – schnell, einfach und ohne jedes Formu-
1956 lar.

1957

1958 ***Für Sicherheit in der digitalen Welt sorgen***

- 1959 • Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die Vorteile der digitalen Welt sicher nutzen
1960 können. Mit Einführung eines einheitlichen IT-Sicherheitskennzeichens, das die IT-Si-
1961 cherheit von Produkten für Verbraucher sichtbar macht, ist IT-Produktsicherheit zu ei-
1962 nem echten Verkaufsargument geworden. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen.

- 1963 • Wir wollen einen klaren Rechtsrahmen auf europäischer wie auf Bundesebene für digitale
1964 Plattformen schaffen. Haftung, Sicherheit, Gewährleistung, Software-Updates, Nutzer-
1965 bewertungen und Produktrankings sind hierfür wichtige Gesichtspunkte.

- 1966 • Verbraucherinnen und Verbraucher sollen ohne Bedenken Online-Geschäfte tätigen,
1967 Steuern zahlen oder sich bei Ämtern anmelden können. Dafür wollen wir eine sichere
1968 digitale europäische Identität schaffen. So entsteht eine Alternative zu den Plattforman-
1969 meldungen und Identifikationsangeboten der großen Anbieter wie Google, Apple, Face-
1970 book oder Amazon. Wir wollen ein Identitätsdiebstahlsregister einführen, bei dem Ver-
1971 sandhändler und Inkasso-Dienstleister vor einem Tätigwerden die Bestelladressen ab-
1972 gleichen.

- 1973 • Wir sorgen für mehr Datentransparenz bei digitalen Angeboten. Wir wollen einfache,
1974 verständliche Allgemeine Geschäftsbedingungen. Verbraucherinnen und Verbraucher
1975 sollen wissen, was mit ihren Daten geschieht, wenn sie damit vermeintlich „kostenlose“
1976 Dienste bezahlen und aktiv über die Nutzung ihrer Daten entscheiden. So wollen wir zum
1977 Beispiel volle Transparenz darüber herstellen, welche Daten im Rahmen von SmartHome
1978 und digitalen Assistenten erhoben und wie sie verwendet werden. Die Datenkompetenz
1979 in der Verbraucherbildung und -aufklärung wollen wir weiter stärken.

- 1980 • Wir wollen allen ermöglichen, schnell und sicher im Internet unterwegs zu sein und
1981 gleichzeitig eine mündige Entscheidung über die Nutzung der eigenen Daten zu treffen.
1982 Dafür müssen Einverständniserklärungen und Cookie-Einwilligungen einfacher und kla-
1983 rer erteilt werden können. Neue Möglichkeiten eröffnet ein freiwilliger Datenspende-
1984 pass.

- 1985 • Wir werden den Wechsel zwischen Anbietern erleichtern, indem Schnittstellen und tech-
1986 nische Standards für die Datenmitnahme geschaffen werden. Wir wollen die Interopera-
1987 bilität von Messenger-Diensten verbessern.

1988

1989 **4. Neue Fairness und soziale Sicherheit – für den gesellschaftlichen Zusammenhalt**

1990

1991

1992 *Unser Unions-Versprechen: Wir arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft bleiben, die zusammenhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Unser christliches Menschenbild gibt uns hierfür den Kompass an die Hand: Individuelle Freiheit und gemeinschaftliche Verantwortung sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen einander. Mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sorgen wir dafür, dass jeder Mensch in unserem Land eine gute medizinische und pflegerische Versorgung erhält und dass jedem geholfen wird, der Hilfe braucht. Wir sorgen für eine verlässliche Rente und einen Neustart bei der privaten Vorsorge, damit sie sich mehr lohnt.*

1993

1994

1995

1996

1997

1998

1999 *Die Pandemie hat gezeigt, wie stark unser Gesundheitssystem ist und wie wichtig vor allem die Frauen und Männer sind, die in den Krankenhäusern, Pflegeheimen und vielen anderen Orten ihren mitmenschlichen Dienst tun. Wir haben aber auch gesehen, dass wir mehr tun müssen, damit unser Gesundheitswesen auch nach der Krise weiter zu den besten der Welt zählt. Angesichts der demografischen Entwicklung ist es eine große Herausforderung, unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftssicher zu machen und die unterschiedlichen sozialen Angebote besser miteinander zu verbinden, um Hilfen wie aus einer Hand anzubieten.*

2000

2001

2002

2003

2004

2005

2006 *Mit unserem Modernisierungsjahrzehnt sorgen wir dafür, dass Deutschland auch in Zukunft eines der verlässlichsten und stabilsten Sozialversicherungssysteme der Welt hat. Dabei gilt das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, dass der Gemeinschaft, auch den Schwächeren, ein Leben in Würde ermöglicht. Das ist gelebte Solidarität, und damit unterscheiden wir uns von vielen anderen Nationen auf der Welt. Damit sich jeder, unabhängig von seinem früheren Einkommen, darauf verlassen kann, dass er gut versorgt wird, wenn er einen Unfall hat, wenn er krank, pflegebedürftig, arbeitslos oder erwerbsunfähig wird.*

2007

2008

2009

2010

2011

2012

2013

2014 **4.1. Finanzielle Sicherheit im Alter**

2015 *Die Rente ist mehr als ein Einkommen im Alter. Sie ist Lohn für Lebensleistung. Für uns gelten dabei drei klare Prinzipien. Erstens: Leistung muss ich lohnen. Wer ein Leben lang gearbeitet oder Kinder erzogen hat, muss mehr haben als jemand, der nicht gearbeitet hat, und er sollte nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein. Deshalb haben wir mit der Grundrente dafür gesorgt, dass kleine Renten nach langer Erwerbstätigkeit bedarfsgerecht aufgestockt werden. Zweitens: Rente muss ein Leben in Würde ermöglichen. Sie muss immer mehr sein als nur Armutsbekämpfung. Und drittens: Die Rente muss nachhaltig, sicher und solide finanziert sein.*

2016

2017

2018

2019

2020

2021

2022

2023

2024 **Vertrauen und Verlässlichkeit sichern**

2025 *Die beste Rentenpolitik ist eine gute Wirtschaftspolitik. Denn je mehr Menschen sozialversicherungspflichtig arbeiten, desto besser ist es für die Rente. Das haben die letzten zehn Jahre gezeigt, die im ganzen Land zu deutlichen Rentensteigerungen geführt haben.*

2026

2027

2028 • Wir werden die Rentnerinnen und Rentner weiterhin verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligen.
2029

2030 • Um das Vertrauen in die Altersvorsorge weiter zu stärken und Rentnerinnen und Rentner zu entlasten, werden wir eine Doppelbesteuerung von Renten verhindern und daher die Vorgaben des Bundesfinanzhofs schnellstmöglich umsetzen.
2031
2032

2033 • Freiwillige Beiträge in der Gesetzlichen Rentenversicherung in jeglicher gewünschten Höhe werden wir zulassen, maximal bis zur jeweiligen Beitragsbemessungsgrenze.
2034
2035

2036 ***Sozialbeirat zum Alterssicherungsbeirat weiterentwickeln***

2037 Wir stehen für eine zukunfts feste Alterssicherung auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung wird dabei für die meisten Menschen die zentrale Säule bleiben. Wir wollen ein Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert und Leistungen sowie Lasten fair und nachvollziehbar verteilt. Um das Vertrauen der aktiven Generation von heute in das System der gesetzlichen Rentenversicherung von morgen zu stärken, brauchen wir eine klare Perspektive, die auch für die nächsten 30 Jahre trägt.
2038
2039
2040
2041
2042
2043

2044 • Wir werden, wie von der Rentenkommission der Bundesregierung unter Beteiligung der Sozialpartner und der Wissenschaft vorgeschlagen, den bisher nur für die gesetzliche Rentenversicherung zuständigen Sozialbeirat zu einem Alterssicherungsbeirat weiterentwickeln.
2045
2046
2047

2048 • Der Alterssicherungsbeirat soll alle drei Säulen der Altersvorsorge in den Blick nehmen und eine Empfehlung für die Festlegung der verbindlichen und perspektivischen Haltelinien bei Rentenniveau und Beitragssatz abgeben.
2049
2050

2051 • Dabei steht die Union für Verlässlichkeit: Wir behalten das Vorsorgeniveau im Auge und schützen die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler vor Überforderung.
2052
2053

2054 ***Beschäftigte besser schützen, Leistungen anerkennen***

2055 Unsere Lebenserwartung wächst erfreulicherweise immer weiter. Das Renteneintrittsalter steigt daher in kleinen Schritten auf 67 Jahre im Jahr 2030 an. Wir wollen den Menschen helfen, das tatsächliche Regelrenteneintrittsalter zu erreichen.
2056
2057

2058 • Wir wollen die medizinische und berufliche Rehabilitation als wichtige Instrumente stärken und die Leistungsfähigkeit der Versicherten – nach Krankheit oder Unfall – wiederherstellen. Die Träger in den gesetzlichen Sozialversicherungszweigen müssen daher die Zusammenarbeit – zum Beispiel in regionalen, trägerübergreifenden Reha-Kompetenzzentren – noch mehr intensivieren, um die Zusammenarbeit und das hohe Niveau der Rehabilitation weiter zu verbessern.
2059
2060
2061
2062
2063

2064 • Ein Unfall oder eine schwere Krankheit kann jeden treffen. Daher haben wir in den letzten Jahren die Erwerbsminderungsrente deutlich verbessert. Mit Blick auf die Menschen, die bereits eine Erwerbsminderungsrente beziehen, wollen wir, dass diese beim Wechsel
2065
2066

2067 von der Erwerbsminderungsrente in die Altersrente auch von den Verbesserungen der
2068 Jahre 2014 und 2019 profitieren.

2069

2070 ***Selbstständige besser absichern***

2071 Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir eine Altersvorsor-
2072 gepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind.

2073 • Selbstständige sollen zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen insol-
2074 venzsichern und zugriffsgeschützten Vorsorgearten wählen können. Wir werden Lö-
2075 sungen entwickeln, die auf bereits heute selbstständig Tätige Rücksicht nehmen und
2076 Selbstständige in der Existenzgründungsphase nicht überfordern.

2077 • An den berufsständischen Versorgungswerken halten wir fest.

2078

2079 ***Vor Armut im Alter besser schützen***

2080 Wir werden verdeckte Altersarmut bekämpfen.

2081 • Wir wollen, dass Bezieher staatlicher Transferleistungen im Rentenalter grundsätzlich in
2082 ihrem Wohneigentum bleiben und eine angemessene Notlagenreserve als Anerkennung
2083 der Lebensleistung behalten können. Dafür sollen die gesetzlichen Regelungen zur Ver-
2084 mögensverwertung und zum Schonvermögen in der Grundsicherung im Alter angepasst
2085 werden.

2086 • Wir wollen Aussiedler und Spätaussiedler sowie jüdische Kontingentflüchtlinge besser-
2087 stellen und rentenrechtliche Benachteiligungen beseitigen.

2088

2089 ***Betriebliche Altersvorsorge stärken***

2090 Wir wollen, dass noch mehr Menschen betrieblich für ihr Alter vorsorgen und damit an der
2091 guten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes teilhaben. Eine auskömmliche Altersssi-
2092 cherung hängt auch von der zusätzlichen Vorsorge ab.

2093 • Wir werden die Mitnahme der Ansprüche aus einer betrieblichen Altersvorsorge beim
2094 Jobwechsel weiter verbessern.

2095 • Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz und der stärkeren Förderung von Geringverdie-
2096 nern haben wir deutliche Impulse gesetzt, damit noch mehr Menschen die betriebliche
2097 Altersversorgung nutzen. Wir wollen die Wirkungen und die Voraussetzungen für das
2098 Sozialpartnermodell evaluieren und mögliche Hindernisse bei der weiteren Verbreitung
2099 abbauen.

2100 • Gerade mit Blick auf Geringverdiener wollen wir ein Konzept einer „Betrieblichen Al-
2101 tersvorsorge für alle“ entwickeln, um diese wichtige Säule der Altersvorsorge weiter zu
2102 stärken und noch attraktiver zu machen.

2103

2104 ***Private Vorsorge neugestalten***

2105 Bei der privaten, staatlich geförderten Altersvorsorge brauchen wir einen Neustart. Wir
2106 wollen sie effizienter, transparenter und dadurch attraktiver und einfacher machen.

2107 • Wir werden Kriterien für ein Standardvorsorgeprodukt festlegen. Dieses Produkt ist ver-
2108 pflichtend für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, es sei denn, sie widersprechen
2109 der Einbeziehung (Opt-Out).

2110 • Das Standardprodukt soll ohne Abschlusskosten und mit möglichst niedrigen Verwal-
2111 tungskosten auskommen.

2112 • Dabei soll es eine attraktive und unbürokratische Förderung durch den Staat geben.

2113 • Neben Produkten mit einer Leistungsgarantie sollen auch Produkte ohne Leistungsga-
2114 rantie angeboten werden.

2115 • Wir verbinden mit diesen Maßnahmen die Erwartung, dass mehr Menschen privat vor-
2116 sorgen. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, werden wir das Produktportfolio um
2117 ein staatlich organisiertes Standardvorsorgeprodukt erweitern und prüfen, ob wir zu ei-
2118 nem stärkeren Maß an Verbindlichkeit kommen müssen.

2119

2120 ***Generationenvertrag weiterdenken***

2121 Wir wollen ein Konzept entwickeln, um in Deutschland eine neue Form der kapitalgedeck-
2122 ten Altersvorsorge zu etablieren.

2123 • Dafür kann eine Generationenrente für eine Altersvorsorge von Geburt an ein guter
2124 Baustein sein. Wir werden prüfen, wie man die Generationenrente mit einem staatli-
2125 chen Monatsbeitrag zur Anlage in einem Pensionsfonds - mit Schutz vor staatlichem
2126 Zugriff – ausgestalten kann. Unser Ziel ist es, mit einem attraktiven Instrumentenmix,
2127 Altersarmut wirksam zu vermeiden.

2128

2129 **4.2. Soziale Sicherheit in allen Lebenslagen**

2130 ***Prinzip des Forderns und Förderns erhalten***

2131 Soziale Sicherheit in Deutschland soll nicht nur Armut verhindern, sondern jedem ein Leben
2132 in Würde ermöglichen. Dazu stehen wir. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird es mit
2133 uns aber nicht geben.

2134 • Wir starten eine Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Grundsiche-
2135 rung für Arbeitsuchende, um zum Beispiel Sprachkompetenzen und Ausbildungsfähig-
2136 keit zu verbessern. Wir werden jedem ein Angebot machen, damit die Betroffenen wie-
2137 der für sich selbst und andere sorgen können. Wir stehen zum Fördern und Fordern. Des-
2138 halb werden wir auch die Sanktionsmechanismen im SGB II beibehalten.

2139 • Damit mehr geringqualifizierte Arbeitslose an einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme
2140 teilnehmen, werden wir die Rahmenbedingungen verbessern.

- 2141 • Die Anrechnung von Einkommen im SGB II wollen wir neu ausgestalten, um damit mehr
2142 Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung zu setzen und einen schrittweisen Ausstieg
2143 aus Hartz IV zu fördern. Ziel muss sein, möglichst viele Menschen aus Hartz IV wieder in
2144 Arbeit zu bringen.
- 2145 • Hinzuverdienstregeln für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum 21. Lebensjahr und
2146 während der Ausbildung zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss in Bedarfsge-
2147 meinschaften werden wir im Rahmen des Jugendschutzes ebenfalls deutlich ausweiten.
- 2148 • Wir werden das SGB-II-Leistungsrecht so vereinfachen, dass sich damit der Verwaltungs-
2149 aufwand und die Zahl der Gerichtsverfahren deutlich reduziert. Die dadurch gewonne-
2150 nen Personalressourcen werden wir für eine stärkere Betreuung der Leistungsempfänger
2151 zur Verfügung stellen.
- 2152 • Insbesondere Personen, die auf ein langes Arbeitsleben zurückschauen können, empfin-
2153 den einen Wohnungswechsel bei Beantragung von Grundsicherungsleistungen als zu-
2154 tiefst ungerecht. Deshalb wollen wir vertraute Wohnsituationen schützen.
- 2155
- 2156 ***Inklusion im Alltag leben***
- 2157 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf eine barrierefreie Gestaltung ihrer Um-
2158 welt, damit sie am alltäglichen Leben in allen Bereichen ganz selbstverständlich teilhaben
2159 und sich einbringen können.
- 2160 • Wir wollen erreichen, dass Menschen mit Einschränkungen, ältere Menschen oder zeit-
2161 weise Erkrankte das tun können, was für alle selbstverständlich ist: den ÖPNV benutzen,
2162 einen Geldautomaten aufsuchen oder die Nachrichtensendung verfolgen. Dafür werden
2163 wir das Behindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln.
- 2164 • Unser Ziel ist ein inklusiver erster Arbeitsmarkt. Das Potenzial von Fachkräften mit Be-
2165 hinderungen bleibt vielfach noch immer ungenutzt. Gemeinsam mit den Schwerbehin-
2166 dertenvertretungen wollen wir das betriebliche Eingliederungsmanagement stärken so-
2167 wie Frühwarnsysteme und effiziente Präventivmaßnahmen ausbauen.
- 2168 • Werkstätten für behinderte Menschen sind wichtig, weil sie dort am Arbeitsleben teil-
2169 nehmen können. Für ein zukunftsfähiges Entgeltsystem werden wir die Berechnung des
2170 Werkstattlohns neu regeln und gleichzeitig die derzeitige Deckelung des Arbeitsförde-
2171 rungsgeldes aufheben. Damit haben die Werkstattbeschäftigten mehr Geld in der Tasche
2172 und die Werkstätten werden finanziell entlastet.
- 2173 • Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch ein Recht auf digitalen Zugang hat, auch
2174 Menschen, die in Einrichtungen leben. Eine barrierefreie Medienvielfalt in Deutschland
2175 spielt für uns eine zentrale Rolle. Menschen mit Behinderungen sollen ihr Recht auf in-
2176 formatorische Selbstbestimmung wahrnehmen können.
- 2177

2178 **4.3. Leistungsfähiges Gesundheitswesen**

2179 Unser Leitbild ist eine medizinische und pflegerische Kultur, die dem ganzen Menschen
2180 dient. In der Corona-Pandemie hat unser Gesundheitssystem gezeigt, welche Stärken es hat
2181 und an welchen Schwächen wir arbeiten müssen. In einem zukunftsfähigen Gesundheits-
2182 wesen setzen wir deshalb auf stärkere vernetzte Zusammenarbeit der einzelnen Akteure
2183 und nutzen das Potenzial der Digitalisierung. Zur Finanzierung der gesetzlichen Kranken-
2184 versicherung setzen wir weiter auf einkommensabhängige paritätische Beiträge, Eigenbe-
2185 teiligung und einen Steueranteil für versicherungsfremde Leistungen (wie beispielsweise in
2186 der Pandemiebekämpfung), der dynamisiert und an die tatsächlichen Kosten der versiche-
2187 rungsfremden Leistungen und deren Entwicklung gekoppelt wird.

2188

2189 ***Gesundheitswesen zukunftsfähig gestalten***

2190 Eine umfassende Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und den Erhalt unseres sehr gu-
2191 ten Gesundheitssystems erreichen wir mit der bewährten Selbstverwaltung, der freien
2192 Arzt- und Therapiewahl sowie mit dem Zusammenspiel von gesetzlichen und privaten Kran-
2193 kenversicherungen. Eine Einheitsversicherung und Schritte dahin lehnen wir ab.

2194 • Wir werden Bürokratie reduzieren, damit Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegepersonal
2195 mehr Zeit für Patientinnen und Patienten haben und Gesundheits- und Pflegeberufe at-
2196 traktiver werden.

2197 • Mit dem Fahrplan für die Einführung einer elektronischen Patientenakte haben wir die
2198 jahrelange Stagnation der Digitalisierung im Gesundheitswesen überwunden. Wir wer-
2199 den an die e-Health-Strategie den Prozess „Digitale Gesundheit 2025“ anschließen und
2200 diesen zu einer ressortübergreifenden eHealth-Roadmap „Digitale Gesundheit 2030“
2201 weiterentwickeln, die konkrete Handlungsempfehlungen für die digitalisierte Gesund-
2202 heitsversorgung der Zukunft bis zum Jahr 2030 vorgibt. Die Patientinnen und Patienten
2203 der Zukunft werden – unter Wahrung des Schutzes ihrer Daten – ihre gesamte Kranken-
2204 geschichte an einem Ort speichern und Ärzte und andere Leistungserbringer darauf zu-
2205 greifen lassen können.

2206 • Digitale Versorgungsketten sollen Informationslücken zwischen Praxis und Krankenhaus
2207 beseitigen. Dabei spielt die Erstattungsfähigkeit digitaler Gesundheitsanwendungen
2208 eine zentrale Rolle.

2209 • Wir wollen weitere 500 Millionen Euro für eine Innovationsoffensive für Robotik und Di-
2210 gitalisierung in der Pflege bereitstellen. Die Digitalisierung, der Einsatz von Smart-
2211 Home-Technologien sowie der Einsatz modernster Roboter sind eine enorme Chance für
2212 eine hohe Lebensqualität im Alter und die Entlastung der Pflegekräfte.

2213

2214 ***Krankenhäuser und ambulante Versorgung stärken***

2215 Deutschlands Krankenhäuser sind in Stadt und Land ein wichtiger Anker der medizinischen
2216 Versorgung. Im Einklang mit Rehabilitationseinrichtungen, niedergelassenen Ärzten und

2217 Pflegeeinrichtungen haben sie bei der Bewältigung der Pandemie den Menschen in unse-
2218 rem Land einen großen Dienst erwiesen. Die Krankenhäuser sind zusammen mit der leis-
2219 tungsfähigen ambulanten Versorgung das Rückgrat unseres Gesundheitswesens.

2220 • Wir wollen, dass die Ziele einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Grund- und Re-
2221 gelversorgung in der Krankenhausplanung und insbesondere in der Krankenhausfinan-
2222 zierung wesentlich stärker berücksichtigt werden, gerade mit Blick auf den ländlichen
2223 Raum.

2224 • Gleichzeitig wollen wir im Interesse der Patientensicherheit für komplexe Behandlungen
2225 eine stärkere Bündelung entsprechender klinischer Angebote.

2226 • Die mit dem Krankenhauszukunftsgesetz in der Pandemie begonnene Offensive des
2227 Bundes für mehr digitale Investitionen in den Krankenhäusern wollen wir weiterführen
2228 und verstärken. Mit dem virtuellen Krankenhaus wollen wir medizinisches Spezialwissen
2229 überall im Land gleichermaßen verfügbar machen. Televisiten und digitale fachliche Be-
2230 ratungen zwischen mehreren Ärzten eröffnen neue Perspektiven zur besseren Patien-
2231 tenversorgung vor Ort und können Erkrankten eine Verlegung ersparen.

2232 • Wir sorgen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen digitalen, wohnortnahen und
2233 möglichst barrierefreien Weg, zum Beispiel zur Haus-, Fach-, Zahnarzt- und Notfallver-
2234 sorgung, zu Apotheken, Hebammen, Physiotherapeuten, Gesundheitshandwerken und
2235 Sanitätshäusern haben. Wir setzen uns verstärkt für den flächendeckenden Ausbau des
2236 psychotherapeutischen Behandlungsangebots für Kinder und Jugendliche ein.

2237 • Die Kompetenzen der Heil- und Hilfsmittelerbringer werden wir stärker nutzen.

2238

2239 ***Ausbildung im Gesundheitswesen verbessern***

2240 Wer die Versorgung von morgen sichern will, muss heute genügend ausbilden.

2241 • In den Gesundheitsberufen und in der Pflege werden wir die Aus- und Weiterbildung
2242 stärken und die Reform der Berufsgesetze vollenden.

2243 • Die auf den Weg gebrachte Abschaffung des Schulgeldes in den Gesundheitsberufen und
2244 die Einführung einer allgemeinen Ausbildungsvergütung wollen wir zügig umsetzen.

2245

2246 ***Selbstbestimmung und Patientensouveränität stärken***

2247 Patientensouveränität ist die Grundlage für eine gute Gesundheitsversorgung. Deshalb
2248 wollen wir sie stärken. Auch im hohen Alter oder bei schwerer Krankheit muss der Mensch
2249 im Mittelpunkt stehen.

2250 • Wir wollen eine lebensbejahende Beratung für Menschen, die unheilbar und mit be-
2251 grenzter Lebenserwartung erkrankt sind. Statt Sterbehilfe zu kommerzialisieren, werden
2252 wir dafür sorgen, dass wir den Zugang zur Hospiz- oder Palliativversorgung garantieren.

2253

2254 **Öffentlichen Gesundheitsdienst modernisieren**

2255 Die Pandemie hat die herausragende Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes
2256 (ÖGD) für einen wirksamen Schutz der Gesundheit der Bevölkerung deutlich werden las-
2257 sen. Die Corona-Krise hat aber auch allen vor Augen geführt, dass eine nachhaltige Verstär-
2258 kung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes als eine unverzichtbare Säule des Gesundheits-
2259 wesens dringend geboten ist.

2260 • Bund und Länder haben einen „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ geschlos-
2261 sen, um den ÖGD in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen
2262 zu stärken und zu modernisieren. Der Bund stellt für die Umsetzung des Paktes insge-
2263 samt Mittel in Höhe von vier Milliarden Euro bis 2026 zur Verfügung, um den Personal-
2264 aufbau und die Digitalisierung in den unteren Gesundheitsbehörden zu unterstützen.
2265 Diesen Weg wollen wir weitergehen. Dazu werden wir rechtzeitig die notwendigen Mit-
2266 tel bereitstellen.

2267 • Wir werden das Robert-Koch-Institut stärken und zum deutschen Public-Health-Institut
2268 ausbauen. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit muss es in Zukunft noch viel stärker
2269 bei der Bekämpfung von epidemischen Gesundheitsgefahren tätig sein und sich noch
2270 stärker mit den Gesundheitsbehörden der Länder und Kommunen, aber auch internatio-
2271 nal vernetzen. Dafür braucht es die notwendigen personellen und finanziellen Ressour-
2272 cen.

2273 • Für besonders versorgungskritische Wirkstoffe werden wir Maßnahmen wie eine staat-
2274 liche Lagerhaltung oder Notfallkapazitäten schaffen, um eine Produktion auf Abruf zu
2275 ermöglichen.

2276

2277 **Keine Drogen legalisieren, Suchtprävention stärken**

2278 Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Folgen
2279 für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie, Umfeld und Gesellschaft. Wer legali-
2280 siert, der stellt gerade nicht Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Dro-
2281 genpolitik, entzieht sich seiner Verantwortung und lässt Betroffene sowie ihre Angehörigen
2282 mit den Problemen allein. Das ist nicht unser Weg.

2283 • Was wir brauchen, sind Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen, die
2284 der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und
2285 Therapieangeboten veranlassen.

2286 • Bei legalen Suchtmitteln setzen wir auf verantwortungsvollen Umgang. Dafür braucht es
2287 mehr Aufklärung, bessere Hilfsangebote und einen starken Jugendschutz, um den Ge-
2288 fahren des Rauchens und des Alkoholmissbrauchs wirkungsvoll zu begegnen.

2289

2290 **Deutschland wieder zur Apotheke der Welt machen**

2291 Deutschland galt einst als „Apotheke der Welt“. An diese Erfolgsgeschichte wollen wir mit
2292 modernen Clustern anknüpfen.

- 2293 • Wir werden die Gesundheits- und Pflegewirtschaft als herausragenden Wirtschaftsfaktor in Deutschland weiter stärken und dabei sicherstellen, dass gut bezahlte und zukunfts-sichere Arbeitsplätze geschaffen werden sowie Wertschöpfung in neuen Technologien entsteht.
- 2294
- 2295
- 2296
- 2297 • Wir wollen eine Souveränitätsoffensive bei der Medikamentenproduktion. Wir wollen einen freien Handel ohne einseitige Abhängigkeiten – insbesondere bei der Produktion von Arzneimitteln und medizinischer Ausstattung. Unser Ziel ist es, Deutschlands und Europas Unabhängigkeit zu stärken und die Wertschöpfungsketten souveränitätskritischer medizinischer Produkte in die EU zurückzuholen. Dafür wollen wir mit unseren Pharma-Unternehmen dafür sorgen, dass kritische Schutzkleidung, medizinische Geräte sowie alle wichtigen Medikamente in mindestens einer Variante in Europa produziert werden.
- 2298
- 2299
- 2300
- 2301
- 2302
- 2303
- 2304
- 2305 • Wir fördern neue Antiinfektiva und Impfstoffe durch geeignete Anreize von Forschung bis Erstattung.
- 2306
- 2307 • Die schnelle Verfügbarkeit neuer Therapieoptionen und Arzneimittel für schwerkranke Patienten in Deutschland soll erhalten und durch die richtigen Anreize im Vergütungssystem gestärkt werden.
- 2308
- 2309
- 2310 • Bei den „Benannten Stellen“, die für die Überprüfung neuer Medizinprodukte in der Europäischen Union zuständig sind, werden wir darauf hinwirken, dass der Ausbau beschleunigt wird und dadurch innovative Medizinprodukte schnellstmöglich bei den Patienten ankommen.
- 2311
- 2312
- 2313
- 2314 • Wir werden prüfen, welche Maßnahmen in Betracht kommen, damit in Krisenfällen versorgungsrelevante Arzneimittel in ausreichender Menge in der EU zur Verfügung stehen, zum Beispiel durch eine entsprechende Änderung des europäischen Vergaberechts.
- 2315
- 2316
- 2317 • Wir werden prüfen, ob das deutsche Vergaberecht dahingehend geändert werden kann, dass Arzneimittelhersteller verpflichtet werden können, bei der Herstellung insbesondere von versorgungsrelevanten Arzneimitteln in der EU hergestellte Wirkstoffe zu verwenden.
- 2318
- 2319
- 2320
- 2321

2322 ***Für mehr Lebensqualität forschen***

- 2323 Von den Ergebnissen der Gesundheitsforschung profitieren Menschen in unserem Land und weltweit unmittelbar und direkt.
- 2324
- 2325 • Um Innovationen für Patientinnen und Patienten entwickeln zu können, müssen forschende Pharmaunternehmen die Möglichkeit haben, pseudonymisierte Versorgungsdaten zu erhalten.
- 2326
- 2327
- 2328 • Schnellere Genehmigungsverfahren stärken den Pharma- und Forschungsstandort Deutschland. In der Pandemie hat sich gezeigt, wie zügig die Prüfung und Genehmigung klinischer Studien seitens der Zulassungsbehörden für Arzneimittel und Impfstoffe in
- 2329
- 2330

2331 Deutschland ohne Abstriche an der Qualität gelingen kann, wenn die Ressourcen gebün-
2332 delt werden. Diese zügige Bearbeitung entsprechender Anträge wollen wir auch für die
2333 Zeit nach der Pandemie erhalten und werden daher das Paul-Ehrlich-Institut und das
2334 Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte finanziell und personell verstär-
2335 ken.

2336 • Wir werden das Tempo für die Entwicklung neuer Medikamente erhöhen, indem wir ein-
2337 heitliche Vorgaben schaffen – etwa beim Datenschutz, bei länderübergreifenden Stu-
2338 dien oder der Einführung verbindlicher Musterverträge für klinische Prüfungen. Investo-
2339 ren und Forscher können sich darauf verlassen, dass in Deutschland auch weiterhin der
2340 Patentschutz gilt.

2341 • Wir werden die wissenschaftliche Erforschung jener Krankheiten gezielt unterstützen
2342 (beispielsweise Demenz-Erkrankungen oder HIV), die gegenwärtig als unheilbar gelten.

2343 • Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie. Wir setzen uns für ein Werte-
2344 system ein, das Chancen von KI für die Gesundheitsversorgung nutzt und zugleich Risi-
2345 ken minimiert. Wir wollen zudem, dass Wertschöpfung von KI in Deutschland entsteht
2346 und somit auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

2347

2348 **4.4. Gute Pflege für mehr Sicherheit und Halt**

2349 Für uns hat die Menschenwürde eine besondere Bedeutung, wenn die geistigen und kör-
2350 perlichen Kräfte im Alter nachlassen und der Mensch in vielfältiger Hinsicht auf die Unter-
2351 stützung seiner Mitmenschen angewiesen ist. Angesichts steigender Zahlen alter und pfle-
2352 gebedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft bedarf es eines solidarischen Miteinan-
2353 ders. Deshalb haben wir beispielsweise die Bezahlung von Pflegekräften verbessert. Prä-
2354 vention und Rehabilitation werden wir stärker in den Mittelpunkt unserer Maßnahmen stel-
2355 len, um den Eintritt von Pflegebedürftigkeit möglichst lange zu verhindern.

2356

2357 ***Versorgung stärken***

2358 Wir wollen die Rahmenbedingungen in der Pflege weiter verbessern, indem wir diese als
2359 gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen.

2360 • Wir werden sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für das Pflegefachpersonal und
2361 pflegende Angehörige bessere Möglichkeiten für gut organisierte, leistungsfähige, bere-
2362 chenbare, zuverlässige und bedarfsgerechte Angebotsstrukturen schaffen.

2363 • Wir wollen die Trägervielfalt in der Pflege als Ausdruck einer pluralen Gesellschaft stär-
2364 ken. Auch hier erhoffen wir uns vom Wettbewerb bessere Angebote.

2365 • Wir wollen die Pflegebereiche als Berufsgruppe an der Selbstverwaltung im Gesund-
2366 heitsrecht beteiligen, indem wir uns für die Einrichtung einer Bundespflegekammer ein-
2367 setzen.

- 2368 • Auch in der Pflege gilt es, die vielfältigen Chancen der Digitalisierung zum Wohle pfle-
2369 gebedürftiger Menschen zu nutzen. So kann Digitalisierung in der Pflege durch die Wei-
2370 terentwicklung technischer Assistenz- und Warnsysteme älteren Menschen mehr Sicher-
2371 heit und Eigenständigkeit geben. Pflegekräfte sollen durch den digitalen Fortschritt
2372 spürbar entlastet werden, indem beispielsweise digitale Infrastrukturen ausgebaut und
2373 Pflegedokumentationen erleichtert werden.

2374

2375 ***Pflegeversicherung weiterentwickeln***

2376 Die von der Union eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt und wird auch in Zu-
2377 kunft von uns stetig weiterentwickelt, um einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des
2378 Pflegerisikos und eine hohe Betreuungs- und Pflegequalität zu gewährleisten.

- 2379 • Betriebliche Pflegezusatzversicherungen sorgen dafür, dass Menschen das Pflegerisiko
2380 im Alter zusätzlich wirksam absichern können. Wir werden prüfen, wie wir das Instru-
2381 ment der betrieblichen Pflegezusatzversicherung stärken und staatlich fördern können,
2382 damit möglichst viele Menschen davon profitieren können.

- 2383 • Um mit Blick auf den demografischen Wandel künftig unverhältnismäßig steigenden
2384 Beiträgen in der Pflegeversicherung entgegenzuwirken, wollen wir den Pflegevorsorge-
2385 fonds bis 2050 verlängern.

2386

2387 ***Ambulante und stationäre Pflege verbessern***

2388 Wir sind der festen Überzeugung, dass es nicht zu den Aufgaben eines Staates gehört, den
2389 einen geeigneten Ort für Pflege zu definieren. Vielmehr liegt die Entscheidung über den
2390 Wohn- und Pflegeort bei der pflegebedürftigen Person selbst. Der Pflegebedürftige soll ei-
2391 genständig und selbstbestimmt oder gemeinsam mit Familienangehörigen entscheiden,
2392 wie und wo er wohnt. Wir wollen dieses Selbstbestimmungsrecht stärken und die Unter-
2393 stützungsleistungen durch die Pflegeversicherung dorthin leiten, wo der Pflegebedürftige
2394 lebt.

- 2395 • Wir setzen uns für eine Dynamisierung des Pflegegeldes ein und befürworten die Einfüh-
2396 rung einer Regeldynamisierung für alle Leistungen auf Grundlage der Lohnentwicklung.

- 2397 • Wir stehen neuen Wohn- und Betreuungsformen aufgeschlossen gegenüber und werden
2398 deren Einführung unterstützen. Wir sehen Mehrgenerationenhäuser als wichtige Anlauf-
2399 stellen eines generationenübergreifenden Zusammenlebens. Denn diese bieten Unter-
2400 stützung bei der Vermittlung von haushaltsnahen Dienstleistungen und im Bereich der
2401 familiären Pflege.

- 2402 • Familiäre Pflege muss eine noch gezieltere und flexiblere Unterstützung erfahren. Des-
2403 halb setzen wir uns dafür ein, die bisherigen Leistungen für Angebote der Kurzzeit- und
2404 Verhinderungspflege sowie Betreuungsleistungen zu einem Budget zusammenzufassen.

2405 • Stationäre Pflegeeinrichtungen sollen die Möglichkeit haben, passgenaue Unterstüt-
2406 zungsleistungen für pflegebedürftige Menschen in ihrem Umfeld zu erbringen, die nicht
2407 Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Einrichtung sind.

2408 • Pflege findet in den Quartieren der betroffenen Menschen statt. Deshalb werden wir die
2409 Länder und Kommunen darin unterstützen, quartiersbezogene und sektorenübergrei-
2410 fende Versorgungskonzepte umzusetzen.

2411

2412 ***Pflegekräfte qualitativ ausbilden***

2413 Eine hohe Pflegequalität ist für die Betroffenen von zentraler Bedeutung. Dafür brauchen
2414 wir gut ausgebildete Pflegekräfte.

2415 • Zusammen mit den Ländern wollen wir eine bundesweite Harmonisierung der Assistenz-
2416 ausbildung in der Pflege erreichen.

2417 • Es ist wichtig, attraktive Arbeitsbedingungen für alle in der Pflege Beschäftigten zu
2418 schaffen, die insbesondere auch eine verlässliche Gestaltung der Dienstpläne umfassen.

2419 • Wir wollen die Willkommenskultur für ausländische Pflegefachkräfte stärken und setzen
2420 uns für eine generelle Schulgeldfreiheit für Gesundheits- und Pflegeberufe ein, um dem
2421 wachsenden Bedarf an Pflege- und Gesundheitsleistungen gerecht zu werden.

2422 • Wir wollen die Ausbildung in der Pflege weiter stärken, indem wir eine bundesweite Ver-
2423 gütung der Auszubildenden in der Pflegefachassistentenausbildung einführen.

2424

2425 **4.5. Deutschlands Verantwortung für globale Gesundheit**

2426 Die Pandemie zeigt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit bei Fragen der Gesund-
2427 heit und der Gesundheitssicherheit ist. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) leistet ei-
2428 nen wichtigen Beitrag zur weltweiten Bekämpfung der Pandemie. Gleichzeitig hat sich ge-
2429 zeigt, dass die WHO ihr zentrales Mandat in der globalen Gesundheit aufgrund mangelnder
2430 Ressourcen aktuell nur unzureichend erfüllen kann.

2431 • Daher wollen wir sie nachhaltig stärken, finanziell, technisch und politisch. Deutschland
2432 ist im Verlauf der Corona-Krise bereits zum größten staatlichen Geldgeber der WHO
2433 avanciert und tritt vernehmbar für eine schlagkräftige WHO ein, zu der auch alle Mit-
2434 gliedstaaten ihren Beitrag leisten.

2435 • Verschiedene Reformprozesse sind bereits angestoßen. Deutschland wird die Initiative
2436 zu einem internationalen Pandemievertrag zur Stärkung der globalen Gesundheitssi-
2437 cherheit weiter aktiv unterstützen.

2438 • Deutschland ist auf dem Weg, ein international anerkannter Standort für Global Health
2439 zu werden, immer mehr Institutionen siedeln sich bei uns an. Diese Entwicklung wollen
2440 wir weiter befördern.

2441

5. Neue Generationengerechtigkeit bei Finanzen und Steuern – aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel

Unser Unions-Versprechen: Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen, die jeden Tag hart arbeiten und viel leisten, entlastet werden. Leistung muss sich lohnen. Wir werden auch Freiräume für unsere Unternehmen schaffen und dazu beitragen, dass sie wettbewerbsfähig bleiben. Gleichzeitig wollen wir so schnell wie möglich ohne neue Schulden auskommen. Das ist praktizierte Generationengerechtigkeit.

Wir stehen dabei vor der Herausforderung, dass die finanziellen Spielräume durch die Corona-Pandemie auf allen Ebenen begrenzt sind. Diese Spielräume durch höhere Steuern oder neue Schulden wieder zu vergrößern, würde den dringend benötigten wirtschaftlichen Aufschwung und damit Arbeitsplätze gefährden und wäre ungerecht gegenüber kommenden Generationen. Nur ein finanziell solider Staat ist handlungsfähig und kann die Zukunft gestalten.

Wir brauchen ein neues, modernes Verständnis vom Staat. Er muss sich stärker zurückziehen und nicht alles bis ins Detail regeln wollen. Freiheit und Eigenverantwortung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Zudem gilt, dass mehr Geld vom Staat nicht alle Probleme löst. Denn oft fehlt es eben nicht daran. Beim Digitalpakt oder Ausbau der Infrastruktur wurden Gelder nicht abgerufen. Andere Programme gehen an Bedürfnissen und Problemen vorbei. Deshalb werden wir noch stärker bestehende und künftige Ausgaben auf ihre Effizienz hin überprüfen und, wenn nötig, streichen.

5.1. Mit soliden Finanzen sicher in die Zukunft

Corona hat uns gezeigt, wo wir die richtigen Grundlagen geschaffen haben, um auch in Krisenzeiten umfassend handlungsfähig zu bleiben. Unsere klare solide Finanzpolitik hat uns einen Spielraum ermöglicht, den andere Staaten so nicht hatten. Dadurch konnten wir in der Corona-Krise schlagkräftig handeln und Beschäftigte wie Unternehmen zielgenau unterstützen, als dies notwendig war. Dieses stabile Fundament werden wir erneuern und weiterentwickeln.

Solide Finanzen sind nicht nur wichtig für die Stabilisierung privater Investitionen und ein gutes Wirtschaftswachstum in Deutschland. Es ist auch ein Gebot der Generationengerechtigkeit: Eine solide Finanz- und Haushaltspolitik muss stets die kommenden Generationen im Blick behalten. Es ist unser Ziel, die Handlungsspielräume für unsere Kinder und Enkel zu vergrößern, anstatt ihnen Schulden und damit Belastungen aufzubürden.

- Wir bekennen uns zur grundgesetzlichen Schuldenbremse. Sie hat in der Krise ihre Funktionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen. Grundgesetzänderungen zur Aufweichung der Schuldenbremse lehnen wir ab.
- Wir wollen so schnell wie möglich wieder ausgeglichene Haushalte ohne neue Schulden erreichen und die gesamtstaatliche Schuldenquote auf unter 60 Prozent reduzieren.
- Wir werden mit Ende der Corona-Pandemie einen Kassensturz für die öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherungen vollziehen. Das mündet in einen Fahrplan

2482 für Investitionen in Wachstum, gezielte Entlastungen und ausgeglichene Haushalte. Un-
2483 sere Überzeugung ist: Nachhaltiges Wachstum schafft neue Spielräume.

2484 • Wir werden den Bundeshaushalt zukunftsfest aufstellen und das Haushaltswesen auch
2485 auf Bundesebene nachhaltig modernisieren. Unser Ziel ist eine langfristig und generati-
2486 onengerecht angelegte Haushaltsführung im Bund. Dazu kann eine doppische Haus-
2487 haltsführung beitragen.

2488 • Immer wieder werden Fördermittel des Bundes nicht abgerufen oder verfehlen ihre Wir-
2489 kung. Wir werden deshalb Ausgaben regelmäßig auf ihre Wirksamkeit und Notwendig-
2490 keit prüfen und entbehrliche Ausgaben streichen. So kann das vorhandene Geld für wich-
2491 tigere Zukunftsaufgaben eingesetzt und mit jedem Euro mehr erreicht werden.

2492

2493 **5.2. Faire, leistungsgerechte und wettbewerbsfähige Steuern**

2494 Wir wollen die Wirtschaft nach der Pandemie wieder in Schwung bringen. Auf diesem Weg
2495 wäre es falsch, Steuern zu erhöhen. Wir stehen weiter für eine verantwortungsvolle und
2496 solide Finanzpolitik. Wir versprechen nichts, was wir nicht einhalten können. Wir stellen die
2497 Weichen konsequent auf Wachstum, damit sich neue Spielräume ergeben.

2498 • Deutschland droht mit einer der höchsten Unternehmensbelastung der Welt zurückzu-
2499 fallen. Weltspitze bei der Steuerbelastung und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit
2500 – das passt auf Dauer nicht zusammen. Im Rahmen unseres umfangreichen Entfesse-
2501 lungspakets werden wir mit einer Unternehmenssteuerreform die Besteuerung moder-
2502 nisieren und wettbewerbsfähig machen.

2503

2504 ***Leistung muss sich lohnen***

2505 Wer sich anstrengt, wer etwas wagt, soll auch dafür belohnt werden. Das ist praktizierte
2506 Leistungsgerechtigkeit. Wir wollen deshalb Spielräume, soweit sie sich eröffnen, nutzen,
2507 um die Menschen zu entlasten, die jeden Tag Leistung erbringen, damit sie mehr Netto vom
2508 Brutto haben. Dabei nehmen wir alle hart arbeitenden Menschen in den Blick. Egal ob Ver-
2509 käuferin, Ärztin, IT-Spezialist oder Handwerker – wir wollen, dass alle sich vom verdienten
2510 Geld mehr leisten können.

2511 • Wir werden den Solidaritätszuschlag für alle schrittweise abschaffen und gleichzeitig
2512 kleine und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten.

2513 • Wir werden auch künftig die Wirkungen der sogenannten kalten Progression ausglei-
2514 chen, indem wir den Einkommensteuertarif regelmäßig an die allgemeine Preisentwick-
2515 lung anpassen.

2516

2517 ***Familien mit Kindern finanziell entlasten***

2518 Wir wollen gezielt Familien finanziell stärken. Sie sind die Leistungsträger unserer Gesell-
2519 schaft.

2520 • Wir halten am Ehegattensplitting fest und wollen unabhängig davon zusätzlich Ansätze
2521 entwickeln, um Kinder positiv zu berücksichtigen. Wir haben die finanzielle Situation von
2522 Familien spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum
2523 1. Januar 2021 deutlich erhöht haben. Perspektivisch streben wir den vollen Grundfrei-
2524 betrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting.

2525 • Wir haben auch den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 4.008 Euro
2526 verdoppelt. Wir wollen ihn perspektivisch auf 5.000 Euro weiter erhöhen.

2527 • Wir werden die steuerliche Berücksichtigung haushaltsnaher Dienstleistungen verbes-
2528 sern. Sie entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für Familie und Beruf. So
2529 verringern wir auch Schwarzarbeit und tragen zur sozialen Absicherung der häufig weib-
2530 lichen Beschäftigten bei.

2531

2532 ***Steuererklärung vereinfachen***

2533 Wir setzen uns für ein einfaches und verständliches Steuerrecht ein. Die Kommunikation
2534 zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Finanzamt muss schneller und einfacher
2535 werden.

2536 • Wir werden dafür sorgen, dass die Steuererklärung, alle Anträge und der Schriftwechsel
2537 online erfolgen können. Ein digitaler Steuerbescheid muss künftig die Regel sein.

2538 • Die Steuererklärung muss in einfachen Fällen auch mit einer App erledigt und abgegeben
2539 werden können.

2540 • Steuerrechtliche Regelungen sollten grundsätzlich digital umsetzbar sein.

2541 • Wir werden die Steuererklärung für alle vereinfachen, vor allem für ältere Menschen, die
2542 Renten und Pensionen beziehen. Dafür wollen wir die vorausgefüllte Steuererklärung
2543 verbessern. Hierzu soll bereits ab Frühjahr 2022 für den Veranlagungszeitraum 2021 eine
2544 einfache Anwendung zur Verfügung stehen.

2545

2546 ***Steuern weltweit fair gestalten***

2547 Wir stehen für Steuergerechtigkeit. Auch in Zukunft sollen alle angemessen zur Finanzie-
2548 rung öffentlicher Leistungen beitragen. Niemand darf sich seiner Verantwortung für die
2549 Gesellschaft entziehen und sich ärmer rechnen, als er ist. Das gilt insbesondere für multi-
2550 nationale Konzerne.

2551 • Wir werden weiter Steuerschlupflöcher schließen, Steuerhinterziehung sowie schädliche
2552 Formen des Steuerwettbewerbs wirksam unterbinden und aggressive Steuergestaltun-
2553 gen bekämpfen.

2554 • Wir werden dabei nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns mit unseren internationalen
2555 Partnern abstimmen. Die OECD hat sich mit ihrem Aktionsplan gegen Gewinnkürzungen
2556 und Gewinnverlagerungen grenzüberschreitend agierender Konzerne (BEPS) als inter-

2557 nationaler Standardsetzer bewährt. Wir setzen weiter auf diese Institutionen, um insbe-
2558 sondere einen international breit abgestimmten Konsens zur fairen Besteuerung global
2559 tätiger Konzerne herbeizuführen.

2560 • Wir setzen uns auf OECD-Ebene ebenfalls für eine faire Besteuerung der digitalen Wirt-
2561 schaft ein. Große digitale Konzerne sollen ihre Steuern auch dort zahlen, wo sie ihre Um-
2562 sätze erzielen.

2563 • Wir brauchen eine gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, damit Un-
2564 ternehmen in Europa möglichst nach gleichen Regeln besteuert werden. Dabei müssen
2565 die Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft und -besteuerung ange-
2566 messen berücksichtigt werden, um Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen zu
2567 vermeiden. Dies schließt auch ein abgestimmtes Steuerverfahrensrecht mit ein.

2568 • Wir werden den Umsatzsteuerbetrug weiter eindämmen und Steuerschlupflöcher schlie-
2569 ßen.

2570 • Wir setzen uns für eine europäische Finanztransaktionsteuer mit breiter Bemessungs-
2571 grundlage ein. Sie darf jedoch Kleinanleger und die private Altersvorsorge nicht belas-
2572 ten.

2573

2574 **5.3. Vermögensbildung für jeden**

2575 Teilhabe geht vor Umverteilung. Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land Erfolg ha-
2576 ben und sich Wohlstand aufbauen können. „Wohlstand für alle“ im 21. Jahrhundert heißt für
2577 uns: Vermögensaufbau für alle Menschen attraktiv gestalten – unabhängig von Beschäfti-
2578 gungsverhältnis und Einkommen.

2579

2580 ***Beteiligung am Unternehmenserfolg verbessern***

2581 Die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am eigenen Unternehmen ist
2582 ein originär christlich-soziales Anliegen. Sie entspricht der Idee der Subsidiarität, stärkt die
2583 Bindung zwischen Beschäftigten und Unternehmen und fördert die Sozialpartnerschaft.

2584 • Unser Ziel ist es, die Mitarbeiterkapitalbeteiligung weiter zu verbessern.

2585 • Für beteiligte Beschäftigte und Unternehmen muss ein klarer rechtlicher Rahmen mittels
2586 Betriebsvereinbarungen geschaffen werden.

2587 • Wir setzen uns für eine Harmonisierung der Regeln für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung
2588 in der EU ein.

2589

2590 ***Vermögensbildung stärken und vermögenswirksame Leistungen ausweiten***

2591 Gerade in Zeiten niedriger Zinsen sind unterschiedliche Anlageformen gefragt, um attrak-
2592 tive Renditen zu erzielen und Vermögen für das Alter aufzubauen. Wir fördern verschiedene
2593 Formen:

2594 • Wir werden den Sparer-Pauschbetrag und die Arbeitnehmersparzulage erhöhen.

2595 • Wir werden die vermögenswirksamen Leistungen stärken und den Höchstbetrag, den
2596 Arbeitnehmer von ihrem Arbeitgeber erhalten können, erhöhen.

2597 • Gewinne aus vermögenswirksamen Leistungen sollten nach der Mindesthaltefrist steu-
2598 erfrei sein.

2599

2600 ***Keine Vermögensteuer***

2601 Wir lehnen zusätzliche Lasten wie eine Wiedereinführung der Vermögensteuer ab. Eine Ver-
2602 mögensteuer würde uns alle treffen: Sie würde sowohl Hauseigentümer als auch Mieter be-
2603 lasten und somit das Wohnen für alle verteuern. Sie würde Betriebsvermögen belasten und
2604 somit Arbeitsplätze für alle gefährden. Die Vermögensteuer ist eine Wohlstandsbremse.

2605

2606 **5.4. Finanzplatz Deutschland stärken**

2607 Nur als starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv
2608 die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten.

2609 • Innerhalb einer starken Banken- und Kapitalmarktunion wollen wir Deutschland zum
2610 führenden Finanzstandort, insbesondere für nachhaltige Produkte, ausbauen.

2611 • Wir werden vor allem Bürokratie für Finanzmarktteilnehmer abbauen, Regeln moderni-
2612 sieren und die Rahmenbedingungen für Börsengänge verbessern.

2613 • Als starker Finanzplatz soll Deutschland für die Ansiedlung von EU-Institutionen attrak-
2614 tiver werden.

2615 • Wir streben einen eigenen Börsenplatz nach dem Vorbild der NASDAQ an. Schnell wach-
2616 sende Technologieunternehmen sollen sich an einer deutschen oder europäischen Börse
2617 finanzieren können, damit sie für diesen Wachstumsschritt nicht mehr in die USA ab-
2618 wandern müssen.

2619

2620 ***Verbraucher und Anleger schützen***

2621 Auch auf dem Finanzmarkt setzen wir auf einen fairen Wettbewerb, Schutz der Verbrau-
2622 cherinteressen, finanzielle Bildung, Transparenz bei Finanzprodukten sowie eine starke
2623 Aufsicht.

2624 • Damit alle die Chancen verschiedener Anlageformen nutzen können, brauchen wir einen
2625 starken Verbraucher- und Anlegerschutz.

2626 • Wir wollen, dass alle von neuen, digitalen Zahlungsmöglichkeiten und Finanzdienstleis-
2627 tungen profitieren. Dies gelingt, wenn die Kundendaten sicher sind, mit ihnen gesetz-
2628 konform und vertraulich umgegangen wird und durch angemessene Entgelte.

2629

6. Neues Aufstiegsversprechen – für Deutschland als Chancen- und Familienland

Unser Unionsversprechen: Wir werden es unseren Familien leichter machen. Wir werden sie finanziell entlasten und ihnen geben, was für alle wichtig ist: Zeit füreinander, Sicherheit, mehr finanzielle Spielräume, gute Schulen und Kitas.

Gleichzeitig versprechen wir, dass wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern und die Chancengleichheit von Frauen und Männern fördern. Jede und jeder soll sich durch Anstrengung, Leistung und Fleiß etwas aufbauen und nach dem eigenen Glück streben können. Dieses Aufstiegsversprechen muss für alle unabhängig von der Herkunft und sozialen Verhältnissen gelten. Wir wollen Aufstieg durch Bildung für alle möglich machen und bekennen uns dabei zum bewährten Bildungs föderalismus.

Corona hat aber auch Schwächen offengelegt. Das beginnt damit, dass wir in Sachen digitaler Bildung dringend anpacken und unsere Schulen modernisieren. Und es geht insgesamt um eine Politik, die Familien konsequent in den Mittelpunkt stellt. Der Schutz der Familie unter sich wandelnden Bedingungen ist eine Grundkonstante einer vom christlichen Menschenbild geleiteten Politik. In unserem Modernisierungsjahrzehnt müssen wir die nach wie vor bestehende Benachteiligung von Frauen angehen und ihnen gleiche Chancen wie Männern ermöglichen.

Die Corona-Pandemie hat vor allem jungen Familien enorm viel abverlangt. Über Monate konnten Kinder und Jugendliche kaum und nur im Wechselunterricht die Schule besuchen. Sie waren getrennt von ihren Freunden, sie verpassten so vieles, das zum Erwachsenwerden dazugehört. Eltern mussten gleichzeitig Kinder betreuen, beim digitalen Lernen unterstützen und ihre Arbeit von zu Hause erledigen.

Familienfreundlichkeit ist Markenzeichen einer jeden unionsgeführten Bundesregierung.

6.1. Mehr Zeit, Raum und Unterstützung für Familien

Familien benötigen Zeit füreinander, Raum für ihre Entfaltung und finanzielle Unterstützung zu ihrer Absicherung. Wir stehen für Familienfreundlichkeit und wollen, dass sich möglichst viele Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden.

- Unser Ziel ist es, das Elterngeld weiter zu stärken und gerade Väter zu ermutigen, stärker als bisher das Elterngeld zu nutzen. Wir wollen die Partnermonate beim Elterngeld um weitere zwei auf insgesamt 16 Monate ausweiten, wenn sowohl Vater als auch Mutter Elternzeit nehmen.

Familien mehr Zeit geben

Wir wollen eine familiengerechte Arbeitswelt und keine arbeitsmarktgerechten Familien. Uns ist wichtig, dass Eltern in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit reduzieren und in anderen Zeiten mit ganzer Kraft ihrem Beruf nachgehen können. Dies gilt insbesondere in der „Rushhour des Lebens“, in der zumeist Berufsleben und Familiengründung

2669 zusammenfallen. Wir werden Wahlfreiheit durch mehr Zeitsouveränität über das ganze
2670 Berufsleben ermöglichen.

2671 • Wir wollen das bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler gestalten und
2672 als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen.
2673 Dieses Konzept hat sich bereits bewährt, weshalb wir seine Verbreitung weiter fördern
2674 wollen.

2675 • Eltern sollen angesparte Zeiten einsetzen können, um in der Familienphase ohne
2676 finanzielle Nachteile weniger zu arbeiten. Auch staatliche Fördermittel sollen auf
2677 Familienzeitkonten gebucht werden können.

2678

2679 ***Familienleistungen einfach bündeln***

2680 Familien sollen ihre kostbare und oft knappe Zeit miteinander verbringen – und nicht mit
2681 unnötiger Bürokratie.

2682 • Wir wollen Familienleistungen maximal vereinfachen. Sie sollen automatisiert, digital
2683 und aus einer Hand Familien zur Verfügung stehen. Geburtsurkunde, Kindergeld,
2684 Elterngeld und Kinderzuschlag sowie das Bildungs- und Teilhabepaket sollen digital
2685 beantragt werden können.

2686 • Wir wollen es so unbürokratisch und einfach wie möglich machen, Familienleistungen zu
2687 bekommen. Leistungen müssen, wo immer möglich, automatisiert erfolgen.

2688 • Haushaltsnahe Dienstleistungen entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für
2689 Familie und Beruf. Deshalb werden wir die Absetzbarkeit von haushaltsnahen
2690 Dienstleistungen verbessern.

2691

2692 ***Durch flexibleres und mobiles Arbeiten mehr Freiräume schaffen***

2693 Gerade Beschäftigte mit Kindern wollen ihre Arbeitszeiten zunehmend flexibler gestalten
2694 oder von zu Hause arbeiten. Dies ist auch im Interesse der Arbeitgeber. Wir wollen die Fle-
2695 xibilitätsspielräume zugunsten beider Seiten ausweiten und dabei den Arbeits- und Ge-
2696 sundheitsschutz weiter stärken.

2697 • Wir wollen auch künftig möglichst vielen Beschäftigten die mobile Arbeit ermöglichen
2698 und setzen auf sozialpartnerschaftliche Regelungen der Tarifvertrags- und Betriebspar-
2699 teien, die mobiles Arbeiten ermöglichen und den Arbeitsschutz gewährleisten.

2700 • Darüber hinaus wollen wir auf nationaler und auf EU-Ebene die rechtlichen Vorausset-
2701 zungen dafür schaffen, dass Arbeiten von überall in Europa gerade für kleine und mittel-
2702 ständische Unternehmen rechtssicherer wird. Daher werden wir die Regelungen im Ar-
2703 beits-, Sozialversicherungs- sowie Steuerrecht überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

2704

2705 ***Familien mit Kindern finanziell entlasten und Wohneigentum ermöglichen***

2706 Wir wollen Familien und Alleinerziehende noch stärker entlasten und sie dabei unterstüt-
2707 zen, den Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Sie sind die starke Mitte und die Leistungsträger
2708 unserer Gesellschaft.

2709 • Wir haben die finanzielle Situation junger Familien spürbar verbessert, indem wir den
2710 Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht haben. Einen
2711 weiteren Schritt werden wir abhängig von der wirtschaftlichen Lage verwirklichen. Per-
2712 spektivisch streben wir den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den
2713 Einstieg in ein Kindersplitting.

2714 • Wir haben auch den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 4.008 Euro
2715 verdoppelt. Wir wollen ihn perspektivisch auf 5.000 Euro weiter erhöhen.

2716 • Wir werden das KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien ausweiten. Wer Kinder hat,
2717 soll stärker davon profitieren. Dazu sollten Darlehen, Tilgungszuschüsse oder Zinsverbil-
2718 ligungen nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden. Ebenso wollen wir energetische Sa-
2719 nierungen des Familieneigenheims fördern.

2720 • Den Ländern werden wir ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von
2721 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb
2722 selbstgenutzten Wohnraums zu gewähren.

2723

2724 ***Kinder gesund aufwachsen lassen***

2725 Unser Alltag findet zunehmend in Räumen und vor dem Bildschirm statt. Das gilt auch für
2726 Kinder und Jugendliche. Zu den Folgen gehören Übergewicht und Fehlernährung sowie
2727 abnehmende motorische Fähigkeiten. Unsere Offensive für gesundes Aufwachsen macht
2728 Kinder und Jugendliche fit. Sie stärkt ihre körperlichen, motorischen und sensorischen
2729 Fähigkeiten, ihr geistiges Leistungsvermögen und ihr Selbstbewusstsein.

2730 • Mit einem Bundesprogramm werden wir Länder und Träger von Bildungseinrichtungen
2731 dabei unterstützen, Ernährung und Bewegung systematisch in die Familienbildung sowie
2732 die Bildungs- und Erziehungspläne aufzunehmen. Gesunde Lebensführung soll ein ei-
2733 genständiges Bildungsziel werden.

2734 • Darüber hinaus wollen wir alle Vorsorgeuntersuchungen bis zum Jugendalter verbindlich
2735 in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufnehmen.

2736 • Wir wollen die Nationale Diabetes-Strategie und den Nationalen Aktionsplan IN FORM
2737 im Bereich Familie, Kinderbetreuung und Schule weiter vorantreiben.

2738

2739 ***Modernes Familienrecht zum Wohl des Kindes***

2740 Wenn sich Eltern trennen, ändert sich für Kinder viel. Wir sind der Überzeugung, dass es für
2741 Kinder in aller Regel am besten ist, wenn beide Elternteile gemeinsam Verantwortung für
2742 Erziehung und Entwicklung übernehmen. Eine Trennung der Eltern darf kein
2743 Beziehungsende für Kinder sein.

- 2744 • Wir wollen die familienrechtlichen Vorschriften im Unterhalts-, Sorge- und Umgangs-
2745 recht anpassen. Zentral ist dabei nach wie vor das Wohl des Kindes. Wir wollen eine Auf-
2746 enthalts- und Betreuungsregelung, die in jedem Einzelfall bestmöglich das Kindeswohl
2747 sicherstellt.

2748

2749 ***Kindern in Not helfen***

2750 Wenn Kinder zu Opfern von Gewalt werden, brauchen sie unsere gemeinsame Hilfe.

- 2751 • Wir wollen Einrichtungen für die Erstversorgung von Kindern deutschlandweit etablie-
2752 ren, die eine medizinische und psychologische Notfallversorgung mit der Aufnahme ju-
2753 ristisch verwertbarer Befunde und gerichtsfesten Befragungen der Opfer kombinieren.
2754 Wir wollen über ein Bundesprogramm – wie bei Frauenhäusern – eine Anschubfinanzie-
2755 rung zum Beispiel für die Ausstattung gewähren.

- 2756 • Mit dem Programm verbinden wir die aktuelle Justizreform zur Bekämpfung sexualisier-
2757 ter Gewalt gegen Kinder mit einer umfassenden Opfererstversorgung – auch für Opfer
2758 von nichtsexualisierter Gewalt

2759

2760 ***Politische Bildung in der Jugendarbeit fördern***

2761 Beteiligung schafft Akzeptanz für Politik und unser demokratisches System. Das gilt umso
2762 mehr in einem Land, in dem Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten und
2763 kulturellen Prägungen leben.

- 2764 • Wir setzen uns für eine Stärkung der politischen Bildung und Wertekunde ein: Nur wer
2765 weiß, wie Demokratie funktioniert, kann später auch demokratisch handeln.

2766

2767 ***Einsamkeit vermeiden***

2768 Millionen Menschen in Deutschland fühlen sich einsam, jüngere wie ältere. Der Kampf
2769 gegen Einsamkeit ist in unserer älter werdenden Gesellschaft eine große Herausforderung.

- 2770 • Wir wollen eine umfassende Strategie gegen Einsamkeit entwickeln, die Antworten da-
2771 rauf gibt, was Alleinstehende brauchen, worauf Vereinsamung zurückgeht, wo es Defi-
2772 zite gibt und wie diesen präventiv begegnet werden kann – in allen Bereichen und auf
2773 allen Ebenen. Dazu werden wir die räumliche wie digitale Mobilität fördern.

- 2774 • Wir werden ehrenamtliche Strukturen und Netzwerke wie die aufsuchende Nachbar-
2775 schaftshilfe und Sozialarbeit leichter zugänglich machen und auch im Rahmen generati-
2776 onenübergreifender Wohnformen stärken.

2777

2778 **6.2. Gleichberechtigte Chancen für Frauen und Männer**

2779 Wir wollen eine moderne Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt ihre
2780 Kompetenzen und Stärken entfalten und ihren Interessen nachgehen können. Frauen und
2781 Männer sollen gleichberechtigte Wertschätzung erfahren, wenn sie sich in der Familie, im
2782 Beruf oder im Ehrenamt engagieren. Deshalb wollen wir die Situation von Frauen in allen

2783 Politikfeldern in den Blick nehmen und dort nachsteuern, wo Rahmenbedingungen verbes-
2784 sert werden müssen.

2785

2786 ***Chancengleichheit beim beruflichen Aufstieg gewährleisten***

2787 Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit von Frauen und Männern war das
2788 Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe an Führungspositionen in der Privatwirtschaft
2789 und im öffentlichen Dienst. Wir wollen die Chancengleichheit weiter verbessern.

2790 • Wir werden uns für mehr Familienfreundlichkeit auch in Führungspositionen einsetzen.

2791 • Unser Ziel ist es, geschlechterspezifische Lohn- und Rentenlücken zu beseitigen. Wir
2792 gehen die Unterschiede in der Altersvorsorge von Männern und Frauen genauso an wie
2793 das nicht akzeptable Einkommensgefälle bei gleicher Arbeit. Wir werden die Wirkung des
2794 Entgelttransparenz-Gesetzes weiter evaluieren und es, falls nötig, überarbeiten.

2795

2796 ***Frauen für MINT-Berufe begeistern und Karrieren in der Wissenschaft erleichtern***

2797 Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. Dennoch ergreifen
2798 vergleichsweise wenige eine Ausbildung oder ein Studium im technisch-
2799 naturwissenschaftlichen Bereich (MINT). Das soll sich ändern.

2800 • Wir wollen daher weiter gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft dafür werben, dass
2801 sich junge Menschen für naturwissenschaftlich-technische Berufe entscheiden. Hierzu
2802 wollen wir ihnen Qualifizierungs- und Karrieremöglichkeiten aufzeigen und sie mit
2803 Beratungsleistungen unterstützen.

2804 • Wir unterstützen Kooperationen von Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen bei
2805 der Kinderbetreuung, um mehr junge Menschen für eine wissenschaftliche Karriere zu
2806 gewinnen. Wir befürworten dabei flexible Öffnungszeiten am Abend und an den
2807 Wochenenden.

2808 • Wir setzen uns ein für familienfreundliche Anstellungsmodelle insbesondere in der
2809 Postdoc-Phase.

2810

2811 **6.3. Aufstieg durch Bildung**

2812 Damit jedes Kind seine individuellen Lebenschancen nutzen kann und das Zukunftsverspre-
2813 chen Aufstieg durch Bildung Bestand hat, müssen alle ihren Beitrag leisten: fürsorgliche
2814 und unterstützende Eltern, engagierte Erzieherinnen und Lehrkräfte, ermutigende und in-
2815 spirierende Ausbilder und Professoren. Jedes Kind soll seinen Möglichkeiten entsprechend
2816 von Anfang an gefördert werden, gerade auch in sozial schwierigen Lagen. Der Grundstein
2817 für Aufstieg durch Bildung wird schon im frühen Kindesalter gelegt. Für uns gilt: Die Her-
2818 kunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden.

2819 • Eltern und Kinder haben ein Recht auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die
2820 verlässlich und dem Bedarf angemessen ist.

2821 • Wir werden den Kita-Ausbau und die Weiterentwicklung der Qualität auch über 2022
2822 hinaus weiter fördern. Damit helfen wir Kindern in ihrer Entwicklung und unterstützen
2823 Eltern bei der Vereinbarkeit von Familien und Beruf.

2824 • Wir werden die Einrichtungen der frühen Bildung zu qualitativ hochwertigen Bildungsor-
2825 ten weiterentwickeln und so einen zentralen Beitrag leisten, um Herkunft und Bildungs-
2826 erfolg zu entkoppeln.

2827

2828 ***Sprachliche Bildung für alle Kinder fördern***

2829 Alle Kinder müssen ihre Bildungschancen von Anfang an ausschöpfen können. Kein Kind
2830 darf zurückbleiben. Nur so können wir unser Versprechen „Aufstieg durch Bildung“ einlö-
2831 sen.

2832 • Wir werden den Erwerb der deutschen Sprache so früh wie möglich fördern, insbeson-
2833 dere durch verbindliche, fortlaufende und standardisierte Diagnoseverfahren. Ab einem
2834 Alter von drei Jahren kommen verbindliche Sprachstands-Tests mit qualitativ wirksamen
2835 Sprachförderangeboten für alle Kinder hinzu.

2836 • Dort, wo ein besonderer Sprachförderbedarf festgestellt wird, muss eine verpflichtende,
2837 qualitativ wirksame und durchgehende Sprachförderung in einer Kindertagesstätte oder
2838 Vorschule erteilt werden.

2839 • Für jedes dieser Kinder soll ein individueller Sprachförderplan erstellt werden, der För-
2840 derziele, Dauer und Umfang der konkreten Maßnahmen neben der durchgängigen, inte-
2841 grierten Sprachförderung umfasst. Jedes Grundschulkind muss grundsätzlich vor seiner
2842 Einschulung der deutschen Sprache mächtig sein, um dem Unterricht von der ersten
2843 Klasse an folgen zu können.

2844 • Wir unterstützen das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur
2845 Welt ist“ und wollen die sprachliche Bildung in diesem Bereich weiter fördern. Uns ist es
2846 wichtig, dass wir Kinder mit sprachlichem Förderbedarf noch mehr in den Fokus nehmen.

2847

2848 ***Schulen in sozial schwierigen Lagen besonders stärken***

2849 Damit jedes Kind seine Chancen nutzen kann, wollen wir die Schulen vor allem in sozial
2850 schwierigen Lagen weiter stärken.

2851 • Die Bund-Länder-Initiative „Schule macht stark“ fördert beste Bildungschancen für so-
2852 zial benachteiligte Schülerinnen und Schüler. Diese Initiative wollen wir stärken und so
2853 weiterentwickeln, dass Schulen bestmögliche individuelle Förderung anbieten können.

2854

2855 ***Nach Corona durchstarten***

2856 Viele Kinder und Jugendliche wurden in der Corona-Pandemie in ihrer Entwicklung beson-
2857 ders beeinflusst. Vor allem die Lernschwächeren brauchen Aufmerksamkeit, damit sie Rück-
2858 stände aufholen und ihre Lernmotivation zurückgewinnen können.

2859 • Damit niemand zurückbleibt, haben wir ein Unterstützungsprogramm für die Jahre 2021
2860 und 2022 in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt. Es gilt, sowohl ihre Lese- und
2861 Sprachkompetenz als auch ihre Lesefreude zu stärken.

2862 • Gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen rufen wir Lehramtsstudierende, Se-
2863 niorlehrkräfte, Anbieter von Nachhilfeleistungen und Volkshochschulkräfte auf, schul-
2864 begleitend sowie während der Ferien die Kinder und Jugendlichen zielgenau beim Auf-
2865 holen zu unterstützen.

2866 • Mit einer weiteren Milliarde Euro helfen wir Kindern und Jugendlichen, die sozialen und
2867 psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Die Mittel investieren wir in
2868 frühe Bildung, Ferienfreizeiten, Familienerholung und zusätzliche Sozialarbeit.

2869 • Hinzu kommt eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro für Kinder aus Familien, die auf
2870 Hartz IV angewiesen sind oder nur ein geringes Einkommen haben.

2871

2872 ***Digitale Bildung stärken***

2873 Es ist die Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen, Kinder und Jugendliche zu selbstbe-
2874 stimmten und verantwortungsbewussten Persönlichkeiten heranzubilden. Dazu benötigen
2875 sie Fachwissen und Kompetenzen genauso wie Wertebewusstsein und Urteilskraft. Hinzu
2876 kommen Team- und Kollaborationsfähigkeit, Resilienz, Kreativität, Forscher- und Gründer-
2877 geist sowie problemlösungsorientiertes und kritisches Denken.

2878 • Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler das lebensbegleitende Lernen, insbeson-
2879 dere die Fort- und Weiterbildung, als permanente, eigenverantwortlich wahrzuneh-
2880 mende Aufgabe begreifen. Dazu gehört eine Lernumgebung, die ihre Kompetenzen för-
2881 dert.

2882 • Wir wollen, dass pädagogische Konzepte und die Ausbildung von Lehrerinnen und Leh-
2883 rern weiterentwickelt werden. Digitale Kompetenz muss umfassend in den Unterricht
2884 integriert werden. Wir wollen bundesweite Bildungskompetenzzentren mit dem Ziel auf-
2885 bauen, lehrerbildende Hochschulen, Forschungsinstitute und Lehrerfortbildungseinrich-
2886 tungen in den Ländern zu vernetzen und Erkenntnisse der Bildungsforschung direkt für
2887 Lehrerbildung praktisch nutzbar zu machen. Die erfolgreich etablierte Qualitätsoffen-
2888 sive Lehrerbildung soll, was die Inhalte betrifft, weiterentwickelt werden.

2889 • Neben den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen benötigen die Schülerinnen
2890 und Schüler digitale Kompetenzen. Diese umfassen ein technisches und informatisches
2891 Grundverständnis ebenso wie Medienkompetenz. Dabei geht es insbesondere um die
2892 Fähigkeit, Medien zu nutzen, Inhalte sowie die Funktionsweise von digitalen Technolo-
2893 gien und künstlicher Intelligenz zu bewerten.

2894 • Wir werden die politische Bildung in allen Jahrgangsstufen der allgemeinbildenden und
2895 beruflichen Schulen stärken. Unsere rechtsstaatlich verfasste, freiheitliche, plurale und
2896 repräsentative Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie muss stets aufs Neue erlernt,

2897 gelebt und verteidigt werden. Dazu brauchen wir überzeugte Demokratinnen und De-
2898 mokraten, die sich den komplexen Anforderungen der Welt im 21. Jahrhundert stellen.

- 2899 • Soziale Netzwerke wie Facebook, Instagram oder TikTok senken die Hemmschwelle,
2900 Mitschülerinnen und Mitschüler herabzuwürdigen oder zu bedrohen. Aufgabe von
2901 Schule, Eltern und Gesellschaft ist es, aktiv gegen diese Formen des Cybermobbings und
2902 Cyberbullyings vorzugehen.

2903

2904 ***Gleichwertigkeit der Bildungssysteme garantieren***

2905 Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist uns ein Herzensanlie-
2906 gen. Daher werden wir wieder mehr Gewicht auf die Ausbildung junger Menschen als Fach-
2907 arbeiter und Handwerker legen, um dem Fachkräftemangel in diesen Bereichen wirksam zu
2908 begegnen.

- 2909 • Eine Karriere in der beruflichen Bildung muss als gleichwertige Alternative zum Studium
2910 für jeden und jede erkennbar sein. Der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) hat sich
2911 als bildungspolitisches Transparenzinstrument bewährt.

- 2912 • Duale Studiengänge leisten einen wichtigen Beitrag bei der Verknüpfung von beruflicher
2913 und akademischer Qualifizierung. Wir wollen sie weiter ausbauen, vor allem in den Inge-
2914 nieurwissenschaften, Informatik, Betriebswirtschaftslehre sowie in den Sozial- und Ge-
2915 sundheitswissenschaften.

2916

2917 ***Nationale Bildungsplattform aufbauen***

2918 Im Transformationsprozess wächst die Bedeutung digitaler Lehr- und Lernangebote. Daher
2919 wollen wir bestehende und neue digitale Bildungsplattformen zu einem bundesweiten und
2920 europäisch anschlussfähigen Plattform-System verknüpfen.

- 2921 • Die Plattform ist Kernstück eines neuen digitalen Bildungsraums für Deutschland und
2922 einer Modernisierung der Bildung insgesamt. Es geht darum, allen Menschen – vom
2923 Schulkind bis zum Rentner – den Zugang zu digital gestützten Bildungsangeboten zu er-
2924 leichtern.

- 2925 • Einen Schwerpunkt legen wir auf Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Es geht
2926 um das passende Angebot, das alle schnell finden und sicher nutzen können.

- 2927 • Für die Entwicklung von Prototypen, Curricula und didaktischen Konzepten stellen wir
2928 in einem ersten Schritt 150 Millionen Euro bereit.

2929

2930 ***Weiterbildungsförderung attraktiver gestalten***

2931 Der weitaus größte Teil der Weiterbildung findet heute während der bezahlten Arbeitszeit
2932 statt. Unternehmen und Beschäftigte haben erkannt, dass dies für zukunftsfähige Arbeits-
2933 plätze unerlässlich ist, vor allem mit Blick auf die Geschwindigkeit, in der sich der techno-
2934 logische Wandel vollzieht.

2935 • Um die Beschäftigten mit den benötigten Zukunftskompetenzen auszustatten, wollen
2936 wir das Bundesprogramm Bildungsprämie ausbauen.

2937 • Zudem unterstützen wir Unternehmen und Beschäftigte im Strukturwandel mit passge-
2938 nauen Informations- und Beratungsangeboten zur Weiterbildung.

2939 • Eine entsprechend vorausschauende Forschung zur Kompetenzentwicklung werden wir
2940 fördern.

2941

2942 ***BAföG und Aufstiegs-BAföG modernisieren***

2943 Angesichts der sich rasch wandelnden Qualifikationsanforderungen kommt vor allem dem
2944 lebensbegleitenden Lernen eine Schlüsselrolle zu.

2945 • Wir wollen das BAföG flexibilisieren und zu einem Instrument der individuellen Förde-
2946 rung des Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterent-
2947 wickeln.

2948 • Wer nach dem Bachelor-Abschluss zunächst Berufserfahrungen sammelt und erst später
2949 einen Master erwirbt, soll nach einer elternunabhängigen Einkommens- und Vermögen-
2950 prüfung künftig auch nach Vollendung des 35. Lebensjahres BAföG erhalten können.
2951 Dazu erweitern wir den Zweck des BAföG um eine zweite Berufsausbildung und ersetzen
2952 die bestehenden Altersgrenzen durch Höchstgrenzen.

2953 • Die Rückzahlung des Darlehens sowie ein angemessener sozialer und wirtschaftlicher
2954 Nutzen für den Zuschussanteil müssen vor Renteneintritt gegeben sein.

2955 • Wir wollen das Aufstiegs-BAföG fortentwickeln. Dass sich Arbeitnehmerinnen und Ar-
2956 beitnehmer sowie Selbstständige auch während ihres Berufs weiterqualifizieren können,
2957 ist ein Schlüssel zur Chancengerechtigkeit sowie zur Gleichwertigkeit von beruflicher
2958 und akademischer Bildung. Mit dem Aufstiegs-BAföG adressieren wir sowohl die Le-
2959 benswirklichkeit jedes einzelnen Menschen – insbesondere junger Familien – als auch
2960 die dynamische Entwicklung des Bildungswesens.

2961

2962 ***Vorfahrt für Alphabetisierungskurse***

2963 Erwachsene, die Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben haben, sind häufig in Familien
2964 aufgewachsen, in denen nicht oder viel zu wenig vorgelesen wurde. Für sie bedeutet es eine
2965 unüberwindbare Hürde, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen oder die Packungs-
2966 beilage eines Medikaments zu lesen.

2967 • Wir sprechen uns dafür aus, dass allen Menschen ein Platz in einem Alphabetisierungs-
2968 kurs angeboten werden muss. Unser Ziel ist ein Land, in dem jeder Einzelne lesen und
2969 schreiben kann.

2970

7. Neuer Mut zur Innovation – aus Verantwortung für die Zukunft

Unser Unions-Versprechen: Wir schnüren ein Zukunftspaket für Deutschland, indem wir Innovationen und neue Technologien konsequent fördern. Wir werden für eine neue Innovations-, Forschungs- und Gründerkultur sorgen, auch indem wir diesen Zukunftsfragen einen nie gekannten neuen Stellenwert in der neuen Bundesregierung einräumen.

Wir stehen dabei vor zwei Herausforderungen: Zum einen brauchen wir Innovationen und Forschung mehr denn je, um im internationalen Wettbewerb um Märkte, Möglichkeiten und kluge Köpfe weiter erfolgreich zu sein. Dazu gehört, dass wir es auch wieder schaffen, dass Ideen „Made in Germany“ auch zur Wertschöpfung „Make in Germany“ führen.

Zum anderen entsteht Zukunft nicht allein durch Förderprogramme und Gesetzestexte, sondern wir brauchen eine neue, starke Innovationskultur, in der gilt: Vorfahrt für Mut, Experimente, neue Ideen und neue Gründungen! Und in der auch gilt: Keine Angst vor Fehlern. Innovationen entstehen schließlich dann am besten, wenn der Staat sich nicht zu stark einmischt, sondern vor allem für beste Rahmenbedingungen sorgt.

7.1. Strategische Forschungs- und Innovationspolitik für Deutschland

Globale Herausforderungen erfordern heute mehr denn je eine weitsichtige, verlässliche Forschungs- und Innovationspolitik: Dank exponentiell gewachsener Rechenleistungen und der globalen Vernetzung stehen wir vor einer Dekade technologischer Durchbrüche – in der Medizin, der Ernährung, der Raumfahrt oder der Robotik. Wichtig ist uns dabei, dass wir die Innovationen technologieoffen vorantreiben und das Potenzial der Wissenschaft voll nutzen, um die ganze Bandbreite an Möglichkeiten aufzuzeigen und zu erproben – immer unter Wahrung unserer ethischen Verantwortung. Die neuen Chancen für wirtschaftliche Dynamik, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt müssen wir jetzt ergreifen. Es liegt an uns allen – den Bürgerinnen und Bürgern, den Forschenden und den Unternehmen – die Chancen für intelligentes Wachstum zu nutzen, Lösungen für die großen Herausforderungen zu entwickeln und umzusetzen.

- Zentral ist dabei unser Ziel, dass Wirtschaft und Staat bis 2025 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden.
- Wir haben die steuerliche Forschungszulage während der Corona-Krise verdoppelt. Jetzt werden wir noch einmal nachlegen und die Bemessungsgrundlage auf 8 Millionen Euro pro Unternehmen erneut verdoppeln – für Innovationskraft x 4.
- Deutschlands Ideen brauchen finanzielle Unterstützung, um daraus Innovationen im Weltmaßstab zu machen. Um Investitionen in Technologie und Innovationen von kleinen- und mittelständischen Unternehmen in der Wachstumsphase zu fördern, wollen wir die Anwendung eines Modells für Vorzugskapital (preferred equity) prüfen.
- Wir werden die Exzellenzstrategie fortführen und für erfolgreiche Cluster neue Möglichkeiten der dauerhaften institutionellen Förderung schaffen. Wir bekennen uns zu einem der wichtigsten Instrumente der Wissenschaftsförderung, dem Pakt für Forschung und

3011 Innovation (PFI). Bund und Länder haben damit finanzielle Planungssicherheit für ein
3012 stabiles Wachstum und eine positive Entwicklung der außeruniversitären Wissenschafts-
3013 organisationen geschaffen.

3014 • Wir nutzen dieses Instrument, um die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemein-
3015 schaft Deutscher Forschungszentren, die Leibniz-Gemeinschaft und die Max-Planck-Ge-
3016 sellschaft gezielt zu unterstützen. Auf diese Weise stärken wir den Wissenschaftsstand-
3017 ort Deutschland und verbessern seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Mit zusätz-
3018 lichen Leistungskomponenten wollen wir exzellenten wissenschaftlichen Leistungen
3019 noch mehr Anerkennung verleihen. Darüber hinaus wollen wir exzellente Universitäten
3020 weiter kraftvoll unterstützen. Unser Ziel ist: mindestens eine deutsche Universität in die
3021 Top 20 der Welt zu bringen.

3022

3023 ***Projektförderung stärken***

3024 Wir wollen die themen- und technologieoffene Projektförderung stärken, die vor allem für
3025 den Mittelstand wichtig ist.

3026 • Dazu werden wir die bewährten Programme ausweiten, insbesondere das Zentrale In-
3027 vestitionsprogramm Mittelstand (ZIM), die Industrielle Gemeinschaftsforschung (IGF)
3028 und das Förderprogramm Innovationskompetenz INNO-KOM.

3029 • Anstelle von Kostenzuschüssen wollen wir einen Teil der Förderung von den erzielten
3030 und im Unternehmen verbliebenen Gewinnen abhängig machen. Damit verhindern wir
3031 Fehlanreize. Denn für uns gilt: Das Ergebnis soll belohnt werden, nicht der Prozess.

3032

3033 ***Mission Quantencomputer „Made in Germany“ starten***

3034 Der sichere Umgang und die Verfügbarkeit von Quanten-Technologien der neuesten Gene-
3035 ration bieten enorme Innovationspotenziale. Die Quantenkommunikation stellt einen
3036 neuen Sicherheitsstandard für die digitale Kommunikation sowie die IT-Infrastruktur dar.
3037 Quantenbasierter Kommunikation und Kryptografie gelingt es, sensible Daten bei Banken,
3038 Versicherungen, im Gesundheitssystem und bei kritischen Infrastrukturen noch besser zu
3039 schützen. In der Medizintechnik ermöglichen optimierte Abbildungsverfahren Fortschritte
3040 beispielsweise in der Krebserkennung.

3041 • Wir wollen bis 2025 in Deutschland einen konkurrenzfähigen Quantencomputer bauen.
3042 Damit dieses Vorhaben gelingt, müssen Forschung und Wirtschaft eng zusammenarbei-
3043 ten. Zugleich setzen wir auf Kooperationen mit anderen führenden EU-Staaten und tra-
3044 gen so dazu bei, unsere technologische Souveränität im Bereich der Quantentechnolo-
3045 gien zu sichern.

3046 • Wir werden zusammen mit allen Partnern die Aus- und Weiterbildung zum Thema Quan-
3047 tenttechnologien voranbringen, indem frühzeitig Fachkenntnisse und Ausbildungsziele
3048 mit Bezug zu industriellen Anwendungen erhoben werden.

- 3049 • Deutschland soll internationaler Spitzenreiter bei Rechner- und Softwaretechnologien
3050 bleiben und als Standort der Grundlagenforschung mit einem trans- und interdisziplinären
3051 Ansatz wachsen. Deshalb wollen wir Hoch- und Höchstleistungsrechnen (High Performance
3052 Computing) weiter ausbauen.

3053

3054 ***Deutschland zur Hochburg für Künstliche Intelligenz und Blockchain-Technologie entwickeln***
3055

3056 Mit der KI-Strategie haben wir die Grundlage geschaffen, um Deutschland und Europa an
3057 die Weltspitze der Forschung und Anwendung von Künstlicher Intelligenz zu bringen. Dazu
3058 fördern wir die Spitzenforschung in den KI-Kompetenzzentren und stärken die Entwicklung
3059 von KI auf zentralen Anwendungsfeldern, wie der Arbeits-, Mobilitäts- oder Gesundheits-
3060 forschung.

- 3061 • Erfolgreiche KI ist auf die Verfügbarkeit von Rechenleistung angewiesen. Das gelingt
3062 nur, wenn wir den Aufbau eigener Fähigkeiten für Forschung und Entwicklung sowie für
3063 Fertigung von Mikroelektronik stärker forcieren. Dazu werden wir technologische Ent-
3064 wicklung und Produktion strategisch verzahnt entwickeln und im Aufbau unterstützen.

- 3065 • Wir werden gezielt neue KI-Professuren einrichten und den wissenschaftlichen Nach-
3066 wuchs fördern, um die weltweit klügsten Köpfe an den KI-Forschungsstandort Deutsch-
3067 land zu holen. Dazu wollen wir auch weitere KI-Campus mit attraktiven Bedingungen
3068 schaffen. Dabei gilt es sicherzustellen, dass jedes im KI-Campus entwickelte Patent in
3069 Deutschland bleibt. Damit schaffen wir die Grundlage für einen Innovationssprung bei
3070 der KI.

- 3071 • Wir wollen auch kleine und mittlere Unternehmen befähigen, Ergebnisse aus der KI-For-
3072 schung besser zu nutzen. Dazu sollen KI-Lotsen die Unternehmen vor Ort aufsuchen und
3073 bei der Entwicklung ihrer KI-Potenziale unterstützen.

- 3074 • Wir haben bereits in der aktuellen Wahlperiode mit der Blockchain-Strategie gute
3075 Grundlagen geschaffen, die wir weiterentwickeln werden. Dazu wollen wir weitere An-
3076 wendungsmöglichkeiten für die Blockchain schaffen. Oftmals scheitern heute neue An-
3077 wendungen an rechtlichen Hindernissen, obwohl es technologisch sinnvoll und effizient
3078 wäre, Blockchain zu nutzen.

3079

3080 ***Zukunftstechnologie Raumfahrt fördern***

3081 Raumfahrt ist eine Schlüsselindustrie der Zukunft – gerade für die Digitalisierung unseres
3082 Landes liegt im Orbit unseres Planeten ein großes Potenzial.

- 3083 • In den kommenden Jahren werden kleine Satelliten bei der Erdbeobachtung, der Um-
3084 welt- und Klimaforschung sowie bei allen Big Data-Projekten immer stärker zunehmen.
3085 Wir unterstützen dabei das Copernikus-Programm. Als engagierte Weltraumnation set-
3086 zen wir nicht nur auf etablierte Raumfahrtunternehmen aus Deutschland, sondern vor
3087 allem auch auf den Aufbau eines Newspace-Ökosystems und den starken deutschen
3088 Raumfahrtmittelstand.

3089 • In den letzten Jahren ist eine deutsche Industrie für kleine Launcher (Raketen) entstan-
3090 den. Wir wollen diesen Markt für unser Land erschließen. Dazu gehört staatliche Nach-
3091 frage im Rahmen einer Kleinsatelliteninitiative, der Zugang zu allen EU- und ESA-Start-
3092 programmen, Raumfahrtfonds im Rahmen des Zukunftsfonds und ein offener Wettbe-
3093 werb für die europäischen Träger der nächsten Generation.

3094 • Wir werden ein Weltraumgesetz beschließen, das gründer- und mittelstandsfreundlich
3095 ist.

3096 • Wir werden uns auf internationaler Ebene für eine nachhaltige Nutzung des Weltraums
3097 einsetzen, um auch nächsten Generationen den Zugang zum All zu ermöglichen.

3098

3099 ***Reallabore ausbauen***

3100 Für neue Technologien und Innovationen, wie Künstliche Intelligenz, Bio-IT oder Quanten,
3101 müssen passgenaue Rahmenbedingungen und Regulierungsansätze entwickelt und erprobt
3102 werden.

3103 • Hierzu wollen wir zusätzliche Kapazitäten für Experimentierräume und Reallabore be-
3104 reitstellen, ihre Finanzierung und Bewerbung stärken und über die Energieforschung
3105 hinaus auch andere Bereiche fördern.

3106

3107 ***Nationale Agentur für biomedizinische Forschung und Entwicklung gründen***

3108 Die jüngsten Erfolge in der Impfstoffentwicklung knüpfen an die Tradition von herausra-
3109 genden deutschen Forschern und Nobelpreisträgern, wie Robert Koch und Paul Ehrlich, an.
3110 Wir werden Deutschland wieder zu einer modernen Apotheke der Welt machen.

3111 • Dazu wollen wir im Modernisierungsjahrzehnt bis 2025 eine nationale Agentur für bio-
3112 medizinische Forschung und Entwicklung gründen, die dabei hilft, Wertschöpfungsket-
3113 ten von der Forschung bis zum Markt für Therapien, Impfstoffe und Medikamente zu
3114 bündeln und zu vernetzen.

3115 • Wir beschleunigen Zulassungsprozesse und sorgen dafür, dass die Patienten deutlich
3116 schneller von den Forschungserfolgen profitieren.

3117

3118 ***Biologie und Technik vereinen***

3119 Wenn Biowissenschaften und Informationstechnologien zusammenwirken, kann das be-
3120 deutende Innovationen hervorbringen: neue Behandlungsmöglichkeiten in der personali-
3121 sierten Medizin oder visionäre Projekte in der IT, wie die digitale Datenspeicherung in DNA
3122 oder den 3D-Druck von biologischem Gewebe.

3123 • Um den Transfer von der Forschung in die Anwendung zu beschleunigen, wollen wir ein
3124 Bio-IT-Forschungszentrum aufbauen. Es soll Software, Methoden und Datenbestände in
3125 Deutschland und Europa miteinander verbinden und die Forschung auf internationalem
3126 Niveau vorantreiben.

- 3127 • Im Bio-IT-Zentrum werden Grundlagenforschung, anwendungsnahe Technologieent-
3128 wicklung und Wirtschaft zusammenarbeiten und so Bio-IT-relevante Cluster bilden, die
3129 über erhebliches Industrie-Knowhow verfügen.

3130

3131 ***Das Potenzial sozialer Innovationen nutzen***

3132 Um Herausforderungen durch Urbanisierung, Alterung oder Zuwanderung zu bewältigen,
3133 brauchen wir Offenheit für soziale Innovationen („Open Social Innovation“). Soziale Dienst-
3134 leistungen wie Nachbarschaftshilfen und Beteiligungsplattformen zur Einbindung der An-
3135 wohner können helfen, den Zusammenhalt zu stärken.

- 3136 • Wir wollen das Ehrenamt mit der digitalen Welt zusammenbringen und setzen deshalb
3137 auf ehrenamtliche Digitalbotschafterinnen und Digitalbotschafter. Sie geben ihre digi-
3138 tale Expertise ehrenamtlich weiter und tragen so mit dazu bei, dass die Digitalisierung in
3139 der Breite der Gesellschaft im Alltag ankommt.

- 3140 • Wir werden die Hightech-Strategie durch eine soziale Innovationsstrategie ergänzen,
3141 um soziale und technologische Innovationen besser miteinander zu verzahnen.

- 3142 • Entsprechend werden wir Finanzierungsinstrumente, wie das EXIST-Gründerprogramm,
3143 den High-Tech Gründerfonds oder den INVEST-Zuschuss für Sozialunternehmen öffnen,
3144 auf ihre Besonderheiten abstimmen sowie zusätzliche Vernetzungs- und Beratungsan-
3145 gebote bereitstellen.

3146

3147 ***Mehr Tempo und Freiräume für SPRIND schaffen***

3148 Mit der Förderung von Sprunginnovationen, also der Entwicklung bahnbrechender neuer
3149 Technologien, wollen wir Deutschland an die Weltspitze heranführen.

- 3150 • Wir werden die 2019 gegründete Agentur für Sprunginnovationen (SPRIND) ressortun-
3151 abhängig aufstellen und zu einem Reallabor ausbauen – mit flexiblen und agilen Instru-
3152 menten zur Identifizierung, Entwicklung und Finanzierung von vielversprechenden Inno-
3153 vationsprojekten.

- 3154 • Wir werden einen Globalhaushalt garantieren, die Agentur aus dem Gehaltsgefüge des
3155 öffentlichen Dienstes entlassen, von Vergaberegungen in der Projektfinanzierung be-
3156 freien und ermöglichen, Projekte in der vorwettbewerblichen Frühphase vollumfänglich
3157 zu fördern und sich an ihnen als Minderheitsgesellschafterin zu beteiligen.

3158

3159 ***Wissensintensive Gründungen mit dem Innovationsfreiheitsgesetz erleichtern***

3160 Die Wissenschaft trägt mit ihrem Transfer von Ideen und Erfindungen in die Wirtschaft zur
3161 Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bei. Daher wollen wir gelungenen
3162 Transfer als Kategorie guter Wissenschaft etablieren.

3163 • Wir werden Technologiebiotope schaffen, die die weltweit besten Köpfe und innovativsten Unternehmen anziehen und aus sich selbst heraus durch Exzellenz, gelebter Gründerkultur und Innovationen weltweit sichtbar wachsen. Hierfür garantieren wir Handlungsfreiheit und eine verlässliche Grundfinanzierung, die weltweit einmalig sind.

3167 • Wir werden die konkreten Bedingungen für Ausgründungen verbessern: Mit einem Innovationsfreiheitsgesetz wollen wir für Gründerinnen und Gründer aus Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen bürokratische Hürden abbauen, vor allem im Beihilfe- und Gemeinnützigkeitsrecht. Unterstützungsleistungen in der Phase vor der Gründung könnten so gemeinnützig durchgeführt werden, darunter Beratungsleistungen, Nutzung der Infrastruktur und die Erstellung von Machbarkeitsnachweisen.

3173 • Wir werden bürokratische Innovationsbarrieren überwinden, hierzu eine agile und funktionale Administration aufstellen und in der Bundesregierung ein modernes Prozessmanagement etablieren, um Silodenken zu vermeiden.

3176

3177 ***Forschungskerne stärken und Schlüsseltechnologien schützen***

3178 Wir wollen Ansiedlungen von Forschungseinrichtungen, auch aus der Wirtschaft und in Ostdeutschland, weiter fördern. Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung verdienen gleichermaßen unser Augenmerk.

3181 • Wir werden Forschungsverbünde weiter finanziell unterstützen und Exzellenz stärken.

3182 • Das gilt vor allem für Schnittstellen für den Wissenstransfer aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Ausgründungen und Scale-ups wollen wir gezielt finanziell und rechtlich erleichtern.

3185 • EU-Restriktionen beim Transfer von Wissenschaft zur industriellen Anwendung wollen wir überwinden.

3187 • Um unser Wissen zu schützen, brauchen wir klare Regeln für Investoren aus Drittstaaten. Wir müssen uns entschlossen den Versuchen zu feindlichen Übernahmen von Patenten und Lizenzen deutscher Unternehmen entgegenstellen.

3190

3191 **7.2. Die besten Köpfe für unser Land**

3192 ***Attraktivitätsoffensive für die klügsten Köpfe aufsetzen***

3193 Wir werden die Programme zur gezielten Ansprache und Gewinnung von herausragenden internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern weiter ausbauen.

3195 • Wir unterstützen den Vorschlag auf europäischer Ebene, ein neues Tech-Visums-Programm für hochqualifizierte Fachkräfte aufzusetzen, um die besten Köpfe der Welt einfacher nach Europa zu holen.

3198 • Wir werden die Förderung der Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH), der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) ausbauen. Die Deutschen Schulen im Ausland werden wir in ihrer Arbeit stärken.

3201 • Internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wollen wir insbesondere
3202 nach der Promotion bessere Karriere- und Bleibeperspektiven in Deutschland bieten.
3203 Dazu müssen wir auch den Mut haben, bestehende Strukturen zu ändern und mehr Fle-
3204 xibilität zu ermöglichen als bisher.

3205 • Herausragende Spitzenwissenschaftler und Innovationsträger wollen wir in unserem
3206 Land mit attraktiven Bedingungen halten.

3207 • Exzellente Forscherinnen und Forscher müssen über Senior Research-Programme die
3208 Möglichkeit haben – unabhängig von Ruhestandsgrenzen – ihr Potential in Deutschland
3209 weiter zur Geltung zu bringen.

3210 • Wir wollen die Wissenschaftskommunikation durch mehr Weiterbildungsangebote für
3211 Forschende ebenso wie Bürgerwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler (Citizen Sci-
3212 ence Formate) stärken.

3213

3214 **Gründergeist wecken**

3215 Die erfolgreichen Unternehmen von morgen müssen bereits heute bei uns gegründet wer-
3216 den – das hat Deutschland stark gemacht. Gründerinnen und Gründer schaffen mit neuen
3217 Ideen neue Arbeitsplätze und neuen Wohlstand. Das Modernisierungsjahrzehnt soll daher
3218 auch ein Gründungsjahrzehnt werden. 2022 werden wir als Startschuss zum Deutschen
3219 Gründerjahr machen. Dazu gehört die Kultur einer zweiten Chance, denn Gründungen kön-
3220 nen auch fehlschlagen. Wir wollen einen neuen Gründergeist von klein auf befördern und
3221 mehr Frauen zu Gründungen ermutigen.

3222 • Wir werden Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden online ermöglichen
3223 und dabei die Sicherheit im Rechtsverkehr wahren. Wir schaffen die besten Bedingungen
3224 für unsere Macherinnen und Macher.

3225 • Wir haben bereits den Meilenstein Zukunftsfonds I auf den Weg gebracht, der mindes-
3226 tens 30 Milliarden Euro mobilisieren wird. Wir benötigen jetzt einen Rahmen, der grö-
3227 ßere europäische Investitionen ermöglicht. Daher wollen wir den Zukunftsfonds auswei-
3228 ten. Dazu gehört auch der Ausbau von Wagniskapital- bzw. Beteiligungsfinanzierungen
3229 für technologieorientierte Jungunternehmen.

3230 • Die steuerlichen und administrativen Hürden für die Niederlassung großer Venture Ca-
3231 pital Fonds in Deutschland werden wir abbauen. Gleichzeitig wollen wir die Anlagebe-
3232 dingungen für Versicherungsunternehmen und Pensionsfonds so verändern, dass sie
3233 sich stärker in Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung engagieren können.

3234 • Unser Ziel ist, dass Beteiligungen an Startups erst dann besteuert werden, wenn aus den
3235 Beteiligungen Gewinne erzielt oder die Anteile veräußert werden. Wir wollen auch die
3236 Praktikabilität der Übertragung von Anteilen an Mitarbeiter deutlich verbessern. Dafür
3237 wollen wir eine eigene Anteilsklasse schaffen. Für die Weltspitze braucht es kluge und
3238 innovative Köpfe aus dem In- und Ausland. Die Beteiligung am Unternehmen ist in vielen
3239 Startups ein wichtiger Teil der Mitarbeiterbindung.

- 3240 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union die Rahmenbedingungen für den
3241 Digitalen Binnenmarkt weiter verbessert und Netzwerke schafft, um jungen Unterneh-
3242 men die Skalierung ihrer Geschäftsmodelle zu erleichtern.
3243

3244 ***Nachfolge im Betrieb einfacher regeln***

3245 Nachfolgeregelungen sind für uns wesentlicher Bestandteil der Gründungspolitik. Wir wol-
3246 len mittelständische und familiär geführte Unternehmen, gerade im Handwerk, bei Be-
3247 tribsübergaben unterstützen.

3248 • Dazu wollen wir bürokratische und gesetzliche Hürden reduzieren, Betriebsnutzungsge-
3249 nehmigungen erleichtern und die Weiternutzung von Kundendaten nach Betriebsüber-
3250 nahme vereinfachen.

3251 • Um den Erwerb der Unternehmensanteile durch eigene Mitarbeiter des Unternehmens
3252 zu erleichtern, ist die Mitarbeiterkapitalbeteiligung ein wichtiger Baustein. Die Finanz-
3253 behörden sollten bei Beteiligungen die üblichen Bewertungsverfahren anwenden und
3254 realistische Marktpreise ermitteln.

3255 • Wir wollen auch Steuerentlastungen bei Unternehmensübergaben prüfen. Die Unter-
3256 nehmenbörse nexxt-change wollen wir als Instrument für Nachfolger und Übergeber
3257 optimieren, sodass es zu keiner kostenpflichtigen Vermittlung oder Beratungsaufträgen
3258 kommt.
3259

3260 **7.3 Digitale Transformationsoffensive**

3261 Die digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bietet enorme Chancen –
3262 wenn wir sie aktiv gestalten. Digitalisierung darf nicht als Ziel, sondern muss als Instrument
3263 verstanden werden, den Wohlstand in Deutschland und Europa zu bewahren und zu stei-
3264 gern.
3265

3266 ***Plattformen als Kern der digitalen Wirtschaft befördern***

3267 Digitale Plattformen sind ein zentraler Baustein der digitalen Wirtschaft, weil sie als
3268 Schnittstellen fungieren und Wachstum befördern. Darum tragen sie eine besondere Ver-
3269 antwortung für den Wettbewerb. Mit dem Digitalisierungs-GWB haben wir als erstes Land
3270 der Welt einen neuen, zukunftsfähigen Rechtsrahmen geschaffen, der Tech-Giganten in die
3271 Schranken weist und gleiche Wettbewerbsbedingungen herstellt. Damit sichern wir den fai-
3272 ren Wettbewerb, die Innovationskraft unserer Unternehmen und die Wahlfreiheit der Ver-
3273 braucher in der Digitalwirtschaft. Dies wollen wir auch auf EU-Ebene über den Digital Ser-
3274 vices Act und den Digital Markets Act gewährleisten.

3275 • Wir treten dabei für eine Gesetzgebung ein, die nutzerzentriert ist, kleinen und mittleren
3276 Unternehmen faire Bedingungen im digitalen Wettbewerb garantiert und Raum für In-
3277 novationen schafft.

3278 • Wir werden den Rechtsrahmen für digitale Dienste mit besonderem Blick für die Platt-
3279 formökonomie weiterentwickeln. Ziel ist, die besten Bedingungen für die Bereitstellung
3280 innovativer digitaler Dienste in Europa zu schaffen und einen Beitrag zur Online-Sicher-
3281 heit und zum Schutz der Grundrechte zu leisten. Außerdem wollen wir eine solide und

3282 dauerhafte Verwaltungsstruktur für die wirksame Beaufsichtigung der Anbieter von Ver-
3283 mittlungsdiensten aufbauen. Dazu brauchen wir klare Verantwortlichkeiten, eine Re-
3284 chenschafts- und Sorgfaltspflicht, einschließlich Melde- und Abhilfeverfahren für illegale
3285 Inhalte.

3286 • Sehr große Online-Plattformen haben besondere Auswirkungen auf unsere Wirtschaft
3287 und Gesellschaft. Sie müssen daher noch transparenter sein und geeignete Risikoma-
3288 nagement-Instrumente entwickeln, um die Integrität ihrer Dienste vor manipulativen
3289 Techniken zu schützen. Möglichkeiten zur Verpflichtung von Interoperabilität oder dem
3290 Teilen von Daten mit kleineren Wettbewerbern müssen ebenfalls geprüft werden.

3291

3292 ***Digitale Souveränität sicherstellen***

3293 Freiheit und Selbstbestimmtheit sind Grundsätze unserer freiheitlich-demokratischen
3294 Grundordnung. Die Souveränität des Einzelnen und die Souveränität des Staates sind
3295 Grundlage für die starke Position Deutschlands und Europas in der Welt und für unseren
3296 Wohlstand. Wir müssen diese Souveränität auch digital sicherstellen und zu einem Parame-
3297 ter unseres digitalpolitischen Handelns machen. Für uns bedeutet digitale Souveränität
3298 nicht Abschottung.

3299 • Wir brauchen eine kluge Balance aus Maßnahmen für mehr digitale Autonomie und dem
3300 Management verschiedener internationaler Handlungsoptionen, um die Risiken der di-
3301 gitalen Abhängigkeit beherrschbar zu machen.

3302 • Wir setzen uns dabei für einen vitalen Marktort Europa ein, der seine globale Stärke
3303 nutzt, um technologische Weltstandards zu setzen und unsere digitalen Leistungen zu
3304 befördern – wie beispielsweise „AI made in Europe“.

3305 • Um selbstbestimmt handlungsfähig zu bleiben, braucht Europa auch ganz konkret wie-
3306 der eigene Hard- und Softwarehersteller, die weltweit wettbewerbsfähig sind. Anbieter-
3307 vielfalt schützt am besten vor Abhängigkeiten. Vertrauenswürdige Technologien ent-
3308 scheiden dabei über den Erfolg.

3309

3310 ***Bundesministerium für digitale Innovationen und Transformation schaffen***

3311 Damit unser Land effizient die digitalen und technologischen Herausforderungen bewältigt
3312 und die Modernisierung des Staates zentral koordiniert wird, werden wir ein eigenes Bun-
3313 desministerium schaffen.

3314 • Es soll eine Umsetzungseinheit für konkrete digitalpolitische Projekte sein, wie beispiels-
3315 weise für die Corona-App oder den elektronischen Personalausweis.

3316 • Es soll die zentrale politische Steuerungsstelle für Innovationen und Digitalisierung wer-
3317 den, die die Modernisierung des Staates und der Verwaltung vorantreiben und eine Vor-
3318 bild- und Testfeldrolle innerhalb der Bundesregierung durch den Einsatz neuer Arbeits-
3319 methoden und Technologien einnehmen.

3320

3321 ***Datenschutz und Datenschatz modern denken***

3322 Datenschutz und Datenschatz sind keine Gegensätze für uns, im Gegenteil: Wir wollen bei-
3323 des modern und auf Höhe der Zeit denken. Noch wird das Potenzial von Daten nicht aus-
3324 reichend ausgeschöpft – ob im Gesundheitsbereich, bei der Mobilität oder in der Verwal-
3325 tung. Damit Daten wirklich zum Treiber für Innovation werden, müssen Dateninfrastrukturu-
3326 ren leistungsfähiger, die Datennutzung umfassender und der Datenaustausch intensiver
3327 werden. Dabei sind Datensicherheit und Datenschutz Grundpfeiler zur Sicherung von Ver-
3328 trauen in digitale Lösungen. Datenschutz ist allerdings kein „Super-Grundrecht“. Eine über-
3329 triebene Auslegung von Datenschutzanforderungen darf nicht dazu führen, Innovationen
3330 zu hemmen und Verfahren bürokratisch zu verlangsamen.

3331 • Wir wollen Rechtsunklarheiten beseitigen und Behördenstrukturen straffen. Wir werden
3332 die Datenschutzaufsicht in Deutschland harmonisieren. Es muss die Möglichkeit zu einer
3333 verbindlichen Auskunft geben. Dabei soll das Prinzip gelten: Einer genehmigt für alle –
3334 analog zum Medienrecht zur Lizenzierung von Fernsehsendern.

3335 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine bessere Abstimmung und eine vergleichbare
3336 Auslegung auf europäischer Ebene erfolgt.

3337 • Grundsätzliche Fragen sollen einmalig und EU-weit verbindlich auf europäischer Ebene
3338 entschieden werden. Darüber hinaus sollen rein nationale Fragen ebenfalls einheitlich
3339 und rechtsverbindlich auf nationaler Ebene entschieden werden. Dazu wollen wir die Zu-
3340 sammenarbeit der Behörden verbessern.

3341

8. Neue Leistungsfähigkeit für einen modernen Staat – zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger

Unser Unions-Versprechen: Wir werden für einen verlässlichen, leistungsfähigen Staat sorgen und die Verwaltung einfacher und nutzerfreundlicher machen. Wir werden mit einem neuen Geist an Probleme herangehen, um sie im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu lösen. Unsere Problemlösung wird pragmatisch und unbürokratisch sein. CDU und CSU stehen gemeinsam für neues Machen und neuen Mut anstatt wie andere von Regelungen und Gesetzen zu träumen.

Staat und Verwaltung sind allzu oft nicht mehr auf der Höhe der Zeit: zu analog, zu bürokratisch, zu langsam, zu wenig vernetzt und zu misstrauisch. Deutschland lähmt sich selbst und droht, den Anschluss zu verlieren.

Die Pandemie hat schonungslos aufgezeigt, wo in unserem Land staatliche Strukturen besser werden müssen. Unser Staat braucht einen strukturellen Modernisierungsschub. Wir müssen vor allem die Chancen der Digitalisierung nutzen, um Verwaltungsverfahren für die Bürgerinnen und Bürger einfacher, unkomplizierter und kürzer zu gestalten. Unser Staat muss einfacher, schneller, digitaler und krisenfester werden. Der Staat geht uns alle an, das sind nicht „die Beamten“ oder „die da oben“. Der Staat ist das organisierte „Wir“. Daher wollen wir die Bürger ermutigen, mitzumachen bei dieser Modernisierung. Mit neuem Geist und neuem Schwung wollen wir das angehen, zusammen mit Ländern und Kommunen. Und gemeinsam mit den Ideen und dem Engagement der Mitarbeiterinnen und der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

Wir wollen einen Staat, dem Bürger vertrauen und der sein Schutzversprechen auch in schwierigen Situationen einlöst. Die Bewältigung der Corona-Krise hat die Stärken, aber auch die Schwächen im Zusammenwirken der beteiligten Institutionen verdeutlicht. Deshalb wollen wir die gewonnenen Erkenntnisse nutzen, um Aufgaben und Strukturen im Bevölkerungsschutz zu modernisieren und weiterzuentwickeln.

8.1. Modernisierungsjahrzehnt für den Staat

Wir stellen die Abläufe auf allen Ebenen auf den Prüfstand, damit unser Staat auf der Höhe der Zeit ist. Wir wollen eine aufgabengerechte Staatsorganisation mit klaren Verantwortlichkeiten, effizienten Verwaltungsstrukturen und schnelleren Verfahren. Zudem arbeiten wir für eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung, einen modernen, offenen und durchlässigen öffentlichen Dienst und eine Innovationskultur, die neue Ideen zulässt. Dazu gehört eine moderne und innovative Verwaltungskultur: sie setzt auf Eigenverantwortung und Vertrauen.

Verwaltung modernisieren

Wir wollen einen Staat, der den Menschen pragmatisch und unbürokratisch Chancen eröffnet.

- Wir brauchen eine Beschleunigung und Verkürzung der Verwaltungsprozesse. Bund, Länder und Kommunen müssen zusammenarbeiten und gemeinsam offene Standards

- 3381 und Schnittstellen als Grundlage für eine Verwaltungsinfrastruktur schaffen, damit Be-
3382 hörden besser miteinander kommunizieren können. Grundsätzlich gilt: digitale Vorfahrt!
3383 Alles, was digital werden kann, soll digital werden. Alles, was standardisiert werden kann,
3384 soll standardisiert werden.
- 3385 • Bund, Länder und Kommunen machen aktuell mit dem Onlinezugangsgesetz alle Leis-
3386 tungen der Verwaltung für den Bürger online zugänglich – ein guter Schritt, der weiter
3387 konsequent beschleunigt werden muss und natürlich auch Unternehmen im Austausch
3388 mit der Verwaltung entlasten muss. Wir werden daher das digitale Unternehmenskonto
3389 weiter ausrollen und einem bundesweiten Praxistest unterziehen. Je schneller wir den
3390 Unternehmen die Verwaltungsdienstleistungen digital und über einen zentralen Zugang
3391 zugänglich machen können, desto besser. Deshalb wollen wir eine Unternehmensplatt-
3392 form Deutschland als „Single Point of Contact“ für alle wirtschaftsrelevanten Verwal-
3393 tungsleistungen der föderalen Ebenen zur Verfügung stellen.
- 3394 • Wir werden alle internen Verwaltungsvorgänge digitalisieren und beschleunigen. Dazu
3395 muss das Recht konsequent vereinfacht und auf die digitale Verwaltung ausgerichtet
3396 werden. Das digitale Verwaltungsverfahren muss zum Regelfall werden. Analoge, papier-
3397 gebundene Prozesse sind – soweit überhaupt noch erforderlich – als Ausnahmefälle zu
3398 gestalten.
- 3399 • Wir werden außerdem alle Schriftformerfordernisse konsequent beseitigen.
- 3400 • Neue Angebote dürfen nicht nur in einzelnen (Pilot-)Kommunen oder Ländern langsam
3401 ausgerollt werden, sondern müssen schnellstmöglich in die Fläche. Zugleich werden wir
3402 dafür sorgen, dass auch Menschen ohne tiefere digitale Kenntnisse weiterhin alle Ver-
3403 waltungsdienstleistungen problemlos in Anspruch nehmen können.
- 3404 • Der Ansatz, über den FIT-Store der Föderalen IT-Kooperation (FITKO) einen App-Store
3405 umzusetzen, muss noch konsequenter verfolgt werden. Wir werden daher zur Bereitstel-
3406 lung der notwendigen Anwendungen einen App-Store für die Verwaltung mit digitalen
3407 Lösungen für Aufgaben der Verwaltung von der Kommune bis zum Bund schaffen – von
3408 der digitalen Reisekostenabrechnung bis zur Chatbot-Software. Wenn sich eine Lösung
3409 in einer Kommune als besonders effektiv herausstellt, können auch andere Verwaltun-
3410 gen sie einfach herunterladen. Um dies sicherzustellen, wird die gesamtstaatliche Nut-
3411 zung in allen Verträgen gewährleistet.
- 3412 • Der digitale Staat soll darüber hinaus Treiber von offenen Standards in der Wirtschaft
3413 und in seiner eigenen Verwaltung sein. Wir stehen zum Konzept des offenen Regierungs-
3414 und Verwaltungshandelns (Open Government) und wollen – wo immer möglich – Offene
3415 Daten (Open Data) und quelloffene Lösungen zum Einsatz bringen. Offene Standards
3416 und allgemeine Schnittstellen werden deshalb als Vergabekriterien bei öffentlichen Aus-
3417 schreibungen stärker berücksichtigt. So ermöglichen wir mehr Wettbewerb, damit die
3418 Auftragsvergabe kleinteiliger werden kann. Das fördert Transparenz und kann vor allem
3419 kleinen und mittleren Unternehmen sowie Startups nutzen.
- 3420

3421 ***Planungen, Genehmigungen und Vergaben beschleunigen***

3422 Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, um auf die Herausfor-
3423 derungen der Zukunft schnell und adäquat zu reagieren.

3424 • Wir stellen die Bündelung der Planungsverfahren und derjenigen, die die Planverfahren
3425 tatsächlich durchführen, in den Mittelpunkt der Beschleunigungsanstrengungen eines
3426 neuen Planungsmodernisierungsgesetzes.

3427 • Wir werden auch auf EU-Ebene für eine Beschleunigung der Planungsverfahren eintreten
3428 und im Rahmen der Aarhus-Konvention dafür eintreten, schnelle Planungsverfahren zu
3429 ermöglichen.

3430 • Wir werden Beschaffungs- und Vergabeprozesse vereinfachen und im Rahmen der EU-
3431 Vorgaben regionale Wertschöpfung vor Ort erleichtern. Krisenbedingt wurde das Verga-
3432 berecht temporär vereinfacht, etwa durch eine Verkürzung der Fristen bei EU-Vergabe-
3433 verfahren oder einer Anpassung der Schwellenwerte für beschränkte Ausschreibungen
3434 und freihändige Vergaben in Deutschland. Erleichterungen bei Vergabeverfahren sollten
3435 kein Alleinstellungsmerkmal konjunktureller Hilfsmaßnahmen sein, sondern in Dauer-
3436 recht überführt werden.

3437 • Darüber hinaus ist eine grundsätzliche Entbürokratisierung und Digitalisierung dieser
3438 Prozesse dringend geboten. Öffentliche Fördermaßnahmen müssen schneller in kon-
3439 krete Investitionsprojekte umgesetzt werden.

3440 • Die Stärkung der regionalen und der örtlichen Wirtschaft muss bei vergleichbarer Leis-
3441 tung und angemessenem Preis als ein Kriterium der Auftragsvergabe zugelassen werden.
3442 Interkommunale Zusammenarbeit werden wir stärken, indem wir uns für eine kommu-
3443 nalfreundliche Auslegung im Vergabe- und Umsatzsteuerrecht einsetzen.

3444

3445 ***Föderalismus erhalten – Strukturen modernisieren***

3446 Zur strukturellen Modernisierung unseres Staates gehört aber auch ein moderner Födera-
3447 lismus. Bürgernahe Verwaltung und gleichwertige Lebensverhältnisse dürfen kein Gegen-
3448 satz sein. Gleichzeitig bietet der Föderalismus die Möglichkeit eines Wettbewerbs um die
3449 besten Konzepte. Das macht ihn stark – auch im internationalen Vergleich.

3450 • In einer Föderalismusreform werden wir einen neuen Zukunftspakt zwischen Bund, Län-
3451 dern und Kommunen schmieden. Wir werden alles auf den Prüfstand stellen, eine Ana-
3452 lyse der staatlichen Aufgaben erstellen und den Grundsatz der Subsidiarität konsequent
3453 anwenden.

3454 • Der Föderalismus muss passgenaue Lösungen vor Ort bieten, die Vielfalt unseres Landes
3455 widerspiegeln und gleichzeitig effizient sein. Dazu brauchen wir neue Kooperationsfor-
3456 men zwischen den Ländern, um Herausforderungen wie die Digitalisierung der Bildung
3457 besser zu meistern als bisher.

- 3458 • Uns leitet das demokratische Prinzip klarer Verantwortlichkeit: Die Bürgerinnen und
 3459 Bürger müssen wissen, wer wofür in unserem Staat Verantwortung trägt. Dazu werden
 3460 wir die Finanzbeziehungen von Bund, Länder und Kommunen zeitgemäß ordnen und
 3461 eine aufgabengerechte Finanzverteilung festlegen. Wir wollen Mischfinanzierung künf-
 3462 tig vermeiden und mögliche Nachteile für die Länder und Kommunen im Gegenzug ent-
 3463 sprechend durch einen höheren Umsatzsteueranteil ausgleichen. Dabei verfahren wir
 3464 nach dem Grundsatz: Das Geld folgt der Aufgabe.
- 3465 • Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Städte und Gemeinden aus eigener Kraft
 3466 die unterschiedlichen Herausforderungen vor Ort bewältigen können. Dazu brauchen
 3467 Kommunen verlässliche Finanzierungsquellen, die neuen bürokratieintensiven Förder-
 3468 programmen grundsätzlich vorzuziehen sind. Wir werden die kommunal relevanten För-
 3469 derprogramme zusammenfassen und auf einer Online-Plattform bündeln, damit sie dort
 3470 einfacher beantragt und abgewickelt werden können.
- 3471 • Wir brauchen dazu gemeinsame Standards und geeignete Schnittstellen. Es geht nicht
 3472 darum, ein Produkt vorzugeben oder bundesweit durchzusetzen. Vielmehr müssen künf-
 3473 tig vorhandene Standards stärker genutzt bzw. bei Bedarf passende Standards und
 3474 Schnittstellen gemeinsam entwickelt werden.
- 3475 • Auch neue organisatorische Vereinbarungen müssen getroffen werden. Der IT-Pla-
 3476 nungsrat hat mit der FITKO (Föderale IT-Kooperation) eine kleine, agile Organisation ge-
 3477 schaffen. Sie sollte personell und technisch gestärkt werden, sofern erforderlich.
- 3478 • In den Kernzuständigkeiten der Länder brauchen wir neue Kooperationsformen zwi-
 3479 schen den Ländern und eine engere Abstimmung. Bestehende Möglichkeiten der Koope-
 3480 ration zwischen den Ländern müssen stärker genutzt werden, um gemeinsame inhaltli-
 3481 che Standards nicht nur im IT-Bereich, sondern auch darüber hinaus zu definieren, das
 3482 gilt insbesondere auch für den Abbau von Bürokratie.
- 3483
- 3484 ***Neue gesetzgeberische Zurückhaltung walten lassen***
- 3485 Es gibt in Deutschland eine Neigung, jeden Lebenssachverhalt, jedes neue Problem mit ei-
 3486 nem Gesetz regeln zu wollen. Davon müssen wir uns freimachen. Für jedes einzelne Gesetz
 3487 mag es gute Gründe geben, in der Summe ist es zu viel. Weniger Gesetze bedeutet: mehr
 3488 Zeit für die Bundesministerien zur raschen Umsetzung und mehr Raum für den Deutschen
 3489 Bundestag zur politischen Gestaltung und Kontrolle der Regierung.
- 3490 • In der 19. Wahlperiode wird der Bundestag etwa 500 Gesetze beschlossen haben. In der
 3491 kommenden Wahlperiode wollen wir die Anzahl der Gesetze um 20 Prozent reduzieren.
 3492 Auf EU-Ebene setzen wir uns ebenso dafür ein, weniger, dafür gezielter zu regulieren.
- 3493 • Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass beschlossene Gesetze schnell und gut um-
 3494 gesetzt werden, dass beschlossenes Geld zügig ankommt oder investiert wird. Hier wol-
 3495 len wir deutlich besser werden, damit Investitionsmittel nicht mehr herumliegen, son-
 3496 dern auch tatsächlich ausgegeben werden. Im Deutschen Bundestag werden wir einmal

3497 pro Jahr in einer Umsetzungswoche den Fortschritt und die Wirkung unserer Gesetzge-
3498 bung transparent machen.

3499 • Wir wollen, dass sich die neue Bundesregierung stärker an Zielen und Kennzahlen bei
3500 der Erfolgskontrolle orientiert, damit das Neue auch tatsächlich bei Bürgerinnen und
3501 Bürgern ankommt.

3502 • Nahezu alle Gesetze verlangen etwas von Bürgern, Behörden oder Unternehmen. Die
3503 dazu notwendige Kommunikation, also der Austausch von Informationen und Unterla-
3504 gen, muss digital erledigt werden können – beispielsweise zwischen den Behörden, wenn
3505 es um die Ausstellung von Dokumenten wie dem Reisepass geht, oder wenn ein Bürger
3506 Informationen an die Rentenversicherung senden muss. Die Digitalisierungstauglichkeit
3507 von Gesetzen muss am Anfang stehen. Wir werden einen Digital-TÜV vor die Gesetzes-
3508 beratung setzen. Die zentrale Koordination dafür wird das neue Digitalministerium über-
3509 nehmen.

3510

3511 **8.2. Die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt**

3512 Wir wollen den Staat und seine Verwaltung neu denken, und zwar vom Bürger und seinen
3513 Lebenslagen her, nicht von den Prozessen und Strukturen der staatlichen Behörden. Digital
3514 ist dabei das neue Normal. Wir werden einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger
3515 auf eine digitale Bürgeridentität (e-ID) schaffen. Diese soll vorhandene Zuordnungen, wie
3516 die Steuer-ID oder die Sozialversicherungsnummer, zusammenführen und auf allen Ebenen
3517 staatlicher Verwaltung genutzt werden können.

3518 Die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen soll es Bürgern und Unternehmen so einfach
3519 und nutzerfreundlich wie möglich machen, mit der Verwaltung zu interagieren, Anträge zu
3520 stellen und Entscheidungen zu erhalten.

3521

3522 ***Bürgerservice „aus einer Hand“ bieten***

3523 Wer eine Dienstleistung der Verwaltung beantragt, soll alle Formalitäten und Verfahren an
3524 einer einzigen Stelle, dem sogenannten Einheitlichen Ansprechpartner, erledigen können.

3525 • Wir werden dafür sorgen, dass erforderliche Informationen von Bürgern oder Unterneh-
3526 men nur einmal erhoben werden und dann nur an einer einzigen Stelle in dem jeweils
3527 zuständigen Register notiert und auch nur dort aktualisiert werden. Die beschlossene
3528 Registermodernisierung setzen wir dazu mit Nachdruck um.

3529 • Mit automatisierten Entscheidungen werden wir diejenigen Verfahren beschleunigen,
3530 bei denen es kaum Ermessensspielräume gibt: Wer ein Kind bekommen hat, bekommt
3531 Kindergeld. Wer umgezogen ist, bekommt eine neue Meldebescheinigung. Verwaltungs-
3532 prozesse, für die die Bürger heute noch verschiedene Anträge stellen oder mehrfach In-
3533 formationen bereitstellen müssen, werden in automatisierter Abfolge geschehen, sobald
3534 beispielsweise die Geburt eines Kindes gemeldet wurde.

- 3535 • Unser längerfristiges Ziel ist es, dass Sozialleistungen zukünftig nicht nur bürokratieär-
3536 mer, sondern auch praktisch „wie aus einer Hand“ bei den Leistungsberechtigten ankom-
3537 men. Damit helfen wir den Berechtigten und vermeiden Mehrfachleistungen. Denn un-
3538 ser stark gegliedertes Sozialleistungssystem ist leistungsfähig, aber für den leistungsbe-
3539 rechtigten Bürger nur mit Mühe zu verstehen.

3540

3541 ***Digitalen Verwaltungszugang der Bürger garantieren***

3542 Aktuell gibt es bereits einige digitale Verwaltungsdienstleistungen, die die Bürgerinnen
3543 und Bürger nur in eingeschränktem Maße nutzen. Das hat verschiedene Gründe, allerdings
3544 sind viele Bürger auch noch nicht mit allen notwendigen Werkzeugen ausgestattet oder die
3545 Anwendungen sind noch nicht einfach genug gestaltet.

- 3546 • Wir wollen die persönliche Brieftasche für alle Verwaltungsvorgänge, für jeden auf dem
3547 eigenen Smartphone. Damit Bürger und Unternehmen so sicher und so einfach wie mög-
3548 lich die digitale Verwaltung nutzen können, werden wir sie im Rahmen einer digitalen
3549 Grundversorgung mit elektronischen Identifizierungswerkzeugen, Signaturen und si-
3550 cheren Postfächern ausstatten.

- 3551 • Wir werden den Personalausweis als Schlüsselement zur umfassenden und vollen digi-
3552 talen Identifizierung auf das Smartphone bringen und seine Anwendungsmöglichkeiten
3553 konsequent erweitern. Diese Lösung muss europaweit skaliert werden. Die Nutzung wird
3554 erst dann auch für die grenzüberschreitende Wirtschaft attraktiv, wenn die Lösung nicht
3555 nur in Deutschland funktioniert, sondern auch auf den umliegenden Märkten.

3556

3557 ***Teilhabe für alle sicherstellen***

3558 CDU und CSU denken Politik von der Mitte der Gesellschaft und tragen damit eine Verant-
3559 wortung für alle Bürgerinnen und Bürger. Diese Verantwortung nehmen wir auch im digi-
3560 talen Wandel wahr. Dabei wollen wir niemanden zurücklassen. Daher behalten wir auch die-
3561 jenigen im Blick, die nicht in einer digitalen Welt aufgewachsen sind und die weniger Kennt-
3562 nisse in diesem Bereich haben.

- 3563 • Wir werden dafür sorgen, dass staatliche Leistungen, ganz besonders diejenigen zur Da-
3564 seinsvorsorge, für jedermann einfach zugänglich bleiben. Das ist aber nur die Grundver-
3565 sorgung.

- 3566 • Wir werden ambitionierter sein und Möglichkeiten zum digitalen Lernen schaffen. Nicht
3567 jeder muss digital werden, aber wer digital werden möchte, sollte dazu Hilfestellung be-
3568 kommen können. Dies kann zunächst analog in den Volkshochschulen geschehen und
3569 später dann über Lernplattformen oder andere Online-Angebote. Alle interessierten
3570 Bürgerinnen und Bürger sollen sich auf eigene Initiative digital weiterbilden können, um
3571 die Möglichkeiten einer digitalen Welt nutzen zu können.

- 3572 • Wir wollen eine frühe Bürgerbeteiligung. Gerade digitalisierte Verfahren bieten hierfür
3573 enorme Potenziale. Das haben die diversen Hackathons im vergangenen und in diesem
3574 Jahr gezeigt. Bürger haben dabei konkret an Lösungsvorschlägen mitgearbeitet. Diese

3575 Art der Bürgerbeteiligung wollen wir gezielt fördern und in der Verwaltungspraxis nach-
3576 haltig etablieren.

3577

3578 **8.3. Der öffentliche Dienst als moderner Arbeitgeber**

3579 Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst haben in der Pandemie Groß-
3580 artiges geleistet: In Kindergärten und Schulen, bei der Polizei, bei der Bundeswehr, in den
3581 Behörden. Beim Bund, bei den Ländern, in den Kommunen. Wir setzen darauf, dass nur mit
3582 ihren Ideen, aber auch mit ihrer Erfahrung und ihrem Engagement die Staatsmodernisie-
3583 rung gelingt.

3584 Um die Chancen des digitalen Wandels in unserem Staatswesen voll auszuschöpfen und das
3585 Modernisierungsjahrzehnt aktiv voranzutreiben, brauchen wir einen leistungsfähigen öf-
3586 fentlichen Dienst mit gut ausgebildetem und hoch motiviertem Personal, der sich mit Wirt-
3587 schaft, Wissenschaft und Gesellschaft austauscht und der Mut zum Risiko hat. Wir brauchen
3588 öffentliche Einrichtungen, deren Beschäftigte staatliche Aufgaben zuverlässig und umfas-
3589 send erledigen. Dabei stehen wir zu den bewährten beiden Säulen des öffentlichen Diens-
3590 tes, den Tarifangestellten und dem Berufsbeamtentum.

3591

3592 ***Beschäftigte fördern, Talente anwerben, Dienstrecht modernisieren***

3593 Ein digitaler Kulturwandel wird nur zusammen mit den Beschäftigten des öffentlichen
3594 Dienstes gelingen. Entscheidend ist dabei Wertschätzung und Offenheit für neue Ideen und
3595 Vorschläge.

3596 • Der öffentliche Dienst muss die besten Köpfe anziehen und ihnen Gestaltungsmöglich-
3597 keiten geben. Dazu müssen Wechsel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung
3598 stärker ermöglicht und Anreize für neue Ideen und neue Wege – etwa über Modellpro-
3599 jekte – gegeben werden.

3600 • Wir wollen von der Erfahrung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes profitieren.
3601 Um die Vorschläge aufzunehmen und auch die Zufriedenheit messbar zu machen, wollen
3602 wir eine digitale Plattform für Mitarbeiterbefragungen einführen, die in allen Bundesbe-
3603 hörden anonym und behördenübergreifend durchgeführt werden.

3604 • Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung stärken und Karrier-
3605 ewege flexibler machen. Wir brauchen im Bund und in allen Ländern ein modernes
3606 Dienstrecht, das für Offenheit und Durchlässigkeit steht und das den individuellen Leis-
3607 tungen und Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht wird.

3608 • Wir werden die Beförderungsgrundlagen weiterentwickeln, sodass sich Rotations-, Pro-
3609 jektverantwortung und ressortübergreifende Stationswechsel stärker lohnen, indem sie
3610 für eine Beförderung berücksichtigt werden. Dadurch werden Laufbahnen nicht bloß als
3611 lineare Vorgänge gestaltet, sondern es werden Rotation, Hospitation und Auslandsauf-
3612 enthalte stärker gefördert. Nicht Wartezeiten, sondern die Qualifikation für die konkrete
3613 Aufgabe müssen für eine Beförderung entscheidend sein.

- Um mehr Fachkräfte für die Verwaltung zu gewinnen, müssen neue Wege etwa bei der Vergütung beschritten werden, insbesondere im Bereich hochspezialisierter IT-Berufe. Die Einführung von Zulagen für IT-Fachkräfte ist ein richtiger Schritt, wird aber nicht ausreichen. Es erfordert grundsätzlich mehr Kreativität bei der Personalgewinnung und eine Flexibilisierung des Personaleinsatzes über Ressortgrenzen hinweg sowie zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Neue Sichtweisen willkommen – Vielfalt fördern

Wir wollen neue Ideen und frische Impulse durch externe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ungewöhnliche Lebensläufe einbringen. Es braucht eine höhere Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft für den wechselseitigen, auch zeitlich limitierten Austausch von Mitarbeitern. Dazu sind erfahrene Quereinsteiger eine willkommene Bereicherung für den öffentlichen Dienst. Sie bringen vielfältige Erfahrungen aus der Praxis und neue Perspektiven mit.

- Damit mehr von ihnen den Weg in die Verwaltung finden, müssen wir die Einstellungsbedingungen flexibilisieren. Wir wollen den Weg frei machen für Fachkräfte, die möglicherweise keinen formalen Abschluss in ihrer Fachrichtung haben, aber über jahrelange und erfolgreiche Berufserfahrung oder andere Qualifikationen verfügen.
- Eine leistungsfähige und moderne Verwaltung braucht unterschiedliche Perspektiven. Wir setzen uns dafür ein, im öffentlichen Dienst bis 2025 gemäß der gerade beschlossenen Reform eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Leitungsfunktionen auf allen Ebenen zu verwirklichen.
- Die Vielfalt unserer Gesellschaft soll auch im öffentlichen Dienst sichtbar sein. Wir werden auch dafür sorgen, dass keine Frau und kein Mann wegen der Erziehung der Kinder oder der Pflege von Angehörigen benachteiligt wird. Im öffentlichen Dienst sind diese Zeiten besser als bisher bei Beförderungen und Bewerbungen als Qualifikation zu berücksichtigen. Damit wollen wir die Familienfreundlichkeit im Land verbessern.

Neue Formen der Zusammenarbeit etablieren

Die aktuelle Form der Zusammenarbeit konzentriert sich sehr stark auf Zuständigkeiten und fördert Zusammenarbeit nicht stark genug. Verwaltungsarbeit muss agiler und umsetzungsorientierter werden.

- Wir werden interdisziplinäre Projektarbeit zum Standard in Verwaltungen machen. Die notwendige Transformation wollen wir begleiten, um die Bedeutung der Projektarbeit zu stärken, prozessbegleitende Beratung und Weiterbildung zu fördern und Rechtsfragen zu klären. Jede angesprochene Behörde sollte sich an der Projektarbeit beteiligen. Dies gilt insbesondere zwischen den Verwaltungsebenen: Fachleute im Rechtswesen und bei übergeordneten Themen in den Bundes- und Landesministerien sollten mit den

3652 ausführenden Praktikern in Städten und Gemeinden als Projektteams zusammenkom-
3653 men, damit die besten Lösungen gemeinsam und direkt erarbeitet sowie gut umgesetzt
3654 werden können.

3655 • Wir werden in allen Geschäftsbereichen Modernisierungsteams schaffen, die vorange-
3656 hen und Innovationen in strategischen Schwerpunktthemen erproben und optimieren,
3657 bevor sie aufwendig für ganze Ministerien etabliert werden. Gleichzeitig können solche
3658 Innovationseinheiten als “flexible Reserve” mit ihren Fähigkeiten strategisch relevante
3659 Projekte beschleunigen und querschnittlicher Arbeit zum Erfolg verhelfen.

3660 • Mit Reallaboren und digitalen Modellprojekten für die Verwaltung wollen wir dabei neue
3661 Arbeitsweisen auszuprobieren, um damit Projekte schneller und effizienter umzusetzen.
3662 Ein Neustart setzt Offenheit für Veränderung voraus, und die braucht Legitimation und
3663 Beteiligung.

3664 • Die Erfahrungen aus der Pandemie haben gezeigt, dass gute Zusammenarbeit auch von
3665 unterschiedlichen Orten aus funktionieren kann. So können wir Dienstreisen reduzieren,
3666 effizienter arbeiten und dabei noch Kosten einsparen. Wir bekennen uns zu den Verein-
3667 barungen des Bonn/Berlin-Gesetzes. Wir werden mehr Bundesbehörden in den neuen
3668 Bundesländern ansiedeln.

3669

3670 ***Eine moderne Bundesverwaltung***

3671 In der Bundesverwaltung sollen Aufgaben und Zuständigkeiten zusammengefasst und ge-
3672 meinsam erledigt werden, wo immer dies möglich ist. Das Ressortprinzip darf nicht zum
3673 Hemmnis für die Modernisierung werden. Sich überlappende Zuständigkeiten, Doppel-
3674 strukturen in verschiedenen Ressorts und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Ressorts
3675 bremsen die Handlungsfähigkeit Deutschlands.

3676 • Wir wollen weiterhin eine aktive Rolle des Bundeskanzleramts als Schaltstelle für das
3677 Regierungshandeln. Wir brauchen – gerade für ein Digitalministerium – eine Zusammen-
3678 arbeit in der Bundesregierung, die klare Verantwortlichkeiten definiert, aber in den
3679 dringlichsten, gemeinsam definierten Reformbereichen auch eine kraftvolle Umsetzung
3680 ermöglicht.

3681 • Die Ministerien sollen dazu prüfen, ob Verwaltungsaufgaben an nachgeordnete Bereiche
3682 abgegeben werden können. So schaffen wir neue Synergien.

3683 • Wir werden den „Digital Service 4 Germany“ als Innovationstreiber für nutzerorientierte
3684 Softwareentwicklung in der Bundesregierung ausbauen und den Austausch zwischen
3685 Verwaltungsmitarbeitern und Digitaltalenten intensivieren. Unser Ziel ist die besten
3686 Softwareentwickler und IT-Köpfe für unser Gemeinwesen zu gewinnen.

3687

3688 ***Austausch zwischen den Ebenen verbessern***

3689 Wir wollen klare Verantwortlichkeiten definieren und gleichzeitig die Kooperation und
3690 Kommunikation zwischen den Behörden in Bund, Ländern und Kommunen verbessern, um

3691 krisenfester, schneller und effizienter zu sein. Es muss stets möglich sein, Lösungen aus ei-
3692 nem Bundesland in ein anderes zu übertragen oder eine medienbruchfreie Kommunikation
3693 zwischen Bundesstelle, Kommunen und Dienstleistern herzustellen.

3694

3695 **8.4. Digitale Infrastruktur**

3696 Das Rückgrat des Modernisierungsjahrzehnts ist eine gute Infrastruktur – und zwar im ge-
3697 samten Land. Unser Ziel ist es, bis spätestens 2024 alle weißen Flecken mit stationären oder
3698 mobilen Masten zu beseitigen und das Prinzip „neue Frequenzen nur gegen flächende-
3699 ckende Versorgung“ gesetzlich festzuschreiben.

3700 • Wir werden mit der von uns gestarteten Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft bis 2025 ein
3701 flächendeckendes 5G-Netz in ganz Deutschland schaffen und bis 2025 insgesamt 15
3702 Mrd. Euro für Gigabit-Netze bereitstellen.

3703 • Wir werden den Netzausbau durch eine unbürokratische, digitale und rasche Genehmi-
3704 gungspraxis beschleunigen. Wir werden Verfahren durch Digitalisierung und Standardi-
3705 sierung vereinfachen und damit den notwendigen Aufwand senken.

3706 • Durch verstärkte Mitarbeiter-Weiterbildungen und Unterstützung durch Experten des
3707 Bundes und der Länder werden wir die Ressourcen aufseiten der kommunalen Verwal-
3708 tungen steigern, die hier für einen begrenzten zeitlichen Rahmen sowohl rechtliche als
3709 auch technische Verfahren verstärkt betreuen müssen.

3710 • Über die Beschleunigung der Verfahren hinaus müssen wir Engpässe beim tatsächlichen
3711 Ausbau in Angriff nehmen. Die Möglichkeiten für alternative Verlegeverfahren müssen
3712 stärker genutzt werden. So sind beispielsweise alternative Verlegeverfahren in geringe-
3713 rer Verlegetiefe bereits rechtlich möglich, treffen aber nach wie vor auf Skepsis. Bereits
3714 angelaufene Maßnahmen zur Aufklärung über diese sinnvollen Verfahren müssen daher
3715 konsequent verstärkt werden.

3716 • Darüber hinaus sollten die Verfahren schnell und umfassend zertifiziert werden, um
3717 mögliche Zweifel direkt auszuräumen.

3718

3719 **8.5. Nachhaltiger Staat**

3720 Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und so schnell wie möglich eine CO2-neutrale
3721 Bundesverwaltung erreichen. Dabei muss die Verwendung von Ökostrom ebenso eine Rolle
3722 spielen wie die energetische Sanierung von Bundesgebäuden. Wir wollen, dass der Bund
3723 eine Vorreiterrolle im Bereich der Nachhaltigkeit und der Reduzierung von Plastikmüll ein-
3724 nimmt.

3725 • Neben der Etablierung von Erneuerbaren Energien in Gebäuden wollen wir die Flotte so-
3726 wie Regierungsflüge des Bundes über Elektroantriebe oder über synthetische Kraftstoffe
3727 dekarbonisieren.

3728 • Zur Steigerung der Biodiversität soll der Bund bei der Bewirtschaftung seiner Liegen-
3729 schaften und Flächen vorangehen und dabei insbesondere die Dach- und Fassadenbe-
3730 grünung stärken.

3731 • Als Großabnehmer für Zukunftstechnologien und Vorbild beim nachhaltigen Wirtschaften
3732 wird die Bundesverwaltung ihr Handeln und ihre Beschaffung an Nachhaltigkeitsin-
3733 dikatoren ausrichten. Eine verbindliche Nachhaltigkeitsprüfung für alle Gesetze anhand
3734 der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für eine generationengerechte Politik wollen wir
3735 dazu verankern. Entsprechende Nachhaltigkeitsindikatoren bilden die wirtschaftlichen,
3736 sozialen und ökologischen Dimensionen unseres Lebens bestmöglich ab und schaffen
3737 eine verbesserte Gesetzesfolgenabschätzung für Deutschlands Zukunft.

3738

9. Neue Stärke für mehr Sicherheit – aus Verantwortung für unsere Freiheit

Unser Unionsversprechen: Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land auf ein Leben in Sicherheit und Freiheit vertrauen können: ob zu Hause, unterwegs auf Straßen oder Plätzen, in Bussen oder Bahnen, bei Tag oder Nacht, analog oder digital. Sie erwarten zu Recht einen starken Staat, der sie schützt. Dafür werden wir weiterhin gemeinsam arbeiten.

Wir stehen dabei fest an der Seite derjenigen, die täglich alle Anstrengungen unternehmen, um Sicherheit in Freiheit zu verteidigen. Ganz gleich ob Polizisten oder Rettungskräfte, Mitarbeiter der Ordnungsämter, Richter oder Staatsanwälte – sie alle genießen ein besonders großes Vertrauen. Ihrem Einsatz gebühren unser Respekt und unsere Unterstützung.

Dank dieses Einsatzes können wir in Deutschland sicherer leben als in den meisten anderen Ländern der Welt. Doch Sicherheit und Freiheit werden jeden Tag aufs Neue herausgefordert: von Einbrechern, kriminellen Clans, gewaltbereiten Extremisten, internationalen Terroristen oder Angriffen im Cyberraum. Deshalb wollen wir die Wehrhaftigkeit unseres Rechtsstaates weiter stärken. Im Modernisierungsjahrzehnt der 20er Jahre setzen wir dabei auf ein Update aller Sicherheitsbehörden mit einem Dreiklang aus mehr Personal, besserer Ausstattung sowie zeitgemäßer Kompetenzen und Befugnisse.

Für uns ist klar: Im Sinne der Subsidiarität und Bürgernähe sind die Länder zu Recht für die Polizei verantwortlich. Krisen und Katastrophen nehmen jedoch keine Rücksicht auf Grenzen von Regionen, Bundesländern oder Staaten. So wenig sich Straftäter durch Grenzen abhalten lassen, so wenig dürfen Grenzen eine wirksame Arbeit der Sicherheitsbehörden behindern. Die Möglichkeiten zu einer verstärkten Zusammenarbeit von Bund und Ländern müssen daher voll genutzt werden. Dort, wo Bund und Länder in Angelegenheiten der Sicherheit des Bundes zusammenarbeiten, braucht es bei komplexen Struktur- und Ermittlungsverfahren auch eine stärkere Koordinierung – etwa im Kampf gegen die Feinde unserer Verfassung, gegen Terroristen, in der Abwehr von Gefahren aus dem Cyberraum oder bei bundesweiten, auch digitalen, Katastrophenfällen.

9.1. Mehr Sicherheit überall und jederzeit

Sicher in den eigenen vier Wänden leben

Um Einbrecher stärker abzuschrecken, haben wir härtere Strafen durchgesetzt. Dies allein aber reicht nicht. Wir müssen auch dafür sorgen, dass mehr Einbrüche aufgeklärt, Täter leichter gefasst und Wiederholungs- bzw. Serienstraftaten verhindert werden. Daher haben wir der Polizei zusätzliche Ermittlungsbefugnisse an die Hand gegeben. Wir setzen diesen Weg konsequent fort.

- Wir wollen, dass künftig softwaregestützte Werkzeuge verstärkt zum Einsatz kommen, mit deren Hilfe sich die Tatmuster von Einbrechern vorhersagen lassen. So können besonders gefährdete Wohngebiete erkannt und gezielt mit Polizeistreifen überwacht werden.

- 3779 • Wir unterstützen Eigentümer und Mieter weiterhin dabei, Türen und Fenster besser zu
3780 sichern. Dafür werden wir die staatlichen Zuschüsse ausbauen.

3781

3782 ***Mehr Polizeipräsenz zeigen***

3783 Wo Grenzen überschritten, Regeln missachtet oder Gesetze gebrochen werden, gilt null
3784 Toleranz. Sicherheit ist besonders dort wichtig, wo wir zu Hause sind, im Alltag und in un-
3785 serer Nachbarschaft.

- 3786 • Wir wollen die Polizei von bürokratischen Aufgaben entlasten. So wird sie noch bürger-
3787 näher und sichtbarer.

- 3788 • Wir brauchen mehr Polizistinnen und Polizisten auf Straßen und Plätzen – sowohl in der
3789 Stadt als auch in den ländlichen Räumen.

- 3790 • Auch in Zügen, auf Bahnhöfen und Flughäfen setzen wir auf Sicherheit durch stärkere
3791 Polizeipräsenz.

- 3792 • Wer Verwahrlosungen, verschmutzte Grünanlagen oder Fassadenschmierereien erlebt,
3793 fühlt sich nicht wohl und damit auch nicht sicher. Deshalb treten wir für saubere Ort-
3794 schaften und gepflegte Stadtteile ein.

3795

3796 ***Videoschutz an öffentlichen Gefahrenorten ausbauen***

3797 Kameras mit intelligenter Videosicherheitstechnik helfen unseren Polizistinnen und Poli-
3798 zisten, Täter abzuschrecken und Straftaten aufzuklären. Dabei gilt: mehr Sicherheit und
3799 zielgerichteter Datenschutz durch moderne Technik, die effizient und innovativ ist. Wir
3800 werden immer wieder neu abwägen müssen, inwieweit das Recht des Einzelnen auf Schutz
3801 seiner persönlichen Daten mit dem grundgesetzlichen Auftrag in Einklang zu bringen ist,
3802 Sicherheit für alle Menschen zu gewährleisten.

- 3803 • An öffentlichen Gefahrenorten wie etwa vor und in Fußballstadien, an Bahnhöfen und
3804 weiteren Verkehrsknotenpunkten sowie in Bussen und Bahnen wollen wir den intelligen-
3805 ten Videoschutz weiter ausbauen. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung und
3806 der Künstlichen Intelligenz noch besser nutzen.

- 3807 • Um die Fahndung nach schweren Straftätern, Gefährdern und Terroristen zu verbessern,
3808 wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die automatisierte Gesichtserken-
3809 nung an Gefahrenorten in Deutschland eingesetzt werden kann.

3810

3811 ***Einsatzkräfte konsequent schützen***

3812 Polizisten, Feuerwehrleute, Sanitäter und andere Einsatzkräfte stehen täglich mit ihrer Ar-
3813 beit und oft auch mit ihrem Leben für unser aller Sicherheit ein.

- 3814 • Um diejenigen besser zu schützen, die uns schützen, werden wir die Mindeststrafe für
3815 tätliche Angriffe auf sechs Monate, für heimtückische Attacken auf ein Jahr Haft erhöhen

3816 und damit als Verbrechen einstufen. Wenn der Täter eine Waffe oder ein anderes gefähr-
3817 liches Werkzeug bei sich führt, soll eine Strafe bis zu zehn Jahren verhängt werden kön-
3818 nen.

3819 • Polizistinnen und Polizisten müssen nicht nur gut ausgebildet, sondern auch gut ausge-
3820 rüstet sein, damit sie uns und sich selbst gut schützen können. Wir wollen daher Aus-
3821 und Fortbildung verbessern und für eine bestmögliche Ausstattung sorgen, wie etwa
3822 durch die flächendeckende Verwendung von Bodycams – auch bei Einsätzen in Wohn-
3823 räumen. So können Einsatzsituationen beweissicher aufgezeichnet, Angreifer erkannt
3824 und Straftaten leichter verfolgt werden.

3825 • Wir wollen diejenigen strafrechtlich zur Verantwortung ziehen, die sich einer gewalttä-
3826 tigen Menschenmenge anschließen, sich trotz polizeilicher Aufforderungen nicht entfer-
3827 nen und dadurch aktive Gewalttäter schützen.

3828 • Um Polizisten und anderen Einsatzkräften sowie Soldaten den Rücken zu stärken, wollen
3829 wir deren Schmerzensgeldansprüche neu regeln. Auch wenn sie im Dienst beleidigt wer-
3830 den, soll das dafür gerichtlich zugesprochene Schmerzensgeld vom Staat vorgestreckt
3831 werden. Der Staat holt sich das Geld anschließend beim Täter zurück.

3832 • Wir wollen die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage prüfen.

3833

3834 **9.2. Voller Schutz für Kinder und Frauen vor Gewalt und Missbrauch**

3835 Mit sexuellem Missbrauch fügen Täter Kindern unermessliches Leid zu. Kindesmissbrauch
3836 zerstört Kinderseelen. Für uns haben Kindeswohl und Kindeschutz daher oberste Priorität.
3837 Wir stehen dafür, dass sich kein Täter sicher fühlen darf, und stellen Opferschutz vor Täter-
3838 schutz. Vieles haben wir hier bereits erreicht – wie zuletzt die Bestrafung von Kindesmiss-
3839 brauch als Verbrechen mit einer Mindesthaftstrafe von einem Jahr. Doch damit ist für uns
3840 der Kampf noch nicht gewonnen.

3841

3842 ***Sexuellen Kindesmissbrauch in aller Schärfe bekämpfen***

3843 • Wir wollen den Einsatz der elektronischen Fußfessel bei Sexualstraftätern erweitern.

3844 • Wer sich an Kindern und Jugendlichen vergeht, darf nie wieder beruflich oder ehrenamt-
3845 lich Umgang mit ihnen haben. Dazu ist ein lebenslanger Eintrag im erweiterten Füh-
3846 rungszeugnis notwendig.

3847 • Wir haben durchgesetzt, dass Provider bei Kenntnis von Sexualstraftaten gegen Kinder
3848 die IP-Adressen an das Bundeskriminalamt melden müssen. Darüber hinaus müssen die
3849 Internetdienste verpflichtet werden, bei Kenntnis von sexuellem Missbrauch von Kin-
3850 dern auch Bestandsdaten wie etwa hinterlegte Telefonnummern, E-Mail-Adressen oder
3851 Kreditkartendaten an die Ermittler weiterzugeben. Schließlich sollen die Provider die
3852 Möglichkeit erhalten, anhand der digitalen Fingerabdrücke von Missbrauchsbildern
3853 diese in ihren Datenbanken aufzuspüren.

3854 • Einzelne Täter härter zu bestrafen, reicht nicht aus, wenn gleichzeitig eine Vielzahl wei-
3855 terer Täter nicht ermittelt werden kann. Wir wollen deshalb erneut darauf hinwirken, auf
3856 europäischer Ebene eine grundrechtskonforme Regelung zur Speicherung und zum Ab-
3857 ruf von Telefonnummern und IP-Adressen zu schaffen, die den Einsatz der sogenannten
3858 Vorratsdatenspeicherung als schärfster Waffe im Kampf gegen den Kindesmissbrauch
3859 ermöglicht.

3860 • Wir setzen uns für einen zügigen Fortschritt bei den E-Evidence-Regelungen auf europä-
3861 ischer Ebene ein, damit Ermittlungsbehörden europaweit leichter auf elektronische Be-
3862 weismittel zugreifen können, wie etwa auf in einer Cloud gespeicherte E-Mails oder Do-
3863 kumente.

3864

3865 ***Kinder präventiv schützen***

3866 Wir brauchen eine umfassende Gesetzeskonzeption, die den Schutz des Kindes in den Mit-
3867 telpunkt stellt. Hinsehen und Helfen ist wichtig.

3868 • Um Kinder und Jugendliche besser vor sexuellem Missbrauch und Gewalt zu schützen,
3869 brauchen wir eine groß angelegte Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne. Wir wol-
3870 len, dass Kitas und Schulen zu zentralen Schutzorten vor sexueller Gewalt werden und
3871 verpflichtend sexualpädagogische Schutzkonzepte einführen.

3872 • Wir werden für kinderfreundliche Beschwerdeverfahren und geeignete Hilfsangebote
3873 auch für traumatisierte Kinder sorgen.

3874 • Regelmäßige Früherkennungsuntersuchungen eröffnen eine Möglichkeit, sexuellen
3875 Missbrauch von Kindern aufzudecken. Im Falle eines begründeten Verdachts sollte die
3876 Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Jugendhilfe verbessert werden.

3877 • Wir müssen auch in der digitalen Welt unsere Kinder besser schützen. Wir werden ihre
3878 Medienkompetenz fördern und Telemedienanbieter zu besseren Kindesschutzkonzep-
3879 ten verpflichten.

3880 • Es ist uns wichtig, dass Kinderschutz zum Pflichtfach für alle wird, die mit Kindern arbei-
3881 ten: in der Erzieherausbildung, im Studium Soziale Arbeit, in der Pädagogik, in der Aus-
3882 bildung für das Familiengericht, im Psychologiestudium und in der Ausbildung von Kin-
3883 derärzten.

3884 • Kinder müssen so behutsam wie möglich behandelt werden, wenn sie als Opferzeugin-
3885 nen und -zeugen auftreten. Wir wollen, dass die Rechtsansprüche der kindlichen Verfah-
3886 rensbeteiligten, wie beispielsweise die audiovisuelle Zeugenvernehmung, beachtet und
3887 durchgesetzt werden.

3888

3889 ***Gewalt gegen Frauen rigoros ahnden***

3890 Wir stehen an der Seite der Mädchen und Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, und all
3891 jenen, die davon bedroht sind. Ihrem Schutz müssen wir uns als gesamte Gesellschaft ver-
3892 pflichtet fühlen.

3893 • Wir brauchen mehr Transparenz über frauenfeindliche Straftaten. Deshalb wollen wir,
3894 dass diese eigens in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden. Daraus müssen
3895 Lagebilder erstellt und Handlungsansätze für die Polizei abgeleitet werden.

3896 • Den Opfern von sexualisierter oder häuslicher Gewalt soll flächendeckend angeboten
3897 werden, die Spuren vertraulich und gerichtsfest dokumentieren zu lassen, ohne dass ein
3898 Ermittlungsverfahren von Amts wegen eingeleitet werden muss.

3899

3900 ***Prostituierte wirksamer schützen***

3901 Nach wie vor gibt es trotz klarer Verbote Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschen-
3902 handel. Dieser Zustand ist für uns inakzeptabel. Dabei gilt es, sowohl dem Schutzauftrag
3903 des Staates für die Schwächsten als auch der Gewährleistung der Berufsfreiheit gerecht zu
3904 werden.

3905 • Wir wollen Prostitution von Schwangeren sowie Heranwachsenden unter 21 Jahren ver-
3906 bieten – mit einer entsprechenden Bestrafung der Freier.

3907 • Wir wollen darauf hinwirken, dass der Straßenstrich aufgrund der dort oft besonders
3908 menschenunwürdigen Bedingungen stärker reguliert wird.

3909 • Wir werden die Bund-Länder-Zusammenarbeit verbessern, damit das Prostituierten-
3910 schutzgesetz effektiver durchgesetzt werden kann. Wir wollen eine deutlich schärfere
3911 Kontrolle des Prostitutionsgewerbes und intensivere Ermittlungen beim Menschenhan-
3912 del.

3913 • Die Evaluierung des Prostitutionsschutzgesetzes wollen wir vorziehen. Wer Prostituierte
3914 ausbeutet oder sich der Zuhälterei schuldig macht, soll härter bestraft werden können.
3915 Den Ausstieg aus der Prostitution wollen wir stärker unterstützen.

3916

3917 **9.3. Kein Raum für organisierte Kriminalität**

3918 ***Überregional und behördenübergreifend enger zusammenwirken***

3919 Straftäter sind heutzutage oft hochmobil, Banden agieren etwa bei Wohnungseinbrüchen,
3920 Menschen-, Drogen- und Waffenhandel längst grenzüberschreitend. Darauf reagieren wir
3921 in der Kriminalitätsbekämpfung.

3922 • Wir wollen, dass Polizei- und Ermittlungsbehörden in Deutschland noch enger überregi-
3923 onal und behördenübergreifend zusammenwirken.

3924 • Auch auf europäischer Ebene werden wir organisierter Kriminalität, Mafia und kriminellen
3925 Clans durch eine wirksamere Zusammenarbeit – auch mit Blick auf EUROPOL und
3926 die Herkunftsländer der Täter – begegnen.

3927 • Die bereits verbesserte grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit werden wir
3928 weiter ausbauen.

- 3929 • Um die Grenzfehndung in besonderen Gefahrenlagen weiter zu stärken, haben wir es der
3930 Bundespolizei ermöglicht, Auto-Kennzeichen mit automatischen Lesegeräten zu erfass-
3931 sen. Wir wollen, dass überall in Deutschland mithilfe einer lagebildabhängigen Schleier-
3932 fahndung kontrolliert werden darf. Das ist nicht nur in Grenzregionen wichtig, sondern
3933 auch auf international bedeutsamen Verkehrswegen und im Umfeld von Bahnhöfen und
3934 Flughäfen. Den bislang für die Bundespolizei geltenden Grenzkorridor wollen wir dafür
3935 ausdehnen.

3936

3937 ***Geldwäsche bekämpfen und Verbrechenegewinne abschöpfen***

3938 Für jeden muss klar sein: Verbrechen lohnt sich nicht! Deshalb haben wir den Tatbestand
3939 der Geldwäsche bereits mehrfach verschärft und das Einziehen kriminell erlangter Vermö-
3940 gen erleichtert. Wir folgen dem Prinzip „Follow the money“ und setzen genau dort an, wo
3941 es den Kriminellen am meisten weh tut: beim Geld.

- 3942 • Wir wollen Geldwäsche noch konsequenter bekämpfen und verfassungskonform regeln,
3943 dass bei Vermögen unklarer Herkunft künftig eine vollständige Beweislastumkehr gilt.

- 3944 • Grundstücke durch Barzahlung zu erwerben, soll nur mittels Banken möglich sein, die
3945 zuvor die Identität des Käufers und die Herkunft des Geldes im Rahmen einer bestehen-
3946 den Geschäftsbeziehung zu prüfen haben; gleiches gilt beim Umtausch von Bargeld in
3947 Kryptowährung und umgekehrt.

- 3948 • Die polizeilichen Befugnisse des Zolls, die Steuerfehndung und die Finanzkontrolle
3949 Schwarzarbeit werden wir weiter stärken.

- 3950 • Wir setzen uns dafür ein, dass Frankfurt a. M. Sitz der neuen unabhängigen EU-Behörde
3951 zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird.

3952

3953 **9.4. Null Toleranz gegenüber kriminellen Familienclans**

3954 Die von kriminellen Familienclans begangene organisierte Kriminalität stellt eine spezielle
3955 Bedrohung der Sicherheit dar – insbesondere in vielen Großstädten. Mit unserer Null-Tole-
3956 ranz-Strategie und Politik der tausend Nadelstiche werden wir den Kontroll- und Verfol-
3957 gungsdruck auf kriminelle Clans weiter erhöhen.

3958

3959 ***Parallelgesellschaften verhindern***

3960 Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns nicht verhandelbar.

- 3961 • Der Abschottung in kriminelle Parallelgesellschaften mit eigenen Regeln und eigener
3962 Gerichtsbarkeit sagen wir den Kampf an.

- 3963 • Mit fortlaufenden konsequenten und konzentrierten Einzelmaßnahmen, wie etwa wie-
3964 derkehrenden Razzien, müssen kriminelle Clans weiterhin systematisch gestört werden.
3965 Sie dürfen keine ruhige Minute mehr haben. So zeigen wir auch bei kleineren Rechtsbrü-
3966 chen: Der Staat ist da und lässt sich nicht auf der Nase herumtanzen!

3967 • Zur wirksamen Zusammenarbeit gegen Clankriminalität gehört es, länder- und behördenübergreifend zu ermitteln und auszuwerten, die Darstellung von Lageerkenntnissen
3968 zu verbessern, den internationalen Austausch zu verstärken sowie eine abgestimmte
3969 Vorgehensweise zur Bewältigung von Einsatzlagen zu erarbeiten.
3970

3971 • Strafverfolgungs- und Sozialbehörden sowie im Bedarfsfall auch Schulbehörden müssen
3972 alle relevanten Daten austauschen können.

3973 • Wir haben dafür gesorgt, dass abgeschobene Schwermisstraftäter und Gefährder, die trotz
3974 einer Einreisesperre wieder nach Deutschland zurückkehren, einfacher in Haft genommen werden können. Viele Clanmitglieder besitzen zwar die deutsche Staatsangehörigkeit. Soweit dies jedoch nicht der Fall ist, sind bei kriminellen Mitgliedern sämtliche aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen mit dem Ziel der Ausweisung und Abschiebung anzuwenden.
3975
3976
3977
3978
3979

3980 ***Ausstieg aus Clans unterstützen***

3981 Durch Abschottung und negative Vorbilder krimineller Familienangehöriger sind Kinder in
3982 Clanfamilien oft an einer positiven Entwicklung gehindert. Dies stellt eine Gefährdung des
3983 Kindeswohls dar und erfordert schützende Maßnahmen.

3984 • Wir brauchen daher engen Kontakt zu diesen Familien und deren ständige Kontrolle seitens der Jugendämter.
3985

3986 • Clanmitglieder, die sich aus ihrem kriminellen Umfeld befreien wollen, bekommen unsere Hilfe. Dafür wollen wir gezielte, langfristig angelegte Aussteiger- und Zeugenschutzprogramme auflegen, die die Chance auf ein geregeltes Leben in Sicherheit eröffnen. Dabei sind vor allem junge Clanmitglieder sowie Frauen in diesen Familien in den Blick zu nehmen.
3987
3988
3989
3990
3991

3992 **9.5. Schutz unserer Demokratie vor Extremisten und Terroristen**

3993 Deutschland ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit
3994 sollte niemand als Schwäche missverstehen. Extremisten und Terroristen gefährden unsere
3995 Sicherheit und den Frieden in unserem Land. Sie zu bekämpfen sowie unsere Freiheit und
3996 offene Gesellschaft zu verteidigen, sind zwei Seiten derselben Medaille.
3997

3998 ***Jeder Form von Extremismus entschieden entgegenzutreten***

3999 Wir treten jeder Form von Extremismus und Rassismus, jeder Form von Gewalt und Terror
4000 entschieden entgegen – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten
4001 oder gewaltbereite Islamisten handelt.

4002 • Jede Form einer Schwächung des Verfassungsschutzes lehnen wir ab.

4003 • Der Rechtsextremismus bleibt die größte Bedrohung für unsere offene Gesellschaft und
4004 freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dass rechtsextreme, ausländerfeindliche und

- 4005 antisemitische Straftaten zugenommen haben, ist besorgniserregend. Wir setzen uns da-
4006 für ein, Spezialeinheiten der Polizei für sogenannte „Cold Cases“ zu schaffen, um unge-
4007klärte schwere Straftaten mit möglicherweise rechtsextremistischem Hintergrund auf
4008 neue Ermittlungsansätze zu überprüfen.
- 4009 • Dem gewaltbereiten Linksextremismus muss konsequent begegnet werden. Wer das Ge-
4010 waltmonopol des Staates in Frage stellt oder offen zur Gewalt gegen den Staat, seine
4011 Einrichtungen und seine Repräsentanten aufruft, darf keine Milde erwarten. Das gleiche
4012 gilt für diejenigen, die das Eigentum Dritter nicht respektieren oder kritische Infrastruk-
4013 turen angreifen.
- 4014 • Der anwachsende Antisemitismus in unserem Land beschämt uns. Es liegt in unser aller
4015 Verantwortung, antisemitischem Hass entschlossen entgegenzutreten. Wir müssen An-
4016 tisemitismus klar benennen und bekämpfen – egal, woher er kommt: ob von rechtsau-
4017 ßen, linksaußen oder von migrantisch geprägten Milieus. Wir stehen mit aller Überzeu-
4018 gung dafür ein, dass Jüdinnen und Juden in Deutschland immer eine Heimat haben, in
4019 Sicherheit leben und ihren Glauben praktizieren können. Den Austausch zwischen
4020 Deutschland und Israel wollen wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen verstärken – ins-
4021 besondere mit einem deutsch-israelischen Jugendwerk und mehr Stipendienprogram-
4022 men.
- 4023 • Islamfeindlichkeit werden wir in unserem Land ebenso wenig tolerieren wie Antiziganis-
4024 mus und andere rassistisch motivierte Abwertungen von Gruppen. Diese Form des Has-
4025 ses, die geistige Brandstifter verbreiten wollen, richtet sich gegen uns alle und gegen
4026 das, was uns zusammenhält. Wir werden sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämp-
4027 fen und nicht zulassen, dass unser Land dadurch bedroht wird.
- 4028 • Der Islamismus ist eine extremistische politische Ideologie. Wir bekämpfen ihn mit der
4029 ganzen Härte unseres Rechtsstaates. Dieser Kampf gilt denen, die Hass und Gewalt schü-
4030 ren und eine islamistische Ordnung anstreben, in der es keine Gleichberechtigung von
4031 Mann und Frau, keine Meinungs- und Religionsfreiheit und auch keine Trennung von Re-
4032 ligion und Staat gibt. Er gilt denen, die unsere demokratische Grundordnung bekämpfen,
4033 das Existenzrecht Israels ablehnen, den inneren Frieden gefährden oder gegen Recht und
4034 Gesetz verstoßen.
- 4035 • Wir werden dafür sorgen, dass die ideologische Basis des Islamismus genauer in den Blick
4036 genommen wird. Wir dulden dabei keinerlei Rückzugsräume. Ebenso wollen wir mehr
4037 Transparenz bei ausländischen Geldgebern von Moscheen in Deutschland herstellen.
- 4038 • Wir wollen mit gesetzlichen Regelungen die Abwehrkräfte unserer Demokratie stärken.
4039 Dem Deutschen Bundestag sollen künftig regelmäßig Extremismus-Berichte der Bun-
4040 desregierung vorgelegt werden, die gesamtgesellschaftliche Entwicklungen mit Blick auf
4041 Demokratiefeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus ausleuchten.
4042

4043 ***Hass und Hetze im Netz bekämpfen***

4044 Zur Demokratie gehört Meinungsfreiheit. Soziale Medien sind wichtige Plattformen für
4045 Meinungsaustausch und demokratische Willensbildung. Dabei sind hetzerische Parolen im
4046 Netz nicht von der verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit geschützt. Im Ge-
4047 genteil: Sie bereiten den Boden für eine weitere Verrohung der Sprache wie der politischen
4048 Auseinandersetzung und tragen wesentlich zur Radikalisierung von Einzelpersonen und
4049 Gruppen bei.

4050 • Die Spirale der Verrohung von Sprache und politischer Auseinandersetzung wollen wir
4051 durchbrechen – mit allen Mitteln, die dem wehrhaften Rechtsstaat und einer selbstbe-
4052 wussten demokratischen Gesellschaft zur Verfügung stehen.

4053 • Wir wollen, dass Ermittlungen der Strafverfolgungsbehörden bei besonders schweren
4054 Fällen gegebenenfalls auch ohne Anzeige eingeleitet werden können.

4055 • Wir brauchen eine Vielzahl präventiver Instrumente wie auch kostenloser Hilfsangebote
4056 für Betroffene.

4057 • Für die Betreuung besonders schwerer Fälle soll es Opferanwälte, für traumatisierte Op-
4058 fer eine psychosoziale Prozessbegleitung geben.

4059 • Die Meinungsäußerungsfreiheit muss aktiv mit dem Schutz von Persönlichkeitsrechten
4060 und weiteren Rechtsgütern zum Ausgleich gebracht werden. Das virtuelle Hausrecht in
4061 den Nutzungsbedingungen der Diensteanbieter darf nicht dazu genutzt werden, die po-
4062 litische Willensbildung als Kern der Demokratie zu beeinflussen. Dazu wollen wir insbe-
4063 sondere das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen im Bürgerlichen Gesetzbuch
4064 verfassungskonform anpassen.

4065

4066 ***Radikalisierungen verhindern***

4067 Dort, wo in unserer Gesellschaft Abschottung und Intoleranz um sich greifen, entsteht der
4068 Nährboden für Radikalisierungen. Vorbeugende Maßnahmen müssen daher möglichst früh
4069 und im unmittelbaren persönlichen Umfeld ansetzen.

4070 • Wir wollen mit gezielter Bildungsarbeit darauf hinwirken, dass jede und jeder problema-
4071 tische Entwicklungen im persönlichen Umfeld frühzeitig erkennen und rechtzeitig rea-
4072 gieren kann. Denn aufgeklärte und selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger sind der
4073 stärkste Schutz für unsere Demokratie.

4074 • Insbesondere Schulen und Vereine, also Orte, an denen sich junge Menschen außerhalb
4075 ihrer Familien aufhalten wie auch Soziale Netzwerke spielen dabei eine bedeutende
4076 Rolle. Soziale Netzwerke in den Fokus zu nehmen, gehört daher zu den zentralen Aufga-
4077 ben des Verfassungsschutzes, gerade mit Blick auf selbstradikalisierte Einzeltäter.

4078 • Wir wollen gezielt durch intensive Präventionsarbeit in Gefängnissen verhindern, dass
4079 sich Menschen dort radikalisieren und für Terrororganisationen gewinnen lassen.

- 4080 • Menschen, die sich in einem extremistischen Umfeld bewegen, dürfen wir nicht aufge-
4081 ben. Wir setzen uns für die Beratung derjenigen ein, die sich bereits radikalisiert haben
4082 oder als gefährdet gelten. Wer aus einer extremistischen Szene aussteigen will, muss
4083 konkrete Hilfe bekommen.
- 4084 • Die Präventionsprogramme des Bundes gegen Extremismus wollen wir systematisch
4085 evaluieren, professionalisieren und standardisieren.
- 4086 • Wir wollen wieder eine Demokratieklausele einführen. Empfänger von Fördergeldern
4087 müssen sich klar und ausdrücklich zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundord-
4088 nung bekennen.
- 4089
- 4090 ***Alle zur Extremismusbekämpfung notwendigen Instrumente nutzen***
- 4091 Wann immer möglich, sind zur Extremismusbekämpfung alle notwendigen Instrumente zu
4092 nutzen.
- 4093 • Dazu gehören Verbote von verfassungsfeindlichen Organisationen und Vereinen, Ver-
4094 bote von Symbolen des Hasses und des Terrors, Einreise- und Aufenthaltsverbote, Aus-
4095 weisungen, Abschiebungen und Grundrechtsverwirkungen.
- 4096 • Wir werden dafür sorgen, dass Gefährder mit allen gesetzlichen Möglichkeiten über-
4097 wacht werden. Die personellen Ressourcen hierfür sind nicht beliebig erweiterbar. Des-
4098 halb werden wir auch alle technischen Möglichkeiten zur wirksamen Überwachung nut-
4099 zen – wie die elektronische Fußfessel – und uns für entsprechende Rechtsgrundlagen
4100 einsetzen.
- 4101 • Wir wollen die Möglichkeit schaffen, radikalisierte Gefährder in Sicherungsverwahrung
4102 zu nehmen, sobald sie strafrechtlich in Erscheinung treten und damit ihre Gewaltbereit-
4103 schaft zeigen. Wer sich zum Beispiel im Ausland als Terrorist ausbilden lässt, ist eine
4104 große Gefahr und gehört ins Gefängnis. Die Sicherungsverwahrung wollen wir daher be-
4105 reits für Ersttäter nutzen.
- 4106 • Das Werben um Sympathie für kriminelle oder terroristische Vereinigungen wollen wir
4107 wieder unter Strafe stellen.
- 4108 • Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten. Daher haben wir die Regelabfrage
4109 der Waffenbehörden beim Verfassungsschutz eingeführt und die gesetzliche Grundlage
4110 dafür geschaffen, dass bereits die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Verei-
4111 nigung zur waffenrechtlichen Regelunzuverlässigkeit führt. Auf diesem Weg wollen wir
4112 weitergehen und den Datenaustausch zwischen den Behörden erleichtern.
- 4113 • Wir wollen die Möglichkeit schaffen, dass Richter direkt bei der Verurteilung eines ext-
4114 remistischen Straftäters ein generelles, lebenslanges Waffenverbot aussprechen kön-
4115 nen.
- 4116 • Die Mindeststrafe für illegalen Waffenhandel wollen wir deutlich erhöhen. Er soll künftig
4117 mit einer Freiheitsstrafe von nicht unter zwei Jahren geahndet werden.

- 4118 • Demokratie lebt von der Kontroverse. Zur Demokratie gehört Kritik. Und Demokratie
4119 verträgt Protest. Die Grenze ist aber überschritten, wenn Kommunalpolitiker und andere
4120 Repräsentanten des Staates angegriffen werden. Für uns gilt: Wehret den Anfängen. Wir
4121 werden nicht tolerieren, dass Menschen, die sich in politischen Ämtern ehrenamtlich en-
4122 gagieren, von Verfassungsfeinden eingeschüchtert oder attackiert werden.

4123

4124 **9.6. Stärkung unserer Sicherheitsbehörden**

4125 Unsere Sicherheitsbehörden haben wir personell, materiell und strategisch massiv gestärkt.
4126 Diesen Weg setzen wir konsequent fort.

4127

4128 ***Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden intensivieren***

4129 Das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) hat sich als Koope-
4130 rations- und Kommunikationsplattform bewährt. Auch das Gemeinsame Terrorismusab-
4131 wehrzentrum zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus (GTAZ) steht für eine gelun-
4132 gene Zusammenarbeit und Aufgabenteilung zwischen Verfassungsschutz und Polizei sowie
4133 Bund und Ländern.

- 4134 • Wir werden die Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden weiter intensivieren und ste-
4135 tig an aktuelle Herausforderungen anpassen. Insbesondere geht es uns darum, die ge-
4136 meinschaftlichen Aufgaben von Bund und Ländern im Umgang mit Gefährdern auch ge-
4137 meinschaftlich wahrzunehmen.

- 4138 • Auch für niederschwellige Herausforderungen muss die Zusammenarbeit zwischen
4139 Bund und Ländern weiter verbessert werden. So müssen politisch motivierte Straftäter,
4140 die polizeilich bekannt sind und ihren Wohnort wechseln, automatisiert an die jeweils
4141 zuständige Staatsschutzstelle übergeben werden können.

4142

4143 ***Befugnisse für die digitale Welt wirksam gestalten***

4144 Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Sicherheitsbehörden die Befugnisse erhalten,
4145 die sie für eine effektive Aufklärung im Vorfeld eines Anschlages brauchen. Denn es darf
4146 keinen technischen Vorsprung zwischen denen geben, die Anschläge planen, und denen,
4147 die diese verhindern sollen. Die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz müssen auch
4148 in der digitalen Welt so wirksam sein, wie sie es in der analogen Welt sind. Wenn ein rich-
4149 terlicher Beschluss eine Telefonüberwachung oder die Durchsuchung einer Wohnung er-
4150 möglicht, muss Gleiches auch für verschlüsselte Nachrichten und Telefonate gelten, für das
4151 digitale Büro auf dem Computer oder Laptop.

- 4152 • Die Voraussetzungen für die Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung – sowohl bei der
4153 Gefahrenabwehr als auch bei der Strafverfolgung – wollen wir bundesweit anpassen, so-
4154 dass diese Instrumente rechtssicher und effektiv eingesetzt werden können.

- 4155 • Wenn Gefahr droht, müssen unsere Behörden schnell und zuverlässig in der Lage sein,
4156 die Tatverdächtigen zu ermitteln. Bund und Länder müssen enger zusammenarbeiten

4157 und für einen gemeinsamen Rechtsrahmen gemeinsame Software bereitstellen, die
4158 schnell einsatzbereit ist.

- 4159 • Wenn sich Bedrohungen, die Vorgehensweise der Täter oder die technischen Rahmen-
4160 bedingungen verändern, müssen Eingriffsbefugnisse angepasst werden. Dazu gehört
4161 auch, die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz zu nutzen, um frühzeitig Strukturen
4162 erkennen und ihnen entgegenwirken zu können. Daten, die im Rahmen von Ermittlungen
4163 anfallen, können so besser und zielgerichteter ausgewertet werden.

4164

4165 ***Terrorismusfinanzierung austrocknen***

4166 Wir werden dafür sorgen, dass die Finanzierung des Terrorismus – national wie internatio-
4167 nal – intensiver bekämpft wird.

- 4168 • Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence
4169 Unit/FIU) muss deutlich gestärkt und in die Lage versetzt werden, Netzwerke zur Finan-
4170 zierung von Terror und Verbrechen international tätiger Banden aufzudecken und zu zer-
4171 schlagen. Dafür ist es erforderlich, sie wieder an das Bundeskriminalamt anzukoppeln.

- 4172 • Angesichts der terroristischen Bedrohungen müssen im Notfall alle staatlichen Kräfte –
4173 auch die Bundeswehr – zum Schutz der Menschen in Deutschland eingesetzt werden
4174 können. In besonderen Gefährdungslagen muss es möglich sein, die spezifischen Fähig-
4175 keiten der Bundeswehr im Innern unterstützend zu nutzen, um terroristische Gefahren
4176 bewältigen zu können – unter Führung der Polizei und im Rahmen festgelegter Grenzen.

- 4177 • Wir setzen auch weiterhin auf gemeinsame interdisziplinäre Übungen der Polizeien der
4178 Länder, der Bundespolizei sowie der nicht-polizeilichen Behörden und Organisationen
4179 mit Sicherheitsaufgaben.

4180

4181 **9.7. Gefahrenabwehr im Cyberraum**

4182 ***Auf dynamische Entwicklungen im Cyberraum reagieren***

4183 Unsere Grundversorgung mit Wasser, Strom und Telekommunikation und viele andere
4184 hochsensible Prozesse laufen über vernetzte IT-Systeme, die fortlaufend attackiert werden.
4185 Die Angriffsmethoden werden immer ausgefeilter. Daher brauchen wir widerstandsfähige
4186 IT-Infrastrukturen und -Netze. Für uns gilt: Was in der analogen Welt verboten ist, muss
4187 auch in der digitalen Welt verboten sein. Cybersicherheit ist nicht statisch. Ein Schutzniveau
4188 heute ist kein Garant für eine erfolgreiche Abwehr der Angriffe von morgen.

- 4189 • Wir werden daher fortwährend beurteilen, was notwendig ist, um angemessen auf die
4190 dynamischen Entwicklungen im Cyberraum zu reagieren.

- 4191 • In letzter Konsequenz heißt das auch: Wir müssen bei schweren Cyber-Angriffen in der
4192 Lage sein, aktiv auf die Ursache einzuwirken, um sie zu beenden. Wir werden die dafür
4193 erforderlichen rechtlichen Regelungen und eigene technischen Fähigkeiten für ange-
4194 messene aktive Maßnahmen schaffen.

4195

4196 **Informationssicherheit und Cyber-Abwehr stärken**

4197 Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist unabding-
4198 bare Voraussetzung, um den Herausforderungen auch bei der Cybersicherheit wirkungsvoll
4199 begegnen zu können.

4200 • Um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern weiter zu vertiefen, werden wir
4201 das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu einer Zentralstelle für Fra-
4202 gen der Informations- und Cybersicherheit ausbauen. Es soll neben dem Bundesamt für
4203 Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt eine starke dritte Säule der Cyber-Si-
4204 cherheitsarchitektur bilden.

4205 • Das Nationale Cyber-Abwehrzentrum wollen wir so weiterentwickeln, dass es in komple-
4206 xen Schadenslagen bundesweit eine Abwehr von Gefahren und Angriffen koordinieren
4207 kann.

4208 • Wir müssen bei IT-Beschaffungsvorhaben mehr Geld in den Schutz gegen Cyber-Angriffe
4209 investieren. Wir schlagen daher vor, künftig einen bestimmten Anteil der Sachmittel für
4210 IT-Vorhaben des Bundes für Informationssicherheit aufzuwenden („Cyber-Quote“), um
4211 eine sichere Digitalisierung zu gewährleisten.

4212

4213 **Cyber-Sicherheitsforschung vorantreiben**

4214 • Die Cyber-Sicherheitsforschung in Deutschland wollen wir stark vorantreiben. Cyber-Si-
4215 cherheit „Made in Germany“ muss ein Markenzeichen bleiben.

4216 • Wir wollen, dass Deutschland Weltmarktführer für sichere IT-Lösungen und attraktiver
4217 Standort für innovative Unternehmen der Cybersicherheit wird. Dazu gehören führende
4218 Verschlüsselungstechnik und Security-by-design-Lösungen, damit Hackerangriffe un-
4219 möglich werden, sowie diskriminierungsfreie Algorithmen. Nur so können wir das Ziel
4220 der Digitalen Souveränität erreichen.

4221 • Wir wollen eine transparente Zertifizierung von IT-Produkten, der die Menschen ver-
4222 trauen können. Dazu wollen wir das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
4223 so ausstatten, dass es als zentrale Zertifizierungs- und Standardisierungsstelle im inter-
4224 nationalen Wettbewerb bestehen kann.

4225

4226 **Wirtschaft besser vor Cyber-Angriffen schützen**

4227 Wir werden Strukturen schaffen, die es der Wirtschaft ermöglichen, ihre Schutzmaßnahmen
4228 gegen Cyber-Attacken zu erhöhen. Dies gilt insbesondere für kleine und mittlere Unterneh-
4229 men, vom Handwerk bis zu Hidden Champions. Gerade diese Unternehmen sind heute noch
4230 unzureichend sensibilisiert und geschützt, obgleich sie wegen ihrer Innovations- und Wirt-
4231 schaftskraft begehrte Angriffsziele internationaler Konkurrenten, fremder Nachrichten-
4232 dienste und Krimineller sind. Die wirtschaftlichen Schäden, die dadurch entstehen, sind im-
4233 mens – bis hin zur Insolvenz und damit einhergehend dem Verlust vieler Arbeitsplätze.

- 4234 • Zur besseren Beratung und Unterstützung dieser Unternehmen wollen wir die Rolle des
4235 Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik weiter ausbauen.
- 4236 • Um kleine und mittlere Unternehmen bei der Stärkung ihrer IT-Sicherheit noch wirksa-
4237 mer zu unterstützen, wollen wir weitere steuerliche Anreize prüfen, wie beispielsweise
4238 schnellere Abschreibungsmöglichkeiten von Investitionen in IT-Sicherheit.
- 4239 • Anträge für Förderprogramme zur Sensibilisierung und Unterstützung wollen wir weiter
4240 vereinfachen und Antragsverfahren beschleunigen.

4241

4242 **9.8. Wirksamer Bevölkerungsschutz**

4243 Sicherheit bedeutet auch, Menschen in elementarer Not zu helfen. Dafür wollen wir Bevöl-
4244 kerungsschutz und Katastrophenhilfe weiter stärken. Wir brauchen eine nationale Katastro-
4245 phenschutzstrategie, damit Deutschland krisenfester wird.

4246

4247 ***Bevölkerungsschutz stärken und enger vernetzen***

4248 Für bundesweite Krisenszenarien brauchen wir einen verlässlichen Rahmen. Die nächste
4249 Krise kann ihren Ursprung im Klimawandel haben, durch Extremwetterereignisse wie Dür-
4250 ren, Trinkwassermangel, Waldbrände oder Hochwasser ausgelöst werden oder Folge von
4251 Cyberattacken oder Desinformationskampagnen sein. Durch die Zuständigkeitsverteilung
4252 auf unterschiedliche Bundesressorts, Länder, Städte, Landkreise, Gemeinden, Hilfsorgani-
4253 sationen und das Technische Hilfswerk kann bundesweit ebenso wie regional zielgerichtet
4254 auf Entwicklungen reagiert werden. Gleichzeitig sind genau in diesem Zuständigkeitsge-
4255 flecht funktionierende 360-Grad-Lageinformationen, etablierte gemeinsame Kommunika-
4256 tionsroutinen, gute Koordination und gemeinsame Entscheidungsfindung der Schlüssel
4257 zum Erfolg.

- 4258 • Unser föderales System für den Bevölkerungsschutz in Deutschland ist leistungsfähig,
4259 flexibel und flächendeckend verfügbar. Die Anforderungen von heute sind allerdings an-
4260 dere als früher. Wir wollen deshalb neue Kriterien für eine länderübergreifende Scha-
4261 denslage entwickeln und zwischen Bund und Ländern einen modernen Bevölkerungs-
4262 schutz etablieren.

- 4263 • Für eine engere Vernetzung und Verzahnung aller Akteure im Bevölkerungsschutz in
4264 Bund, Ländern, Kommunen und Hilfsorganisationen wollen wir nach dem Vorbild der
4265 Abwehrzentren des Bundes und der Länder im Bereich der Inneren Sicherheit eine ge-
4266 meinsame Plattform bilden.

- 4267 • Wir wollen das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe weiter aus-
4268 bauen, sodass der Bevölkerungsschutz stärker als bisher in einem integrativen Netzwerk
4269 aller Akteure zusammenwirken kann.

- 4270 • Gerade bei biologischen Gefahren wie Pandemien oder Bioterrorismus ist das enge Zu-
4271 sammenwirken von Innen- und Gesundheitsbehörden besonders wichtig. Deshalb wol-
4272 len wir das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe und das Robert

4273 Koch-Institut in ihrer Zusammenarbeit sowie in ihrer jeweiligen Koordinierungsfunktion
4274 rechtlich, personell und technisch stärken. Dies gilt sowohl für die Risikoanalyse, die Pan-
4275 demieplanung als auch die Koordinierung der Lagebewältigung.

4276 • Als Lehre aus der Corona-Pandemie wollen wir eine neue Nationale Reserve Gesund-
4277 heitsschutz für wichtige medizinische Versorgungsgüter – wie etwa persönliche Schutz-
4278 ausrüstung – schaffen und diese rechtlich sowie finanziell langfristig absichern. Gleiches
4279 gilt für die im Ausbau befindlichen THW-Logistikzentren.

4280 • Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe soll als zentrale Informa-
4281 tionsplattform zu den nationalen Bevorratungen von Energie, Wasser, Gesundheit und
4282 Ernährung dienen.

4283

4284 ***Warnmedien modern gestalten, nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr stärken***

4285 Blinde Flecken im Warnsystem wollen wir schließen, damit sich die Menschen in unserem
4286 Land auf ein gut aufgestelltes und zuverlässiges Warnsystem in Krisenlagen und Gefahren-
4287 situationen verlassen können.

4288 • Wir wollen die Warnmedien modern und zielgerichtet gestalten. Um sicherzustellen,
4289 dass Warnungen auch in Zukunft den richtigen Empfängerkreis schnell erreichen, muss
4290 der Warnmix aus digitalen und analogen Medien fortwährend angepasst werden. Hierzu
4291 gehört es auch, die Nutzung von Cell-Broadcasting-Technologie als ergänzenden Multi-
4292 plikator im Warnmittelmix zu prüfen.

4293 • Mit Blick auf die sogenannte nicht-polizeiliche Gefahrenabwehr setzen wir auf ein Inves-
4294 titionsprogramm, um das erfolgreich gestaltete Wachstum der Bundessicherheitsbehör-
4295 den in den vergangenen Jahren auch auf diesen Bereich zu übertragen.

4296 • Wir wollen Hilfsorganisationen und Feuerwehren so ausstatten, dass sie noch besser auf
4297 große Schadensereignisse und langanhaltende Einsätze reagieren können.

4298 • Für die von Unglücken betroffenen Menschen und Regionen müssen schnell unbürokra-
4299 tische Hilfsprogramme zur Verfügung stehen. Unfallversorgung und Notdienste funkti-
4300 onieren nur im engen Zusammenwirken von Bund, Ländern, Städten, Landkreisen, Ge-
4301 meinden und ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Feuerwehren, Technisches Hilfswerk, Ret-
4302 tungsdienste und freie Träger sind dabei unverzichtbar für unsere Daseinsvorsorge.

4303 • Das bewährte System des flächendeckenden Brand- und Katastrophenschutzes wollen
4304 wir erhalten und weiter fördern.

4305

4306 ***Bürgerschaftliches Engagement fördern, zivil-militärische Zusammenarbeit stärken***

4307 Der große Anteil ehrenamtlicher Kräfte stellt nicht nur ein außergewöhnlich hohes Maß
4308 bürgerschaftlichen Engagements dar, sondern sichert auch ein flexibles System effizienter
4309 Gefahrenabwehr und Hilfeleistung.

- 4310 • Diejenigen, die sich aufopfernd und unentgeltlich rund um die Uhr für die Sicherheit ih-
4311 rer Mitmenschen einsetzen, müssen dauerhaft unterstützt werden. Sie sind Vorbilder in
4312 unserer Gesellschaft.
- 4313 • Mit weiteren Anreizen wollen wir die vielen Frauen und Männer, die sich heute schon
4314 ehrenamtlich für die Sicherheit einsetzen, auch künftig für diese Aufgabe begeistern und
4315 weitere Menschen hierfür gewinnen.
- 4316 • Die Menschen in Deutschland sollen weiterhin darauf vertrauen können, dass ihnen die
4317 Bundeswehr mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz
4318 auch im Inland rasch und wirksam hilft – sei es zur Hilfe bei Schnee- oder Hoch-
4319 wasserkatastrophen oder sei es nach Großschadensereignissen.
- 4320 • Für biologische und pandemische Lagen – genauso wie für andere Großschadensfälle –
4321 setzen wir auf regelmäßige Übungen, um eine bessere Koordinierung zwischen Gesund-
4322 heits- und Sicherheitskräften von Bund, Ländern und Kommunen zu erreichen.
- 4323

4324 **9.9. Starke und bürgernahe Justiz**

4325 Ein starker Rechtsstaat erfordert eine starke Justiz. Um Verbrechen wirksam bekämpfen zu
4326 können, brauchen wir daher auch gut ausgestattete, unabhängige Gerichte und leistungs-
4327 fähige Staatsanwaltschaften. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass
4328 Recht und Gesetz konsequent durchgesetzt werden. Unsere Rechtsordnung gilt dabei für
4329 jeden, der in unserem Land lebt – unabhängig von seiner Herkunft oder Religion. Unser
4330 Rechtsstaat duldet keine Paralleljustiz, die unsere Gesetze und Gerichte verdrängen will.

4331

4332 ***Strafverfahren beschleunigen***

4333 Einer raschen Reaktion von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten bei Straftaten kommt
4334 eine Schlüsselrolle zu.

- 4335 • Wir wollen schnellere Verfahren, bei denen die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt. Dies
4336 muss gerade für straffällige Jugendliche gelten. Daher wollen wir, dass Jugendstrafver-
4337 fahren beschleunigt und vereinfacht werden.

- 4338 • Täter zwischen 18 und 21 Jahren sollen in der Regel wie Erwachsene bestraft werden. Die
4339 Anwendung des Jugendstrafrechts muss in diesen Fällen eine Ausnahme bleiben.

4340

4341 ***Opferschutz Vorrang vor Täterschutz geben***

4342 Opfer von Straftaten leiden insbesondere bei Gewaltverbrechen sehr lange unter deren Fol-
4343 gen.

- 4344 • Die in den vergangenen Jahren in das Strafprozessrecht aufgenommenen Informations-
4345 und Beteiligungsrechte für Opfer von Straftaten wollen wir daher ausbauen und mit Le-
4346 ben füllen.

- 4347 • Dem Opferschutz wollen wir ein stärkeres Gewicht in der polizeilichen und justiziellen
4348 Aus- und Weiterbildung geben.

4349 • Wir wollen die psychosoziale Prozessbegleitung stärken und einen Rechtsanspruch auf
4350 kostenlose Opferhilfe umsetzen.

4351 • Auch unser Strafrecht wollen wir noch mehr auf den Opferschutz ausrichten und Inten-
4352 siv- und Wiederholungstäter wirksam aus dem Verkehr ziehen. Dafür sollen Kettenbe-
4353 währungsstrafen abgeschafft werden. Wird wegen einer Straftat innerhalb laufender Be-
4354 währungszeit erneut eine Freiheitsstrafe aufgrund einer vorsätzlichen Straftat verhängt,
4355 so soll diese künftig grundsätzlich nicht erneut zur Bewährung ausgesetzt werden dür-
4356 fen.

4357

4358 ***Unsere Justiz modernisieren***

4359 Eine moderne Justiz- und Rechtspolitik muss verständlich und serviceorientiert sein, um
4360 von Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert zu werden.

4361 • Wir wollen digitale Zugangsmöglichkeiten ausbauen und so den schnellen und kosten-
4362 günstigen Zugang zu Rechtsprechung und Rechtsberatung sicherstellen. Dazu gehören
4363 auch zügige und kommunikationstechnisch zeitgemäße Verfahren.

4364 • Den Modernisierungstau an unseren Gerichten wollen wir auflösen und für Richter und
4365 Staatsanwälte dieselben digitalen Arbeitsumgebungen schaffen, wie sie in der Anwalt-
4366 schaft und freien Wirtschaft üblich sind.

4367 • Die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern wollen wir in einem Pakt für
4368 den digitalen Rechtsstaat 2.0 bündeln.

4369 • Konflikte und Rechtsstreitigkeiten lassen sich oft auch außergerichtlich beilegen. Wir
4370 stärken deshalb alternative Lösungsansätze wie Mediation und Schiedsverfahren. So
4371 entlasten wir unsere Justiz von Bagatellangelegenheiten.

4372

10. Neue Lebensqualität in Stadt und Land – aus Liebe zu unserer Heimat

Unser Unionsversprechen: Wir arbeiten für eine gute Lebensqualität überall in Deutschland. Ob großstädtischer Kiez, Kleinstadt oder Dorf: Wir respektieren und schützen jede Form von Heimat. Wir sind eine offene Gesellschaft, in der alle ihre Träume verwirklichen können – und niemand eingeredet bekommen darf, wie er zu wohnen und zu leben hat. Für uns ist Lebensqualität keine Frage der Postleitzahl, sondern ein universeller Auftrag, den wir ernstnehmen, weil wir der Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland verpflichtet sind.

In unserem Modernisierungsjahrzehnt gehen wir die Herausforderungen des guten Lebens für die Menschen an: vom bezahlbaren Wohnraum in Städten über neues Leben in Innenstädten und Dorfkernen nach der Corona-Krise, von der Bewahrung der Natur und wirtschaftlicher Entwicklung in allen Regionen bis hin zur guten Nahversorgung und Verkehrsanbindung.

Auch hier setzen wir auf ein neues Denken: Wir werden nicht alle Probleme mit mehr Geld lösen können. Vielmehr brauchen wir einen vernünftigen Mix aus klugen Investitionen, neuen Freiräumen, Experimentierfeldern und Anreizsystemen sowie Stärkung von Eigeninitiativen. Gleichzeitig setzen wir uns für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ein, stärken Ehrenamt und Sport, bieten Integration und schaffen moderne Bedingungen, damit sich Kultur und Kreativität nachhaltig entwickeln können.

10.1. Gutes Wohnen in lebendigen Dörfern und Städten

Die eigenen vier Wände sind unser Zuhause, ein ganz hohes Gut. In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, eine Wohnung zu haben, in der man sich wohlfühlt und Platz hat zum Leben und auch, um zumindest zeitweise dort zu arbeiten. Genug Wohnraum in einem intakten Umfeld ist ein Ziel von CDU und CSU. Wo Wohnraum teuer ist oder fehlt, wie in vielen Großstädten, heißt unsere Devise: mehr, schnell, modern und bezahlbar bauen. Wo Gebäude alt sind, gilt es, sie auf den heutigen Stand zu bringen und energetisch zu sanieren. Der Wunsch nach einem Eigenheim soll schneller in Erfüllung gehen. Eine Politik gegen Einfamilienhäuser ist gegen die Interessen der Menschen und mit uns nicht zu machen.

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Der beste Mieterschutz ist und bleibt ausreichender Wohnraum. Wir setzen nicht auf rechtlich fragwürdige und ungeeignete Eingriffe, wie den Mietendeckel, sondern packen das Problem an der Wurzel. Nur wenn das Wohnungsangebot steigt, können Mieten stabil bleiben.

- Unser Ziel ist, dass bis 2025 mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Wir führen unsere Wohnraumoffensive fort und setzen auf eine starke Wirtschaftsbranche, gute Bedingungen und Wertschätzung für unser Handwerk und die Freien und Planenden Berufe.

4412 • Als Investitionsanreiz werden wir die derzeit befristeten Abschreibungsmöglichkeiten
4413 beim Mietwohnungsbau verlängern. Derjenige, der neue Mietwohnungen schafft, soll
4414 auch nach Ende 2021 fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten zusätzlich
4415 von der Steuer absetzen können.

4416 • Planungs- und Genehmigungsverfahren werden wir beschleunigen und gemeinsam mit
4417 den Ländern Umsetzungshemmnisse abbauen. Wir wollen die Anzahl der Bauvorschrif-
4418 ten signifikant verringern. Ein Bauantrag für Wohnimmobilien soll regulär zwei Monate
4419 nach vollständiger Vorlage aller notwendigen Unterlagen abschließend bearbeitet sein
4420 – andernfalls gilt er grundsätzlich als genehmigt.

4421 • Wir wissen: Der Platz in Großstädten und Metropolregionen ist endlich. Deshalb gehört
4422 zu einer ehrlichen Baupolitik auch, das Umland zu stärken – vor allem durch eine starke
4423 Anbindung an Bus und Bahn sowie eine moderne Grundversorgung.

4424

4425 ***Nachhaltig, bezahlbar und altersgerecht bauen***

4426 Nachhaltig und bezahlbar bauen heißt für uns, umweltfreundliche Baustoffe zu verwenden
4427 und flexibel Bauland auszuweisen, aber den Flächenverbrauch gering zu halten, barrierefrei
4428 zu bauen und den sozialen Wohnungsbau zu fördern.

4429 • Wir wollen das Bauen mit Holz und die Verwendung von Recyclingmaterial deutschland-
4430 weit stärker voranbringen. Die Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden,
4431 die auf mehr heimischen Baustoffen – wie zum Beispiel Sand, Gips und Holz – basiert
4432 und Recyclingmaterial in Bauteilen nutzt.

4433 • Wir wollen das große Potenzial von Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, An-
4434 und Ausbauten, Überbauung von Parkplätzen und Supermärkten und der Brachflächen-
4435 entwicklung ausschöpfen. Deshalb werden wir die Brachlandentwicklung im Rahmen der
4436 Städtebauförderung verstärken und die Nachverdichtung fördern.

4437 • Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz ist es für Kommunen einfacher geworden, Bau-
4438 land auszuweisen und auch innerörtliche Flächen zu mobilisieren. Wir wollen ihre Mög-
4439 lichkeiten – unter Beachtung des Grundsatzes Innen- vor Außenentwicklung – noch wei-
4440 ter vergrößern und ihnen noch mehr Flexibilität einräumen.

4441 • Wir werden den sozialen Wohnungsbau weiter fördern und das Wohngeld ab 2022 regel-
4442 mäßig anpassen. Wohnraum muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahl-
4443 bar sein. Beim sozialen Wohnungsbau werden wir mit den Ländern erörtern, ob sie auf
4444 jeden Bundes-Euro mindestens einen Euro drauflegen und zweckgebunden einsetzen.

4445 • Uns ist wichtig, dass Menschen möglichst lange in der eigenen Wohnung, im Haus oder
4446 im angestammten Wohnviertel leben können. Deshalb werden wir die dafür erforderli-
4447 chen Investitionen in den altersgerechten und barrierefreien Umbau – insbesondere
4448 über KfW-Programme – unterstützen.

4449 • Wir wollen mehr Flächen für den Wohnungsbau mobilisieren. Dazu werden wir prüfen,
4450 wie Grundbesitzer, die landwirtschaftliche Flächen für Bauland zur Verfügung stellen,

4451 die dabei erzielten Einnahmen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestieren
4452 können. So entlasten wir Städte und Ballungsräume.

4453

4454 ***Gebäude energetisch sanieren***

4455 Die energetische Sanierung unseres Gebäudebestands ist ein Muss. Nur so können wir die
4456 Klimaziele erreichen. Gleichzeitig müssen vor allem Mieter vor finanzieller Überlastung ge-
4457 schützt sein.

4458 • Wir nehmen die Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht. Zudem werden wir die steu-
4459 erliche Förderung der energetischen Sanierung, insbesondere von Betriebsgebäuden
4460 und von vermieteten Wohnungen, weiter verbessern.

4461 • Schrittweises Sanieren soll besser gefördert werden, da schon kleinere Maßnahmen
4462 wichtig und wirksam sind.

4463 • Wir werden „Mieterstrom“ voranbringen und noch bestehende Hemmnisse abbauen –
4464 auch um lokale Zusammenschlüsse zu erleichtern. Mieter sollen genauso von der Ener-
4465 giewende profitieren wie Eigenheimbesitzer.

4466

4467 ***Dörfer und Städte vitalisieren***

4468 Wir wollen unsere Innenstädte, Stadtteilzentren und Ortskerne erhalten. Sie müssen nach
4469 der Corona-Krise neugestaltet und in ihrer Funktion als Orte der Begegnung und Vielfalt
4470 gestärkt werden. Lebendige Fußgängerzonen, Marktplätze und der Einzelhandel vor Ort
4471 machen unsere Städte lebenswert. Gleichzeitig stehen unsere Einzelhändler mit der Digita-
4472 lisierung und dem E-Commerce vor enormen Herausforderungen. Auch die Corona-Pande-
4473 mie stellt für sie eine historische Belastung dar.

4474 • Deshalb werden wir einen Zukunftspakt für Innenstädte schmieden. Als wichtigen Teil
4475 des Pakts werden wir zusätzlich zu den bestehenden Städtebauprogrammen ein Förder-
4476 programm „Attraktive Innenstadt“ auflegen, von dem auch kleinere Städte und Gemein-
4477 den profitieren. Damit wollen wir deutlich mehr Mittel bereitstellen, beispielsweise für
4478 die Modernisierung von Fußgängerzonen oder den Umbau von Passagen und Ladenge-
4479 schäften. Auch Dorf- und Innenstadtmanager mit einschlägigem Know-How sollen so ge-
4480 fördert werden können.

4481 • Wir werden Smart-City-Konzepte entwickeln und ein eigenständiges Programm für mehr
4482 Grünflächen und natürliche Vielfalt in der Stadt auflegen.

4483 • Auch die Dorfkernsanierung werden wir noch stärker fördern. Alle Altersgruppen sollen
4484 mitten im Ort am öffentlichen Leben teilhaben können. Dazu werden wir den Wohnraum
4485 im Ortskern für Alt und Jung neu in den Blick nehmen, die dortige Ansiedlung von Un-
4486 ternehmen und Startups mit Investitionszulagen fördern und den Ausbau der Mehrfunk-
4487 tionshäuser und Dorfläden unterstützen.

4488 • Auf dem Land werden wir begleitend zum massiven Breitbandausbau Co-Working-
4489 Spaces für kreatives Arbeiten fördern. So stärken wir Kleinstädte, Dörfer und ländliche

4490 Räume und entlasten die Ballungszentren. Gleichzeitig tun wir etwas für den Klima-
4491 schutz, weil viele Pendlerströme vermieden werden.

4492

4493 ***Den Traum vom Eigenheim verwirklichen***

4494 Das eigene Haus und die eigene Wohnung sind viel mehr als Wohnraum, sie sind Zuhause,
4495 Zukunftsinvestition und Altersvorsorge. Wir unterstützen alle, die sich ein Eigenheim wün-
4496 schen. Wohneigentum sollen sich auch Menschen mit normalem Einkommen und auch Fa-
4497 milien leisten können. Wir wollen kein Deutschland, in dem sich nur Großverdiener ein
4498 Haus kaufen oder bauen können.

4499 • Wir werden das KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien ausweiten. Wer Kinder hat,
4500 soll stärker davon profitieren. Dazu sollten Darlehen, Tilgungszuschüsse oder Zinsverbil-
4501 ligungen nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden.

4502 • Den Ländern werden wir ermöglichen, einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer beim
4503 erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums von 250.000 Euro pro Erwachsenen
4504 plus 100.000 Euro pro Kind zu gewähren.

4505 • Fertighäuser im modularen Baustil können ein Mittel sein, Individualität und Ressour-
4506 ceneffizienz gleichermaßen zu verbinden. Sie verdienen deshalb gerade mit Blick auf das
4507 familiäre Eigenheim mehr Aufmerksamkeit.

4508 • Die Sanierung im Bestand werden wir weiter fördern und eine neue Umbaukultur für
4509 mehr bezahlbaren Wohnraum und neues Leben in alten Gebäuden entfachen.

4510 • Attraktive Mietkaufmodelle sollen es vor allem jungen Menschen mit geringerer Kapital-
4511 ausstattung ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben. In diesem Zusammenhang prü-
4512 fen wir auch die Unterstützung genossenschaftlicher Wohnmodelle.

4513

4514 **10.2. Gleichwertige Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Entwicklung in allen Regi-** 4515 **onen**

4516 Gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen, ist eine zentrale Aufgabe für eine funktio-
4517 nierende Gesellschaft. Dazu sind viele Anstrengungen notwendig – die Gleichbehandlung
4518 von Stadt und Land bei der digitalen Infrastruktur, die Stärkung unserer Dörfer und Städte
4519 in benachteiligten Regionen, neue Konzepte der Mobilität, Nahversorgung und Arbeit so-
4520 wie die weitere Stärkung des Ehrenamts.

4521

4522 ***Zukunftsregionen schaffen: Stadt und Land zusammenbringen***

4523 Wir haben ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen geschaffen.
4524 Damit haben wir den Grundstein dafür gelegt, dass die Regionen, die im Struktur- oder de-
4525 mografischen Wandel stehen, neue Kraft gewinnen und sich neu erfinden können. Struk-
4526 turschwache Regionen und ländliche Räume werden wir weiter verlässlich fördern und dort
4527 massiv in die Infrastruktur jeder Art investieren.

- 4528 • Wir wollen die von Bund und Ländern getragene „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur
4529 und Küstenschutz“ als wichtiges Förderinstrument für die ländlichen Räume weiterent-
4530 wickeln und damit insbesondere regionale Wertschöpfungsketten stärken.
- 4531 • Aus besonders strukturschwachen Gebieten werden wir Modellregionen machen. Hier
4532 fördern wir nicht nur Investitionen, sondern streben auch weniger Bürokratie an. Wer
4533 investiert, kann dort von Standards abweichen, die nicht sicherheits- und umweltrele-
4534 vant sind. Genehmigungsverfahren werden wir beschleunigen.
- 4535 • Ländliche Regionen sollen Innovationsräume sein. Wir wollen, dass Startups leerste-
4536 hende landwirtschaftliche Gebäude und ehemalige Stallungen nutzen können. Davon
4537 sollen vor allem Unternehmen der grünen Branche mit neuen Herstellungsverfahren für
4538 Lebensmittel oder neuen landwirtschaftlichen Verfahren, wie Vertical Farming, profitie-
4539 ren. Hindernisse im derzeitigen Bau- und Planungsrecht werden wir beseitigen.
- 4540 • Stadt und Land müssen zusammengedacht werden. Bundesmittel werden wir deshalb
4541 zunehmend an gemeinsame Planungen in den Regionen binden und an räumlich sinn-
4542 volle Planungsverbünde vergeben. Wir setzen vermehrt auf Regionalbudgets ohne the-
4543 matische und organisatorische Vorgaben. So schaffen wir Platz für die Entwicklung neuer
4544 Ideen und pragmatischer Lösungen vor Ort.

4545

4546 ***Zukunft Ost – Chancen für das geeinte Deutschland schaffen***

4547 Die Friedliche Revolution und die Deutsche Einheit haben sich bereits zum 30. Mal gejährt.
4548 Die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland haben in den vergangenen Jahren nicht nur
4549 einen tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch gemeistert, sondern
4550 viele Regionen zu starken Clustern in Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt. Wir wollen
4551 dies weiter stärken und gleichzeitig auch die ländlichen Regionen unterstützen. Wir wollen
4552 niemanden vergessen und mit unserer Politik die besondere Prägung der Menschen in den
4553 neuen Bundesländern nicht aus den Augen verlieren. Wir wollen die internationale Vernet-
4554 zung besonders nach Mittel- und Osteuropa vorantreiben und die Verbindungen zu unse-
4555 ren Nachbarländern weiter festigen. Gemeinsam mit unseren osteuropäischen Nachbarn
4556 werden wir ein starkes Europa sein.

- 4557 • Wir stehen zum vereinbarten Kohle-Kompromiss. Die Braunkohle-Regionen, die be-
4558 troffenen Energieunternehmen, die Zulieferer und vor allem die Beschäftigten können
4559 sich auf uns verlassen.
- 4560 • Die Ansiedlung weiterer Bundesbehörden in Ostdeutschland, besonders im ländlichen
4561 Raum, werden wir fortsetzen. So wollen wir eine neue digitale Ausbildungsstätte der
4562 Bundeswehr in den neuen Bundesländern schaffen. Mit dem Schwerpunkt der Digitali-
4563 sierung soll sie nicht nur als Ausbildungs-, sondern auch als berufsbegleitendes Weiter-
4564 bildungszentrum für die Bundeswehr etabliert werden.
- 4565 • Die Verkehrsinfrastruktur nach Polen und Tschechien werden wir mit einem Sonderpro-
4566 gramm intensiv ausbauen und dadurch unsere gemeinsamen Grenzregionen im Herzen
4567 Europas weiter stärken.

- 4568 • Die guten regionalen Kenntnisse und nachbarschaftlichen Erfahrungen der neuen Bun-
 4569 desländer in den Grenzregionen wollen wir nutzen, um den wissenschaftlichen Dialog
 4570 und die Kooperation vor allem mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern zu
 4571 stärken. Wir werden die Wissenschaftsbeziehungen in die mittel- und osteuropäischen
 4572 Staaten ausbauen, beispielsweise durch eine regelmäßige Wissenschaftskonferenz und
 4573 die Gründung eines deutsch-tschechischen Forschungsinstituts.
- 4574 • Um das Innovationssystem im internationalen Maßstab auszubauen, müssen die besten
 4575 wissenschaftlichen Talente mit Innovationsorientierung gezielt gefördert werden. Ge-
 4576 meinsam mit der Fraunhofer-Gesellschaft und führenden Universitäten werden wir da-
 4577 für einen Joint Innovation Track als Pilotprojekt fördern, um Wissenschaftlerinnen und
 4578 Wissenschaftler in Richtung einer universitären Berufung weiterzuentwickeln, die aka-
 4579 demische Exzellenz mit einem außergewöhnlichen Verständnis für angewandte For-
 4580 schung verbinden. Diese gezielte Nachwuchsförderung zugunsten eines effizienten
 4581 Technologietransfers soll in den neuen Bundesländern erprobt und bei Erfolg bundes-
 4582 weit ausgebaut werden.
- 4583 • Wir wollen das Weimarer Dreieck Frankreich – Deutschland – Polen stärken und das Ver-
 4584 ständnis füreinander fördern. Deshalb werden wir ein Jugendaustauschprogramm zwi-
 4585 schen diesen drei europäischen Staaten auf den Weg bringen und Anreize für neue Städ-
 4586 tepartnerschaften setzen.
- 4587 • Wir sind in dieser Legislaturperiode einen ersten Schritt zur Übernahme eines höheren
 4588 Anteils bei den Erstattungen an die Rentenversicherung für die Ansprüche aus den Son-
 4589 der- und Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR gegangen. Damit haben wir
 4590 die ostdeutschen Bundesländer entlastet. In der kommenden Legislaturperiode wollen
 4591 wir einen weiteren Schritt gehen.
- 4592 • Mit der Überführung der Stasi-Akten ins Bundesarchiv sind eine dauerhafte Aufarbei-
 4593 tung und Beforschung dieses Aspektes der SED-Diktatur und die bewährte Form der Ak-
 4594 teneinsicht auch weiterhin gewährleistet. Zur Bewältigung der Folgen der Diktatur für
 4595 die Betroffenen ist die Positionierung der Opferbeauftragten beim Deutschen Bundes-
 4596 tag ein wichtiger Meilenstein. Wir wollen Wissenschaft und Forschung zur SED-Diktatur
 4597 auch in den kommenden Jahren explizit fördern und ausbauen.

4598

4599 ***Menschen für ländlichen Raum begeistern und Arbeitsplätze auf dem Land schaffen***

4600 In vielen ländlichen Regionen werden Arbeitskräfte gesucht. Gerade junge Menschen, die
 4601 zum Studieren in die Städte gegangen sind, sind sich der großen Chancen in ihrer Heimat
 4602 oft gar nicht bewusst. Das werden wir ändern. Auch wollen wir mit Leuchttürmen im Grün-
 4603 nen neue qualifizierte Arbeitsplätze in strukturschwache Regionen bringen.

- 4604 • Wir unterstützen die flächendeckende Einrichtung von Heimatagenturen. Sie werden ak-
 4605 tiv um junge Menschen und Familien für die ländlichen Räume werben und der örtlichen
 4606 Wirtschaft bei der Suche nach Fachkräften helfen.

4607 • Wir haben bereits begonnen, Behörden und Forschungseinrichtungen zu dezentralisie-
4608 ren und vor allem im Osten Deutschlands anzusiedeln. In Zukunft wollen wir so auch den
4609 Strukturwandel in den ehemaligen Kohleregionen gestalten. Wir werden die Anstren-
4610 gungen zur Verlagerung von Bildungs-, Forschungs- und Verwaltungseinrichtungen er-
4611 höhen.

4612 • Ebenso werden Unternehmen, Hochschulen und Verbände durch unsere aktive Struktur-
4613 politik unterstützt, sich in ländlichen Regionen anzusiedeln.

4614

4615 ***Wirtschaftsfaktor Tourismus ausbauen***

4616 Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Stadt und Land. Mit der Weiterentwicklung
4617 der nationalen Tourismusstrategie der Bundesregierung schaffen wir die Voraussetzungen
4618 für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum des Tourismus.

4619 • Die Tourismuswirtschaft und die touristische Infrastruktur berücksichtigen wir auch bei
4620 der Ausgestaltung eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Räume.

4621 • Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Deutschlandtourismus sichern wir mit ei-
4622 ner Stärkung des Auslandsmarketings der Deutschen Zentrale für Tourismus.

4623

4624 ***Dörfer und Regionen smart machen***

4625 Unser Anspruch ist: Alles muss vom Dorf aus erreichbar sein! Eine gute Versorgung mit al-
4626 len Leistungen der Daseinsvorsorge, mit Gütern und Dienstleistungen ist möglich, wenn
4627 Vor-Ort-Angebote, digitale Möglichkeiten und eine gute Anbindung zusammengebracht
4628 werden.

4629 • Wir arbeiten mit Hochdruck an Gigabit-Anschlüssen und einer flächendeckenden Mobil-
4630 funkanbindung, perspektivisch möglichst schnell mit 5G. Dort, wo die Wirtschaftlich-
4631 keitsprüfung von Unternehmen zur Installation von Glasfaserleitungen scheitert, wer-
4632 den wir die Kommunen in die Lage versetzen, den Breitbandausbau in Eigenregie voran-
4633 zutreiben.

4634 • Gleichzeitig werden wir bereits digitale Anwendungen erproben und Rahmenbedingun-
4635 gen für ihren Einsatz in allen Lebensbereichen schaffen. Wir werden integrierte Lösun-
4636 gen für ländliche Regionen entwickeln und in „Digitalen Dörfern“ modellhaft umsetzen.

4637 • Mit einer neuen Smart-City und einer Smart-Country-Strategie werden wir Städte, Kom-
4638 munen und Regionen bei der Digitalisierung unterstützen.

4639

4640 ***Gute medizinische Versorgung auf dem Land sichern***

4641 Anspruch und Ziel von CDU und CSU ist eine gute medizinische Versorgung – unabhängig
4642 von Alter, Wohnort und Geldbeutel.

4643 • Zusammen mit den Ländern werden wir 5 000 zusätzliche Studienplätze für Humanme-
4644 dizin schaffen und gleichzeitig die Landarztquote bei der Studienplatzvergabe über die
4645 heutige Grenze von zehn Prozent hinaus erhöhen.

4646 • Damit chronisch Kranke und ältere Patienten gut und kontinuierlich versorgt sind, brin-
4647 gen wir die Telemedizin voran und setzen ergänzend zur klassischen Hausarztversor-
4648 gung auf den Einsatz von Gemeindeschwestern.

4649 • Wir müssen alles daransetzen, die wohnortnahe geburtshilfliche Versorgung im ländli-
4650 chen Raum zu sichern und die Pflegekapazitäten auszubauen.

4651

4652 ***Die beste Verkehrsinfrastruktur schaffen***

4653 Wohlstand braucht eine Verkehrsinfrastruktur orientiert an den Bedürfnissen von Men-
4654 schen, Wirtschaft und Umwelt. Wer gleichwertige Lebensverhältnisse will, muss auch die
4655 vielfältigen Realitäten in Stadt und Land anerkennen. Immer mehr Menschen wollen auf die
4656 Bahn oder das Fahrrad umsteigen, aber auch weiterhin – gerade auf dem Land – auf guten
4657 Straßen mit dem Auto oder dem Bus unterwegs sein können.

4658 • Wir setzen auf die beste Infrastruktur für unser Land. Wir werden unser Verkehrsnetz
4659 mit Schienen, Straßen und Wasserstraßen in Stand halten und weiter zukunftsfest ma-
4660 chen. Dafür werden wir die von uns erreichten Rekordinvestitionen auf hohem Niveau
4661 verlängern.

4662 • Den Nationalen Radverkehrsplan werden wir mit Nachdruck umsetzen und fortentwi-
4663 ckeln. Wir setzen auf gut ausgebaute und gut vernetzte Radwege, Radschnellwege sowie
4664 mehr Sicherheit für Radfahrer und mehr Abstellmöglichkeiten.

4665 • Wo Städte und Dörfer durch Verkehr belastet sind, werden wir für Entlastung durch
4666 smarte Verkehrsführungen und die Stärkung des ÖPNV sorgen. Wir werden aber auch
4667 weiterhin Ortsumgehungen bauen. Und wo es häufig Stau gibt, werden wir unsere Bun-
4668 desstraßen und Autobahnen erweitern. Weniger Staus bedeuten mehr Klimaschutz.

4669 • Gleichzeitig sorgen wir für mehr Lärmschutz an den Verkehrswegen und werden die
4670 Lärmgrenzwerte überprüfen.

4671

4672 ***Überall nachhaltig mobil sein***

4673 Menschen sollen so mobil sein, wie sie es möchten: individuell, flexibel und umweltfreund-
4674 lich. Dabei ist uns die Wahlmöglichkeit zwischen den Verkehrsangeboten genauso ein An-
4675 liegen wie die Vernetzung und Digitalisierung von Mobilitätsformen. Mobilität muss ein-
4676 fach, flexibel und komfortabel für Jung und Alt sein – auf dem Land, in der Stadt und auch
4677 für mobilitätseingeschränkte Personen.

4678 • Unser Ziel ist es, überall ein bedarfsgerechtes Grundangebot im öffentlichen Verkehr
4679 sicherzustellen – auch auf dem Land. Wir wollen deshalb einen flächendeckenden Min-
4680 deststandard schaffen, der allen Menschen einen gleichwertigen, barrierearmen und ein-
4681 fachen Zugang zum ÖPNV gewährt. Den Deutschlandtakt werden wir im Fern- und Re-
4682 gionalverkehr realisieren.

- 4683 • Je besser Menschen über das Angebot der Verkehrsunternehmen informiert sind, umso
4684 mehr werden sie den ÖPNV nutzen. Wir unterstützen deshalb den Betrieb digitaler, of-
4685 fener und diskriminierungsfreier Mobilitätsplattformen als Eingangstür für alle Ange-
4686 bote des öffentlichen Verkehrs einschließlich des ÖPNV.
- 4687 • Wir werden die Chancen der Digitalisierung für den ÖPNV und die Vernetzung verschie-
4688 dener Verkehrsträger nutzen. Echtzeitinformationen mit alternativen Empfehlungen für
4689 die Weiterfahrt sind selbstverständlich, ergänzende Mobilitätsservices, Sharing-, Roller-
4690 , Rad- und Fußverkehr müssen integriert werden.
- 4691 • Attraktive Verkehrskonzepte umfassen eine echte Verzahnung zwischen motorisiertem
4692 Individualverkehr und dem ÖPNV. Wir wollen Mobilitätsstationen entlang wichtiger Inf-
4693 frastruktur entstehen lassen und durch vernetzte Wegeketten ein Rückgrat für die nach-
4694 haltige Mobilität formen. Dafür werden wir bestehende Park & Ride-Angebote weiter-
4695 entwickeln und beispielsweise solargetriebene Lademöglichkeiten für PKW, E-Roller und
4696 E-Bikes integrieren.
- 4697 • Eine wichtige Ergänzung des öffentlichen Verkehrs sind Poolingangebote und Bedarfs-
4698 halte, für die wir bereits rechtsichere Rahmenbedingungen geschaffen haben und nun
4699 die neue Mobilität bei der Personenbeförderung voranbringen wollen.
- 4700 • Wir wollen die nachhaltige Gestaltung der Mobilität befördern und Entwicklungen über
4701 die Einrichtung von Reallaboren der Zukunftsmobilität anstoßen. So kann in Stadtteilen
4702 und Landkreisen erprobt und erlebt werden, wie die Mobilität der Zukunft aussieht und
4703 welche Angebote wir zukünftig deutschlandweit ausrollen können.
- 4704
- 4705 • Deutschland ist das Land der Ideen und der Innovationen, der kreativen Köpfe, Initiati-
4706 ven, Wissenschaftler, Startups, der Industrie und des Mittelstands. Mit dem Deutschen
4707 Zentrum für die Mobilität der Zukunft wollen wir all das bündeln und verbinden. Dabei
4708 geht es uns ganz konkret darum, die Zukunftsfähigkeit des Mobilitätsstandorts Deutsch-
4709 land zu stärken, Produktentwicklungen zu beschleunigen, für nachhaltige und innovative
4710 Mobilität - wie das autonome Fahren - zu begeistern.

4711

4712 ***Alle Verkehrsteilnehmer schützen***

- 4713 • Deutschland braucht mehr Miteinander von Radverkehr, Fußverkehr, ÖPNV und moto-
4714 risiertem Verkehr. Kommunen sollen mehr Spielräume bei der Gestaltung von fuß- und
4715 radverkehrsfreundlichen Räumen erhalten und beispielsweise Fahrrad-Vorrangrouten
4716 ausweisen können. Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer steht für uns dabei an erster
4717 Stelle.
- 4718 • Die Zahl der Getöteten und Schwerverletzten soll auf null sinken. In den letzten Jahren
4719 ist die Zahl der Verkehrstoten bereits deutlich gesunken. Die Einführung von Fahrassis-
4720 tenzsystemen und automatisierten Fahrfunktionen zur Erhöhung der Sicherheit werden
4721 wir weiter vorantreiben und fördern. Dies gilt insbesondere für den LKW- und PKW-Ver-
4722 kehr.

4723

4724 ***Schöpfung bewahren***

4725 Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, von Lebensräumen und Arten ist von zentra-
4726 ler Bedeutung, auch um die biologische Vielfalt in Deutschland zu fördern. Wir wollen dazu
4727 unsere Schutzgebiete erhalten, weiterentwickeln und besser miteinander vernetzen.

4728 • Wir werden eine nationale Biodiversitätsstrategie vorlegen, die sich an den Zielen der
4729 Europäischen Biodiversitätsstrategie und des Übereinkommens über die biologische
4730 Vielfalt (CBD) orientiert.

4731 • Wir wollen sorgsam mit unseren Böden umgehen. Wir werden die Versiegelung weiter
4732 reduzieren und die Entsiegelung und die Nachnutzung von bereits versiegelten Flächen
4733 vorantreiben.

4734 • Dort, wo die Nutzung Eingriffe in Natur und Landschaft nach sich zieht, werden wir die
4735 Kompensationsvorschriften des Naturschutz- und des Baurechts überprüfen und Kom-
4736 pensationsmaßnahmen so weiterentwickeln, dass sie zielgerichtet die Biodiversität in
4737 der Region fördern. Dabei setzen wir auf einen in die Landwirtschaft integrierten Aus-
4738 gleich, auf die qualitative Aufwertung von Biotopen und den Einsatz von Ersatzgeldzah-
4739 lungen für die Instandhaltung und den Erhalt von Biotopen.

4740 • Wir werden die bedrohten Arten, die auf der Roten Liste stehen, und ihre Lebensräume
4741 besser schützen. Hierzu werden wir das Monitoring sowie die Forschung weiter aus-
4742 bauen, um so den Schutzstatus der Arten besser überprüfen zu können.

4743 • Die Biologische Vielfalt unserer Meere und Küsten ist ein großer Schatz. Deshalb gilt es,
4744 den Schutz der Ost- und Nordsee sowie des Wattenmeeres gemäß der Europäischen Bio-
4745 diversitätsrichtlinie unter Berücksichtigung der Fischerei zu verbessern.

4746 • Wir werden ein nationales Klimaanpassungsgesetz zur Daseins- und Zukunftsvorsorge
4747 einbringen, um den Folgen des Klimawandels in der Stadt, auf dem Land sowie an den
4748 Küsten, Meeren und in den Bergen zu begegnen.

4749

4750 **10.3. Stärkung von Zusammenhalt und Ehrenamt**

4751 Die vor uns liegenden Herausforderungen brauchen einen starken gesellschaftlichen Zu-
4752 sammenhalt. Er erwächst aus sozialen Beziehungen, einer positiven Verbundenheit der
4753 Menschen mit dem Gemeinwesen und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung. Wir
4754 haben den Anspruch, eine aktive Bürgergesellschaft zu gestalten, in der sich jeder Einzelne
4755 für seine Mitmenschen einsetzen kann und dadurch Verantwortung übernimmt.

4756

4757 ***Ehrenamt fördern***

4758 Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement gehört zu den zentralen
4759 Elementen einer lebendigen Demokratie. Es ist eine der wesentlichen Grundlagen des ge-
4760 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir haben das Ehrenamt immer gefördert und neue For-

4761 mate – wie etwa die Mehrgenerationenhäuser, den Bundesfreiwilligendienst und die Deut-
4762 sche Stiftung für Engagement und Ehrenamt – ins Leben gerufen. Der Erfolg spricht für sich:
4763 Heute engagiert sich fast jede dritte Person ab 17 Jahren ehrenamtlich. Die Zahl der ehren-
4764 amtlich Tätigen steigt weiter an.

4765 • Wir wollen noch mehr junge Erwachsene für den Dienst an der Gesellschaft gewinnen.
4766 Wir wollen die Attraktivität der Freiwilligendienste – etwa durch die Anpassung des Ta-
4767 schengelds, eine breite Angebotsauswahl und eine hohe Qualität der Angebote – weiter
4768 steigern und einen Rechtsanspruch einführen. Über die Möglichkeiten der Freiwilligen-
4769 dienste soll vermehrt schon in den Schulen informiert werden.

4770 • Vorhaben, die das Ehrenamt unterstützen und auch in strukturschwachen und ländlichen
4771 Regionen von besonderer Bedeutung sind, werden wir fördern. Neben den Aktivitäten
4772 der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt werden wir daher die Einrichtung
4773 von Anlaufstellen für das Ehrenamt in Kreisen und Gemeinden flankierend begleiten. Sie
4774 können die Ehrenamtlichen beraten, ihnen die Arbeit erleichtern und bei der Vernetzung
4775 und Qualifizierung helfen.

4776 • Zugleich wollen wir mehr Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Zuwanderungsge-
4777 schichte und Menschen mit Behinderung für das Ehrenamt gewinnen.

4778

4779 ***Religion als wertvollen Teil unserer Gesellschaft begreifen***

4780 Wir betrachten es als wertvollen Bestandteil unseres Grundgesetzes, dass es Staat und Re-
4781 ligion einerseits trennt und es andererseits ermöglicht, dass Religion unsere Gesellschaft
4782 bereichert. Die Kirchen und die Religionsgemeinschaften haben gerade auch in der Corona-
4783 Pandemie einen unverzichtbaren Dienst am Nächsten geleistet und den Blick auf jene ge-
4784 lenkt, die es in dieser Zeit am schwersten hatten.

4785 • Wir bekennen uns zum bewährten Konzept des Religionsverfassungsrechts und zum Ko-
4786 operationsmodell zwischen Kirche und Staat. Religionsfreiheit kann es nur auf dem Bo-
4787 den des Grundgesetzes geben, das dieser Freiheit Ausdruck verleiht.

4788 • Wir haben Vertrauen in das Potenzial von Religion, Werte zu vermitteln und einen wich-
4789 tigen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten. Die Freiheit der Kirchen und Religionsge-
4790 meinschaften, in die Gesellschaft hineinzuwirken, muss daher unantastbar bleiben.

4791 • Wir bekennen uns zum Schutz der christlichen Feiertage ebenso wie zur Sonntagsruhe.
4792 Der Religionsunterricht an Schulen ist dabei essenziell.

4793 • Wir setzen uns für die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit aller Menschen ein.
4794 Diese Religionsfreiheit verstehen wir in einem positiven Sinne: Religionen sollen in der
4795 Öffentlichkeit eine starke Stimme sein. Dazu gehören der regelmäßige Austausch und
4796 der Dialog mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften dieses Landes.

4797 • Wir halten es für wichtig, dass hierzulande predigende Imame auch in Deutschland und
4798 in deutscher Sprache ausgebildet werden. Das erleichtert die Integration.

4799

4800 **10.4. Integration als Fundament des Miteinanders**

4801 Wer in Deutschland lebt, ist Teil unserer Gesellschaft. Uns ist wichtig, dass Menschen mit
4802 Zuwanderungsgeschichte in allen Bereichen teilhaben können. Ihre Integration ist auch die
4803 Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Integration besteht für uns aus För-
4804 dern und Fordern.

4805 • Voraussetzung für eine gelingende Integration ist ein Bekenntnis zu Deutschlands
4806 grundlegenden Werten und Normen, seiner Verfassung, seinen Gesetzen, seinen Insti-
4807 tutionen, seiner Geschichte, Sprache und Kultur. Wir haben die Erwartung, dass die zu
4808 uns kommenden Menschen unsere Werte teilen, sich an unsere Gesetze halten und un-
4809 sere Sprache sprechen.

4810 • Sprache hat überragende Bedeutung – für die gleichberechtigte Teilhabe, aber auch für
4811 die Identifikation mit unserem Land und unserer Kultur. Wir wollen den Spracherwerb
4812 beschleunigen und setzen dabei vermehrt auf digitale, flexible und zielgruppenspezifi-
4813 sche Angebote.

4814 • Auch Zuwanderer und ihre Familien aus der Europäischen Union sollen durch gezielte
4815 Informations- und Sprachförderungsmaßnahmen bessere Unterstützung erhalten, um
4816 ihren Zuzug in qualifizierte Beschäftigung und die Integration der ganzen Familie von
4817 Anfang an zu fördern.

4818 • Für eine gezielte Frühförderung halten wir eine flächendeckende Sprachstanderhebung
4819 bei Kindern und die Einführung einer verbindlichen Sprachförderung für notwendig.
4820 Kommunale Integrationsfachkräfte werden wir durch ein Bundesprogramm fördern und
4821 dadurch insbesondere die Beratungsangebote in Kitas und Grundschulen verbessern.

4822 • Frauen und Mütter sind in Integrationskursen unterrepräsentiert und haben oft größere
4823 Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration. Durch gezielte digitale Angebote wol-
4824 len wir sie beim Spracherwerb unterstützen und mit niedrigschwelligen Beratungsange-
4825 boten fördern. Damit wollen wir auch Kinder besser erreichen.

4826

4827 ***Chancen von Migrantinnen und Migranten verbessern***

4828 Wir wollen die Arbeitsmarktintegration von Migranten zu einer Erfolgsgeschichte machen.
4829 Die Erwerbstätigenquote steigt kontinuierlich an. Die vielen Menschen mit erfolgreichen
4830 Integrationsgeschichten sind wichtige Vorbilder für gelingende Integration.

4831 • Wir wollen daher die Anerkennung und Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen
4832 weiter fördern und ein besonderes Gewicht auf die Arbeitsmarktintegration von Frauen
4833 legen.

4834 • Wir freuen uns über die Gründungsbereitschaft von Menschen mit Zuwanderungsge-
4835 schichte. Mit einem befristeten Programm wollen wir Kenntnisse über Gründungs-
4836 schritte, Kreditzugang und Zulassungsvoraussetzungen zielgerichtet vermitteln.

4837 • Chancengerechtigkeit soll es in der gesamten Gesellschaft geben – in der Wirtschaft, in
4838 der Bildung und auch im öffentlichen Dienst. Wir werben dafür, dass sich mehr junge

4839 Menschen für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst entscheiden. Dies stärkt
4840 auch die Identifikation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit unserem Staat.

4841

4842 **Vertriebene und Aussiedler wertschätzen**

4843 Wir bekennen uns zur Geschichte aller Deutschen – auch derer, die ein besonders schweres
4844 Kriegsfolgeschicksal erleiden mussten. Das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und
4845 Aussiedler ist ein selbstverständlicher und wertvoller Teil unserer Identität. Ohne die Hei-
4846 matvertriebenen wäre der Wiederaufbau unseres Landes nach dem Zweiten Weltkrieg so
4847 nicht gelungen. Aussiedler sind mit ihrem Können, ihrem Fleiß und ihrer kulturellen Tradi-
4848 tion ein Gewinn für unser Land. Vertriebene und ihre Nachkommen, Aussiedler und deut-
4849 sche Minderheiten im Ausland haben Brücken der Verständigung in Europa gebaut. Ein ge-
4850 eintes, friedliches und starkes Europa ist eine entscheidende Grundlage für das vor uns lie-
4851 gende Modernisierungsjahrzehnt. Der Verständigungs- und Gestaltungswille der Vertrie-
4852 benen und Aussiedler sind uns hierfür eine wichtige Leitschnur.

4853 • Wir werden den verständigungs- und erinnerungspolitischen Einsatz der Vertriebenen-
4854 und Aussiedlerverbände, den Kulturerhalt und die Kulturarbeit durch eine zukunfts-
4855 sichere Förderung stärken. Nötig sind außerdem Akzente in Bildung und Forschung, um
4856 durch moderne Vermittlungsmethoden das Wissen hierüber zu festigen.

4857 • An der gesetzlich garantierten Aufnahme von Spätaussiedlern werden wir festhalten und
4858 weiterhin Eingliederungshilfen leisten. Fremdverschuldeter Altersarmut und renten-
4859 rechtlichen Benachteiligungen bei Aussiedlern und Spätaussiedlern werden wir ent-
4860 schieden begegnen.

4861 • Die deutschen Minderheiten und Volksgruppen in verschiedenen Ländern wollen wir
4862 weiterhin darin unterstützen, ihre Sprache und Kultur zu pflegen.

4863 • Uns ist wichtig, das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und
4864 nationale Minderheiten in einer exponierten Stellung in der Bundesregierung zu stärken.

4865 • Die Bundesförderung zur Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und
4866 zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz
4867 wollen wir als einen Ankerpunkt der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik stärken.

4868

4869 **10.5. Deutschland als Kulturnation**

4870 Kultur ist wichtiger Standortfaktor. Sie ist aber vor allem eins: sie ist Ausdruck von Huma-
4871 nität. Kultur stiftet Identität, Gemeinschaft und Zusammenhalt. Kulturelle Bildung und eine
4872 lebendige kulturelle Infrastruktur gehören als Teil der Daseinsvorsorge in den Alltag aller
4873 Bürgerinnen und Bürger. Die Möglichkeit, Kunst und Kultur – egal ob Breitenkultur oder
4874 Spitzenkultur - zu erleben, ist eine entscheidende Voraussetzung für gleichwertige Lebens-
4875 verhältnisse in ganz Deutschland. Wir werden unsere erfolgreiche Kulturpolitik in den Kom-
4876 munen, den Ländern und vor allem im Bund unter Einbezug der Kulturverbände konsequent
4877 fortsetzen.

- 4878 • Wir setzen alles daran, dass bis zur Pandemie erreichte hohe jährliche Wachstum der
4879 Kultur- und Kreativwirtschaft und deren beeindruckende wirtschaftliche Dynamik wie-
4880 derzugewinnen. Diese Branche mit ihren 1,8 Millionen Erwerbstätigen steht wie kaum
4881 eine andere für kreative Erneuerung, aber auch für kulturelle Vielfalt und künstlerische
4882 Qualität.
- 4883 • Um die Folgen der Pandemie zu mildern, wird das Programm „Neustart Kultur“ für alle
4884 Akteure und Sparten fortgesetzt.
- 4885 • Mit Förderprogrammen wie etwa „Kultur im ländlichen Raum“, dem Denkmalschutz-Son-
4886 derprogramm und dem Zukunftsprogramm Kino unterstützen wir die Kultur auf dem
4887 Land.
- 4888 • Wir stärken die Kultur- und Kreativwirtschaft und den Filmstandort Deutschland und da-
4889 mit nicht nur die Kultur, sondern auch einen wichtigen Wirtschaftsfaktor. Dazu führen
4890 wir die Film-, Musik-, Literatur-, Verlags- und Games-Förderung fort und werden die För-
4891 derinstrumente von Bund, Ländern und der Filmförderungsanstalt stärker aufeinander
4892 abstimmen.
- 4893 • Die deutsche Sprache ist ein besonders wichtiger Teil unserer Identität. Wir wollen sie
4894 weiterhin fördern und wertschätzen, als Kultur-, Amts- und Umgangssprache.
- 4895 • Wir bewahren unsere Traditionen. Für CDU und CSU ist der Kulturföderalismus in
4896 Deutschland mit seinem historisch gewachsenen Reichtum an regionalen Identitäten
4897 eine bereichernde Kraft der Vielfalt, die es zu wahren gilt. Wir stehen für die Pflege und
4898 den Erhalt alter Bräuche, Trachten und Volkstänze sowie heimatlichen Liedguts. Dabei
4899 werden wir insbesondere die Laien- und Amateurmusik sowie die freien Ensembles un-
4900 terstützen.
- 4901 • Die vier nationalen Minderheiten in Deutschland – Dänen, Sorben, Friesen, deutsche
4902 Sinti und Roma – gehören mit ihren Traditionen zur kulturellen Vielfalt unseres Landes,
4903 die es zu bewahren gilt. Deshalb sollen bestehende Förderungen fortgeschrieben wer-
4904 den.
- 4905 • Im Interesse der Nachhaltigkeit wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass Kulturein-
4906 richtungen, Filmproduktionen oder Kulturevents ihren ökologischen Fußabdruck deut-
4907 lich verkleinern.
- 4908 • Die soziale Absicherung von Künstlern ist uns wichtig. Wir werden deshalb die Künstler-
4909 sozialversicherung stärken und Künstler und Kreative besser absichern, indem wir den
4910 Schutz in der gesetzlichen Kranken - und Pflegeversicherung bei selbstständiger nicht-
4911 künstlerischer Nebentätigkeit dauerhaft ausbauen. Zudem werden wir prüfen, wie die
4912 Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte in der Kulturbranche weiterentwickelt wer-
4913 den kann.
- 4914
- 4915 ***Erinnerungskultur lebendig halten***

4916 Die Vorhaben zur Wahrung der Erinnerungskultur, die Aufarbeitung der NS-Zeit und der
4917 SED-Diktatur zur Schärfung des Bewusstseins der nachkommenden Generationen gegen
4918 Antisemitismus, Rassismus und Extremismus bleiben für uns dauerhafte Aufgaben.

4919 • Mit der Stiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ werden wir an historischen
4920 Orten Rückschau auf demokratische Sternstunden halten, um die Kräfte der Zivilgesell-
4921 schaft und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie zu stärken.

4922 • Das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ wollen wir ausbauen und die Zeitzeugenarbeit
4923 in das digitale Zeitalter führen.

4924 • Die Provenienzforschung vor allem zum NS-Kunstraub wie auch zu Kulturgutentziehun-
4925 gen während der SED-Diktatur und des Kolonialismus bleiben kulturpolitischer Schwer-
4926 punkt.

4927 • Ebenso bleibt uns der Schutz von Künstlerinnen und Künstlern, die im Ausland verfolgt
4928 werden und in Deutschland Exil suchen, ein wichtiges Anliegen.
4929

4930 **10.6. Eine moderne Medienlandschaft**

4931 Für uns sind freie und pluralistische Medien Grundpfeiler einer verantwortungsvollen de-
4932 mokratischen Gesellschaft. Die Weiterentwicklung eines vielfältigen und anspruchsvollen
4933 Mediensystems aus Presse, Rundfunk und Onlineangeboten bleibt ein zentraler Bestandteil
4934 unserer Medienpolitik.

4935 • Wir bekennen uns zu einem starken, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir
4936 setzen uns für eine Reform des Auftrags ein, der dem technischen Fortschritt und dem
4937 veränderten Nutzungsverhalten Rechnung trägt.

4938 • Wir wollen anregen und ermöglichen, dass Rundfunkanstalten stärkere Kooperationen
4939 eingehen und weitere Synergien schaffen – auch im Sinne der Beitragszahlerinnen und
4940 Beitragszahler.

4941 • Die Deutsche Welle wollen wir zum stärksten Auslandssender Europas aufbauen.

4942 • Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich gut darüber informieren können, was bei ihnen
4943 vor Ort geschieht. Dabei kommt es wesentlich auf Abonnementzeitungen und Anzeigen-
4944 blätter an. Wir werden zielgerichtete Instrumente zur Förderung des Absatzes, der wei-
4945 teren Unterstützung und des Vertriebs entwickeln, die neben finanzieller Unterstützung
4946 auch Erleichterungen für die Beschäftigung von Zustellern und Zustellerinnen umfassen.
4947

4948 ***Passenden Rahmen für digitale Mediennutzung setzen***

4949 In den vergangenen Jahren hat sich die Meinungsvielfalt weltweit erhöht – durch den digi-
4950 talen Wandel, zunehmende Medienkonvergenz, Innovationen und damit einhergehenden
4951 höheren Reichweiten. Zugleich sind durch den unregulierten Vormarsch der Digitalkon-
4952 zerne Risiken entstanden: Meinungsdiskriminierung, Manipulation, Missbrauch von Markt-

4953 und Meinungsmacht oder Verletzung der Privatsphäre. Es bedarf daher moderner und
4954 neuer Regelwerke und Kontrollmechanismen.

4955 • Unser Ziel ist es, die Medien- und Nachrichtenkompetenz aller Bürgerinnen und Bürger
4956 zu stärken. Zudem wollen wir das Schutzniveau für Jugendliche im Internet anheben. Die
4957 großen Digitalkonzerne müssen Verantwortung übernehmen und – wo nötig – reguliert
4958 werden.

4959 • Bürgerinnen und Bürger sollen auch in der digitalen Welt auf die Richtigkeit der Nach-
4960 richten vertrauen können. Private und öffentlich-rechtliche audiovisuelle Medienange-
4961 bote sowie journalistisch-redaktionelle Inhalte, deren Beitrag ein Wert für die Gemein-
4962 schaft ist, sollen auf modernen Medienplattformen einfacher auffindbar sein.

4963 • Wir werden die Rahmenbedingungen so setzen, dass die Angebote der Kunst- und Krea-
4964 tivwirtschaft in der digitalen Ära nachhaltig refinanziert werden können.

4965

4966 **10.7. Engagierte Sportförderung**

4967 Sport und Bewegung stärken die Gesundheit, das soziale Miteinander, die Bildung, die In-
4968 klusion, die Integration und damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Acht Millio-
4969 nen Menschen engagieren sich in mehr als 90 000 Sportvereinen und leisten damit einen
4970 unverzichtbaren Beitrag für das Gemeinwohl und eine lebendige Zivilgesellschaft. Pande-
4971 miebedingt haben viele Kinder und Erwachsene ihren Sport schmerzlich vermisst, Sportver-
4972 eine und Sportstättenbetreiber wurden stark gebeutelt.

4973 • Wir werden die Sportentwicklung in allen Bereichen unterstützen und vor allem die Ge-
4974 sundheitsprävention ausbauen.

4975 • Die Sportvereine sollen wieder voll durchstarten können. Deshalb werden wir sie bei der
4976 Bindung und Neugewinnung von Mitgliedern unterstützen.

4977 • Den Sanierungsstau der kommunalen und vereinseigenen Sportstätten und Schwimm-
4978 bäder werden wir mit besonderem Fokus auf energetische Sanierung, Barrierefreiheit
4979 und Digitalisierung nachhaltig abbauen.

4980 • Den aufstrebenden E-Sport werden wir in Deutschland stärker unterstützen.

4981 • Damit der Sport seine gesellschaftliche Funktion erfüllen kann, braucht es engagierte
4982 Trainer und Übungsleiter. Wir werden für eine steuerliche Förderung ihrer Aus- und Wei-
4983 terbildung sowie für ihre berufliche Anerkennung sorgen. Ebenso werden wir die Pro-
4984 gramme gegen Diskriminierung und Rassismus und für Integration und Inklusion fort-
4985 setzen und stärker fördern.

4986 • Zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs im Kontext des Sports werden wir eine zent-
4987 rale Stelle für „safe sports“ einrichten und bestehende Präventionsprogramme stärken.

4988 • Den Leistungssport werden wir weiterentwickeln und unseren Athletinnen und Athleten
4989 eine sichere und wertegebundene Basis für ihre Spitzenleistungen bieten. Dafür werden

- 4990 wir noch bessere Trainings- und Wettkampfbedingungen etablieren, die Stützpunkt-
4991 struktur modernisieren und die Organisation professionalisieren.
- 4992 • Die Kontrollinstanzen für den Kampf gegen Doping, Manipulation und Korruption sollen
4993 gestärkt werden. Sie müssen international stärker abgestimmt und auch kontrolliert wer-
4994 den.
- 4995 • Wir unterstützen die Bewerbungen für internationale sportliche Großveranstaltungen in
4996 Deutschland. Diese müssen ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sein, wie auch
4997 auf eine breite gesellschaftliche Zustimmung stoßen. Das ist auch der Maßstab für eine
4998 Bewerbung um olympische Spiele in Deutschland.